

**Räumliche Entwicklungsstrategien für die Region Gaza
unter besonderer Berücksichtigung des Wohnens**

Dipl. Ing. Architekt
Maher Shikh Khalil
aus Gaza
(Palästina)

Von der Fakultät VII
Architektur Umwelt Gesellschaft
der Technischen Universität Berlin

zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Ingenieurwissenschaften
- Dr.-Ing. -

genehmigte Dissertation

Berlin 2003

D 83



gewidmet meiner Familie und meiner Nation . .

**Räumliche Entwicklungsstrategien für die Region Gaza
unter besonderer Berücksichtigung des Wohnens**

Dipl. Ing. Architekt
Maher Shikh Khalil
aus Gaza
(Palästina)

Von der Fakultät VII
Architektur Umwelt Gesellschaft
der Technischen Universität Berlin

zur Erlangung des akademischen Grades

Doktor der Ingenieurwissenschaften
- Dr.-Ing. -

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuß:

Vorsitzender: Prof. Dr.-Ing. Peter Herrle

Berichter: Prof. Dr. rer. nat. Lutz Lehmann

Berichter: Prof. Dr. G. Schmidt-Eichstaedt

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 16.05.2003

Berlin 2003

D 83

Abstrakt

Die vorliegende Untersuchung zielt darauf ab, die vielfältigen Probleme des Wohnungsbaus und der Siedlungsplanung in der Stadt Gaza zu erfassen und zu analysieren, sowie eine Vertiefung der gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der städtebaulichen Problematik des Raumes Gaza zu erzielen. Im Wesentlichen geht es um die Linderung der Wohnungsnot in Gaza und die Schaffung von genügend Wohnraum für alle Familien, insbesondere für solche mit niedrigem Einkommen.

Die Siedlungsentwicklung und insbesondere das Wohnungswesen von Gaza-Stadt ist von einer Vielzahl Problemen und Entwicklungsdefiziten geprägt, welche zu einem großen Teil aus der historischen und politischen Situation der Region resultieren.

In den Jahren der israelischen Besatzung ist nur wenig in die Entwicklung des Gazastreifens und insbesondere in den öffentlichen Wohnungsbau investiert worden. Zugleich unterlag die Entwicklung des Siedlungs- und Wohnungsbaus immer wieder erheblichen Beschränkungen durch die Sicherheitspolitik der israelischen Militärverwaltung. Das hohe Bevölkerungswachstum führte und führt zu erheblicher Wohnraumknappheit, während gleichzeitig Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut die Handlungsfähigkeit der Bewohner einschränken. Gerade in den Flüchtlingslagern, wo extreme Einwohnerdichten erreicht werden, stellt die Wohnungsversorgung ein besonderes Problem dar.

Im ersten Teil der vorliegenden Arbeit werden zunächst die wichtigsten geographischen, ökonomischen und demographischen Daten des Gazastreifens aufgezeigt und analysiert, um so wesentliche Grundlagen für die spätere Zielfindung bzw. -setzung zuschaffen.

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich mit dem Problembereich der Siedlungs- und Bebauungsstruktur des Gazastreifens, sowie der Wohnsituation in der Gaza-Region einschließlich der Stadt Gaza. Analysiert werden die bisherige Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik und die Rolle des öffentlichen und privaten Sektors bei der Verbesserung dieser Wohnungssituation sowie bei der Finanzierung von Wohnungsbau und Stadtentwicklung.

Schließlich werden bestehende und künftige Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnungssituation in der Stadt Gaza bezüglich der quantitativen und qualitativen Möglichkeiten des Wohnraumangebots erörtert, das auch die Bedürfnisse und Möglichkeiten der unteren Einkommensschichten berücksichtigt.

Bezüglich der Siedlungsplanung liegt der Schwerpunkt bei der Entwicklung von Maßnahmen und Vorschlägen zur Verbesserung der Siedlungsstruktur und infrastrukturellen Versorgung der bestehenden Siedlungsgebiete sowie bei der Unterbreitung von Vorschlägen für eine den räumlichen Bedingungen entsprechende Planung neuer Siedlungsprojekte.

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen und Begriffe	i
1.0 EINLEITUNG.....	1
1.1 Allgemeines.....	1
1.2 Problemstellung und Zielsetzung	3
1.3 Aufbau der Arbeit.....	6
2.0 GEOGRAPHISCHE LAGE UND METEOROLOGISCHE GRUNDLAGEN	8
2.1 Lage, Ausdehnung und Topographie	8
2.2 Bodenbeschaffenheit	12
2.3 Gewässer	14
2.3.1 Niederschläge	14
2.3.2 Grundwasser	14
2.3.3 Oberflächenwasser	16
2.4 Klimatische Gegebenheiten.....	17
2.4.1 Sonnenstrahlung und Bewölkung	18
2.4.2 Außenlufttemperatur	20
2.4.3 Wind (Luftbewegung).....	21
2.4.4 Niederschläge	24
2.4.5 Relative Luftfeuchtigkeit.....	27
2.4.6 Klimatologische Faktoren des Städtebaus.....	29
3.0 GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK.....	33
3.1 Die vorislamische Zeit.....	34
3.2 Die islamische Zeit	36
3.3 Die nachislamische Zeit	41
3.3.1 Die Britische Mandatszeit	41
3.3.2 Die ägyptische Verwaltungszeit	44
3.3.3 Die israelische Besatzungszeit	45
3.3.4 Der Gazastreifen unter Autonomieverwaltung	46
4.0 SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR	47
4.1 Demographische Struktur.....	47
4.1.1 Zeitliche Einordnung der Bevölkerungsentwicklung	47
4.1.1.1 Die Britische Mandatzeit von 1917-1948	48
4.1.1.2 Die ägyptische Verwaltungszeit von 1948 bis 1967.....	49
4.1.1.3 Die Phase der israelischen Besatzungszeit von 1967-1994.....	52
4.1.1.4 Nach dem Gaza-Jericho-Abkommen 1994.....	53
4.1.2 Räumliche Einordnung der Bevölkerungsentwicklung.....	54
4.1.2.1 Die Bevölkerungsverteilung auf die Stadtgebiete von Gaza.....	57
4.1.2.2 Bevölkerungsdichte	58
4.1.3 Komponenten und Aspekte der räumlichen Bevölkerungsentwicklung und -prognose	63
4.1.3.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanz	63

4.1.3.2	Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter (biologische Zusammensetzung)	67
4.1.3.3	Bevölkerungsprognose	72
4.1.4	Familienstandsdaten und Familienformation	73
4.1.4.1	Eheschließungen	74
4.1.4.2	Ehescheidungen	75
4.1.5	Haushaltsgröße und -formation	75
4.2	Die ökonomische Gliederung der Bevölkerung (Erwerbsstruktur).....	76
4.2.1	Erwerbstätigkeit	77
4.2.1.1	Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen	80
4.2.1.3	Die örtliche Verteilung der Beschäftigten.....	82
4.2.2	Einkommensverhältnisse und Ausgaberraten.....	86
4.2.3	Finanzwesen und Entwicklungshilfen	86
4.3	Wirtschaftsstruktur.....	88
4.3.1	Landwirtschaft und Fischerei	88
4.3.2	Forstwirtschaft	89
4.3.3	Industrie	89
4.3.4	Außenhandel	89
4.3.5	Tourismus	90
5.0	SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTUR	91
5.1	Allgemeine Siedlungstypen und -formen	91
5.1.1	Städtische Siedlungen	91
5.1.2	Ländliche Siedlungen	94
5.1.3	Flüchtlingslager.....	94
5.1.4	Nomadische Siedlungen	98
5.1.5	Jüdische Siedlungen.....	99
5.2	Die Problematik der jüdischen Landnahme und der Siedlungspolitik	100
5.2.1	Lage und Flächenausdehnung der Siedlungen	100
5.2.2	Strategien der Landnahme im Zuge der israelischen Siedlungspolitik	101
5.3	Die Stadt Gaza: Stadtstruktur und städtebauliche Entwicklung	104
5.3.1	Gewachsene Stadtgebiete: Altstadt und Flüchtlingslager.....	109
5.3.1.1	Altstadtstrukturen	110
5.3.1.2	Das Flüchtlingslager Schati (Beach Camp)	113
5.3.2	Geplante Stadtgebiete (rechtwinkliger Straßensystem-Plan)	114
5.3.3	Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten infolge des Gaza-Jericho-Abkommens, 1994.....	115
5.4	Flächenausweisung in der Stadt Gaza	117
5.4.1	Baugebietsflächen	120
5.4.1.1	Wohnbaufläche	120
5.4.1.2	Flächen für Handel	121
5.4.1.3	Industrie- und Gewerbeflächen.....	121
5.4.1.4	Öffentliche Verwaltungseinrichtungen, Dienstleistung und Institutionen	123
5.4.2	Landwirtschaftsflächen	124
5.4.3	Grünflächen, Erholung.....	124
5.5	Infrastrukturversorgung.....	125
5.5.1	Technische Infrastruktur	125
5.5.1.1	Wasser, Abwasser, Abfallbehandlung	125
5.5.1.2	Energieversorgung	127
5.5.1.3	Transport und Verkehr.....	128

5.5.2	Soziale Infrastruktur	131
5.5.2.1	Bildungswesen	131
5.5.2.2	Kommunikation	132
5.5.2.3	Gesundheitswesen	132
6.0	DIE WOHSITUATION IN DER REGION GAZA	134
6.1	Die vorhandenen Wohnhaustypen und Wohnformen	134
6.1.1	Formen des arabischen Wohnhauses	134
6.1.2	Villenbauten	137
6.1.3	Bambus- und Zeltbehausungen	138
6.1.4	Moderne Wohngebäude und Hochhäuser	138
6.1.4.1	Bauliche und städtebauliche Probleme der Hochhäuser	141
6.1.4.2	Probleme der Infrastrukturversorgung bei Hochhäusern	142
6.1.4.3	Probleme der Kontrolle und Durchsetzung der Bauvorschriften	142
6.1.4.4	Gesellschaftliche Probleme; Kritik am Wohnwert	143
6.2	Strukturelle Merkmale des Wohnungsbaus in der Stadt Gaza	144
6.2.1	Gebäudehöhen	144
6.2.2	Baualter der Gebäude	146
6.2.3	Wohnungsflächen	148
6.2.4	Wohnungszahlen	148
6.2.5	Wohnungsdichte	149
6.2.6	Zimmerzahlen	150
6.2.7	Verwendete Baumaterialien	151
6.2.8	Dachmaterialien im Wohnungsbau	153
6.3	Eigentumsverhältnisse	156
6.3.1	Formen privaten und staatlichen Bodeneigentums	156
6.3.1.1	Land im privaten Eigentum (Mulk-Land)	157
6.3.1.2	Land im Eigentum des Staates	158
6.3.1.3	Land im Eigentum der Gemeinschaft (Waqf-Land)	159
6.3.1.4	Land im vorläufigen Besitz	159
6.3.2	Die Wohneinheiten und Besitzverhältnisse	161
6.3.2.1	Eigentumswohnungen	162
6.3.2.2	Mietwohnungen	162
6.4	Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren	163
6.4.1	Gesetzliche Grundlagen:	163
6.4.2	Bauprozeßablauf	164
6.4.3	Herstellungskosten für Wohnungen	166
6.5	Ermittlung des Wohnungsbedarfs in Gaza-Stadt 1995-2015	168
6.5.1	Wohnungsneubedarf infolge des Bevölkerungszuwachses	168
6.5.2	Wohnungsneubedarf durch Verringerung der Belegungsdichte	169
6.5.3	Wohnungsersatzbedarf für wegfallende Wohnungen	170
6.5.4	Der jährliche Wohnungsbedarf - <i>Zusammenfassung</i>	171
6.6	Wohnungsbauaktivitäten in Gaza Region	171
6.6.1	Wohnungsprobleme in Flüchtlingslagern	171
6.6.1.1	Umsiedlungsprojekte für die Flüchtlingslagerbewohner	171
6.6.2	Öffentlicher Sektor	174
6.6.2.1	Palestinian Housing Council (PHC)	175
6.6.2.1.1	Bauprojekte des Palestinian Housing Council	177
6.6.2.2	Wohnungsbauministerium	184
6.6.2.2.1	Projekte des Wohnungsbauministeriums	185

6.6.3	Wohnungsbaukooperativen (genossenschaftlich)	189
6.6.4	Nationale Wohnungsbaustrategien und –politik	190
6.6.5	Privater Sektor	191
6.6.5.1	Das Eigentümer-Bauherren-Verfahren	192
6.6.5.2	Der Subunternehmer	193
6.6.5.3	Wohnungsbaugesellschaften	194
6.7	Wohnverhältnisse und Wohnungsstandard	195
6.8	Die Wohnungsbaufinanzierung	197
6.9	Zusammenfassung und Folgerung	199
7.0	ENTWICKLUNGSMAßNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WOHNUNGS- PROBLEMATIK IN GAZA-STADT	202
7.1	Allgemeine Hinweise	202
7.2	Entwicklungsmaßnahmen für den Wohnungsbau	203
7.2.1	Städtischer Wohnungsbau	203
7.2.2	Maßnahmen für die Wohnungsversorgung	204
7.2.2.1	Schaffung preiswerten Wohnraums im vorhandenen Bestand	205
7.2.2.2	Schaffung preiswerten Wohnraums durch Neubauten	207
7.3	Maßnahmen und Vorschläge zur Verbesserung der vorhandenen Siedlungsstruktur	210
7.4	Wohnungsbaufinanzierung	211
7.5	Maßnahmen zur Infrastruktur	212
7.5.1	Technische Infrastruktur	212
7.5.1.1	Wasserversorgung	212
7.5.1.2	Abwasserentsorgung	214
7.5.1.3	Energieversorgung	214
7.5.1.4	Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrs	215
7.5.2	Soziale Infrastruktur	216
7.5.2.1	Bildungswesen	216
7.5.2.2	Gesundheitswesen	217
8.0	ABSCHLUßWORT	218
	Literaturverzeichnis	219
	Verzeichnis der Tabellen	228
	Verzeichnis der Abbildungen	230
	Verzeichnis der Bilder	231
	Lebenslauf	232

Verzeichnis der Abkürzungen und Begriffe

BIP	Bruttoinlandprodukt
CA	Civil Administration
F.L.	Flüchtlingslager
HCJ	High Court of Justice
HEC	Higher Education Council
ICBS	Israeli Central Bureau of Statistics
ICE	Israel Electric Company
Intifada	(arabisch) Palästinensischer Aufstand gegen die israelische Besatzung, 1987 bis 1994, sowie 2000
MOPIIC	Ministry of Planning and International Cooperation (Ministerium für Planung und Internationale Zusammenarbeit)
NGO	Non-Governmental Organisations (Nichtregierungsorganisationen)
Paltel	Palestinian Telecommunications Company
PCBS	Palestinian Central Bureau of Statistics (Palästinensisches Zentralamt für Statistik)
PECDAR	Palestinian Economic Council for Development and Reconstruction
PHC	Palestinian Housing Council (Maglis el-Iskan al-Falstini, auf arabisch)
PIALES	The Palestinian Institute for Arid Land and Environmental Studies
PLO	Palestine Liberation Organisation
PMA	Palestine Monetary Authority
PNA	Palestinian National Authority (Palästinensische Autonomiebehörde)
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNO/UN	United Nations Organization (Vereinte Nationen)
UNRPR	UN-Hilfsfonds für Palästina-Flüchtlinge, Vorläuferprogramm der UNRWA
UNRWA	United Nations Relief and Works Agency (UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten)
WHO	World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation)
PR	Palästinenserrat

1.0 EINLEITUNG

1.1 Allgemeines

Anliegen dieser Arbeit ist es, die Probleme der räumlichen Entwicklung des Großraums der Stadt Gaza zu untersuchen und Lösungsansätze für Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung, der vorhandenen Siedlungsstruktur sowie der Infrastruktur in Gaza-Stadt aufzuzeigen, wobei insbesondere die Frage der Schaffung von Wohnraum für die zunehmende Einwohnerschaft als besonderes Problem auftreten wird.

Die Stadt Gaza ist eine alte Stadt mit einer langen und bewegten Geschichte. Lage und Siedlungskontinuität seit etwa dem dritten vorchristlichen Jahrtausend - von der Kanaanäischen Zeit bis heute - heben Gaza unter vielen anderen orientalischen Städten hervor. Immer wieder wurde Gaza in seiner Vergangenheit geplündert und/oder zerstört. Doch nie fehlten der Bevölkerung dieser Stadt Mut und Kraft zu einem Neubeginn. Die Lage im Spannungsfeld rivalisierender Großmächte innerhalb des Orients sowie die Lage im Überschneidungsbereich von Morgen- und Abendland haben maßgeblich den Charakter und das Schicksal dieser Stadt geprägt und prägen es noch heute. (und wahrscheinlich auch in der Zukunft).

Im Grenzbereich gelegen zwischen Mittelmeer und Wüstensteppe, auf halbem Wege zwischen Ägypten und Syrien, den früheren Zentren der Hochkultur, und als wichtiges Bindeglied zwischen fruchtbarer Küstenebene und Wüste, hat die Stadt von Anbeginn Mißgunst und Begehrlichkeit geweckt. Ihre Lage an einer von der Natur vorgezeichneten Engstelle im Nordsüd- und Ostwestverkehr sowie ihre Rolle im Netz bedeutender Karawanenstraßen machte sie zu einer politisch wie auch ökonomisch wichtigen Station des vorderasiatischen Verkehrs.

Der Konflikt von 1948 veränderte schlagartig den Charakter von Gaza. Die Stadt wurde zur Zufluchtsstätte palästinensischer Flüchtlinge, die hauptsächlich aus dem Norden der Wüste Negev und den angrenzenden Küstenregionen kamen. Das Gebiet wurde damals nicht annektiert, wie etwa die Westbank von Jordanien, sondern stand bis zum Sechs-Tage-Krieg im Jahr 1967 unter ägyptischer Militärverwaltung. Erst zu diesem Zeitpunkt wurde der Gazastreifen, in dem damals bereits 454.900 Menschen lebten, von israelischen Truppen besetzt, wie auch Ostjerusalem, das Westjordanland, die Golan-Höhen und die Sinai-Halbinsel. Während der Sinai 1979 als Folge des Friedensabkommens an Ägypten zurückgegeben wurde, verblieben der Gazastreifen und die Westbank unter israelischer Besatzung.

Während der Besatzungszeit wurden diese Gebiete auch wirtschaftlich Israel unterstellt. Billige Arbeitskräfte pendeln seither nach Israel. Die Gebiete selbst sind Absatzmärkte für israelische Produkte. Bis heute wurden im Gazastreifen insgesamt 18 jüdische Siedlungen entlang der Küste im südlichen Teil des Landstrichs angelegt und weiter ausgebaut. Die Infrastruktur für die palästinensische Bevölkerung ist hingegen kaum weiter entwickelt worden, so daß sich keine eigene wirtschaftliche Basis herausbilden konnte. Gaza wurde zum Synonym für Unterentwicklung und Armut.

Das Gebiet des Gazastreifens wurde 1994 unter palästinensische Selbstverwaltung gestellt und wurde durch weitere Landesübergaben in der Westbank zum bisher größten autonom verwalteten Territorium. Seitdem ist der Gazastreifen jedoch isoliert wie noch nie zuvor (laut Osloer-Abkommen sollte diese Isolation stark gemindert werden): Der Warenverkehr muß weiterhin mühsame und langwierige Grenzkontrollen passieren, der Personenverkehr in die Westbank oder nach Jerusalem bedarf besonderer Genehmigungen. Die "free passage" (Verbindungskorridor zwischen Gazastreifen und Westbank), Grundlage für das Entstehen eines lebensfähigen palästinensischen Gebietes, wurde trotz wiederholter Zusage, zuletzt im Abkommen von Wye (1998), noch immer nicht eingeführt.

Inzwischen ist die Bevölkerung auf über eine Million Menschen angewachsen (1997), mehr als die Hälfte davon sind unter 15 Jahre alt. Die wirtschaftliche Situation sowie auch die Umweltbedingungen sind teilweise katastrophal, insbesondere die Wasserversorgung. Seit der Autonomie ist der Lebensstandard der palästinensischen Bevölkerung noch weiter gesunken. Das in optimistischeren Zeiten beschworene Potential des Gazastreifens, wie etwa der Tourismusbereich, bleibt zumindest so lange ein Traum, wie es beispielsweise nicht einmal eine ausreichende Kläranlage gibt. Noch immer trifft die Bezeichnung "großes Flüchtlingslager" die Lebens- und Wohnverhältnisse der Bewohner exakter.

Um die Entwicklung der Stadt Gaza und des Gazastreifens voranzutreiben und der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben zu bieten, bedarf es vor allem einer fundierten Stadt- und Regionalplanung. Im Auftrag der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) entwickelte das Ministerium für Planung und Internationale Kooperation (MOPIC) – in Zusammenarbeit mit einem norwegischen Planungsteam – einen ersten Regionalplan. Parallel dazu wurden Flächennutzungspläne für die Städte Gaza, Khan Yunis und Rafah von den jeweiligen Stadtverwaltungen erarbeitet. In Anbetracht der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage gestaltet sich die Planung allerdings äußerst schwierig.

1.2 Problemstellung und Zielsetzung

Die Siedlungsentwicklung und insbesondere das Wohnungswesen von Gaza Stadt sind - wie wir wissen - von einer Vielzahl von Problemen und Entwicklungsdefiziten geprägt, die zu einem großen Teil aus der historischen und politischen Situation der Region herrühren.

In den Jahren der israelischen Besatzung ist nur wenig in die Entwicklung des Gazastreifens und insbesondere in den öffentlichen Wohnungsbau investiert worden. Zugleich unterlag die Entwicklung des Siedlungs- und Wohnungsbaus immer wieder erheblichen Beschränkungen durch die Sicherheitspolitik der israelischen Militärverwaltung. Das hohe Bevölkerungswachstum führte und führt zu erheblicher Wohnraumknappheit, während gleichzeitig Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut die Handlungsfähigkeit der Bewohner einschränken. Gerade in den Flüchtlingslagern, wo extreme Einwohnerdichten erreicht werden, stellt die Wohnungsversorgung ein besonderes Problem dar.

Besonders die Wohnungsprobleme der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen haben sich in den letzten zehn Jahren zugespitzt. Trotz der Bemühungen des öffentlichen und des privaten Sektors, insbesondere nach Beginn der Selbstverwaltung von 1994 -trotz zahlreicher neuer Wohnungsprojekte und neugeschaffener Hilfsprogramme- haben sich die Probleme bis heute nicht entschärfen lassen.

Die Wohnungsnot der unteren Einkommensschichten hat sich im Zuge des anhaltenden Bevölkerungswachstums und der Rückkehr vieler Palästinenser nicht vermindert. Zugleich wird die Entwicklung möglicher Lösungsansätze im Zuge der seit Jahren sich verschärfenden Krise des Friedensprozesses und der 2. Intifada (September 2000) in den palästinensischen Gebieten noch erschwert. Dies betrifft in besonderem Maße auch die Wohnungsfinanzierung sowie die Investitionen im Wohnungsbau, besonders für mittlere und untere Einkommensgruppen, deren ökonomische Verhältnisse sich seit September 2000 verschlechtert haben - vor allem aufgrund der seitdem permanent verhängten Grenzschießung Israels für Beschäftigte aus dem Gazastreifen.

Die häufig ungeklärten Bodeneigentumsverhältnisse, die aus der israelischen Besatzung und Flüchtlingsbewegungen resultieren, aber auch Besonderheiten der palästinensischen Gesellschaft, wie etwa das Erbrecht, welches zur Aufsplitterung des Grundbesitzes führt, und nicht zuletzt die traditionelle arabische Familienstruktur, haben bislang einer institutionell organisierten Wohnungsversorgung in der Gaza-Region entgegengewirkt. Das Bild der Stadt Gaza wird nach wie vor in hohem Maße von schlichter Häuserqualität dominiert,

deren scheinbare Regellosigkeit von ihren privatwirtschaftlichen Entstehungsbedingungen zeugt.

Die demographische Entwicklung und die zunehmende Verstädterung in der Gaza-Region bei weiterbestehendem potentiellen Druck durch die israelischen Siedlungen, sowie die geringe Verfügbarkeit von Bauflächen haben zu einer Verschärfung des Wohnungsproblems geführt. Diese Probleme werden sich in Zukunft eher noch weiter zuspitzen, solange keine politische Lösung für die Planungshoheit über den Gazastreifen sowie für die jüdischen Siedlungen vorliegt. Demnach sind politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren sowie nicht zuletzt das Fehlen einer durchdachten Wohnungsbaupolitik, die Ursachen für die herrschende Wohnungsnot in der Gaza-Region.

Die ökonomischen Voraussetzungen in den Autonomiegebieten sind schwierig. Mit Investitionen und der Unterstützung der im Ausland lebenden Palästinenser ist aufgrund der instabilen politischen Lage und des teilweise ungünstigen Investitionsklimas nicht zu rechnen. Viele Palästinenser im Ausland wären aber unter günstigeren Umständen bereit, in den Gazastreifen zu investieren.

Der Bausektor hat ebenfalls mit zahlreichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besondere Probleme treten bei der Versorgung mit Baustoffen auf, die weitgehend importiert werden müssen. Während der israelischen Besatzung wurde eine eigene Baustoffindustrie unterbunden. Die palästinensischen Gebiete waren und sind aus diesem Grund auf Importe über das Staatsgebiet von Israel angewiesen. Das in Paris 1995 geschlossene israelisch-palästinensische Wirtschaftsabkommen regelt zwar Im- und Export zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten, aber trotzdem muß immer noch jede Ein- und Ausfuhr von den israelischen Behörden genehmigt werden.

Für 1995 ermittelte das Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit (MOPIC), daß ein Fünftel der Familien in Gaza-Stadt ohne eigene Wohnung waren. Nach der Übernahme des Gazastreifens durch die PLO (1994) wurde zunächst versucht, dem enormen Wohnungsdefizit möglichst schnell und kostengünstig durch den Neubau vieler Wohneinheiten zu begegnen. So wurden z.B. vermehrt mehrgeschossige Häuser (nach dem Muster europäischer Sozialbauten) errichtet, u.a. um bei zunehmender Verteuerung von Bauland die Baukosten zu reduzieren. Die Problematik dieser Neubauten ist jedoch, daß sie den besonderen sozialen, gesellschaftlichen Bedürfnissen und Traditionen der Region vielfach nicht entsprechen.

Darüber hinaus gibt es auch in der Stadt Gaza zahlreiche leerstehende Wohnungen, die aufgrund hoher Miet- bzw. Kaufpreise nicht belegt sind. Aus

wirtschaftlichen Gründen können viele Einwohner der Stadt solche Miet- oder Kaufpreise nicht zahlen.

Neben dem PHC (Palestinian Housing Council) liegt die eigentliche Kompetenz für die Wohnungsversorgung beim Palästinensischen Wohnungsbauministerium. Dessen Aktivitäten beschränken sich zurzeit auf die Vorbereitung von Wohnungsbauprojekten im Umland einiger Städte u.a. auch Gaza Stadt, wobei die Wohnungsversorgung in der Regel durch Eigeninitiative der Bewohner geschieht. Der kommerzielle Bausektor war bisher weitgehend im Wohnungsbau für die mittleren und oberen Einkommensschichten aktiv.

Durch den öffentlichen Bausektor (PHC und Wohnungsbauministerium) sind in und um Gaza Siedlungen geplant und teilweise realisiert worden. Die meisten Bauten des öffentlichen Sektors dienen bestimmten Zielgruppen mit geregelter, aber begrenztem Einkommen, vor allem staatlichen Angestellten und Beamten. Die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, auf die der prozentual höchste Wohnungsbedarf entfällt, wurden jedoch bisher weder vom öffentlichen noch vom privaten Sektor ausreichend mit Wohnraum versorgt.

Die zukünftige Aufgabe besteht im Aufbau einer koordinierten Wohnungsbaupolitik und der Entwicklung von architektonischen und städtebaulichen Lösungen, die die historisch gewachsenen, jedoch entwicklungsfähigen, städtebaulichen Prinzipien und die Architektur der arabischen Stadt berücksichtigen, ohne auf moderne städtebauliche und technische Errungenschaften und Erkenntnisse zu verzichten. Jedoch soll die Planung vor allem auf die wirtschaftliche Lage der Wohnungsbedürftigen eingehen.

Der enorme Wohnraumbedarf bei knapper verfügbarer Siedlungsfläche ist bezüglich der Siedlungsentwicklung eine Herausforderung. Gaza verfügt über nur begrenzte Ausdehnungsmöglichkeiten. Besondere Problemgebiete sind Teile der Altstadt mit ihrer z. T. baufälligen Substanz und der hohen baulichen Verdichtung. Ähnliches gilt für die Flüchtlingslager.

Die vorliegende Untersuchung zielt darauf ab, die vielfältigen Probleme des Wohnungsbaus und der Siedlungsplanung in der Stadt Gaza zu erfassen und zu analysieren, sowie eine Vertiefung der gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen der städtebaulichen Problematik des Raumes Gaza zu erzielen. Im wesentlichen soll es darum gehen, die Wohnungsnot in Gaza zu lindern und genügend Wohnraum für alle Familien, insbesondere solche mit niedrigem Einkommen, zu schaffen.

Wichtige Ziele der Arbeit sind auch, die Schaffung preiswerten Wohnraums, Mitfinanzierung und Förderung vom Wohnraum sowie Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Wohnungsbestandes.

Entscheidend für das Verständnis solcher Strategie ist der Versuch, knappe vorhandene Ressourcen effektiv zu nutzen.

1.3 Aufbau der Arbeit

In der vorliegenden Arbeit werden zunächst die wichtigsten geographischen, ökonomischen und demographischen Daten für den Gazastreifen aufgezeigt und analysiert, um so wesentliche Grundlagen für die spätere Zielfindung bzw. –setzung zuschaffen.

Kapitel 2 skizziert Grunddaten **der Geographie und des Klimas** sowie des Wasserdargebots als planungsbeeinflussende Faktoren.

Kapitel 3 gibt einen Überblick über die **geschichtliche Entwicklung der Region**, im Kontext der wechselnden Verwaltungshoheiten, die bis heute die demographische, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation bestimmen. Mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens im Mai 1994 begann nach über einem Vierteljahrhundert israelischer Besatzung eine fünfjährige Interimsperiode und die Übertragung beschränkter Hoheitsrechte an die Palästinenser. Mit der schrittweisen Etablierung der palästinensischen Autonomie wurde die Verwaltung der israelischen Militärgouverneure, die einer Zivilverwaltung vorstanden, durch die Verwaltung der PNA (Palästinensische Autonomiebehörde) abgelöst. Jedoch unter der Bedingung, daß die bislang abgeschlossenen Verträge weiterhin eingehalten werden. Für die PNA blieben Fragen der äußeren Sicherheit und der Außenpolitik offen, die von ihrer Zuständigkeit ausgenommen sind.

Kapitel 4 befaßt sich mit der **Analyse der Bevölkerungs- und Erwerbstruktur** als wesentliche Voraussetzung zur Diagnose der vorliegenden Probleme und zur Bestimmung der zukünftigen Siedlungsentwicklung und des zu erwartenden Wohnraumbedarfs. Als weiterer wesentlicher Faktor für die Untersuchung des Wohnungssektors ist die Darstellung der sozio-ökonomischen Situation und der Wirtschaftsstruktur aufgrund ihres Einflusses auf den Wohnungssektor notwendig.

Kapitel 5 befaßt sich mit der **Siedlungs- und Bebauungsstruktur** des Gazastreifens, darin besonders der Stadt Gaza, die ihrerseits wiederum besonders geprägt ist von dem hohen Bevölkerungswachstum und einer hohen Verstädterungsrate, bei gleichzeitig einer oft mangelhaften infrastrukturellen Versorgung. Zu den speziell zu untersuchenden Aspekten gehören hier die Siedlungs- und Stadtstrukturen von Gaza sowie das Flüchtlingslager Schati (auch als "Beach Camp" bezeichnet).

Kapitel 6 behandelt die Wohnsituation in der Gaza-Region einschließlich Gaza Stadt, dazu gehörend: Wohnformen und Wohnhaustypen, Boden- und Eigentumsverhältnisse sowie Wohndichten und die Wohnbedarfsermittlung. Trotz der positiven Entwicklung im Bausektor sind die Wohndichten generell noch hoch. Analysiert werden die bisherige Wohnungsbau- und Stadtentwicklungspolitik und die Rolle des öffentlichen und privaten Sektors bei der Verbesserung dieser Wohnungssituation sowie bei der Finanzierung von Wohnungsbau und Stadtentwicklung.

Kapitel 7 schließlich erörtert bestehende und künftige **Entwicklungsmaßnahmen** zur Verbesserung der Wohnungssituation in der Stadt Gaza bezüglich der quantitativen und qualitativen Möglichkeiten des Wohnraumangebots, das auch die Bedürfnisse und Möglichkeiten der unteren Einkommensschichten berücksichtigt.

Bezüglich der Siedlungsplanung liegt der Schwerpunkt bei der Entwicklung von Maßnahmen und Vorschlägen zur Verbesserung der Siedlungsstruktur und infrastrukturellen Versorgung der bestehenden Siedlungsgebiete sowie bei der Unterbreitung von Vorschlägen für eine den räumlichen Bedingungen entsprechende Planung neuer Siedlungsprojekte.

Kapitel 8 enthält eine Darstellung des Ziels der Arbeit und ihres Erreichungsgrades. Dabei wird festgestellt, welche nicht genügend erforschten Probleme weiterer Untersuchungen bedürfen, bzw. welche Forschungsrichtungen für das Wohl der palästinensischen Bevölkerung begonnen oder gefördert werden sollten.

2.0 GEOGRAPHISCHE LAGE UND METEOROLOGISCHE GRUNDLAGEN

2.1 Lage, Ausdehnung und Topographie

Palästina liegt an der östlichen Mittelmeerküste, an der Schwelle zwischen den drei Kontinenten Asien, Afrika und Europa. Durch diese Lage war das Gebiet im Verlauf seiner Geschichte immer wieder Ziel von Angriffen und Eroberungen, bis schließlich die israelische Besetzung von Palästina die geographische Trennung von Gazastreifen und Westbank zur Folge hatte.

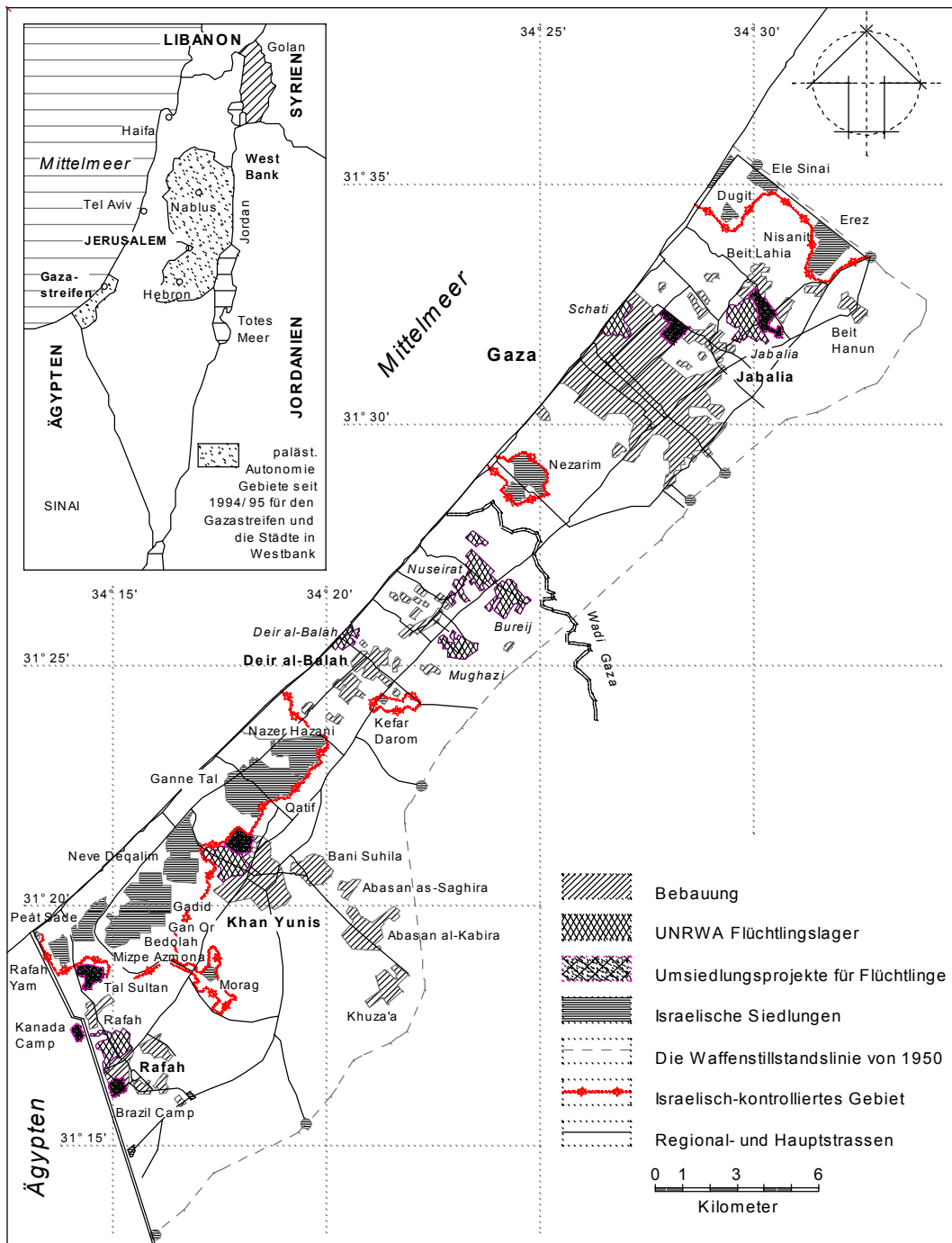
Der Gazastreifen bildet den südwestlichen Teil von Palästina, zwischen dem 31° 13.4' und 31° 35.45' Grad nördlicher Breite sowie dem 34° 13.3' und 34° 34' Grad östlicher Länge [PNA, Habitat, 1994. S. 13]. Er wird begrenzt durch die ägyptische Sinai-Halbinsel im Süden und das Mittelmeer im Westen; sowie im Norden und im Osten von Israel. Entlang der Mittelmeerküste erstreckt er sich von Nordosten nach Südwesten. Mit 40 km Länge in Nord-Süd-Richtung und einer Breite zwischen 6 km (im Norden) und bis 12 km (im Süden) umfaßt er eine Fläche von ca. 365 km² (ca. 2,3% der historischen Fläche Palästinas) [vgl. Abb. 2.1]. In seiner heutigen Ausdehnung ist er ein Produkt des ersten arabisch-israelischen Krieges von 1948, begrenzt von der Küste und einer willkürlich gezogenen Linie, deren Verlauf politisch bzw. militärisch begründet ist.

In der Geschichte der Alten Welt waren bei der Gründung von Städten und Siedlungen topographische Gegebenheiten von großer Bedeutung, um die Bewohner vor Angriffen und anderen Gefahren zu schützen. Wie die meisten Städte wurde auch die Stadt Gaza bei ihrer Gründung auf Hügeln gebaut und mit einer Mauer umgeben.

Topographische Gesichtspunkte finden naturgemäß auch bei der Planung von Straßen- und Erschließungssystemen Berücksichtigung, von deren Beschaffenheit die wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Aktivität einer Stadt in hohem Maße abhängig ist. In der heutigen Zeit wurde die Problematik der topographischen Gegebenheiten beim Bau von Straßen überwunden, trotzdem sind sie immer noch von großer Bedeutung; von ihr hängt u.a. der Kostenaufwand bei der Errichtung und dem Ausbau der technischen Infrastruktur, sowie der baulichen Einrichtung (insbesondere Wohnbauten) ab [Schwarz, G., 1989, S. 862].

Die Stadt Gaza ist die größte und wichtigste Ortschaft des Gazastreifens. Als alte Handelsstadt - vor rund 3.700 Jahren erstmals schriftlich erwähnt [Meyer, M. A., 1907] - an strategisch günstiger Position zwischen Afrika und Vorderasien gelegen, war sie über Jahrhunderte eine bedeutende Handelsstation und Rastplatz auf der mühseligen Passage durch die Wüste Sinai.

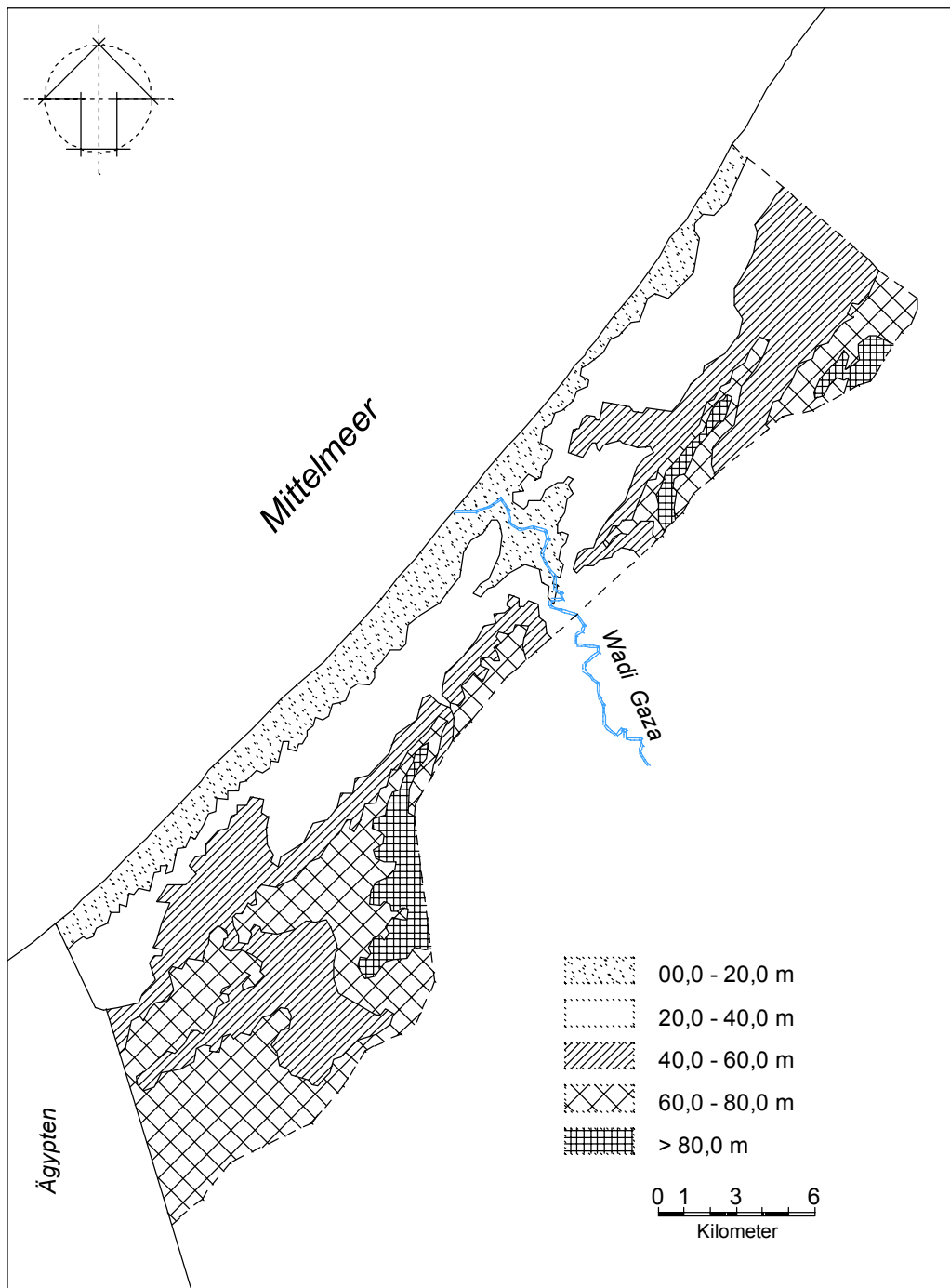
Abb. 2.1: Geographische Lage von Gazastreifen und Gaza-Stadt



Quelle: Roy, S., 1995, unpag. Beilage. Entwurf, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Gaza Stadt liegt 31° 30' nördlicher Breite sowie 34° 28' (27') östlicher Länge, ca. 3 km vom Mittelmeer entfernt [vgl. Abb. 2.1], in 55 m Höhe über dem Meeresspiegel auf einem Hügel, der sich 30 m über die umliegenden Ebenen erhebt [Ad-Dabagh, M., 1966, S. 105].

Abb. 2.2: Topographische Strukturen von Gazastreifen

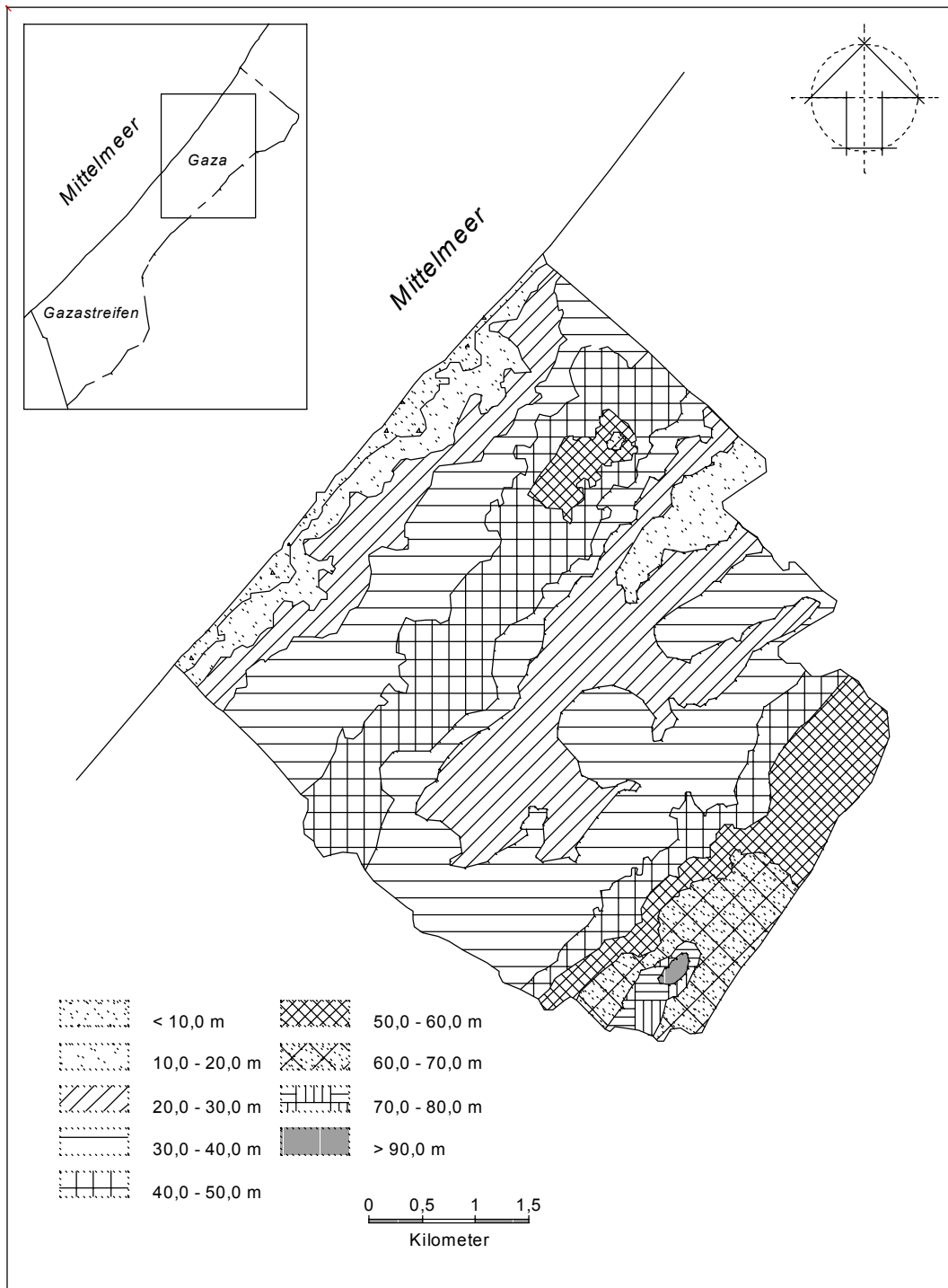


Quelle: Al-Afifi, J., 1992, S. 9, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Der Gazastreifen ist das Küstengebiet des ursprünglichen Mutterlandes Palästina. Es erstreckt sich vom Norden bis an die ägyptische Grenze des Sinai im Süden. Im Gegensatz zum gebirgigen Westjordanland (West Bank) ist der Gazastreifen eine relativ flache Region. Die Variationen der topographischen Schwankungen bewegen sich vom Hebron-Gebirge im Nordosten zur Negev-Wüste im Osten und zur Sinai-Wüste im Süden. Die Kurkar-Hügel erstrecken sich in Höhen zwischen

ca. 50 bis 90 m entlang der Küstenebene [vgl. Abb. 2.2], unterbrochen von einigen Tälern, wie z.B. des Wadi-Gaza, eines der drei Täler, welche die Küstenebene von Westen nach Osten durchschneiden [Umwelteigenschaften von Gaza, 1994, S. 13].

Abb. 2.3: Topographische Strukturen von Gaza-Stadt



Quelle: Salha, R., 1994, 12, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Abbildung 2.3 zeigt, daß das Küstengebiet von Gaza einen flachen Landstrich bildet, der nur an drei Punkten - im Nordwesten vor dem Flüchtlingslager Schati, in der Mitte und im Südwesten von Gaza - nennenswerte Erhebungen aufweist. Diese sind als Standort für eine Wasserentsalzungsanlage geeignet. Darüber hinaus sind sie auch für die Beobachtung und Kontrolle der Küste sowie als Erholungsgebiete von Bedeutung. Andererseits sind sie wegen der Gezeiten des Mittelmeeres und der hohen Wellen im Winter zur Bebauung nicht geeignet. Aufgrund der Unebenheit der Geländegestalt sind in verschiedenen Stadtteilen von Gaza die Aushubarbeiten der Baugruben sowie der Ausgleich des Bauuntergrunds vor Bauausführungen mit höherem Kostenaufwand verbunden. Andererseits sind die Wohngebiete und –bauten in den westlichen Stadtgebieten wegen der Gefälle von Osten hin zum Westen (Mittelmeerseite) teurer aufgrund der guten Belüftung und des Ausblicks der Wohnbauten.

Der Gazastreifen läßt sich aufgrund seiner Topographie in vier Naturräume teilen:

- **Küstengebiete:** relativ flach erstrecken sich diese 45 km entlang des Mittelmeeres vom nördlichsten Bereich bei Beit Hanun bis nach Rafah im Süden.
- **Hügelgebiete:** Diese beschränken sich auf verschiedene einzelne Gebiete auf dem gesamten Territorium. Al-Muntar ist die höchste Erhebung mit 85 m über Meeresniveau, gefolgt von Tal as-Sultan bei Rafah mit 80 m Höhe. Sie bestehen aus Sand, unterbrochen von Lehmschichten.
- **Binnengebiete:** diese sind die wichtigsten topographischen Gebiete für die Wirtschaft und die urbane Entwicklung. Die Fläche dieses Bereichs beträgt ca. 120 km² (ca. 33,14%) des gesamten Gazastreifens.
- **Täler:** diese sind durch langsame, flache Wasserläufe gekennzeichnet, welche im Sommer fast trocken sind. Täler sind vorwiegend im nördlichen Teil vorzufinden. Das Tal um den Fluß Wadi-Gaza zeigt die größte Regenwasseransammlung (im Winter 105 km lang), sie erstreckt sich von der Quelle in Hebron bis hin zum Mittelmeer [Al-Affif, J., 1992, 8-10].

2.2 Bodenbeschaffenheit

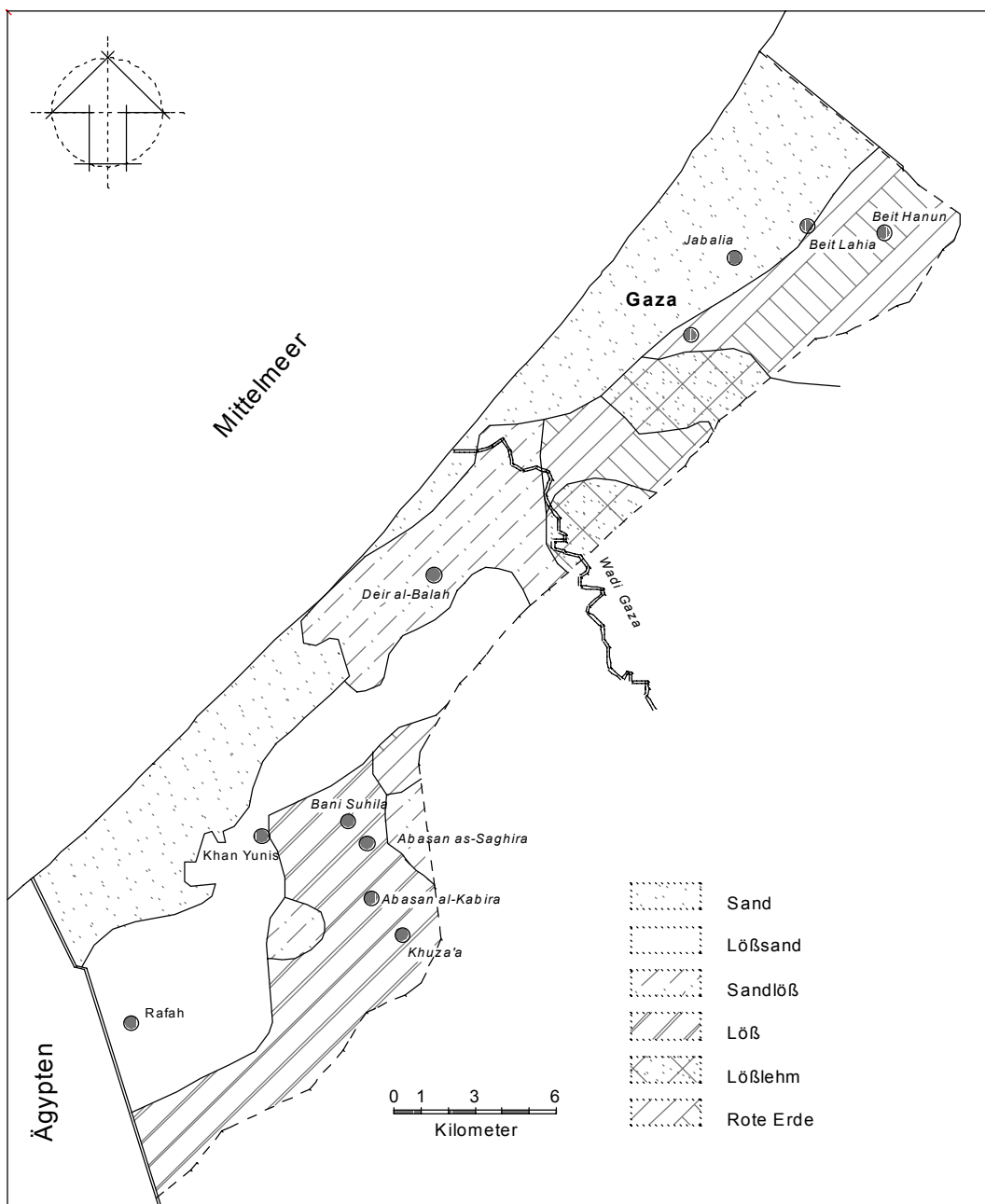
Voraussetzung zur Festlegung der Gründungsart und –tiefe sowie die Eignung der Flächen für landwirtschaftliche Nutzungen ist die genaue Kenntnis der Bodenbeschaffenheit des Gazastreifens.

Die Bodenuntersuchung im Gazastreifen läßt nach Abbildung 2.4 folgendes feststellen:

Die Sandböden erstrecken sich entlang des Küstenstreifens von Norden bis in den Süden hinein. Ihre maximale Höhe erreicht 70 m über Meeresniveau im Bereich Beit Hanun. Die Breiten der Sanddünen nehmen in Richtung Süden ständig ab.

Im Osten des Gazastreifens häufen sich hügelige Lösssand-Kurkar-Schichten (kleinformatiger Kies) mit 80 bis 85 m Höhe, in al-Muntar östlich der Stadt Gaza mit 85 m Höhe über Meeresniveau [vgl. Abb. 2.2 u. 2.4].

Abb. 2.4: Bodenarten im Gazastreifen



Quelle: Umwelteigenschaften von Gaza, 1994, S. 15, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Die Kurkar-Schichten haben die Bevölkerung von Gaza mit Baumaterial für den Bau von Wohnhäusern versorgt. Außerdem entstanden hier Ansammlungsbecken für das Grundwasser und somit Wasserreservoir.

Hinzu kommt der rote Lehm in den östlichen Gebieten, welcher für die landwirtschaftliche Nutzung bedeutsam ist.

Die verschiedenen Bodenarten lassen sich bezüglich ihrer Tragfähigkeit in zwei Arten unterteilen:

- **Bindige Böden** wie Ton und Lehm werden mit zunehmender Feuchtigkeit immer weicher, ihre Tragfähigkeit sinkt erheblich. Ihre Nutzung zu Bauzwecken ist mit aufwendigen Kosten für Gründungsarbeiten insbesondere bei Hochhäusern verbunden. Reine Ton- und Lehmböden lassen Wasser nur langsam eindringen, geben es aber auch durch Bodenpressung der Fundamentkörper nur langsam wieder ab. Durch Ausdehnung und Schrumpfung (Setzung) dieser Böden entstehen erhebliche Bauschäden wie Risse in den Bauwerken.
- **Nichtbindige Böden** wie Sand, Kies und Kurkar sind als Baugrund viel besser geeignet aufgrund ihrer guten Tragfähigkeit, die mit den Korngrößen und der Dichte der Lagerung wächst. Die damit gegebenen Vorzüge (geringere Setzungsgefahr) machen sie für die Gründungsarbeiten günstig, es entstehen geringere Kosten. Sie sind wasserdurchlässig, somit wird die Tragfähigkeit des Baugrundes nicht beeinflusst [Schmitt. H. u. Heene, A., 1998, S. 2-5].

2.3 Gewässer

Neben dem Mittelmeer weist der Gazastreifen drei natürliche Wasserquellen auf:

2.3.1 Niederschläge

Das Niederschlagswasser ist mit jährlichen 164,3 bis 171,3 Mio. m³ die Hauptwasserquelle des Gazastreifens. Ca. 40 bis 60 Mio. m³, d. h. ca. 35% des gesamten Niederschlagswassers, versickert in den Grundwassersee. Der Rest wird für die Landwirtschaft verwendet, ein Teil davon fließt ins Meer.

Die Regenzeit erstreckt sich über die Wintermonate von Oktober bis März. Dabei sind die regenreichsten Monate der Dezember, der Januar und der Februar [vgl. Tab. 2.6].

2.3.2 Grundwasser

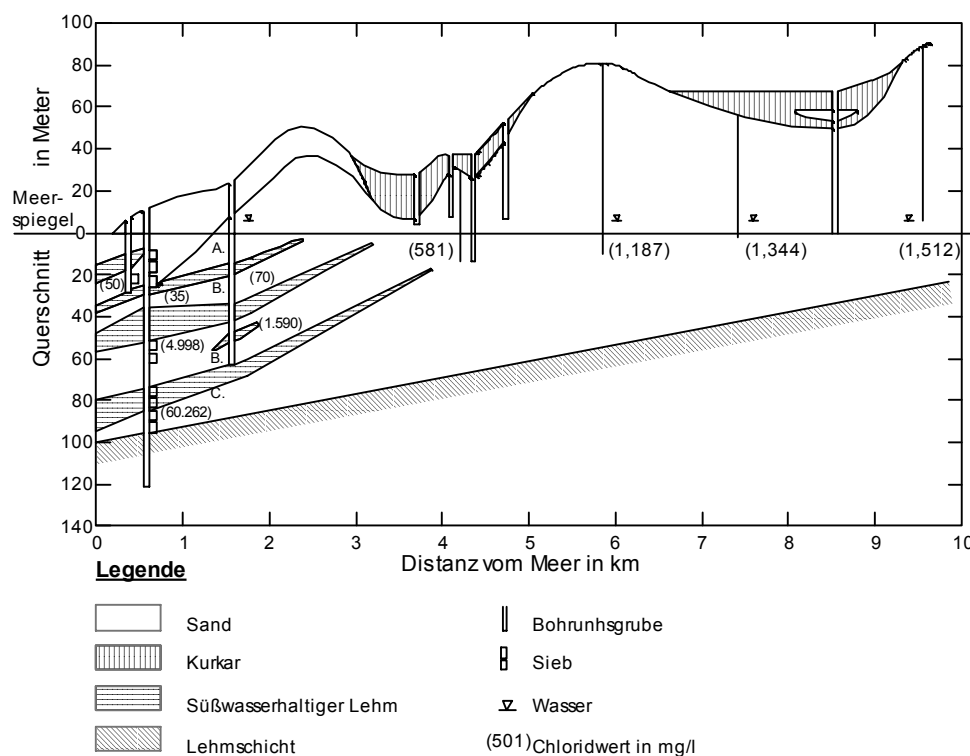
Das Grundwasser ist die zweite Hauptwasserquelle. Für die Entwicklung der Landwirtschaft, besonders für den Anbau von Zitrusfrüchten, sowie für die

Industrie und somit den Lebensstandard, hat seine Bedeutung seit den 50er Jahren ständig zugenommen.

Der Grundwassersee erstreckt sich unter der gesamten Fläche des Gebietes von 45 km Länge und 6-12 km Breite. Er besitzt eine keilförmige Gestalt, mit einer maximalen Tiefe von 180 m im Westen, die in Richtung Osten auf 10 m Tiefe abnimmt [PNA, MOPIC, 1995, S. 111] [vgl. Abb. 2.5]. Das Grundwasser wird jährlich von ca. 60 Mio. m³ Regenwasser gespeist, im gleichen Zeitraum werden durch ca. 2.000 Brunnen etwa 90 Mio. m³ aus dem Grundwasser wieder abgepumpt [Umwelteigenschaften von Gaza, 1994, S. 17-19]. Durch dieses Defizit sinkt der Grundwasserspiegel jährlich um etwa 15-20 cm [Benvenisti, M. u. Khayat, Sh., 1988, 113], was zur Austrocknung von Brunnen geführt hat.

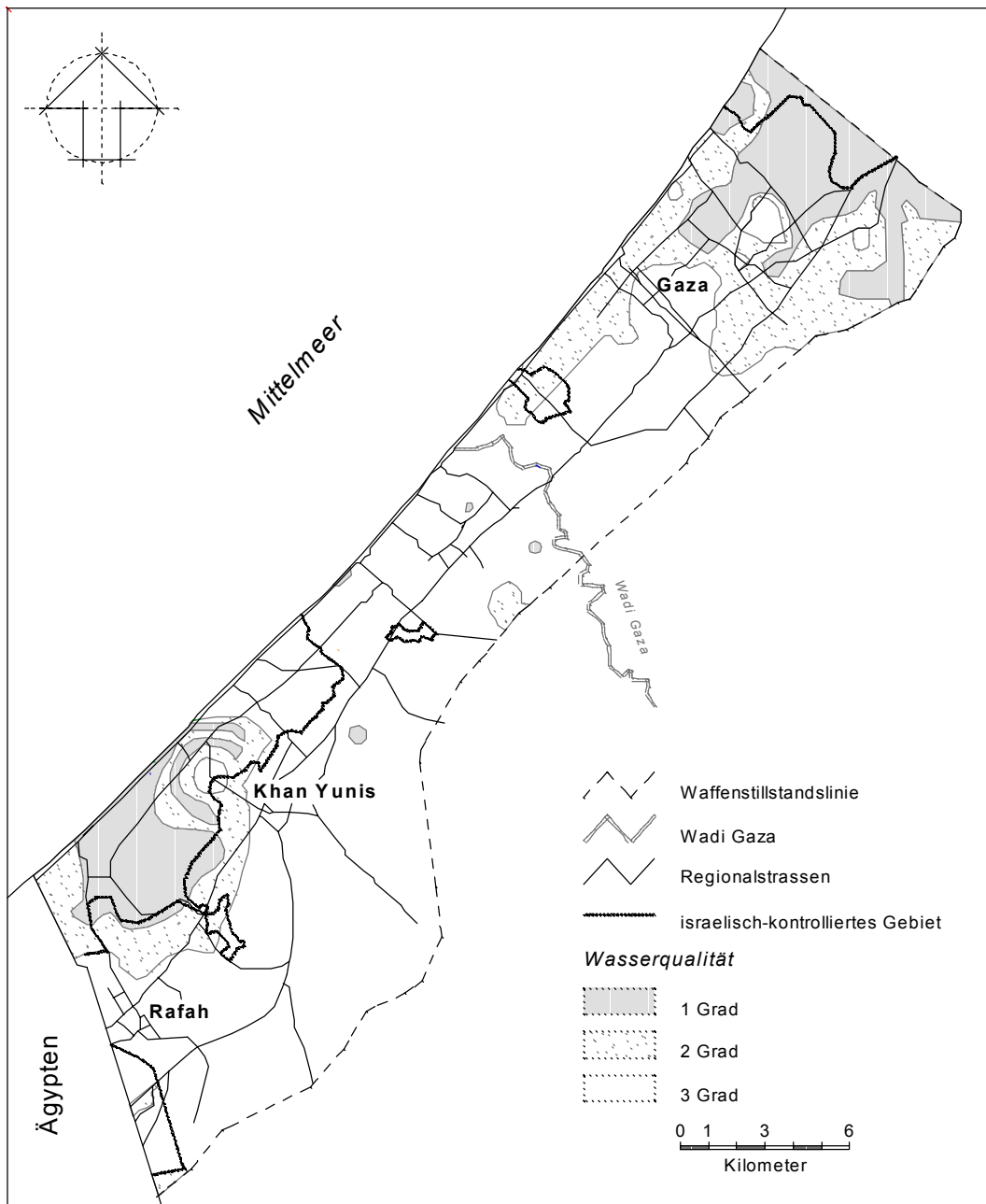
Aufgrund des ständigen Mehrverbrauchs von Grundwasser fließt salzhaltiges Meerwasser als Ausgleich des Grundwasserspiegels hinzu. Um dies zu verhindern, müßte bei gleicher Niederschlagsmenge ein höheres Volumen an Wasser in die Grundwasserbecken eingespeist werden. Durch bessere Ausnutzung des Niederschlagswassers ließe sich dieses Defizit mildern: Für überschüssiges Niederschlagswasser von Dächern und befestigten Grundstücksflächen müssen gezielt Formen der Versickerung und Wasserrückhaltung eingeplant werden, zudem sollte eine entsprechende Durchlässigkeit des Bodens gegeben sein.

Abb. 2.5: Querschnitt durch die Bodenschichten mit ihrem Grundwasserreservoir.



Quelle: UNRWA, Juni 1993, S. 26-27, Fig. 2-6

Abb. 2.6: Wasserressourcen im Gazastreifen



Quelle: MOPIC, Dez. 1998, S. 27, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

2.3.3 Oberflächenwasser

Im Gazastreifen gibt es nur zeitweise relativ kleine Wasserläufe während der Regenzeit. Die wichtigsten sind:

- Der Fluß Wadi-Gaza entspringt im Hebrongebirge und fließt durch Nord-Negev, sammelt das Niederschlagswasser in Beersheba und mündet schließlich im Mittelmeer südlich der Stadt Gaza. Die Gesamtlänge beträgt ca. 105 km,

davon verlaufen 8,5 km im Gazastreifen mit 20 bis 180 m Breite (bei der Einmündung ins Meer). Im Winter ist der Wadi einer der größten Wasserläufe. Die Israelis haben im Interesse der israelischen Landwirtschaft Wadi-Gaza durch den Bau von Dämmen außerhalb der Grünen Linie (Waffenstillstandlinie von 1967) in das Grundwasser umgeleitet. Genaue Daten über das Wasservolumen sind nicht vorhanden.

- Wadi as-Salqa, wegen seiner Nähe zur Stadt Deir al-Balah auch Wadi Deir al-Balah genannt: Dieser kleine Wasserlauf entspringt östlich außerhalb des Gazastreifens, durchläuft den Gazastreifen und mündet ebenfalls in das Mittelmeer. In regenreichen Monaten wird er wegen seiner niedrigen Ufer zu einer Gefahr für die umliegenden Landwirtschaftsflächen. Um die Überflutungsgefahr zu unterbinden, sollten die Ufer ausgebaut werden.
- Der Fluß Wadi Beit Hanun befindet sich nahe der Stadt Beit Hanun im Norden vom Gazastreifen und ist ca. 8 m tief (im Winter). Er dient hauptsächlich zur Bewässerung für die Landwirtschaft [Al-Afifi, J., 1992, S. 33-35].

Die Kontrolle über die Wasserressourcen im Gazastreifen obliegt ebenfalls der israelischen Regierung. Israel und die jüdischen Siedlungen beanspruchen auch den größten Teil der Grundwassermenge. Für die Palästinenser stehen nur 16% der Wasserressourcen zur Verfügung [El-Kahlout, M., 1998, S.43].

2.4 Klimatische Gegebenheiten

Der Gazastreifen steht vom Nordwesten her unter dem Einfluß mediterranen Klimas, vom Süden und Osten her unter dem Einfluß trockenen Wüstenklimas.

Die beeinflussenden Faktoren des Klimas auf die Stadt Gaza sind folgende:

- Die Lage der Stadt in 31°30' n. Br. im Bereich der milden Breitengrade der Mittelmeerzone.
- Das Mittelmeerklima beeinflusst die Stadt über das ganze Jahr. Der Einfluß des Meeresklimas mildert die warme Lufttemperatur im Sommer sowie die kalte Lufttemperatur im Winter und läßt die Luftfeuchtigkeit besonders bei hoher Lufttemperatur im Sommer ansteigen.
- Vom Land her unterliegt die Stadt Gaza der Einwirkung der Wüsten Negev im Osten und Sinai im Südsüdwesten, die im allgemeinen sehr wenig Vegetation hat. Ca. 21,3% der Winde wehen aus Südosten, besonders im Winter und Herbst [vgl. Kap. 2.4.3, sowie Tab. 2.3 u. 2.4].

2.4.1 Sonnenstrahlung und Bewölkung

Im Jahr 1991 schien die Sonne 2.752,9 Stunden im Vergleich zu 2.904,9 Stunden im Jahr 1998. Die durchschnittliche tägliche Sonnenscheindauer in den Jahren 1991 und 1998 betrug:

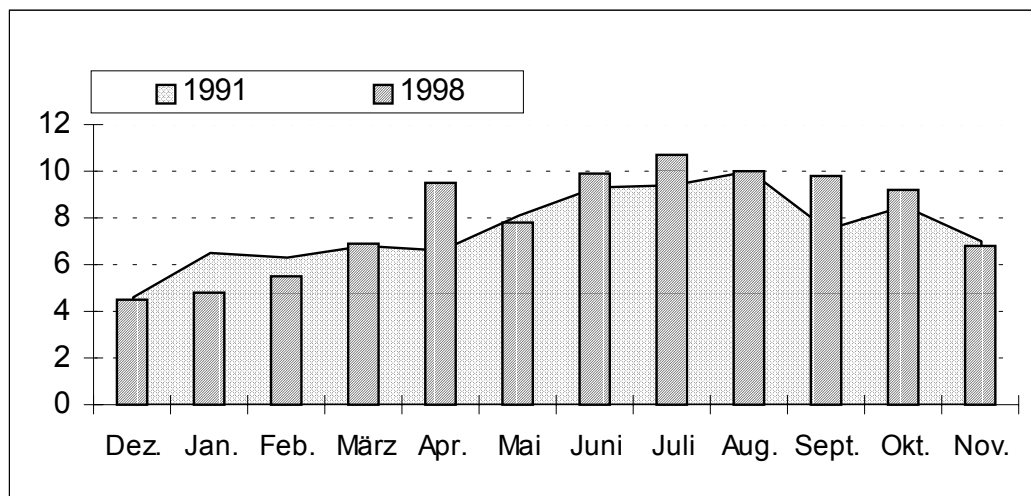
- In den kältesten Monaten: 4,6 Std. im Dezember, 5,6 Std. im Januar und 5,9 Std. im Februar.
- In den wärmsten Monaten: 9,6 Std. im Juni, 10,0 Std. im Juli und im August.
- In den Übergangszeiten steigt die tägliche Sonnenscheindauer stetig an bzw. sinkt ab. Sie beträgt 6,8 Std. im März, 8,0 Std. im April, 7,9 Std. im Mai, 8,6 Std. im September, 8,9 Std. im Oktober und 6,9 Std. im November [vgl. Tab. 2.1].

Tab. 2.1: Die Sonnenscheindauer in Gaza 1991 und 1998, in Stunden

	Dauer 1991		Dauer 1998		Durchschn. pro Tag
	pro Monat	Pro Tag	pro Monat	Pro Tag	
Dezember	144,1	4,6	139,5	4,5	4,6
Januar	200,1	6,5	148,8	4,8	5,6
Februar	175,1	6,3	154,0	5,5	5,9
Winter	173,1	5,6	147,4	4,8	5,2
März	210,0	6,8	213,9	6,9	6,8
April	197,3	6,6	285,0	9,5	8,0
Mai	249,7	8,1	241,8	7,8	7,9
Frühling	219,0	7,1	246,9	8,0	7,5
Juni	278,4	9,3	297,0	9,9	9,6
Juli	291,0	9,4	331,7	10,7	10,0
August	309,0	10,0	310,0	10,0	10,0
Sommer	292,8	9,4	312,9	10,1	9,8
September	224,4	7,5	294,0	9,8	8,6
Oktober	263,8	8,5	285,2	9,2	8,9
November	210,0	7,0	204,0	6,8	6,9
Herbst	232,7	7,5	261,1	8,4	8,0
Total/Jahr	2752,9	-	2904,9	-	-

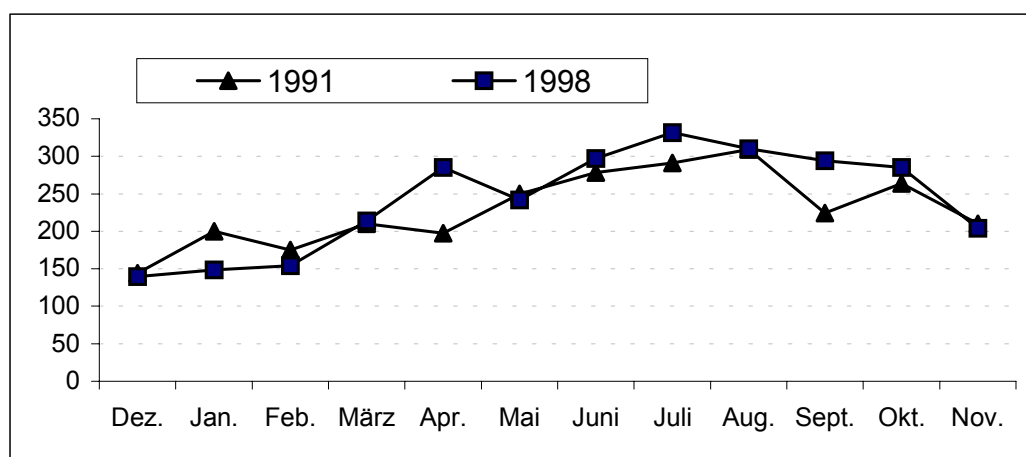
Quelle: PCBS, Okt.1999, S. 2

Abb. 2.7: Sonnenscheindauer in h/Tag in Gaza 1991 und 1998



Quelle: Verfasser nach Tabelle 2.1

Abb. 2.8: Sonnenscheindauer in Stunden pro Monat in Gaza, 1991 und 1998



Quelle: Verfasser nach Tabelle 2.1

Aus Tabelle 2.1 ist zu ersehen, daß mit 9,4 Std. die tägliche durchschnittliche Sonnenscheindauer im Sommer 1991 und im Sommer 1998 mit 9,8 Std. am höchsten ist, was für Energieeinsparung und -verbrauch bei der Gebäudeplanung, sei es z.B. bei der Warmwasserversorgung durch die Verwendung von Sonnenkollektoren oder bei der Beheizung der Häuser während des Winters, von großer Bedeutung ist. Bezüglich der Planung von neuen Wohnsiedlungen sind die Häuser möglichst in Richtung Nord-Nordwesten und Süd-Südosten zu orientieren [vgl. Abb. 2.12]. Dies verringert die Sonnenwärme und sorgt für die Belüftung der Häuser. Grünflächen und Bepflanzungen in den Siedlungen sowie winklige Verkehrswege dienen zugleich als Schattenspende und Luftfilter [vgl. Kap. 5.0].

Der Winter hat die geringste Sonnenscheindauer mit 5,2 Stunden/Tag. Im Frühjahr steigt diese auf 7,5 Std./Tag, im Herbst auf 8,0 Std./Tag.

2.4.2 Außenlufttemperatur

Die Temperaturschwankungen zwischen Sommer und Winter sowie zwischen Tag und Nacht sind in Gaza deutlich spürbar. Dieser Faktor (Wärmespeicherung bei Tag und Wärmeabgabe bei Nacht) ist von Bedeutung für die Raumnutzung (Tag und Nacht) und damit die Grundrißgestaltung. Die sommerlichen Temperaturen sind zwar nicht extrem hoch [vgl. Tab. 2.2], werden aber aufgrund der relativ hohen Luftfeuchtigkeit subjektiv als höher empfunden und haben somit einen großen Einfluß auf die menschlichen Aktivitäten.

Doch ist die Breitenlage nicht allein entscheidend für den Grad der Erwärmung eines Ortes. Mehrere andere Faktoren üben wesentlichen Einfluß auf Temperatur und Klima aus:

- Die Höhenlage der Stadt über dem Meeresspiegel.
- Die Meeresnähe der Stadt Gaza. Da Landflächen sich schneller erwärmen als Wasserflächen, erzeugt der entstehende Luftaustausch besonders zwischen kalter und warmer Luft in den Morgen- und Abendstunden Winde, die spürbaren Einfluß auf die Lufttemperaturen haben.
- Die Beschaffenheit der Erdoberfläche. Sandige Böden nehmen z.B. die Sonnenwärme stärker auf als Grün- oder Waldflächen. Ebenso führen wechselnde Bodengestalten (Geländeneigung) zu unterschiedlichen Erwärmungen.
- Schließlich sind die Klimafaktoren Wind, Luftdruck, Luftfeuchte, Bewölkung und Verdunstung zu nennen. Sie beeinflussen sich nicht nur gegenseitig, sondern hängen jeweils von den vorstehend genannten Gegebenheiten ab und bilden mit diesen ein komplexes Wirkungsgeflecht [Woitschützke, C. P., 1994, S. 56].

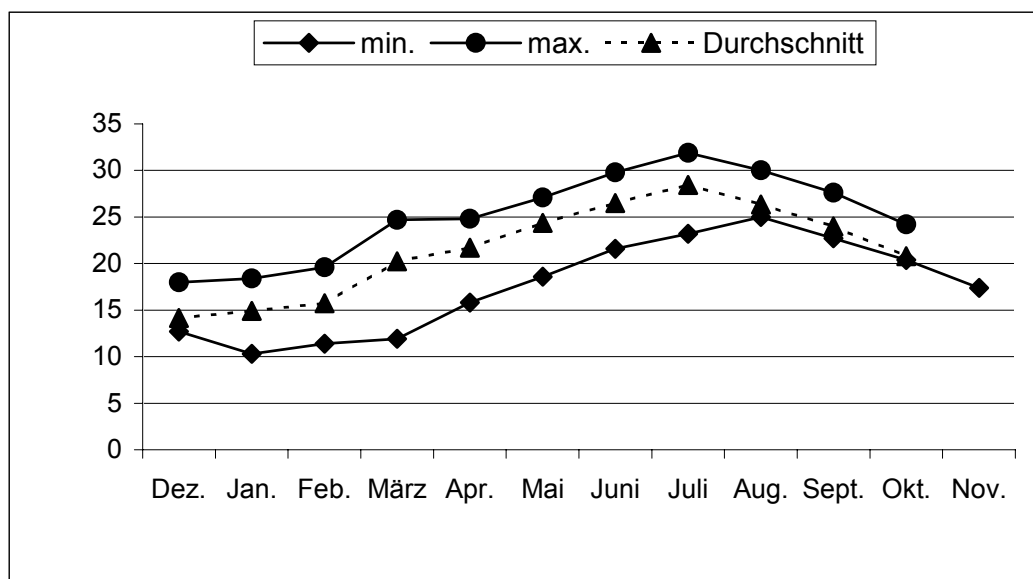
Während der Beobachtungszeit vom Jahre 1998 wurde die höchste Temperatur im August mit +31,9 °C und die niedrigste Temperatur im Januar mit 10,3 °C gemessen. Die durchschnittliche Monatstemperatur lag im Januar bei 14,2 °C und im August bei 28,5 °C [vgl. Tab. 2.2].

Tab. 2.2: Die mittleren Monatstemperaturen in Gaza und die durchschnittliche mittlere Jahrestemperatur in C°, 1998

Monat	Min.	Max.	Differenz	Durchschnitt
Dezember	12,7	20,8	8,1	16,8
Januar	10,3	18,0	7,7	14,2
Februar	11,4	18,4	7,0	14,9
März	11,9	19,6	7,7	15,8
April	15,8	24,7	8,9	20,3
Mai	18,6	24,8	6,2	21,7
Juni	21,6	27,1	5,5	24,4
Juli	23,2	29,8	6,6	26,5
August	25,0	31,9	6,9	28,5
September	22,7	30,0	7,3	26,4
Oktober	20,4	27,6	7,2	24,0
November	17,4	24,2	6,8	20,8
Durchschnitt	17,6	24,7	7,2	21,2

Quelle: PCBS, Okt. 1999, S. 49-51

Abb. 2.9: Jahresverlauf der Außenlufttemperatur in Gaza, 1998



Quelle: Verfasser nach Tabelle 2.2

2.4.3 Wind (Luftbewegung)

Der Wind weht in Gaza aus den verschiedenen Himmelsrichtungen, vorherrschend sind aber nordwestliche und südöstliche Winde. Die durchschnittliche Geschwindigkeit im Zeitraum des Jahres 1998 betrug 11,4 km/h

im Winter, 7,0 km/h im Herbst, 7,5 km/h im Sommer und 14,5 km/h im Frühling [vgl. Tab. 2.3].

Tab. 2.3: Die Windgeschwindigkeiten in Gaza im Jahr 1998 in km/h.

	Winter			Frühling			Sommer			Herbst		
	Dez.	Jan.	Febr.	Mrz.	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Durchschnitt	10,0	12,1	12,1	17,1	14,3	12,0	10,6	7,0	5,0	7,7	6,4	7,0
Durchschnitt	11,4			14,5			7,5			7,0		

Quelle: PCBS, Okt. 1999, S. 61

Tab. 2.4: Prozentuale Verteilung der Windrichtungen in Gaza, Monate im Durchschnitt der Jahre 1970-1990

Monat	Windrichtungsbeobachtung							
	N	NO	O	SO	S	SW	W	NW
Dezember	3,4	8,1	0,6	42,1	4,8	20,4	5,4	15,2
Januar	1,6	7,4	0,5	43,1	4,6	25,1	3,4	14,3
Februar	2,7	7,6	0,4	41,4	2,3	21,1	6,0	18,5
Winter	2,6	7,7	0,5	42,2	3,9	22,2	4,9	16,0
März	2,6	16,3	17,0	16,6	2,2	13,2	4,2	27,9
April	8,9	17,1	14,0	16,5	0,8	5,9	3,5	33,3
Mai	8,6	15,2	15,0	14,2	0,5	8,3	3,0	35,2
Frühling	6,7	16,2	15,3	15,8	1,2	9,1	3,6	32,1
Juni	6,3	5,7	-	9,2	0,2	5,5	2,4	70,7
Juli	4,4	3,4	-	5,7	0,2	7,3	6,7	72,3
August	6,3	2,9	-	5,1	0,2	9,5	3,3	72,7
Sommer	5,7	4,0	0,0	6,7	0,2	7,4	4,1	71,9
September	13,2	7,6	-	8,5	-	4,3	2,5	63,9
Oktober	13,3	15,0	0,4	18,9	0,8	6,4	2,3	42,9
November	6,9	15,6	0,2	34,4	1,9	11,2	4,7	25,1
Herbst	11,1	12,7	0,2	20,6	0,9	7,3	3,2	44,0
Durchschnitt	6,5	10,2	4,0	21,3	1,5	11,5	4,0	41,0

Quelle: Meteorologische Meßstation Gaza

Aus Tabelle 2.4 ist die folgende Verteilung der Windrichtungen über die Monate eines Jahres (langjähriger Durchschnitt) zu ersehen:

- Im Winter, also in den kalten Monaten des Jahres, sind die Hauptwindrichtungen mit 42,2% die Winde aus südöstlicher Richtung, gefolgt von 22,2% aus südwestlicher Richtung, an dritter Stelle der Nordwestwind mit 16%, dann die Winde aus nordöstlicher (7,7%) und nördlicher (2,6%) Richtung. Letzterer ist für die kalte Welle verantwortlich. Die restlichen Winde (9,3%) wehen aus den übrigen Himmelsrichtungen.

- Im Frühjahr wehen 32,1% der Winde aus Nordwesten, gefolgt vom nordöstlichen Wind mit 16,2%, den Winden aus Südosten und Osten mit 15,8% bzw. 15,3%. Aus südwestlicher und nördlicher Richtung wehen 9,1% und 6,7% der Winde, aus den anderen Himmelsrichtungen beläuft sich die Zahl auf 4,8%.
- Als Hauptwindrichtungen in den warmen Sommermonaten wehen 71,9% der gesamten Winde aus Nordwesten (aus der Mittelmeerrichtung). Diese sind für die Milderung der Lufttemperatur verantwortlich. Ein Anteil von 28,1% der übrigen Winde weht aus den anderen Himmelsrichtungen.
- Im Herbst wehen 44,0% der Winde aus Nordwesten, 20,6% aus Südosten, 12,7% aus Nordosten, 11,1% aus Norden und 11,6% aus den anderen Himmelsrichtungen [vgl. Tab. 2.4].

Abb. 2.10: Ausrichtung der Bauten zur Sonne

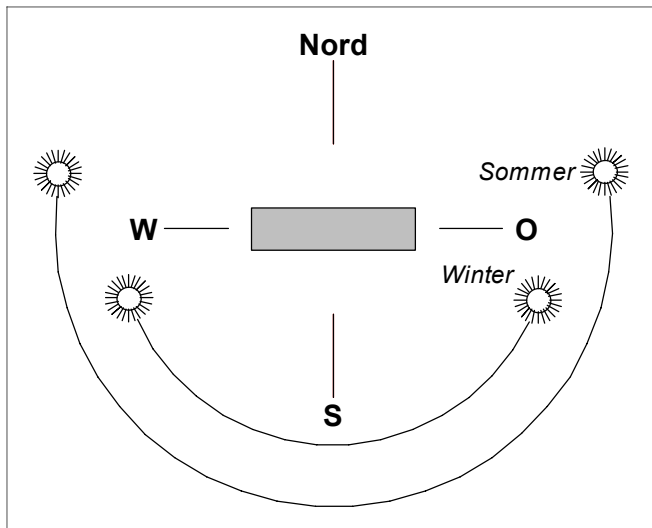


Abb. 2.11: Ausrichtung der Bauten zum Wind

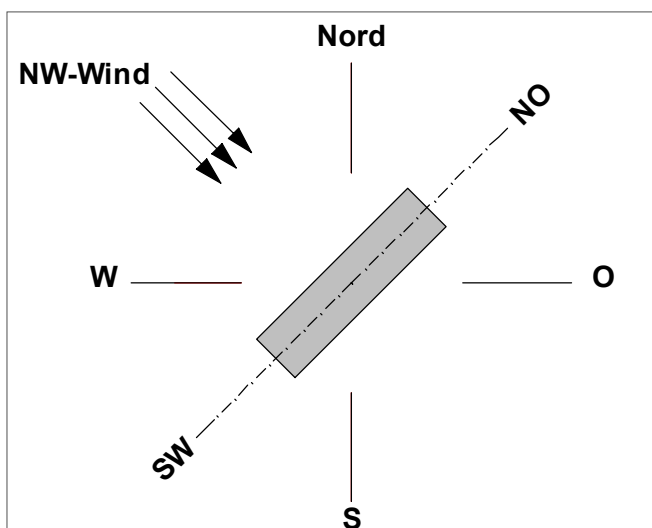
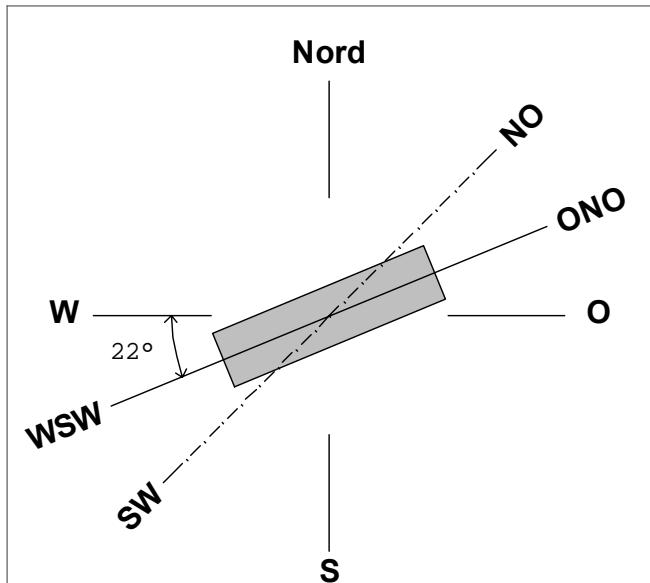


Abb. 2.12: Optimale Ausrichtung der Bauten zur Sonne und zum Wind



Windrichtungen und Windstärken sind Faktoren, die sich unmittelbar auf die Bautätigkeit in Siedlungsgebieten auswirken. In jeder Stadt gibt es bestimmte Straßenzüge, die als besonders "zugig" oder "windig" bekannt sind. Wenn der Wind in Richtung einer Straße weht, so wirken die Häuserwände zu beiden Seiten als Führung für die Luftströmung, die dadurch zusammengedrängt und verstärkt wird. Besonders ausgeprägt ist eine solche "Düsenwirkung" an Verengungen des Straßenraums, z.B. am Übergang von einem weiten Platz in eine Straße. Dicht und hoch bebaute gerade Straßenzüge, die etwa in der Hauptwindrichtung verlaufen, werden von dieser Erscheinung in besonderem Maße betroffen. Als Konsequenz für die Planung wäre daher die Straßenführung möglichst winklig und ungerade auszubilden.

Lokale Topographie, Aussichten, Schallquellen, Sonnenstrahlungsintensität, Hauptwindrichtung und sozio-kulturelle Anforderungen der Bewohner bestimmen die Orientierung des Gebäudes quer zu Hauptwindrichtung. Durch eine Orientierung des Hauses nach Nordwesten und Südosten würden die Hauptwinde zur Querlüftung des Hauses ausgenutzt [vgl. Abb. 2.11].

2.4.4 Niederschläge

In Gaza regnet es vor allem im Winter. Die niederschlagsreichsten Monate sind Dezember und Januar; die trockensten Monate Juli und August [vgl. Tab. 2.6]. Niederschläge in Form von Hagel fallen an durchschnittlich 5-8 Tagen im Jahr, besonders im Dezember und Januar [Saleh, H., 1991, S.186]. In manchen Jahren hagelt es stark über längere Zeiträume, was erhebliche Bauschäden an Häusern mit Asbest-, Zink- oder Blechüberdachung verursacht.

Tab. 2.5: Die Jahresniederschlagsmenge im Gazastreifen im Jahre 1977-78 und 1982-83 nach Gebieten (in mm)

1977/78		1982/83	
Gebiet	Niederschlag (mm)	Gebiet	Niederschlag (mm)
Beit Hanun	300,3	Beit Hanun	717,0
Beit Lahia	334,5	Beit Lahia	660,0
Gaza	410,2	Gaza	600,0
Schati	303,4	Schati	-
Nuseirat	291,5	Nuseirat	560,0
Deir al-Balah	298,0	Deir al-Balah	520,0
Khan Yunis	231,0	Khan Yunis	479,0
Rafah	183,0	Rafah	370,0

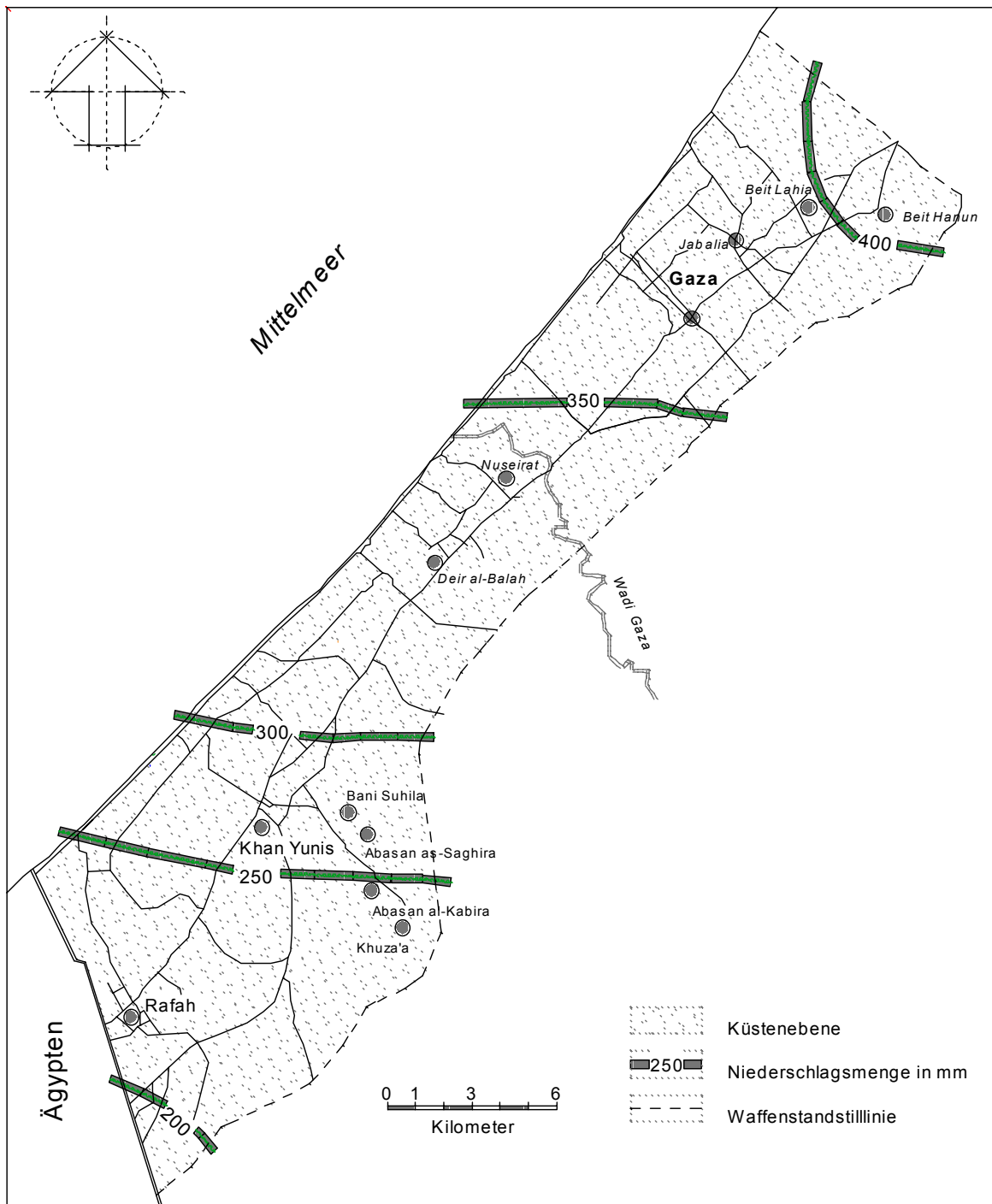
Quelle: Meteorologische Meßstation Gaza, nach Al-Afifi, J., 1992, S. 25

Die Niederschlagsmenge schwankt von Jahr zu Jahr. Sie liegt in der Stadt Gaza im Durchschnitt bei 410,2 mm jährlich (1977/78). In südlicher Richtung bis nach Rafah verringert sie sich mit zunehmender Nähe zu den Wüstengebieten [vgl. Abb. 2.10]. Die Betrachtung von Tabelle 2.5 läßt erkennen, daß die nördlichen Gebiete (Beit Hanun, Beit Lahia, Jabalia und Gaza) die höchste Niederschlagsmenge aufweisen. Diese Erkenntnis ist besonders wichtig für die Ausweisung von Flächen zur landwirtschaftlichen Nutzung. Die nördlichen Gebiete mit ihren relativ hohen Niederschlagsmengen eignen sich dafür besser als die südlichen. Es ist daher sinnvoll, in den südlichen Gebieten mehr Flächen für die Bebauung auszuweisen, damit in den nördlichen Gebieten größere Flächen für Ackerlandflächen frei bleiben.

Das Niederschlagswasser ist eine der Hauptwasserquellen im Gazastreifen und die wichtigste Quelle für das Grundwasser. 70% der Landwirtschaftsflächen sind auf das Niederschlagswasser angewiesen [Agrarministerium-Bericht, 1986]. Zunehmende Versiegelung der Bodenoberfläche setzt zum einen die Grundwasserneubildung herab und verringert die Verdunstungsrate.

Die Hauptregenzeit in Gaza ist der Winter mit 22 Regentagen (von durchschnittlich insgesamt 34 Regentagen im Jahr) und ca. 86% der Niederschlagsmenge des gesamten Jahres [vgl. Tab. 2.6]. Bei schlechter Bausubstanz und undichter Blechüberdachung, wie sie vor allem in den Flüchtlingslagern und in den Altstadtgebieten häufig zu finden sind, werden viele Häuser an den regenreichen Tagen stark beschädigt.

Abb. 2.13: Räumliche Verteilung der Niederschlagsmenge im Gazastreifen (in mm)

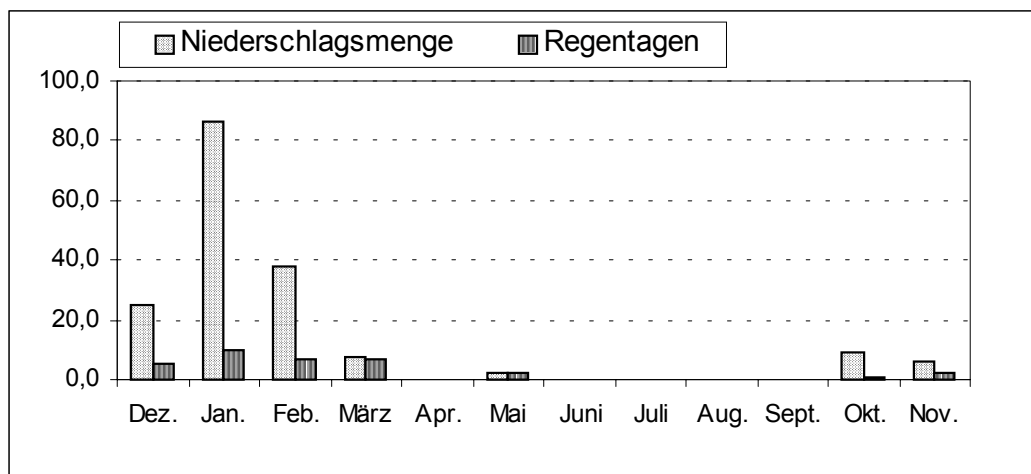


Quelle: PIALES, 1996, S. 18, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Tab. 2.6: Niederschlagsmengen und Regentage in Gazastreifen 1998

Monat	Niederschlagsmenge in mm	Regentage	Menge/Tag in mm
Dezember	24,8	5,0	5,0
Januar	86,2	10,0	8,6
Februar	38,1	7,0	5,4
März	7,6	7,0	1,1
April	0,0	0,0	0,0
Mai	2,3	2,0	1,2
Juni	0,0	0,0	0,0
Juli	0,0	0,0	0,0
August	0,0	0,0	0,0
September	0,0	0,0	0,0
Oktober	9,0	1,0	9,0
November	6,1	2,0	3,1
Total	174,1	34,0	5,1

Quelle: PCBS, Okt. 1999, S. 54-55

Abb. 2.14: Niederschlagsmenge und Regentage im Gazastreifen im Jahr 1998


Quelle: Verfasser nach Tabelle 2.6

2.4.5 Relative Luftfeuchtigkeit

Die relative Luftfeuchtigkeit im Gazastreifen beträgt im langjährigen Mittel der Jahre 1970 bis 1990 im Jahresdurchschnitt 71,2%, bzw. 65,2% im Jahr 1998. Diese hohen Werte steigern die Lufttemperaturempfindlichkeit, die proportional zur relativen Luftfeuchtigkeit zunimmt. Der Sommer hat mit 75,6% bzw. 74,8% (1998) die höchste Luftfeuchtigkeit, gefolgt vom Frühling mit 70,6% bzw. 59,0% (1998),

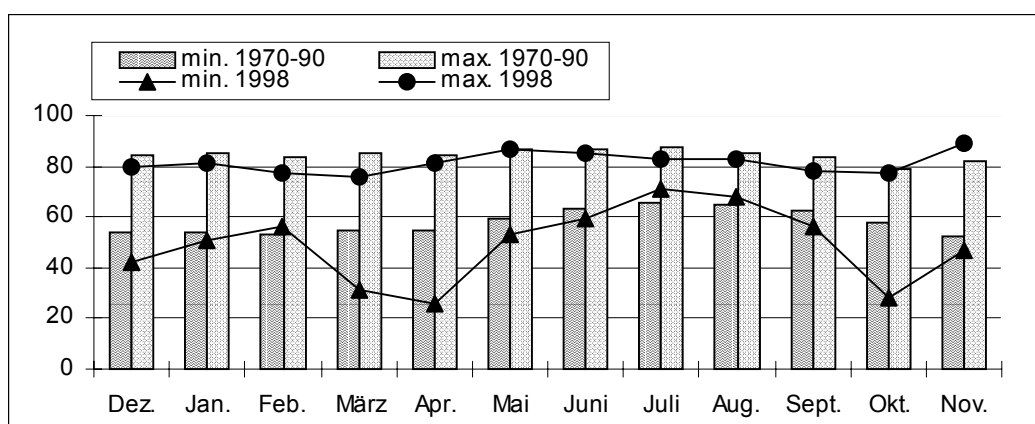
dann folgt der Herbst mit 69,6% zu 62,5% im Jahr 1998 und als letzter der Winter mit 69,0% zu 64,5% im Vergleich zu 1998 [vgl. Tab. 2.7].

Tab. 2.7: Relative Luftfeuchtigkeit in Gazastreifen in den Jahren 1970-1990 und 1998 (in %)

Monat	1970-1990			1998		
	min.	max.	Durchschnitt	min.	max.	Durchschnitt
Dezember	54,2	84,2	69,2	42,0	80,0	61,0
Januar	53,7	84,8	69,3	51,0	81,0	66,0
Februar	53,4	83,6	68,5	56,0	77,0	66,5
Winter	53,8	84,2	69,0	49,7	79,3	64,5
März	54,6	84,8	69,7	31,0	76,0	53,5
April	54,3	84,4	69,4	26,0	81,0	53,5
Mai	59,0	86,7	72,9	53,0	87,0	70,0
Frühling	56,0	85,3	70,6	36,7	81,3	59,0
Juni	63,2	86,7	75,0	59,0	85,0	72,0
Juli	66,0	87,4	76,7	71,0	83,0	77,0
August	64,5	85,5	75,0	68,0	83,0	75,5
Sommer	64,6	86,5	75,6	66,0	83,7	74,8
September	62,4	83,5	73,0	56,0	78,0	67,0
Oktober	57,8	78,9	68,4	28,0	77,0	52,5
November	52,6	82,1	67,4	47,0	89,0	68,0
Herbst	57,6	81,5	69,6	43,7	81,3	62,5
Total	58,0	84,4	71,2	49,0	81,4	65,2

Quellen: PCBS; Meteorological Conditions in the Palestinian Territory: Annual Report 1998, Okt. 1999, S. 58-59; Meteorolog. Meßstation Gaza, 1970-90

Abb. 2.15: Angaben zur relativen Luftfeuchtigkeit



Quelle: Verfasser nach Tabelle 2.7

Die hohe Luftfeuchtigkeit ist auf die Häufigkeit nordwestlicher Winde vom Mittelmeer her zurückzuführen, die besonders im Sommer mit 71,9% der Windrichtungen auftreten [vgl. Tab. 2.4].

Die feuchten Monate sind zugleich diejenigen mit den höheren Lufttemperaturen: Juni bis September mit einer durchschnittlichen Luftfeuchtigkeit von 75,0% bis 76,7% in den Jahren von 1970 bis 1990. Die hohe Luftfeuchtigkeit ist möglicherweise auf die hohe Verdunstung in diesen Monaten mit 4,5-7 mm täglich zurückzuführen. Die trockensten Monate sind der Oktober mit durchschnittlich 68,4% und der November mit 67,4% im gleichen Zeitraum [vgl. Tab. 2.7].

Tab. 2.8: Die täglichen und monatlichen Verdunstungsmengen in Gaza im Jahr 1998, nach Monaten des Jahres (in mm/Monat bzw. mm/Tag)

Monat	Verdunstung		Monat	Verdunstung	
	mm/Monat	mm/Tag		mm/Monat	mm/Tag
Dezember	93,0	3,0	Juni	190,8	6,4
Januar	80,0	2,6	Juli	207,7	6,7
Februar	77,0	2,8	August	182,9	5,9
Winter	250,0	2,8	Sommer	581,4	9,4
März	117,8	3,8	September	165,0	5,3
April	156,0	5,2	Oktober	127,1	4,2
Mai	178,6	5,8	November	96,0	3,1
Frühling	452,4	7,3	Herbst	388,1	6,3

Quelle: PCBS, Okt. 1999, S. 60

Die durchschnittliche Verdunstungsmenge ist im Sommer mit insgesamt 581,4 mm (ca. 9,4 mm/Tag) am höchsten gegenüber durchschnittlich 250,0 mm im Winter (ca. 2,8 mm/Tag). An zweiter Stelle kommt der Frühling mit 452,4 mm, gefolgt vom Herbst mit 388,1 mm [vgl. Tab. 2.8].

2.4.6 Klimatologische Faktoren des Städtebaus

Der Städtebau entwickelte sich unter anderem aus dem Bestreben des Menschen, sich vor den Witterungseinflüssen ihres Lebensraumes zu schützen. Eine der Aufgaben des Städtebaus ist es, optimale Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Menschen unter den gegebenen klimatischen Verhältnissen wirtschaftlich, d. h. mit möglichst geringem Aufwand für Zwecke des Klimaschutzes im weiteren Sinne, leben und arbeiten können.

In zunehmendem Maße muß sich die angewandte Stadtklimatologie dem Problem der Planungsrelevanz stellen. Das bedeutet konkret, daß die Ergebnisse stadtklimatischer Untersuchungen anwendungsorientiert und auf planerische Bedürfnisse umgesetzt werden.

Prinzipiell führen innerstädtische Grünflächen und Gewässer zur Verbesserung der klimatischen Situation in urbanen Ballungsräumen. Darüber hinaus lässt sich über Ventilationsbahnen eine Belüftung der Innenstadtbereiche erreichen.

Der gegenwärtig ablaufende Prozeß des gesellschaftlichen Strukturwandels nach 1994 führt zu nachhaltigen Veränderungen in der urbanen Umwelt und insbesondere der klimatischen Verhältnisse in der Stadt Gaza; es treten verstärkt Konflikte zwischen der angestrebten Flächennutzung und dem Stadtklima auf, z.B.:

- Entstehung von Wohn- und Gewerbegebieten am Stadtrand auf bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen und damit Zersiedelung des Stadtumlandes.
- Verlust von klimaökologisch wertvollen Flächen
- Behinderung der Frischluftversorgung der Stadt durch Zunahme der Bodenrauigkeit bzw. durch Strömungshindernisse und durch die zunehmende Ansiedlung von Wohnhochhäusern am Meer.

Tab. 2.9: Klimatische Anforderungen an Siedlungen (insb. Wohnbauten) in verschiedenen Klimazonen

Klimazone:	Bauten sollen schützen vor:	Bauten sollen gewährleisten:
Tropenzone, (gleichmäßig warm, kältester Monat über 18°)	Regen, Hitze, Besonnung	Lüftung und Kühlung
Subtropische Zone, (jahreszeitlich wechselnd, Trockenheit und ergiebige Niederschläge)	Regen und zu große Luftfeuchtigkeit	Belüftung
Subtropische Zone, (Wechsel von Trocken- und Regenzeiten)	Besonnung, Regen Sand, Staub, Wind	Kühlung, Ausnutzung auch kleinster Regenmengen (speziell für Gaza)
Trockenzone, (unregelmäßige, sporadische Niederschläge)	Sand, Staub, Wind, Trockenheit, meist Besonnung	Ausnutzung auch kleinster Regenmengen, ausreichende Luftfeuchtigkeit
Gemäßigte Zone (alle 4 Jahreszeiten sind deutlich ausgeprägt, im Winter teilweise andauernde Schneedecke)	Regen, Schnee, im Sommer zu große Wärme, im Winter zu große Kälte	Ausreichende Besonnung
Subarktische Zone (lange Winter, kurze Sommer mit Mitternachtssonne, Boden taut im Sommer nur oberflächlich auf)	Kälte, Wind	Besonnung bei tiefstehender Sonne, gute Wärmeisolation, möglichst geringe Wärmeverluste

Quelle: Böer, W., 1954, S. 22

Unter Berücksichtigung der klimatischen Gegebenheiten ist die Auswahl der Baugrundstücke, der Baumaterialien und die Bauweise von großer Bedeutung für das Wohl der Bewohner [vgl. Kap. 7.4].

Der Gazastreifen liegt im Übergangsbereich subtropischen Klimas, der sich durch Wechsel von Trocken- und Regenzeit auszeichnet. Der Schutz der Bauten vor Besonnung hat durch optimale Ausrichtung der Bauten hinsichtlich der Sonneneinstrahlung und der Windrichtungen -wegen der Querlüftung- zuerfolgen [vgl. Tab. 2.9].

- Die traditionelle Architektur ist gekennzeichnet durch die Verwendung von Baumaterialien wie Lehm und Stein sowie durch den Bau dicker Wände mit wenigen Öffnungen, die bauphysikalisch gute ausgewogene Wärmespeichereigenschaften haben. Diese Bauweise entsprach sowohl den gegebenen klimatischen Bedingungen, als auch den traditionellen gesellschaftlichen Werten. Die herkömmlichen Häuser besitzen große Innenfenster, die gemeinsam eine, zu einem Innenhof gerichtete Orientierung haben und so eine gute Belüftung und Besonnung der Räume ermöglichen.
- die Altstadtstruktur und das Straßennetz zeichnen sich durch enge und winklige Straßen aus. Hierdurch wird für die Wohnhäuser ein Schutz vor starker Sonnenstrahlung geschaffen; im Sommer entstehen so Räume mit kühler Lufttemperatur. Auch wird durch winklige Straßen eine Verringerung der Windgeschwindigkeit im Winter erreicht.
- Unter Berücksichtigung der klimatischen Gegebenheiten sowie des technischen Fortschritts entstanden Ende der 30er Jahre während der Britischen-Mandatzeit einheitliche architektonische Wohnformen sowie neue städtebauliche Strukturen mit breiten und geradlinigen Straßen. Bei der Konzipierung von Wohnhäusern wurden die Straßenseiten mit großen Fenstern ausgestattet, die besonders auf der nördlichen oder westlichen Seite liegen. Dieses erfolgte auf Grund der nordwestlich vom Mittelmeer her wehenden Winde. Somit wurde eine ausreichende Belüftung der Wohnhäuser ermöglicht. Deshalb sind auch die Balkone und Wohnräume auf diesen Seiten angeordnet. Die Wirtschafts- und Sanitärräume wurden auf der Süd- und Ostseite untergebracht, da dann die Sonneneinstrahlung auf der Südfläche überwog. Diese Planung stellt eine Verbesserung der Hygiene und eines gesunden Wohnumfeldes dar.
- Die Verwendung von modernen Baumaterialien, wie Zementsteine und Stahlbeton sind für die vorhandenen erheblichen Temperaturschwankungen weniger geeignet. Deshalb wurden seit ca. 1936 technische Geräte für die Klimatisierung der Räume hinzugezogen [vgl. Kap. 6.27].

- Die Zunahme der bebauten Flächen auf Kosten der Grün- und Freiflächen der Stadt hat das Stadtklima in manchen Gebieten verschlechtert, da diese zur Regulierung des Mikroklimas (Abkühlung, Erhöhung der Luftfeuchtigkeit) und zur Verringerung der Strömungsgeschwindigkeit, zur Beeinflussung von Luftbewegungen und zum Schutz vor Winden beitragen.

„Eine Klimaverschlechterung ist aber durchaus nicht eine notwendige Folge der Stadtbildung. Es gibt Möglichkeiten, das Stadtklima zu gestalten und gesund zu erhalten. Allerdings darf bei der Planung und beim Bau von Städten nicht über die einfachsten klimatologischen Tatbestände und Erkenntnisse hinweggegangen werden“.

- Auf Grund der häufigen nordwestlichen Winde wurden die Industriegebiete in den östlichen und südöstlichen Stadtgebieten (1997 durch Kooperation zwischen den PNA, den Israelis und einem norwegischem Team) geplant, damit der Stadt keine verschmutzte Luft zugeführt wird [vgl. Tab. 2.4 u. Kap. 5.4.1.3].
- Wegen des Niederschlagswassers wurden die meisten Dächer sowie auch die Straßen mit einer entsprechenden Neigung ausgebildet, um das Wasser abzuleiten. In Gaza gibt es eine Trenn- und eine Mischkanalisation von Abwasser und Regenwasser, wobei der Anschluß an die Mischsysteme besonders in den östlichen Altstadtgebieten aufgrund der vorherrschenden Bedingungen eher die Regel ist. In den westlichen neuen Stadtgebieten wird das Regenwasser durch Trennsysteme in Regenwasserrückhaltebecken (z.B. Scheikh-Radwan-Becken) sowie in Regenwasserklärbecken abgeführt.

3.0 GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

"Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land" - mit dieser Behauptung versuchte die zionistische Bewegung mit Unterstützung der westlichen Welt, eine nationale Heimstätte für die Juden in Palästina zu errichten.

Seit über 4.000 Jahren v.Chr. ist das Land Kanaan bewohnt. Bekannt ist, daß sich die Kanaaniter in der Jüngerer Steinzeit dort niederließen. Allem Anschein nach ließen sie sich dort als erste in Städten nieder, z.B. in Saida, Gaza, Sichem (heute Nablus), Meggido, Jericho, Beerscheba, Akka und Jerusalem. Die Häuser der Kanaaniter bestanden aus Ton und hatten damals wie heute flache Dächer. Sie gruppierten sich zumeist um eine Wasserstelle. Zu den Städten, die oft von mächtigen Mauergürteln geschützt waren, gehörten auch Burgen und Tempelanlagen. Schon zu diesem Zeitpunkt ging die Bevölkerung zu Ackerbau und Viehzucht über. Straßenanlagen und andere dauerhafte Einrichtungen zeugen davon, daß die Urbevölkerung lange Zeit ungestört im Besitz des Landes blieb.

Schon lange vor der Entstehung des politischen Zionismus hatten die Kolonialmächte Westeuropas den Zustrom jüdischer Siedler zugunsten ihrer Interessen im Nahen Osten in Erwägung gezogen. Man besprach allgemein in den Parlamenten die "Orient-Frage" und meinte damit die Zurückdrängung des Osmanischen Reiches, die Einflußsicherung durch Spaltung der arabischen und islamischen Welt und die Verteidigung der westlichen Interessen im Nahen Osten.

Der britische Imperialismus war besonders darum bemüht, seine Kolonialpolitik im Nahen Osten gegenüber der Konkurrenz zu sichern und auf eine Politik des "Teile und Herrsche" zurückzugreifen. Aus diesem Grund ging letztlich die britische Regierung dazu über, sich offiziell für die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina" zu verwenden [Waltz, V., 1986, S. 27]. Die "Balfour-Erklärung" aus dem Jahre 1917, gerichtet an den Baron Rothschild, einen führenden Vertreter der zionistischen Bewegung in Großbritannien, war ein Schritt zur Konsolidierung der westlichen und besonders der britischen Interessen im arabischen Raum. Britische und zionistische Interessen deckten sich in Hinblick darauf, mit Hilfe jüdischer Besiedlung den arabischen Raum zu spalten und den westeuropäischen Einfluß zu sichern.

Mit der Behauptung, die Rückkehr der Juden in ihr von Gott versprochenes Land zu gewährleisten, begann der langwierige Konflikt zwischen den Ureinwohnern des Landes und den jüdischen Siedlern. Besonders nachdem Großbritannien im April 1920 auf der Konferenz von San Remo das Mandat für Palästina übertragen worden war.

Die Ansprüche der palästinensischen Bevölkerung und der jüdischen Einwanderer sowie die daraus resultierende heutige politische und ökonomische Situation verhindern eine vernünftige effektive Wohnungsbaupolitik.

Der Gazastreifen, als Gebiet, hatte bis zur Gründung des Staates Israel keine historische Eigenständigkeit. Seine Städte sind mit den anderen Städten im Raum Palästina und seiner Umgebung unter gleicher bzw. ähnlicher Herrschaft gewachsen. Er wies ähnliche Verhältnisse und das gleiche Schicksal auf wie die benachbarten Gebieten. Daher umfaßt die Darstellung in den folgenden Abschnitten zunächst den gesamten Raum Palästina und seine Nachbargebiete.

3.1 Die vorislamische Zeit

Um 2.800 v.Chr. wird das Land zum ersten Mal von ägyptischen Pharaonen erobert. Mit einigen Unterbrechungen blieben die Ägypter bis zum 12. Jahrhundert v.Chr. in Palästina. In der Zwischenzeit machten diesen die Hethiter (1.490 v.Chr.), die Amoriter und die Philister ihre Herrschaft streitig. Die Philister hatten sich im Küstenstreifen niedergelassen, nachdem sie von Ägypten verdrängt worden waren. Kulturell wurden die Philister vollkommen von der Kanaanitischen Zivilisation aufgesogen, doch hinterließen sie dem Land seinen heutigen Namen (Philistin = Palästina) [Frangi, A., 1982, S.15-18].

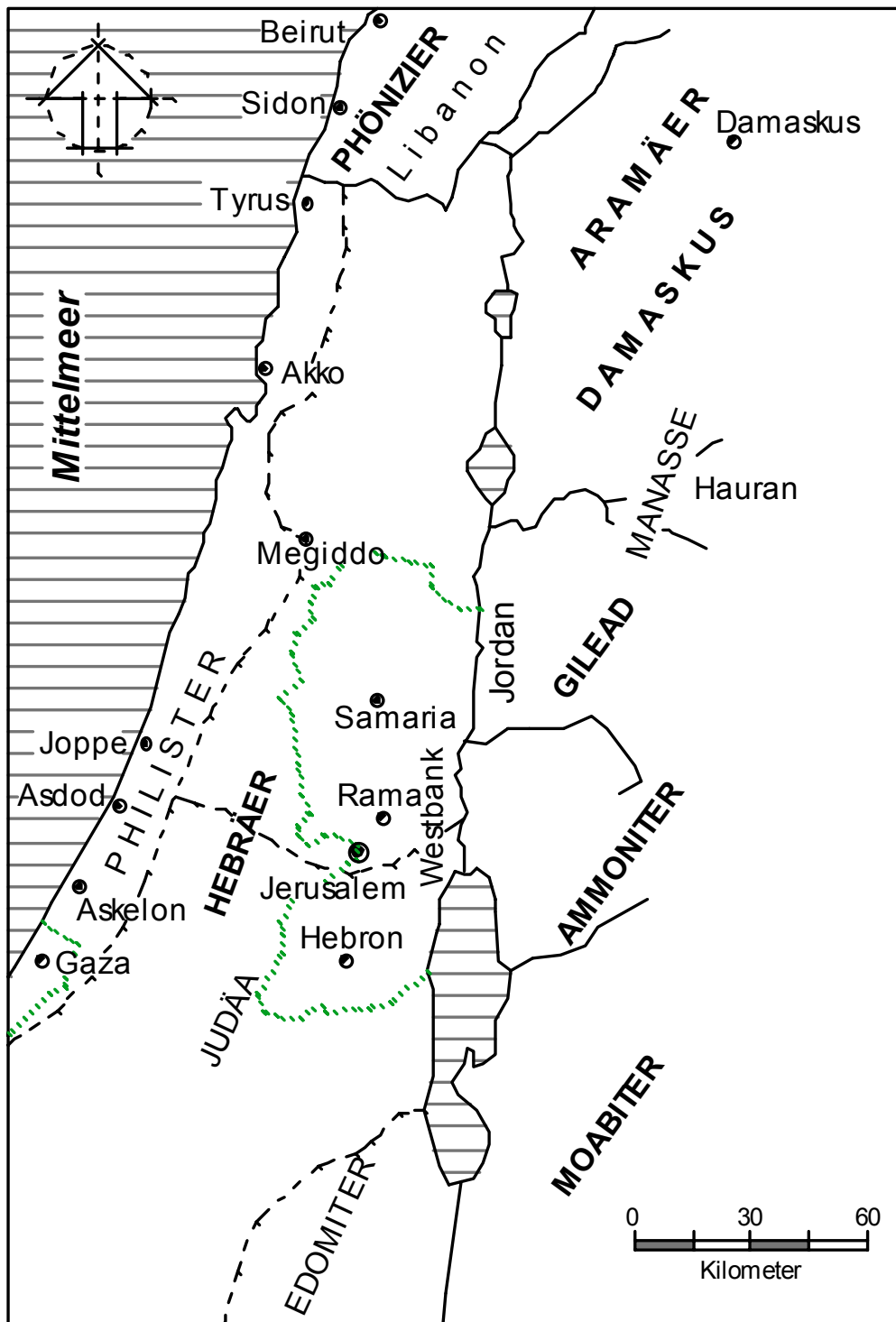
Wahrscheinlich zwischen dem 20. und 19. Jahrhundert v.Chr. zog Abraham nach Kanaan und ließ sich in Sichem (Nabulus) nieder. Zu diesem Zeitpunkt stießen viele semitische Beduinen aus der arabischen Steppe nach Palästina vor. Doch waren die Bewohner des Landes mißtrauisch gegenüber dem "Ibrim", was in der damaligen Sprache "Mann vom anderen Ufer" bedeutete. Aus diesem Wort leitet sich auch das Wort "Hebräer" ab. Die Hebräer träumten davon, sich des Landes Kanaan zu bemächtigen. In dauerndem Streit mit der Urbevölkerung zieht Abraham nach Beerscheba und anschließend nach Ägypten.

Ende des 13. Jahrhunderts v.Chr. erreichten die hebräischen Stämme Palästina. Über Generationen lebten sie in der Sinai-Halbwüste als Nomaden. David regierte über das neu gegründete Reich von 1010 bis 970 v.Chr. Sein Sohn Salomon, König von 970 bis 930 v.Chr., vollendete die Vereinigung. Unter der Herrschaft dieser beiden Könige wurden die Hebräer allmählich sesshaft.

Beim Betrachten der Abbildung 3.1 sehen wir im Süden Judäa, im Norden Israel (beide von Hebräern beherrscht). Entlang des Mittelmeers herrschten die Philister, weiter nördlich an der heutigen Libanon-Küste die Phönizier; westlich des Jordans lebten im Süden die Moabiter und Ammoniter, weiter nördlich die Stämme von Gilead und Manasse. Das Gebiet von Damaskus war von Aramäern beherrscht, und die Negev-Wüste von Edomitern.

Im 8. Jahrhundert v.Chr. wurden die hebräischen Stämme von fremden Mächten geschwächt. 722 v.Chr. griffen die Assyrer Israel an und besetzten es. 586 v.Chr. wurde das Königreich Judäa von dem Assyrer Nebukadnezar II erobert. Damit wurde die hebräische Herrschaft in Palästina beendet [Frangi, A., 1982, S. 23-34].

Abb. 3.1: Palästina unter hebräischer Herrschaft, 1010-586 v.Chr.



Quelle: Frangi, A., 1982, S. 25, vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet

Die weitere Entwicklung tabellarisch bis zur islamischen Zeit

- die Assyrier seit 734 v.Chr.: Angehörige eines Volkes in Mesopotamien, das vom 2. Jahrtausend bis zum 6. Jahrhundert v.Chr. im vorderen Orient führend war.
- die Babylonier seit 568 v.Chr.
- die Perser seit 525 v.Chr.
- die Griechen, geführt von Alexander dem Großen, hatten die Stadt nach langer Belagerung im Jahr 332 v.Chr. unter ihrer Kontrolle.
- die Ptolemäer: nach dem Tod Alexander des Großen wurde die Stadt Gaza von den Ptolemäern in Ägypten und den Seleukiden in Syrien umkämpft. Die Stadt Gaza wie das gesamte Palästina wurden unter den Ptolemäern bis 188 v.Chr. unabhängig.
- die Seleukiden seit 188 bis 144 v.Chr.: Während dieser Zeit wurden die arabischen Händler gezwungen, ihre Ware direkt nach Ägypten zu transportieren, ohne nach Gaza vorbei zu kommen. Das dauerte bis die Araber 144 v.Chr. die Stadt zurückerobert haben und somit die Handelswege kontrollieren konnten.
- die Römer seit Ende der 2. Jh.: Anfang der 1. Jh. v.Chr. bis 379 n.Chr. stand Gaza unter der direkten Herrschaft des Kaisers von Rom.
- die Byzantiner seit 379 n.Chr. nach der Teilung des römischen Reichs bis 634 n.Chr.

3.2 Die islamische Zeit

Aufgrund der zahlreichen Völkervermischungen in Palästina war die Bevölkerungsstruktur am Ende der byzantinischen Herrschaft recht verworren. Aber der schon bestehende arabische Charakter Palästinas sollte durch die islamische Eroberung zusätzlich gestärkt werden. Kamen schon damals viele Bewohner Palästinas von der arabischen Halbinsel, so drang nun eine neue Welle arabischer Einwanderer ins Land. Diese Einwanderer kamen im Zuge der islamischen Feldzüge ins Land, beflügelt vom Glauben an die Lehre des Propheten Mohammed, der gegen 570 n.Chr. in Mekka geboren worden war.

Der Islam sollte die gesamte politische Struktur der arabischen Welt beeinflussen. Schließlich veränderte er das Schicksal der Völker von Indien bis Spanien. Mohammeds Nachfolger gelangten im Jahre 634 nach Palästina [Frangi, A., 1982, S. 33].

In der Kalifatzeit, am 4. Februar 634 n.Chr., einem Freitag, wurde Gaza von Abu Bakr unter Führung von Amr Ibn al-As islamisiert. Die islamischen Truppen

wurden dort als Erlöser empfangen. Die palästinensische Bevölkerung war schon vom Ursprung her arabisch. In Palästina lebten zu dieser Zeit noch einige Juden. Unter der römisch-byzantinischen Herrschaft waren beide Völker unterdrückt worden. Wie zahlreiche Aufstände zur römischen Zeit zeigten, sehnte sich die Bevölkerung danach, sich der römischen Tyrannei zu entledigen.

Auch ökonomische Gründe spielten eine Rolle. Die Palästinenser unterhielten seit eh und je Handelsbeziehungen zur arabischen Halbinsel. Somit war die Gesellschaftsstruktur in Palästina ein idealer Nährboden für die Aufnahme des Islams.

Die Kämpfe zwischen den Muslimen und den Byzantinern um Gaza wurden außerhalb der Stadt ausgetragen, daher blieben Gaza-Stadt selbst und seine Bewohner von den Kämpfen verschont.

Die Geschichte des islamischen Gaza ist in sich sehr heterogen, die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Stadt war beständigem Wechsel unterworfen. Dem Zerschlagen der politischen Einheit, die das arabisch-islamische Weltreich der ersten Omajaden auszeichnete, folgten anhaltende Auseinandersetzungen zwischen zumeist nicht-arabischen Dynastien nebeneinander bestehender Teilreiche. Zwischen 661-750 n.Chr. stand Gaza unter der Herrschaft der Omajaden, danach der Abbassiden; dann folgte der Übergang der Macht an die Fatimiden 909 bis 1171 n.Chr..

Unter den Omajaden kam es in Palästina zu einer starken Entfaltung der sozio-ökonomischen Strukturen. Die Kalifen verfeinerten die Jahrtausende alten Bewässerungssysteme, was zu einer Intensivierung der Landwirtschaft führte. In seiner Blütezeit erstreckte sich der Einflußbereich des Islams über die gesamte arabische Welt und weiter gehend von Kleinasien bis Hinterindien, von Nordafrika über Spanien bis nach Südfrankreich. Sitz der Omajaden war Damaskus; von dort aus organisierten deren Herrscher, die Kalifen, die erste große Staatsstruktur auf der Basis der Gemeinschaft der Gläubigen. Es gab eine Zentralregierung, die für alle Gebiete des Reiches autonome Verwaltungen einsetzte [Frangi, A., 1982, 25].

Nach 750 herrschte die Dynastie der Abbassiden mit Sitz in Bagdad. Unter den beiden Dynastien erlebte die arabische Welt ihren kulturellen Höhepunkt, der auch wesentlich die Entwicklung der europäischen Kulturen beeinflusste.

Nach der Vertreibung der byzantinischen Herrschaft aus der arabischen Welt hatte Europa seine Macht über die Region verloren. Der Nahe Osten jedoch war für Europa immer ein unverzichtbarer Brückenkopf, um politisch und ökonomisch nach Asien vorzudringen. Schon Griechen und Römer hatten aus diesem Grund das Bestreben, den Nahen Osten zu kolonialisieren. Gerade Palästina wurde das erste Ziel aller europäischen Eroberer und daher auch das erste Opfer aller

machtpolitischen Intrigen in dieser Region. Dieses sollte das Schicksal der Palästinenser noch über Jahrhunderte bestimmen.

1109 n.Chr. besetzten deutsche Kreuzritter unter Führung von Balduin I. die Zitadelle von Gaza, nachdem sie schon Jerusalem 1099 n.Chr. unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Während der Kreuzzüge hatte die Stadt Gaza ihren militärischen und ökonomischen Status an die Stadt Askalan (Askalon) im Norden verloren. Nachdem Balduin III. (christlicher König von Jerusalem im Jahr 1149 n.Chr.) den Angriff auf Askalon vorbereitete, begann auch die Stadt Gaza sich zu verschanzen. Die alte Stadtmauer wurde abgebaut, an ihrer Stelle wurden eine neue Mauer sowie eine gut ausgerüstete Zitadelle errichtet [Ad-Dabagh, M., 1966, S. 52].

Die Fatimiden konnten die Stadt auch nach mehreren Versuchen nicht zurückerobern. 1170 n.Chr. gelang es dem Kalifen Salah ad-Din lediglich, den unteren Teil der Stadt zu besetzen, doch konnte er die Zitadelle nicht einnehmen. Erst nach der Schlacht von Hittin im Jahr 1187 n.Chr., in der die Kreuzfahrer eine schwere Niederlage durch die Armee des Kalifen erlitten, gab die Garnison die Zitadelle von Gaza auf und verließ die Stadt.

Salah ad-Din gab in dieser Zeit der Geschichte ein großes Beispiel für die arabisch-islamische, religiöse und politische Toleranz. Um die heilige Stadt Jerusalem vor kriegesischen Auseinandersetzungen und Zerstörungen zu bewahren, bot er deren Einwohnern Freiheit und sicheres Geleit an, wenn sie die Stadt übergaben. Die Kreuzritter lehnten den Widerstand der Bevölkerung ab. Aber selbst bei der Eroberung zeigte sich Salah ad-Din großzügig: Die Einwohner konnten sich gegen eine geringe Summe aus dem Schatz Heinrichs II. freikaufen.

1191 n.Chr. konnten die Kreuzritter die Stadt unter Führung von Richard Löwenherz wieder besetzen. Nach einem Waffenstillstand zwischen diesem und dem Kalifen Salah ad-Din verließen die Kreuzfahrer 1229 n.Chr. die Stadt. Nachdem Gaza 1239 n.Chr. noch einmal durch die Kreuzfahrer zurückerobert worden war, konnten die Aiyubiden die Stadt im selben Jahr endgültig befreien. Nach mehreren Friedensverhandlungen zwischen diesen und den Mamluken fiel Gaza im Jahr 1259 n.Chr. an die Mamluken zurück.

Zwischen 1255 bis 1260 n.Chr. versuchte noch eine weitere Macht, die arabische Welt zu erobern. Dieses waren die Mongolen, deren mordende und plündernde Truppen unter Dschingis Khan zur traurigen Berühmtheit gelangten. Die Mongolen drangen im Jahr 1260 n.Chr. in die Stadt Gaza ein und verwüsteten sie. Im selben Jahr wurden sie von den Mamluken mit syrischer und palästinensischer Hilfe in einer entscheidenden Schlacht aus Gaza vertrieben [Frangi, A., 1982, S. 39].

Die mamlukische Herrschaft dauerte von 1260 bis 1517 n.Chr. Unter den Mamluken war Gaza die Hauptstadt der Niyabat Gaza (Provinz Gaza). In dieser Zeit entstanden in der Stadt Gaza im Auftrag der Sultane, der Emire und anderer Persönlichkeiten zahlreiche Bauten, wie Freitagsmoscheen, Schulen, Krankenhäuser, ein Regierungspalast und Brunnenhäuser. Nur wenige dieser Bauten sind noch erhalten; heute sind vor allem Sakralbauten Zeugen der mamlukischen Architektur von Gaza. Im Jahr 1293, wurde Gaza von einem Erbeben erschüttert, durch das viele Gebäude zerstört wurden, darunter auch das Minarett der Hauptmoschee der Stadt. Im Jahr 1348 brach in Gaza die Pest aus, an der nach Angaben des damaligen Gouverneurs 22.000 Menschen gestorben sein sollen. 1350 gingen in Gaza schwere Regenfälle nieder, bei denen viele Häuser und die Hälfte des Regierungspalastes zerstört wurden [Sadek, M., 1991, S.16-32].

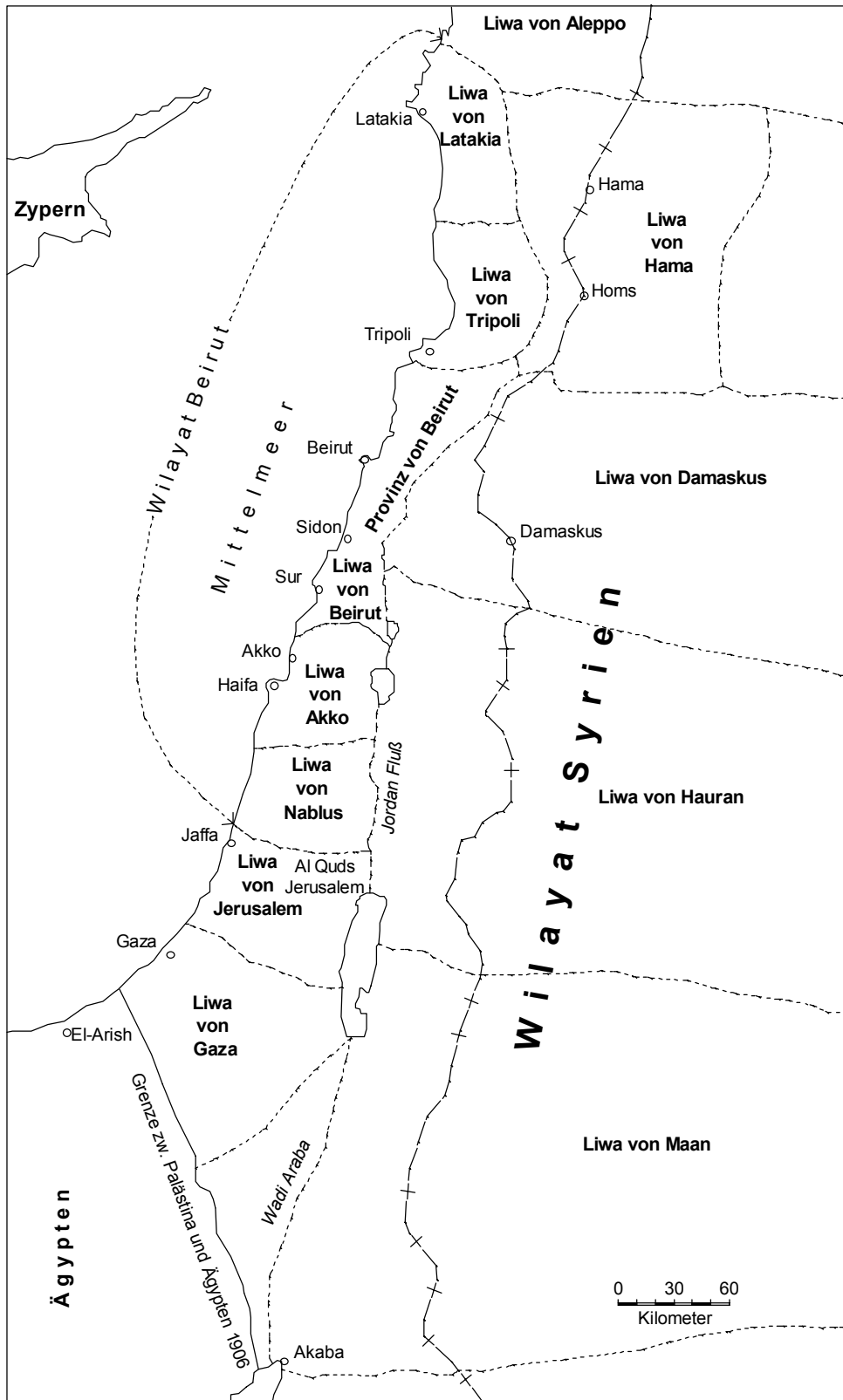
Mit dem Sieg der islamischen Truppen über die Kreuzritter scheiterte der dritte Versuch von Europäern, das Gebiet des Nahen Ostens zu kontrollieren. Aber es sollte noch einiges geschehen, ehe Europa begann, diese politische Einstellung zum Nahen Osten zu revidieren.

Nach dem Zerfall des arabisch-islamischen Reiches kämpften verschiedene türkische Dynastien um das Erbe der arabischen Kalifen. Diese Macht fiel schließlich um 1517 in die Hände der türkischen Osmanen [vgl. Abb. 3.2]. Nur in Ägypten gelang es der türkischen Mamluken-Dynastie, die Oberhand zu gewinnen. Ägypten zahlte zwar Tribut an die osmanischen Herrscher, doch blieb das Land während der folgenden Jahrhunderte weitgehend unabhängig vom Osmanischen Reich und konnte so seinen eigenen Weg gehen. Die Osmanische Zeit dauerte von 1517 bis 1917 n.Chr..

Um 1660 n.Chr. wurde Palästina unter den Osmanen an Syrien angeschlossen und bildete nun das Wilayat Al-Scham (Syrien). Jedes Wilayat war in Liwas aufgeteilt - das palästinensische Gebiet bestand aus den Liwas Safad, Nablus, Quds (Jerusalem) und Gaza. Diese Liwas bestanden ihrerseits aus kleineren Verwaltungseinheiten, den Nahiyas [Frangi, A., 1982, S. 40].

Während der osmanischen Zeit gehörte Gaza zu den Orten mit bedeutenden Handelsaktivitäten. Die Stadt wurde zum größten Warenumsschlagplatz der Region, da sie von ihrem fruchtbaren Hinterland profitierte. Wie auch in Nablus, Ramallah und Hebron erfuhren in Gaza vor allem die verschiedenen Kunsthandwerke, wie die Lederverarbeitung und die Textilproduktion ihre Blütezeit. Während dieser Zeit zählten zu den wichtigsten Devisen- und Steuereinnahmequellen in Palästina die Häfen und die Rastplätze. Einer der wichtigsten Häfen war u.a. in Gaza zu finden [Frangi, A., 1982, S. 44].

Abb. 3.2: Gaza und Verwaltungsgliederung des Osmanischen Reiches



Quelle: Atlas of Palestine, vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet.

Als gegen Ende des 18. Jahrhunderts alle europäischen Völker vom Gedanken des Nationalstaates begeistert waren, wurde in einer Überbewertung dessen versucht, Völker mit anderen Lebensformen und geistigen Einstellungen zu erobern, besonders in den Gebieten Afrikas und Asiens. In dieser Zeit begann der Zerfall des Osmanischen Reiches. Die türkischen Truppen verloren allmählich die von ihnen eroberten Gebiete in Europa und Rußland. Unter den europäischen Mächten begann ein Wettlauf um den Einflußbereich der Osmanen im Nahen Osten. Während sich die europäischen Mächte stritten, nutzten die Osmanen die Gelegenheit, um in Ägypten die Mamluken-Dynastie zu verdrängen [Frangi, A., 1982, S. 46].

Gaza als Hauptstadt der osmanischen Provinzen Palästinas erlebte in dieser Zeit eine besondere Blüte. 1799 n.Chr. besetzten die Franzosen unter Führung Napoleons Gaza. Noch im selben Jahr kehrte Napoleon nach seiner Niederlage vor Akko über Gaza nach Frankreich zurück. Im Jahre 1840 unterstützte die palästinensische Bevölkerung die Osmanen im Kampf gegen die ägyptische Herrschaft. Mit den vereinigten Truppen der Türkei, Englands und des russischen Reiches gelang es, die Ägypter aus Palästina zu verdrängen. Somit konnten die Europäer gegen Ende des 19. Jahrhunderts im Nahen Osten Fuß fassen. Das Gebiet wurde von europäischen Mächten (Franzosen und Engländern) hart umkämpft, um ihre Interessen hier zu sichern. Jedes Problem bot den europäischen Mächten Anlaß, sich im Nahen Osten einzumischen.

Bis zum 7. November 1917 blieb Gaza jedoch weiterhin unter der Herrschaft der Türken.

3.3 Die nachislamische Zeit

3.3.1 Die Britische Mandatszeit

Als die Briten nach zwei verlorenen Schlachten 1917 unter Führung von Allenby die Türken besiegten, besetzten sie auch die Stadt Gaza. Nach ihrem Durchbruch an der Gaza-Front rückten sie am 8. Dezember des Jahres 1917 in Jerusalem ein. Aber noch 10 Monate dauerte es, bis die Engländer die Türken gänzlich aus Palästina verdrängt hatten. Sie führten hier zunächst eine Militärverwaltung ein, die bis zur Konferenz von San Remo im April 1920 bestand, auf der der Status Palästinas als Mandatsland des Völkerbundes festgelegt wurde. Danach besaß das britische Imperialismus auch die reale Möglichkeit, das Versprechen des Arthur James Balfour, die Errichtung einer nationalen Heimstätte für die Juden in Palästina, einzulösen [Timm, A. u. K., 1988, S. 7].

Massenhaft strömten nach 1920 jüdische Siedler nach Palästina. Zwischen 1919 und 1938 kamen 334.000 Juden [Timm, A. u. K., 1988, S. 8]. Die zionistischen Führer

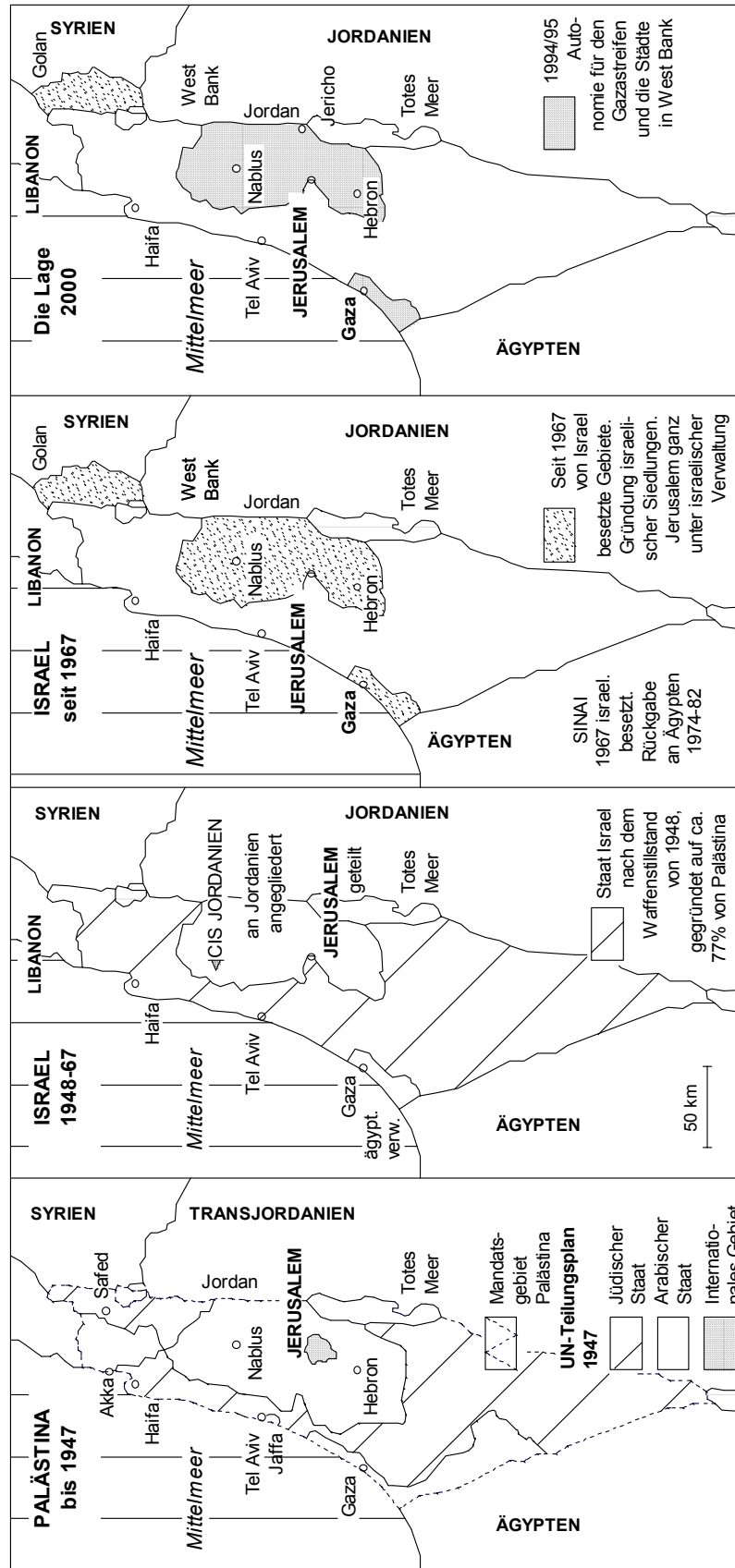
hatten sie glauben lassen, daß in Palästina das "Land ohne Volk" auf sie wartete, von ihnen in Besitz genommen zu werden. Sie sahen sich jedoch mit der Tatsache konfrontiert, daß das Land von Menschen bewohnt und bearbeitet wurde, die ein legitimes Recht auf ihre Heimat hatten - auch wenn der Boden häufig arabischen Großgrundbesitzern gehörte. In Palästina Fuß zu fassen bedeutete nicht selten, die rechtmäßigen Einwohner von ihrem Land und aus ihrer Arbeit zu verdrängen. Das geschah in zunehmendem Maße und rief den Protest der arabischen Bevölkerung hervor. In mehreren Aufständen - so 1920, 1929 und 1936-1939 - erhoben sich die Palästinenser gegen die britische Mandatsverwaltung und die Kolonisierungspolitik der zionistischen Führer. Ihr Abwehrkampf blieb jedoch erfolglos.

Die Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen zionistischer Führung, britischem Mandat und palästinensischer Nationalbewegung spitzten sich 1947 derart zu, daß Großbritannien nicht mehr in der Lage war, seine koloniale Herrschaft und die innere Ruhe des Landes aufrechtzuerhalten. Das Palästina-Problem wurde der UNO übergeben. Deren Vollversammlung befand am 29. November 1947 auf ihrer Zweiten Ordentlichen Tagung über die Zweiteilung Palästinas nach Abzug der britischen Truppen: Es sollten zwei selbständige, demokratische Staaten entstehen [vgl. Abb. 3.3]; 56,5% des Landes wurden den jüdischen Bevölkerungsgruppen (60.900 Siedler) als künftiges Staatsgebiet zugesprochen, 43% sollten Staatsterritorium der 1,38 Millionen Palästinenser werden. Die Bewohner beider Territorien, Araber und Juden, sollten friedlich im Rahmen einer Wirtschaftsunion zusammenleben. Der Großraum Jerusalems - heilige Stätte dreier Weltreligionen - sollte unter internationale Kontrolle gestellt werden [Timm, A. u. K., 1988, S. 9].

Die zionistische Landnahme ging unvermindert weiter. 1948 lebten bereits 650.000 jüdische Siedler in Palästina, sie stellten knapp ein Drittel der Gesamtbevölkerung und verfügten etwa über 7% des Bodens [Ad-Dabagh, M., 1966, S. 105].

Die Führung der zionistischen Organisationen in Palästina proklamierte am 14. Mai 1948 - nach Beendigung des Britischen Mandats - in Verwirklichung des UNO-Beschlusses vom November 1947 den Staat Israel. Zur parallelen Gründung des palästinensischen Staates kam es nicht. Die israelische Armee überfiel nach dem 15. Mai 1948 unzählige arabische Dörfer, ohne daß es zu Kampfhandlungen gekommen wäre. Sie sprengte Häuser und ganze Dörfer, tötete wahllos Männer, Frauen und Kinder und trieb die Überlebenden in die Flucht. Die Araber sollten dazu veranlaßt werden, aus dem Land zu fliehen.

Abb. 3.3: Die historische Entwicklung von Palästina seit Ende des zweiten Welt-krieges, und die Verwaltungsgliederung von Gaza



Quelle: Brunner, B., 1972, S. 146, vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet

Die Flüchtlingsströme kamen erst im Westjordanland und im Gazastreifen zur Ruhe. Hier fanden viele der Vertriebenen eine Heimat auf Zeit. Insbesondere der Gazastreifen wurde nach 1949 zum größten Flüchtlingslager der Welt.

3.3.2 Die ägyptische Verwaltungszeit

Die Gebiete Palästinas, die 1948/49 nicht von Israel erobert worden waren - das Westjordanland und Ostjerusalem -, behauptete die Jordanische Armee. Offiziell wurden diese Gebiete am 24. April 1950 von Jordanien annektiert; die palästinensischen Bewohner erhielten die jordanische Staatsbürgerschaft. Der Gazastreifen, der bei Kriegsende in der Hand der Königlich-Ägyptischen Armee war, kam unter die Aufsicht Ägyptens. Damit war Palästina geteilt.

Der Krieg von 1948/49 veränderte grundlegend die Einwohnerstruktur des Gazastreifens. Schon im ersten Kriegsjahr verdoppelte sich infolge der Flüchtlingsströme die Zahl der Bewohner, im zweiten Kriegsjahr betrug sie bereits das Vierfache. Zum Zeitpunkt des zweiten Nahostkrieges 1956 wurden in dem nur 365 km² großen Küstenstreifen bereits 400.000 Menschen gezählt, die der ägyptischen Verwaltung unterstellt waren, die jedoch nur zum geringen Teil die Staatsbürgerschaft Ägyptens besaßen [Timm, A. u. K., 1988, S. 16].

Die ägyptische Armee kam in die Stadt Gaza mit dem Ziel der Befreiung Palästinas. Sie eroberte einige Städte zurück, dann wurde sie von den Juden mit Hilfe europäischer Offiziere und Waffen in einer Großoffensive bis zur heutigen politischen Grenze des Gazastreifens zurückgeschlagen. Die Stadt stand, bis auf einige Monate israelischer Besetzung im Jahr 1956, unter ägyptischer Verwaltung.

Als bewaffnete Israelis 1954 das UNRWA-Flüchtlingslager Bureij im Gazastreifen überfielen, wurden 20 Menschen getötet und 62 verletzt. Der damalige Generalstabschef der Armee und spätere israelische Ministerpräsident, Yitzhak Rabin, brachte diese Politik auf einen kurzen, aber klaren Nenner: "Wenn wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen, wird es kein einziges Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können" [Frangi, A., 1982, S. 125].

Am 4. und 5. April 1956 beschossen israelische Soldaten das Stadtzentrum von Gaza; 56 Menschen wurden getötet und 103 verletzt. Der junge ägyptische Revolutionsführer Nasser war herausgefordert; der ägyptische Offizier Mustafa Hafez sammelte freiwillige Palästinenser um sich, um die Schmach zu rächen. Diese Truppe vollbrachte eine militärische Glanzleistung. Vom Gazastreifen aus operierte diese Einheit im israelisch besetzten Palästina.

3.3.3 Die israelische Besatzungszeit

Nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 zwischen Israel und den arabischen Ländern wurde Gaza von Israel besetzt. Mit erschreckender Parallelität wiederholte sich während des Junikrieges und danach, was den Palästinensern bereits 1948 widerfahren war: Wieder überrollten Panzer palästinensische Dörfer und Städte, Wohnungen wurden gesprengt oder durch Bulldozer niedergewalzt, die arabische Bevölkerung wurde in Panik versetzt und zur Flucht gezwungen.

Der Krieg von 1967 und die Okkupation ganz Palästinas durch Israel veränderten grundlegend den Status der Westbank und des Gazastreifens, sowie die Existenzgrundlagen derjenigen, die in den eroberten Gebieten lebten [vgl. Abb. 3.3]. Ein neues Kapitel der tragischen und opferreichen Geschichte des palästinensischen Volkes begann: das Kapitel der nunmehr bereits mehr als drei Jahrzehnte andauernden israelischen Fremdherrschaft [Timm, A. u. K., 1988, S. 14].

Die nach dem Krieg von 1973 zwischen Ägypten und Israel aufgenommenen bilateralen Verhandlungen führten schließlich zum Rahmenabkommen von Camp David (17.09.1978) und damit zum ägyptisch-israelischen Friedensschluß. Die in diesem Abkommen vereinbarten Verhandlungen über eine Autonomie der besetzten Gebiete wurden ergebnislos eingestellt; ebenso scheiterte ein Abkommen zwischen König Hussein und Yasser Arafat zur Gründung einer palästinensisch-jordanischen Föderation. Als Folge des palästinensischen Aufstands, der Intifada, die im Dezember 1987 in den besetzten Gebieten ausbrach, verzichtete Jordanien auf die administrative Zuständigkeit für die Westbank. Daraufhin proklamierte die PLO im November 1988 den "Staat Palästina". Dies war zunächst eine symbolische Handlung, doch wurde Palästina bis 1990 von mehr als 100 Staaten anerkannt. Am 13.12.1988 schwor Arafat dem Terrorismus als politischem Kampfmittel ab und erkannte die UNO-Resolutionen 242 und 338 - und damit das Existenzrecht Israels - an. 1989 wurde er zum Präsidenten des "Staates Palästina" und damit zum berufenen Sprecher gewählt.

Die Parteinahme der PLO-Führung für Saddam Hussein im Golfkrieg 1990 führte zu einem Rückschlag ihres internationalen Ansehens, vor allem in den Golfstaaten, die mit einer beachtlichen Kürzung ihrer finanziellen Zuwendungen und mit der Ausweisung vieler Palästinenser reagierten. Die Schwächung der arabischen Staaten durch den Golfkrieg, der Zusammenbruch ihres Verbündeten, der UdSSR und eine gewisse Kriegsmüdigkeit der PLO und Israels als Folge der Intifada schufen die Bereitschaft zu Friedensverhandlungen, die in der Konferenz von Madrid am 30.10.1991 eröffnet wurden. Die Verhandlungen fanden in bilateralen Gesprächsrunden sowie in multilateralen Arbeitsgruppen statt. Die palästinensisch-israelischen Gespräche waren von etlichen prozeduralen Streitigkeiten und Unterbrechungen begleitet. Dennoch gipfelte der eingeleitete

Friedensprozeß und vor allem die parallel geführten Geheimverhandlungen (Oslo-Gespräche) zwischen Israelis und Palästinensern in der "Prinzipienerklärung zur Selbstverwaltung" (Oslo I) vom 13.09.1993. Dieses Abkommen legte einen Zeitplan für die Schaffung einer palästinensischen Selbstverwaltung und Autonomie fest [vgl. Abb. 3.3], den allerdings Israel in Frage stellt.

3.3.4 Der Gazastreifen unter Autonomieverwaltung

Mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens im Mai 1994 begann eine fünfjährige Interimsperiode und die Übertragung beschränkter Hoheitsrechte an die Palästinenser. Die palästinensische Autonomiebehörde (PNA) erhielt Befugnisse in den Bereichen Erziehung, Kultur, Gesundheitswesen, direkte Steuern und Tourismus. Das sogenannte Oslo-II-Abkommen vom 28.09.1995 ergänzte die Prinzipienerklärung und legte u.a. den Rückzug der israelischen Truppen aus den Städten der Westbank, sowie die Freilassung palästinensischer Gefangener, die Wahlen des Palästinenserrates (PR) und des Vorsitzenden der PNA fest. Der Truppenabzug begann am 10.10.1995 in Salfit bei Nablus. Es folgten die Orte Jenin, Tulkarem, Nablus, Bethlehem, Kalkiliya und Ramallah. Nach dem Wahlsieg der Likud-Partei in Israel stockte die vorgesehene Räumung Hebrons. Erst nach neuerlichen Verhandlungen und der Vermittlung der USA und Jordaniens unter König Hussein wurde im Januar 1997 der Großteil Hebrons geräumt und für den weiteren Abzug ein neuer Zeitplan vereinbart. Verhandlungen über den endgültigen Status der besetzten Gebiete stehen noch bevor.

Mit der schrittweisen Etablierung der palästinensischen Autonomie wurde die Verwaltung der israelischen Militärgouverneure, die einer Zivilverwaltung vorstanden, durch eine Verwaltung der PNA ersetzt, wobei jedoch in Übereinstimmung mit den bislang abgeschlossenen Verträgen Fragen der äußeren Sicherheit und der Außenpolitik ausgenommen wurden [Munzinger-Archiv, 1997, S. 5].

4.0 SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Viele Städte mußten sich auf Grund wirtschaftlicher und politischer Situationen schneller entwickeln. Der Preis dafür war jedoch meist hoch. Es entstand ein enormer Bedarf an Wohnungen, und die bestehende Infrastruktur sowie die vorhandenen Transportmittel waren dieser neuen Situation nicht gewachsen. Die Städte entwickelten sich folglich unkontrolliert. Neue Wohngebiete wurden ohne Planung aus dem Boden gestampft und bereits vorhandene Wohngebiete übersiedelt.

In der Stadt Gaza, ein Beispiel dafür, lebt zurzeit (1997) über ein Drittel (ca. 37,2%) der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens [vgl. Tab. 4.5]. Gaza weist wie der Gazastreifen insgesamt im Jahr 1991 einen hohen natürlichen Bevölkerungszuwachs von ca. 3,7% bzw. 4,9% auf [vgl. Tab. 4.12 u 4.13]. Eine erhebliche Rolle spielt neben der natürlichen Bevölkerungszunahme auch der Anteil von Flüchtlingen und Zuwanderern (Rückkehrern), die nach der Übergabe des Gazastreifens und von Teilgebieten der Westbank durch die PLO in den Gazastreifen, insbesondere in die Stadt Gaza zurückgekehrt sind.

Die Stadt Gaza genießt eine exponierte Rolle im Gazastreifen. Ihre Bedeutung ist nicht nur am hohen Bevölkerungsanteil zu erkennen, sondern auch an den hier vorhandenen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einrichtungen. Besonders nach dem Jahr 1994 erhielt die Stadt Gaza innerhalb des Gazastreifens und der palästinensischen Autonomiegebiete zunehmend eine dominierende Rolle. Dies wiederum stellt einen Nachteil für die Entwicklung anderer Städte in diesem Gebiet dar, denn die Rückkehrer werden auch weiterhin Gaza als neue Heimat (Wohnstadt) bevorzugen, besonders diejenigen, die das Stadtleben gewohnt sind.

4.1 Demographische Struktur

4.1.1 Zeitliche Einordnung der Bevölkerungsentwicklung

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts haben vier politisch-historisch bedeutende Ereignisse die Gaza-Region entscheidend beeinflusst. Aufgrund dessen, sowie aufgrund der demographischen und statistischen Grundlagen, läßt sich die palästinensische Bevölkerungsentwicklung im Gazastreifen in fünf zeitliche Abschnitte aufteilen:

4.1.1.1 Die Britische Mandatzeit von 1917-1948

Bevölkerungsstatistiken über das palästinensische Volk im Sinne der modernen Wissenschaft wurden während der osmanischen Herrschaft nur in geringem Maße erhoben, es erfolgte auch keine Veröffentlichung der Daten. Trotzdem kann der Anteil der jüdischen Einwanderer auf nicht mehr als 5,8% der Gesamtbevölkerung Palästinas beziffert werden. Die erste Volkszählung während der britischen Mandatszeit fand erst im Oktober 1922 statt, die zweite im November 1931, wobei letztere aufgrund der inhaltlichen Details im Hinblick auf die jüdische Einwanderung und die Bevölkerungsanalyse in höherem Maße informativ war [Al-Sahly, N., 2000, S. 97].

Die Bevölkerung von Gaza-Stadt sank zu Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 von 42.000 auf 30.000 Einwohner, das heißt um ca. 28,6%, ab [Mobeid, S., 1987, S. 417], bis 1917 noch einmal um 13,9% auf 17.500 Einwohner. Ein Grund hierfür war der *letztendlich* vergebliche Versuch der Briten, die Stadt zu besetzen, und die Aufforderung des osmanischen Stadthalters für Palästina, Jamal Bascha, an die Bevölkerung, die Stadt zu verlassen. In Folge dessen verließen 18.000 Einwohner die Stadt. Mit der Beruhigung der Lage kehrten sie zurück. Die Bevölkerungszahl stieg bis 1938 auf ca. 19.690 Einwohner und dann kontinuierlich bis auf 40.000 Einwohner im Jahre 1947 [Salha, R., 1994, S. 84-85] [vgl. Tab. 4.1]. Im Jahre 1948 ging die britische Mandatzeit zu Ende.

Tab. 4.1: Die Bevölkerungszahlen der Stadt Gaza in den Jahren von 1917-1947

Jahr	Bevölkerung	Bevölkerungszuwachs	
	in (000)	in (000)	in %
1917	17,5	-	-
1931	17,0	-0,5	-2,9
1938	19,7	2,7	15,9
1939	20,7	1,0	5,1
1940	21,3	0,6	2,9
1941	27,4	6,1	28,6
1942	30,0	2,6	9,5
1943	33,3	3,3	11,0
1945	34,2	0,9	2,7
1946	37,8	3,6	10,5
1947	40,0	2,2	5,8

Quelle: Salha, R., 1994, S. 252

4.1.1.2 Die ägyptische Verwaltungszeit von 1948 bis 1967

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete am 29. November 1947 eine Resolution, die die Aufteilung Palästinas zwischen Arabern, die 90% des Landes besaßen, und Juden vorsah. Zu diesem Zeitpunkt lebten 1.365.000 Araber und 610.000 Juden in Palästina [Watzal, L., 1994, S 22].

Die Führung der zionistischen Organisationen in Palästina proklamierte am 14. Mai 1948 – unmittelbar nach Beendigung des britischen Mandats und auf der Basis des UNO-Beschlusses vom November 1947 - den jüdischen Staat Israel. Möglichst viele Araber sollten veranlaßt werden, das Land zu verlassen.

Zahlreiche palästinensische Familien flohen vor den Kämpfen zwischen Juden und Arabern; viele Menschen wurden auch deportiert. Die Israelis verweigerten später diesen Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimat. Den Flüchtlingen blieb keine Wahl, als in der Westbank und in der Gaza-Region – dem später als Gazastreifen bezeichneten Gebiet – eine neue, meist unsichere Existenz zu suchen. Ein Teil der Palästinenser zog weiter – nach Jordanien, Libanon, Syrien und Ägypten. Viele der heimatlos Gewordenen zerstreuten sich über die anderen arabischen Staaten und weitere Teile des Erdballs. Nur noch ca. 47% der Palästinenser leben heute in den Grenzen des historischen Palästina [vgl. Tab. 4.2].

Tab. 4.2: Die räumliche Verteilung der palästinensischen Gesamtbevölkerung in den Jahren 1949 und 1998

Wohngebiet	1949 ^{*)}		1998 ^{**)}	
	in (000)	in %	in (000)	in %
Gazastreifen	299,3	18,95	1.100,0	12,14
Westbank	817,0	51,73	2.150,0	23,73
Palästina 1948 (Israel)	156,0	9,88	1.000,0	11,04
Jordanien (Flüchtlinge)	80,8	5,12	1.462,7	16,14
Jordanien	-	-	1.550,0	17,10
Libanon	115,6	7,32	371,6	4,10
Syrien	97,8	6,19	369,2	4,07
Libyen, Ägypten, Irak	12,8	0,81	131,2	1,45
Saudi-Arabien	-	-	240,0	2,65
Golfstaaten	-	-	218,0	2,41
USA, Kanada	-	-	224,0	2,47
Europa, Lateinamerika	-	-	245,0	2,70
Total	1.579,3	100,00	9.061,7	100,00

Quellen: ^{*)} Al-Sahly, N., 2000, S. 104; ^{**)} Sourani, Gh., 1999, Seite 181

Die Deportation von 850.000 Palästinensern aus ihren Wohngebieten im Jahre 1947/48 hatte einen deutlichen Einfluß auf die demographische Entwicklungs-

richtung des palästinensischen Volkes. Nach der Auseinandersetzung zwischen Arabern und Juden und nach der Besetzung Palästinas im Jahr 1948 stieg die Bevölkerungszahl in Folge der Flüchtlingsströme nach Gaza Stadt auf 80.000 Einwohner (d.h. um ca. 100%) [vgl. Tab. 4.4]. Im Gebiet des gesamten Gazastreifens kam es zu einem Zuwachs auf 280.000 Einwohner, davon waren 200.000 Menschen Flüchtlinge [vgl. Tab. 4.3].

Dieser Zustrom von größtenteils mittellosen Familien stellte eine drückende Last für die Stadt Gaza und ihre Region dar. Arabische Länder und internationale Hilfsorganisationen reagierten rasch und leisteten Notstandshilfe, auch aus Mitteln, die über den Hilfsfonds der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRPR) zur Verfügung gestellt wurden.

Als die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat allmählich schwand, gründete die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 8. Dezember 1949 das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Diese ursprünglich auf Zeit gedachte Organisation trat die Nachfolge des UNRPR an und nahm am 1. Mai 1960 ihre Arbeit auf.

Heute besteht die Aufgabe des Hilfswerks darin, bedürftigen Palästina-Flüchtlings im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Hilfe zu leisten, zum Beispiel in Form von Bildungseinrichtungen, Fürsorge- und medizinischen Diensten. Zu den Aufgaben gehört auch die Ausgabe von Lebensmitteln, Hilfe bei der Unterbringung und die Aufrechterhaltung umwelthygienischer Dienste. Diese Beistandsprogramme werden in enger Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht durchgeführt [UNRWA-Bericht, 1990, S. 02].

Im Gazastreifen wurden die Flüchtlinge vorerst in Zeltlagern, später in Flüchtlingslagern untergebracht. Im Zeitraum von 1950 bis 1966 schwankten die Bevölkerungszahlen in Gaza-Stadt zwischen Ab- und Zunahme. 1953 stiegen sie in Folge der Landflucht und somit Zuwanderung in die Stadt auf 118.334 Einwohner an, dies sind 38.334 mehr als 1948, mit einer Durchschnittszunahme von 9,6%. Nach der Auswanderungswelle in die arabischen Länder im Jahr 1954 sank die Bevölkerungszahl auf 102.431 Menschen. Danach war wieder ein Anstieg - auf 141.216 Einwohner im Jahr 1964 - festzustellen [vgl. Tab. 4.4]. Der Gazastreifen blieb bis 1967 - bis zum Beginn des Sechs-Tage-Krieges - unter ägyptischer Verwaltung.

Eine Gesamtübersicht der Bevölkerungsentwicklung im Gazastreifen in den Jahren 1948 und 1993 zeigt die nachfolgende Tabelle 4.3

Tab. 4.3: Bevölkerungsentwicklung im Gazastreifen von 1948-1993

Jahr	Bevölkerung	Bevölkerungszuwachs		Anteil Gaza-Stadt
	in (000)	in (000)	in %	in %
1948 ^{*)}	280,0	-	-	28,6
1950	288,1	8,1	2,9	-
1951	294,9	6,8	2,4	-
1952	299,3	4,4	1,5	-
1953	306,3	7,0	2,3	38,6
1954	312,6	6,3	2,1	32,8
1955	318,7	6,1	2,0	-
1956	336,0	17,3	5,4	-
1957	345,8	9,8	2,9	-
1958	357,5	11,7	3,4	-
1959	351,7	-5,8	-1,6	35,3
1960	360,5	8,8	2,5	35,0
1961	370,2	9,7	2,7	34,1
1962	382,1	11,9	3,2	34,5
1963	397,1	15,0	3,9	34,3
1964	412,4	15,3	3,9	34,2
1965	427,9	15,5	3,8	35,1
1966		27,0	6,3	-
1967 ^{**)}	380,8	-74,1	-16,3	31,1
1968	356,8	-24,0	-6,3	-
1969	363,9	7,1	2,0	-
1970	370,0	6,1	1,7	-
1971	378,8	8,8	2,4	-
1972	387,0	8,2	2,2	-
1973	401,5	14,5	3,7	-
1974	414,0	12,5	3,1	-
1975	425,5	11,5	2,8	31,7
1976	437,4	11,9	2,8	31,3
1977	450,8	13,4	3,1	31,7
1978	463,0	12,2	2,7	31,4
1979	444,7	-18,3	-4,0	-
1980	456,5	11,8	2,7	33,1
1981	468,9	12,4	2,7	34,4
1982	477,3	8,4	1,8	35,0
1983	494,5	17,2	3,6	36,0
1984	509,9	15,4	3,1	37,0
1985	527,0	17,1	3,4	35,8
1986	545,0	18,0	3,4	36,0
1987	565,6	20,6	3,8	35,7
1988	588,5	22,9	4,0	36,3
1989	610,4	21,9	3,7	35,9
1990	642,7	32,3	5,3	35,2
1991	676,0	33,3	5,2	35,4
1992 ^{***)}	716,2	40,2	5,9	35,3
1993	748,9	32,7	4,6	37,3

Quellen: *) Hassasneh, T., 1994, S. 24; **) ICBS, 1994, S. 758; ***) MOPIC, Juni 1996, S. 7

Tab. 4.4: Bevölkerungsentwicklung in Gaza-Stadt von 1948-1993

Jahr	Bevölkerung	Bevölkerungszuwachs		Geburtenüberschuß
	in (000)	in (000)	in %	in (000)
1948^{*)}	80,0	40,0	-	-
1953	118,3	38,3	9,6	27,4
1954	102,4	-15,9	-13,4	31,6
1959	124,1	21,7	4,2	31,0
1960	126,1	2,0	1,6	7,2
1961	126,1	0,0	0,0	32,3
1962	131,7	5,6	4,4	39,0
1963	136,3	4,6	3,5	37,7
1964	141,2	4,9	3,6	36,8
1965	150,0	8,8	6,2	-
1967^{**)}	118,3	-31,7	-10,6	-
1975	135,0	16,7	1,8	-
1976	137,0	2,0	1,5	31,0
1977	143,0	6,0	4,4	-
1978	145,5	2,5	1,7	-
1980	151,0	5,5	3,8	32,0
1981	161,3	10,3	6,8	-
1982	167,0	5,7	3,5	-
1983	177,9	10,9	6,5	-
1984	188,7	10,8	6,1	32,0
1985	188,7	0,0	0,0	35,0
1986	196,0	7,3	3,9	37,4
1987	202,0	6,0	3,1	38,4
1988	213,5	11,5	5,7	37,4
1989	219,0	5,5	2,6	36,9
1990	226,0	7,0	3,2	36,0
1991	239,4	13,4	5,9	37,0
1992^{***)}	253,1	13,7	5,7	-
1993	279,4	26,3	10,4	-

Quellen: *) Salha, R., 1994, S. 254, **) ICBS, 1994, S. 758, ***) MOPIC, Juni 1996, S. 7.

4.1.1.3 Die Phase der israelischen Besatzungszeit von 1967-1994

Als Resultat des Sechs-Tage-Krieges von 1967 wurden Gazastreifen und Westbank vom israelischen Militär besetzt. Unmittelbar nach dem Krieg sank die Bevölkerungszahl des Gazastreifens von 454.900 im Jahr 1966 auf 380.800 im Jahre 1967 - ein Rückgang von 16,3% -, und noch einmal um 6,3% auf 356.800 im Jahre 1968. Die Bevölkerungszahl der Stadt Gaza sank im gleichen Zeitraum

von 150.000 im Jahr 1965 deutlich auf 118.272 Einwohner im Jahre 1967, mit einer arithmetisch gerechneten Durchschnittsabnahme von 10,6%. Seit Anfang der 1970er Jahre wuchs die Einwohnerzahl des Gazastreifens kontinuierlich, von 370.000 im Jahr 1970 bis auf 565.600 vor Beginn der 1. Intifada im Jahr 1987, mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 10.866 Einwohnern. Nach Beginn der 1. Intifada stieg die Bevölkerung von 565.600 mit einem jährlichen durchschnittlichen Zuwachs von 30.550 (ca. 4,8%) Menschen bis auf 748.900 im Jahr 1993 an. Dieser Anstieg dauerte bis zur Übernahme des Gazastreifens durch die PLO nach dem Osloer-Abkommen im Jahr 1994 an. Im selben Zeitraum wuchs die Bevölkerung von Gaza-Stadt von 213.500 mit einem jährlichen durchschnittlichen Zuwachs von 13.180 (ca. 6,2%) auf 279.400 Menschen [vgl. Tab. 4.3 u. 4.4].

Tabelle 4.4 zeigt die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Gaza in den Jahren 1948 bis 1993.

Diese Schwankungen der Bevölkerungszahlen zwischen Ab- und Zunahme nach dem Krieg sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Die Gründe, die die Bewohner veranlaßt haben, den Gazastreifen und die Stadt Gaza zu verlassen, sollen hier nochmals zusammengefaßt werden:

- die Vertreibungspolitik der Israelis gegen die Bevölkerung insgesamt, und besonders gegen die jungen Männer,
- die Suche nach Arbeitsplätzen in den arabischen Ländern aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage,
- die hohe Sterberate aufgrund des Krieges, sowie die schlechte medizinische Versorgung.

4.1.1.4 Nach dem Gaza-Jericho-Abkommen 1994

Mit der Unterzeichnung des Gaza-Jericho-Abkommens im Mai 1994 zwischen der PLO und Israel begann die fünfjährige Interimsperiode und die Übertragung beschränkter Hoheitsrechte auf die Palästinensische Autonomiebehörde (PNA) in den Bereichen Erziehung, Kultur, Gesundheitswesen, direkte Steuern und Tourismus.

Aus Tabelle 4.5 ist zu ersehen, daß die Bevölkerungszahl des Gazastreifens sich von 800.000 im Jahre 1994 auf 1.001.500 Menschen im Jahre 1997 erhöhte, mit einem Zuwachs von 20,1%. Im gleichen Zeitraum nahm die Einwohnerzahl der Stadt Gaza von 297.300 auf 353.100 Menschen zu, eine Zunahme von 15,8%. Der Grund für diese Zunahme war vor allem die Rückkehr vieler Palästinenser, sowie der Zuzug von Personal der Autonomiebehörde und von PLO-Angehörigen [vgl. Tab. 4.5].

Tab. 4.5: Die Bevölkerungsentwicklung in Gazastreifen und Gaza Stadt, 1994-1997

Jahr	Gazastreifen			Gaza-Stadt		
	Bevölkerung	Zuwachs		Bevölkerung	Zuwachs	
	in (000)	in (000)	in %	in (000)	in (000)	in %
1994^{*)}	800,0	51,1	6,8	297,3	17,9	6,4
1995^{**)}	864,0	64,0	8,0	321,1	23,8	8,0
1996^{***)}	963,0	99,0	11,5	-	--	-
1997^{****)}	1001,5	38,5	4,0	353,1	32,0	10,0

Quellen: *) MOPIC, Febr. 1995, S. 6; **) MOPIC, Juni 1996, S. 7; ***) Die Umwelteigenschaften in Palästina, Band 1, 1997, S. 98; ****) PCBS, Zensus 1997, Internet

4.1.2 Räumliche Einordnung der Bevölkerungsentwicklung

Aufgrund der politischen und kulturellen Geschichte und der Zusammensetzung der arabischen Bevölkerung der Region ist die Bevölkerung des Gazastreifens laut statistischen Angaben 1996 auf drei verschiedene Siedlungsformen verteilt:

- Die städtische Bevölkerung beträgt mit 601.600 Einwohnern ca. 64% der Gesamtbevölkerung. Diese leben in 17 auf den gesamten Landstreifen verteilten Städten. Drei davon befinden sich in der Nord-Muhafaza, 2 in der Gaza-Muhafaza, 5 in der Zentral-Muhafaza (Deir al-Balah), 6 in der Khan-Yunis-Muhafaza und 1 in der Rafah-Muhafaza [vgl. Abb. 5.1].
- Die ländliche Bevölkerung lebt in 8 Dörfern mit insgesamt 47.000 Menschen. Ihr Anteil beträgt ca. 5% der Gesamtbevölkerung von 940.000 (1996) Einwohnern. Die ländliche Bevölkerung ist in jeweils 2 Dörfern der Gaza-Muhafaza, der Zentral-Muhafaza und der Rafah-Muhafaza angesiedelt.
- Die Flüchtlingsbevölkerung ist überwiegend in den 8 Flüchtlingslagern untergebracht. Mit 291.400 Einwohnern betrug ihr Anteil im Jahr 1996; 31% an der Gesamtbevölkerung des Gazastreifens. Die Flüchtlingslager verteilen sich auf den Gazastreifen mit jeweils 1 Flüchtlingslager in den Muhafazat Nord, Gaza, Khan Yunis und Rafah, 4 Flüchtlingslager befinden sich in der Zentral-Muhafaza [Wohnungsbauministerium, 1998, S. 6-13].

Nach statistischen Angaben ist zu ersehen [vgl. Tab. 4.6], daß die Gaza-Muhafaza mit der Stadt Gaza als größter Stadt des Gazastreifens mit 37,2% im Jahre 1994 bzw. 44,1% im Jahr 1997 den größten Anteil von der Bevölkerung hat, gefolgt von der Khan-Yunis-Muhafaza mit 20,8% bzw. 22,8% in den Jahren 1994 bzw. 1997.

An dritter Stelle steht mit 15,5% im Jahr 1994 die Zentral-Muhafaza, gefolgt von der Nord-Muhafaza mit 14,7%. Dieses Verhältnis verkehrt sich im Jahre 1997 ins Gegenteil; dort steht die Nord-Muhafaza mit 21,6% an der dritten Stelle, gefolgt

Tab. 4.6: Bevölkerungsverteilung auf die Muhafazat und Ortschaften des Gaza-streifens, 1994 und 1997

Muhafaza	1994^{*)}		1997^{**)}	
	in (000)	Anteil in %	in (000)	Anteil in %
Nord-Muhafaza	117,2	14,7	179,6	21,6
Beit Hanun	13,6	1,7	20,8	2,6
Beit Lahia	19,1	2,4	38,4	4,8
Jabalia/Jabalia-F.-Lager	84,5	10,6	113,8	14,2
Qaraya	-	-	0,8	-
Arab Maslakh Beit Lahia	-	-	1,0	-
Izbat Beit Hanun	-	-	4,8	-
Gaza-Muhafaza	297,3	37,1	359,4	44,1
Gaza/Schati (F.Lager)	297,3	37,1	353,1	44,1
Mughraqa	-	-	3,6	-
Juhor ad-Dik	-	-	2,3	-
Madinat al-Awda	-	-	0,4	-
Zentral-Muhafaza	123,7	15,5	144,775	17,53
Nuseirat (F.Lager)	38,2	4,8	44,7	5,6
Bureij (F.Lager)	20,0	2,5	25,2	3,1
Mughazi(F.Lager)	15,5	1,9	16,8	2,1
Zawaidah	7,3	0,9	10,7	1,3
Deir al-Balah/D.B.-F.Lager	42,7	5,3	42,8	5,4
Musaddar	-	-	1,3	-
Wadi as-Salqa	-	-	3,2	-
Khan-Yunis-Muhafaza	166,4	20,8	196,5	22,8
Khan Yunis/(K.Y.-F.Lager)	120,0	15,0	123,1	15,4
Mawasi Khan Yunis	-	-	3,2	-
Qarara	10,0	1,3	11,9	1,5
Bani Suhila	15,3	1,9	23,0	2,9
Abasan al-Kabira	10,5	1,3	13,4	1,7
Abasan as-Saghira	5,0	0,6	4,0	0,5
Khuza'a	5,6	0,7	6,8	0,8
Um al-Kilab	-	-	0,7	-
Um Kameil	-	-	1,4	-
Fukhari	-	-	2,6	-
Qa al-Kharaba	-	-	0,6	-
Qa al-Qurein	-	-	2,6	-
Qizan an-Najjar	-	-	2,7	-
As Sureij	-	-	0,6	-
Rafah-Muhafaza	95,4	11,9	120,3	12,0
Rafah/Rafah F.Lager	90,9	11,3	91,931	11,5
Bayouq	4,5	0,6	3,968	0,5
Qarya	-	-	0,6	-
Mawasi (Rafah)	-	-	0,99	-
Shokat as-Sufi	-	-	5,663	-
Tal as-Sultan	-	-	17,141	-
Total	800,0	100	1000,5	100

Quellen: *) MOPIC, Nr. 1, Februar 1995, S. 5; **) PSCB, Zensus 1997, Internet

von der Zentral-Muhafaza mit 17,53%. An letzter Stelle folgt die Rafah-Muhafaza mit 11,9% im Jahre 1994 und 12,0% im Jahre 1997.

Die Prozentuale Veränderung ist proportional, wobei deutlich zu erkennen ist, daß in den Muhafaza Nord und Gaza der Bevölkerungszuwachs aufgrund der Konzentration von PNA-Apparaten und Regierungssitz erfolgte, somit ein Anziehungsort für die PNA-Personal, Rückkehrer und Beamten.

Der Weg der Flüchtlingsströme des Krieges von 1948 und anschließend die Vertreibung der Palästinenser aus ihren Heimatgebieten führte viele dieser Menschen nach Gaza. Die ersten Flüchtlinge waren gezwungen, sich auf freiem Felde niederzulassen, später in Zeltlagern. Die Behausungen in den Lagern bestanden aus Hütten mit Lehmwänden, einer Mischung aus Lehm und Stroh, die mit einem Zeltstoff bedeckt waren. In den neueren Lagern findet man schon festere Unterkünfte. (Auf die Art der Bebauung und das verwendete Baumaterial wird im Kapitel 6 genauer eingegangen.) Diese Lager sind annähernd auf den ganzen Gazastreifen verteilt. Sie beherbergen im Jahr 1998; 771.561 Flüchtlinge; davon 425.138 in den Flüchtlingslagern – dies entspricht immer noch mehr als der Hälfte der Flüchtlinge im Gazastreifen [vgl. Tab. 4.7].

Tab. 4.7: Verteilung der registrierten Flüchtlinge im Gazastreifen innerhalb und außerhalb der Lager, Vergleich der Jahre 1995 und 1998

Flüchtlings-Lager	Gebiet	1995 ^{*)}		1998 ^{**)}	
		Innerhalb	Außerhalb	Innerhalb	Außerhalb
Schati	Gaza	63.381	45.835	71.739	67.724
Jabalia	Jabalia	80.137	36.848	92.170	58.149
Nuseirat	Nuseirat	41.323	-	53.350	-
Bureij	Nuseirat	23.920	14.990	29.316	23.718
Mughazi	Deir al-Balah	16.868	27.091	20.551	42.271
Deir al-Balah	Deir al-Balah	14.578	-	18.700	-
Khan Yunis	Khan Yunis	49.680	68.792	57.431	93.215
Rafah	Rafah	72.729	40.563	81.881	61.346
Total		362.616	234.119	425.138	346.423

Quellen: *) Abdel-Hadi, M., 1996, S. 93; **) Sourani, Gh., 1999, S. 187

Im Kapitel 6.6.1 wird auf die Wohnungsprobleme in den Flüchtlingslagern genauer eingegangen. Schlechte Wohnverhältnisse und hohe Belegungsdichten fördern die Fluktuation der Bevölkerung. Der Vergleich der Jahre 1995 und 1998 zeigt die Tendenz, daß viele Flüchtlinge die Flüchtlingslager verlassen, denn 1995 lebten 60,8% der Flüchtlinge in Lagern und 39,2% außerhalb. Im Jahr 1998 stieg der Anteil der Flüchtlinge außerhalb der Lager auf 55,1% gegenüber dem der Lagerbewohner an [vgl. Tab. 4.7]. Viele der Familien ziehen, auf der Suche nach

besseren Arbeits- und Wohnmöglichkeiten, in die umliegenden Wohngebiete, Städte und Dörfer.

4.1.2.1 Die Bevölkerungsverteilung auf die Stadtgebiete von Gaza

Die Stadt Gaza besteht aus mehreren Altstadt- und Neubaugebieten. Die Altstadtgebiete sind die östlichen Stadtviertel wie Zeitoun, Daraj, Toffah und Schijaia, gegenüber den westlichen Neustadtgebieten wie Sabra (im Norden), Rimal (Nord- u. Süd-Rimal), Scheikh-Iglien, Naser, Schati (F.L.) und Scheikh Radwan. Ihre Bevölkerung ist nach ihrer Zahl, ihrer Zusammensetzung und in ihrer räumlichen Verteilung nicht konstant, vielmehr befindet sie sich in ständiger Bewegung und Veränderung. Diese demographischen Entwicklungsprozesse und Mobilitätsvorgänge sind von großer Bedeutung für die Entwicklung dieses Raumes und für die Wohnungsfrage. Der Tabelle 4.11 ist zu entnehmen, daß sich die Bevölkerung nicht gleichmäßig auf die Stadtgebiete verteilt, sondern vielmehr die Konzentration der Bevölkerung in den Altstadtgebieten immer noch deutlich sichtbar ist. Die neuen Wohngebiete, wie Rimal und Sabra, beherbergen im Jahre 1994 nur etwa ein Drittel der Bevölkerung von Gaza-Stadt.

Die prozentuale Bevölkerungsverteilung ist in den Jahren 1977, 1991 und 1994 relativ unverändert geblieben [vgl. Tab. 4.8]. Eine maßgebliche innere Stadtbewegung hat nicht stattgefunden, obwohl die Tendenz zeigt, daß auch neue Wohngebiete wie Scheikh Radwan entstehen. Aufgrund des Bevölkerungswachstums ist jedoch die Verdichtung der inneren Stadtgebiete stärker angestiegen.

Die Abnahme der Bevölkerung im Flüchtlingslager Schati nach 1977 von ca. 21% auf 14,7% der Gesamtbevölkerung von Gaza-Stadt hat als Ursache die Umsiedlung vieler Lagerbewohner in das Umsiedlungsprojekt Scheikh Radwan (in Kap. 6.6.1.1 wird dieses Projekt genauer erläutert). Die Bevölkerungsverteilung nimmt langsam in Richtung Westen, Nordwesten und Südwesten (neue Stadtgebiete) zu [vgl. Tab. 4.11]. Dies ist vor allem auf die dort vorhandenen preiswerten Baugrundstücke mit guten Entwicklungsmöglichkeiten zurückzuführen [vgl. Kap. 6].

Aufgrund der Zunahme der Bevölkerungsdichte und der sich verschlechternden Wohnsituation in den Flüchtlingsquartieren (Schati), sowie zugleich durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situationen vieler Bewohner, erfolgte ein erhöhter Zuzug in die Eigentumswohnungen der neuen Wohngebiete, wie z.B. nach Rimal. Auch weil die Altstadtgebiete bereits wenig freien Kapazitäten haben.

Tab. 4.8: Die Bevölkerungsverteilung in Gaza-Stadt, 1977, 1991 und 1994

Stadtgebiet	1977 ^{*)}		1991		1994 ^{**)}	
	in (000)	%	in (000)	%	in (000)	%
Rimal-Nord/-Süd	35,0	24,5	58,0	22,9	63,0	20,8
Schati F.L.	30,0	21,0	37,1	14,7	52,5	17,3
Scheikh Radwan	-	-	18,0	7,1	18,5	6,1
Zeitoun	20,7	14,5	30,0	11,9	39,0	12,9
Sabra	-	-	18,0	7,1	20,0	6,6
Daraj	16,5	11,5	27,0	10,7	32,0	10,6
Toffah	11,8	8,3	19,0	7,5	25,0	8,3
Schijaia Turkman	17,5	12,2	28,0	11,1	31,0	10,2
Ejdaida	11,5	8,0	18,0	7,1	22,0	7,3
Total	143,0	100,0	253,1	100	303,0	100

Quellen: *) Salha, R., S. 255; **) MOPIC, Mai 1995, S. 3

4.1.2.2 Bevölkerungsdichte

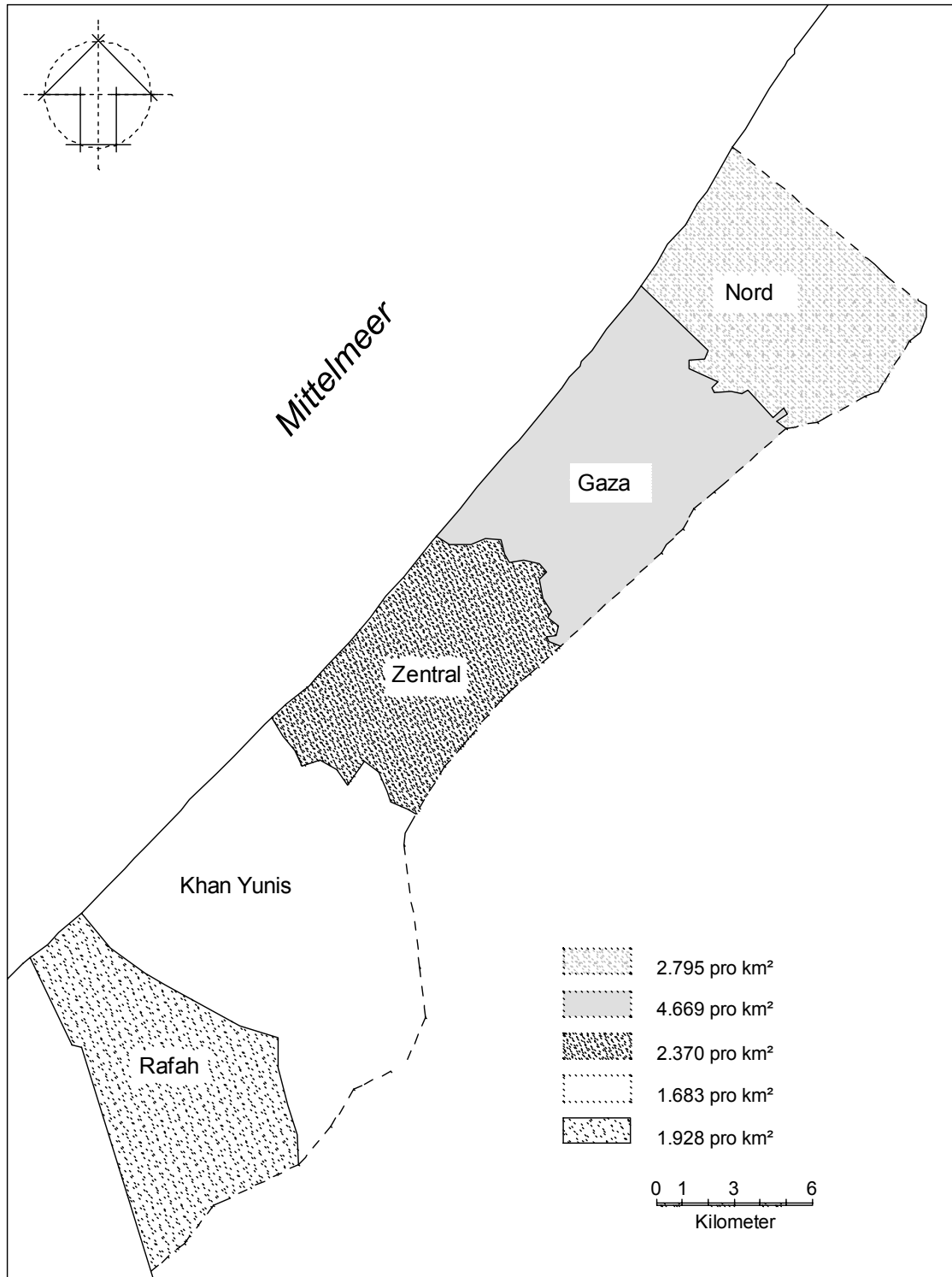
Die arithmetische Dichte im Gazastreifen betrug laut den statistischen Angaben von 1967; 1.043 Einw./km², im Vergleich hierzu beträgt die Einwohnerdichte von 1997 ca. 2.800 Einw./km². Somit hat sich die Dichte innerhalb von dreißig Jahren allein wegen des hohen Bevölkerungswachstums fast verdreifacht.

Laut Tabelle 4.9 war die Einwohnerdichte 1995 in der Gaza-Muhafaza mit 4.669 Einw./km² am höchsten, gefolgt von der Nord-Muhafaza mit 2.795 Einw./km². Beide Muhafazat haben eine überdurchschnittliche Dichte (2.575 Einw./km²) bezogen auf den Gazastreifen im gleichen Jahr. An dritter Stelle rangiert die Zentral-Muhafaza mit 2.370 Einw./km², gefolgt von der Rafah-Muhafaza mit 1.928 Einw./km², am wenigsten dicht besiedelt ist die Khan-Yunis-Muhafaza mit 1.683 Einw./km².

Diese ungleiche Relation von Bevölkerungszahl und Fläche ist einer der Gründe für die unterschiedliche Dichte der einzelnen Muhafaza: die Gaza-Muhafaza sowie die Nord- und die Zentral-Muhafaza nehmen mit 19,9% sowie 16,6% und 15,2% der Gesamtfläche des Gazastreifens ein, beherbergen aber 36,0% sowie 18,0% bzw. 14% der Gesamtbevölkerung. Die Zentral-Muhafaza hat eine ähnliche Relation von 15,2% der Fläche zu 14% der Gesamtbevölkerung. Umgekehrt ist die Relation von Fläche und Bevölkerung in Khan Yunis und der Rafah-Muhafaza mit 30,6% bzw. 16% der Fläche und 20,0% bzw. 12% Bevölkerungsanteil bezogen auf den Gazastreifen insgesamt [vgl. Tab. 4.9 u. Abb. 4.1]. Die Zentral- und die Rafah-Muhafaza weisen eine günstigere arithmetische Dichte auf als die Nord-Muhafaza. Deshalb ist es bei zukünftigem Bevölkerungswachstum empfehlenswert, die

Zentral- und die Rafah-Muhafaza stärker zu besiedeln und weitere Bevölkerungskonzentrationen zu verhindern.

Abb. 4.1: Bevölkerungsdichte im Gazastreifen nach Muhafaza, 1995



Quelle: Verfasser nach Tabelle 4.9

Tab. 4.9: Bevölkerungszahlen und -dichten im Gazastreifen nach Muhafazat, Juli 1995

Muhafaza	Einwohner		Fläche		Dichte
	in (000)	Anteil in %	in km ²	Anteil in %	Einw./km ²
Nord	169,20	18,0	60,526	16,6	2.795,49
Gaza	338,40	36,0	72,471	19,9	4.669,45
Zentral (Deir al-Balah)	131,60	14,0	55,519	15,2	2.370,36
Khan Yunis	188,00	20,0	111,660	30,6	1.683,68
Rafah	112,80	12,0	58,488	16,0	1.928,60
Total	940,00	100,0	365,000	100,0	2.575,34

Quelle: Wohnungsbauministerium, 1998, S.7

Die Bevölkerungszahlen und -dichten in den 8 Flüchtlingslagern des Gazastreifens zeigt Tabelle 4.10. 1998 lebten dort 425.138 Menschen auf einer Gesamtfläche von 5,852 km². Bezogen auf die Höhe der Einwohnerdichte steht an erster Stelle das Lager von Deir al-Balah mit 141.667 Einw./km²; an letzter das Flüchtlingslager Mughazi mit 37.502 Einw./km². Die durchschnittliche Dichte betrug im Jahr 1998; 72.648 Einw./km² [vgl. Tab. 4.10]. Die Konzentration der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern ist somit erheblich höher als in den Städten und Dörfern des Gazastreifens.

Der Auszug vieler Flüchtlingslagerbewohner in die Städte und Dörfer des Gazastreifens hat bisher dazu beigetragen, daß sich die Einwohnerdichte in den Flüchtlingslagern nicht weiter erhöhte. Laut Statistik von 1998 wohnen inzwischen ca. 55,1% der Flüchtlinge in den Lagern und 44,9% außerhalb [vgl. Tab. 4.7].

Tab. 4.10: Bevölkerungszahlen und -dichten in den Flüchtlingslagern des Gazastreifens, Juli 1998

Flüchtlingslager	Flüchtlinge	Anteil	Fläche	Anteil	Dichte
		in %	in km ²	in %	pro km ²
Schati	71.739	16,9	0,747	12,8	96.036
Jabalia	92.170	21,7	1,448	24,7	63.653
Nuseirat	53.350	12,5	0,589	10,1	90.577
Bureij	29.316	6,9	0,478	8,2	61.331
Mughazi	20.551	4,8	0,548	9,4	37.502
Deir al-Balah	18.700	4,4	0,132	2,3	141.667
Khan Yunis	57.431	13,5	0,564	9,6	101.828
Rafah	81.881	19,3	1,346	23,0	60.833
Total	425.138	100	5,852	100	72.648

Quelle: Sourani, Gh., 1999, S. 187, vom Verfasser bearbeitet

Tab. 4.11: Bevölkerungszahlen und -dichten in den Stadtgebieten von Gaza-Stadt, Januar 1995

Stadtgebiet	Einwohner		Fläche		Dichte
	in (000)	Anteil in %	in km ²	Anteil in %	Einw./km ²
Rimal Nord	37,00	12,2	4,100	12,7	9.024
Süd	26,00	8,6	8,600	26,7	3.023
Schati (F.L.)	52,50	17,3	0,747	2,3	70.281
Scheikh Radwan	18,50	6,1	0,700	2,2	26.429
Zeitoun	39,00	12,9	5,600	17,4	6.964
Sabra	20,00	6,6	1,100	3,4	18.182
Daraj	32,00	10,6	3,200	9,9	10.000
Toffah	25,00	8,3	2,200	6,8	11.364
Schijaia Turkman	31,00	10,2	2,200	6,8	14.091
Ejdaida	22,00	7,3	3,800	11,8	5.789
Total	303,00	100	32,247	100	9.396

Quelle: PNA, MOPIC, 1995, S. 22, vom Verfasser bearbeitet

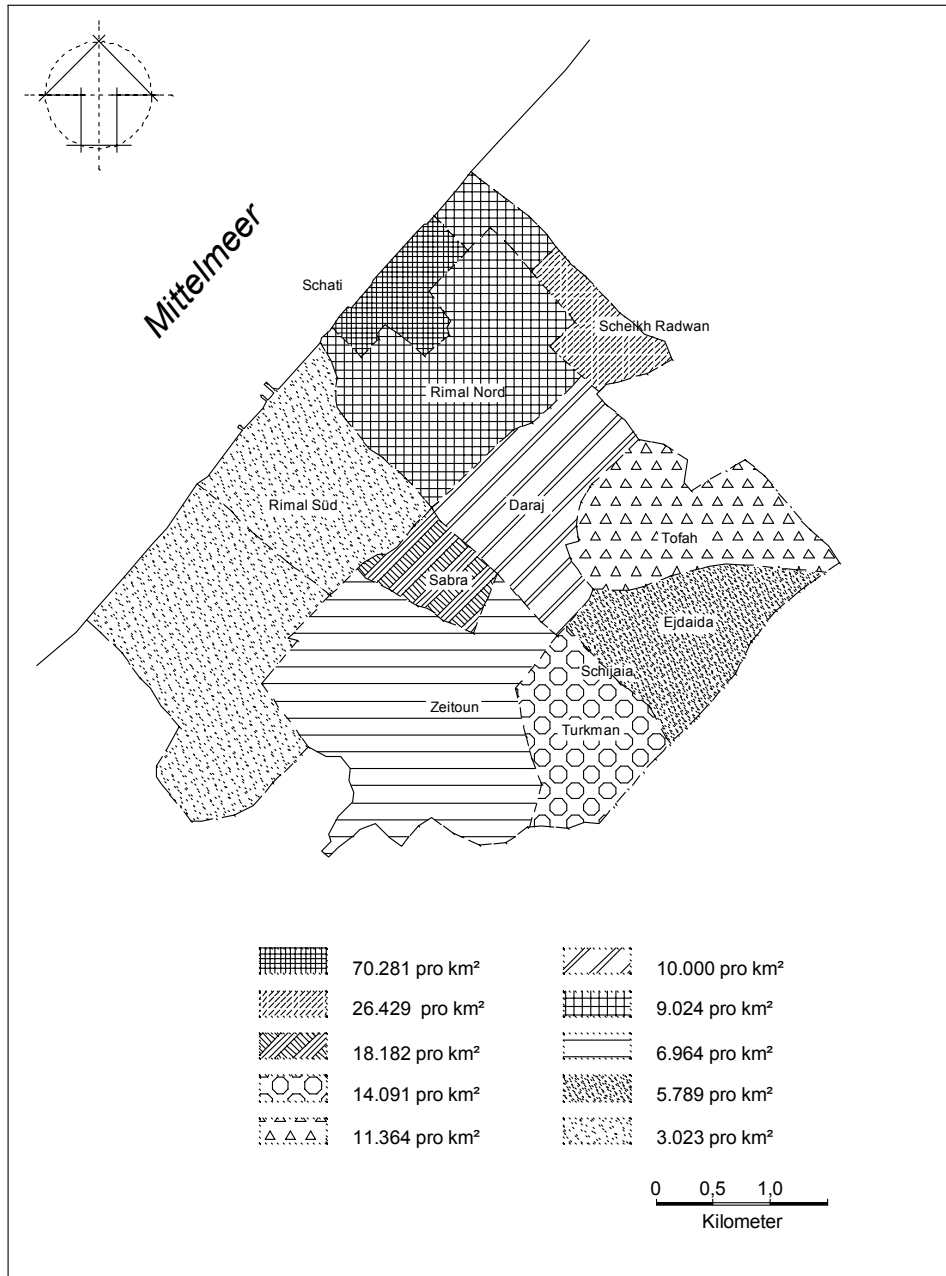
Die Bevölkerungsdichte in der Stadt Gaza betrug im Januar 1995; 9.396 Einw./km², bei einer Stadtfläche von 32,247 km² und einer Bevölkerungszahl von 303.000 Einwohnern. Obgleich sich diese Bevölkerungsdichte im Vergleich zu anderen Städten nicht ausgesprochen hoch ausnimmt, ist dies hier jedoch anders, da sich die bebaute Fläche wegen der flachen und dichten Bauweise auf das gesamte Stadtgebiet verteilt. In den überwiegend vorhandenen Ein- und Mehrfamilienhäusern lebt eine geringere Anzahl an Menschen als in den Wohnhochhäusern anderer Städte. Eine wirtschaftliche Stadtgebietsentwicklung erfordert optimale Ausnutzung der Ressourcen und die Infrastruktur durch Verdichtung.

Aus der Tabelle 4.11 ist zu ersehen, daß in den Stadtvierteln von Gaza-Stadt das Flüchtlingslager Schati mit der höchsten Bevölkerungsdichte von 70.281 Einw./km² bzw. 17,3% der Gesamtzahl der Stadtbewohner an erster Stelle steht. Aufgrund des begrenzten Territoriums (2,3% der gesamten Stadtfläche) und des natürlichen Bevölkerungswachstums wird die Dichte des Lagers so hoch bleiben. An zweiter Stelle folgt Scheikh Radwan mit 26.429 Einw./km². Scheikh Radwan ist ein Umsiedlungsprojekt, das Anfang der 1980er Jahre errichtet wurde, um – so die Begründung für seinen Bau – das Lager Schati zu entlasten [vgl. Kap. 6.5.1]. Danach folgt das Sabra-Stadtviertel mit 18.182 Einw./km². Diese drei dichtbesiedelten Stadtgebiete nehmen flächenmäßig mit 2,2%, 2,3%, und 3,4% (in Reihenfolge) die jeweils kleinsten Anteile an der Gesamtfläche von Gaza ein.

Die Stadtteile Turkman, Toffah und Darag weisen Einwohnerdichten von 14.091, 11.364 und 10.000 Einw./km² auf, verteilt auf jeweils 6,8% bzw. 9,9% der gesamten Fläche. Die restlichen Stadtgebiete, wie Rimal-Nord, Zeitoun, Ejdaida

und Rimal-Süd, liegen unter dem Durchschnitt von 9.396 Einw./km² mit 9.024, 6.964, 5.789 und 3.023 Einw./km² [vgl. Abb. 4.2].

Abb. 4.2: Bevölkerungszahlen und -dichte in Gaza-Stadt nach Stadtgebieten, 1995



Quelle: Verfasser nach Tabelle 4.11

Die geringere Dichte einiger Stadtviertel ist unter anderem damit begründet, daß zu den großflächigen Stadtgebieten (Rimal-Süd, Zeitoun und Ejdaida) noch Landwirtschaftsflächen gehören. Diese Gebiete werden wegen des großen Bedarfs an Bauland zukünftige Entwicklungsgebiete von Gaza-Stadt sein.

4.1.3 Komponenten und Aspekte der räumlichen Bevölkerungsentwicklung und -prognose

4.1.3.1 Natürliche Bevölkerungsentwicklung und Wanderungsbilanz

Geburten- und Sterberate

Tabelle 4.12 zeigt, daß die Geburtenrate in den Jahren 1968-1995 zwischen 4,3% und 5,5% schwankt. Die niedrigste Geburtenrate mußte im Jahr 1968 verzeichnet werden. Dies begründet sich durch den Krieg von 1967, den Tod vieler Männer und die Flüchtlingsbewegungen. Aufgrund der Zwangsvertreibung wurden zusätzlich viele Männer von ihren Familien im Gazastreifen getrennt.

Tab. 4.12: Die Bevölkerungszuwachsrates in Gazastreifen von 1968-1995

Jahr	Geburten		Sterberate		natürliche Wachstumsrate (in %)	Wanderungs-Saldo
	in (000)	in %	in (000)	in %		
1968^{*)}	15,5	4,3	8,1	2,3	2,1	-32,4
1969	17,0	4,7	6,9	1,9	2,8	-2,9
1970	16,0	4,3	7,2	1,9	2,4	-3,3
1971	17,5	4,6	6,9	1,8	2,8	-2,4
1972	18,3	4,7	6,8	1,8	3,0	-4,0
1973	19,5	4,9	7,4	1,8	3,0	1,7
1974	21,1	5,1	7,9	1,9	3,2	-1,8
1975	21,6	5,1	7,8	1,8	3,2	-3,5
1976	22,4	5,1	7,6	1,7	3,4	-4,2
1977	22,0	4,9	6,7	1,5	3,4	-2,9
1978	22,8	4,9	8,7	1,9	3,0	-4,7
1979	22,6	5,1	6,5	1,5	3,6	-4,8
1980	21,4	4,7	5,8	1,3	3,4	-5,1
1981	22,0	4,7	7,0	1,5	3,2	-5,3
1982	21,4	4,5	5,1	1,1	3,4	-3,1
1983^{**)}	22,3	4,6	5,1	0,9	3,7	-1,0
1984	24,2	4,7	4,0	0,8	4,0	-4,8
1991	37,0	5,5	4,0	0,6	4,9	0,4
1992	37,6	5,2	4,2	0,6	4,7	6,8
1993	40,0	5,3	3,6	0,5	4,9	6,48 ^{****)}
1994	39,6	5,0	3,6	0,5	4,5	35,6
1995^{***)}	40,0	4,6	3,5	0,4	4,2	16,6
Mittelwert	25,5	4,9	6,1	1,1	3,8	

Quellen: *) Al-Horany, A., 1987, S. 26; **) PCBS, Dez. 1994, S. 79 u. 95; ***) MOPIC, Juni 1996, S. 9; ****) PCBS 1994, S.215 (Der zugrundeliegenden Statistik fehlen einige Jahre)

Mit Beginn der 1. Intifada sank die Geburtenrate aus folgenden Gründen erneut:

- die hohe Zahl an Fehlgeburten infolge von Gasbombenangriffen
- die Verhaftung vieler verheirateter sowie junger Männer im heiratsfähigen Alter.

Bezüglich der Wanderungsbewegungen zeichnet sich seit Anfang der 90er Jahre eine steigende Zuwanderung ab, wobei dies im Jahr 1994 im Zusammenhang mit dem Einzug der PNA stehen dürfte. Hierzu haben u.a. der beginnende Friedensprozeß, aber auch die Rückkehr vieler Arbeitsmigranten aus den Golfstaaten beigetragen.

Im Gazastreifen waren im Zeitraum von 1968-1984 zwischen 15.500 bis 24.200 Geburten jährlich zu verzeichnen, damit betrug die durchschnittliche Geburtenrate 4,76%. Seit 1991, mit einer relativ hohen Geburtenrate von 5,5%, sind die Geburtenraten bis 1995 wieder auf 4,6% gesunken [vgl. Tab. 4.12].

Grund hierfür waren u.a. die schlechten Verhältnisse, die das Leben der Stadt nach dem Flüchtlingszustrom prägten. Die Auswanderung der Familienväter in die arabischen Länder und die Vertreibungspolitik der Besatzer sowie die schlechte wirtschaftliche Lage, hatten auch eine Senkung der Zahl der Eheschließungen zur Folge, und beeinflussten damit diese Entwicklung erheblich.

In den letzten Jahren und in der Gegenwart unterstützen verschiedene Faktoren den Geburtenzuwachs in der Stadt Gaza, wie auch im Gazastreifen insgesamt. Angesichts der allgemeinen Verjüngung der Bevölkerung (vgl. zur Altersstruktur [Kap. 4.3.2]) wird diese Entwicklung auch weiterhin anhalten.

Die Entwicklung der Sterberate ist ein weiterer Einflußfaktor für die Bevölkerungsentwicklung und den Bevölkerungsaufbau. Es ergeben sich daraus auch Hinweise über den Entwicklungsstand des Gesundheitswesens. Die Schwankungen der Todesfälle zwischen Ab- und Zunahme, die sich aus Tabelle 4.12 ergeben, deuten auch auf die instabile wirtschaftliche und politische Lage im Kriegszustand sowie auf die damit einhergehende schlechte medizinische Versorgung hin.

Im Allgemeinen läßt sich im Gazastreifen eine Abnahme der Sterberate erkennen, die mit der Besserung des Gesundheitswesens im Zusammenhang stehen dürfte. Ausgenommen hiervon sind die Zeiten während des Krieges von 1967, während der Auseinandersetzungen mit den jüdischen Militärs Mitte der 1970er Jahre, und schließlich die Periode der Intifada.

Die Sterberate im Zeitraum von 1968 bis 1995 betrug im Durchschnitt ca. 1,1%, am höchsten war sie im Jahr 1968 direkt nach dem Krieg. Die niedrigsten Werte konnten in der Zeit nach der Übernahme des Gazastreifens durch die PLO nach dem Osloer-Abkommen festgestellt werden [vgl. Tab. 4.12].

In Gaza-Stadt zeichnete sich der Zeitraum von 1968 bis 1976 durch die höchste Zahl an Todesfällen aus. Im gleichen Zeitraum (1968-1976) bewegte sich die Sterberate mit ca. 2.600 bis 2.200 Menschen pro Jahr zwischen 1,7% und 1,6%. Dieses war eine Folge des Sechs-Tage-Krieges und des bewaffneten Widerstandes gegen die Besatzer [vgl. Tab. 4.13].

In einigen Jahren sanken die Sterberaten von 1,4% im Jahr 1953 auf 1,0% im Jahr 1964. Wegen der relativ stabilen Lage war die niedrigste Zahl an Sterbefällen, mit 1.600 bis 1.400 Menschen pro Jahr, im Zeitraum von 1953 bis 1964 festzustellen.

Tab. 4.13: Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Gaza-Stadt von 1953-1991

Jahr	Geburten		Sterbefälle		Natürl. Wachstumsrate
	in (000)	in %	in (000)	in %	in %
1953¹⁾	4,8	4,1	1,6	1,4	2,7
1954	4,0	3,9	0,8	0,8	3,2
1959	5,0	4,0	1,1	0,9	3,1
1960	5,0	3,9	1,5	1,2	2,7
1961	5,2	4,1	1,1	0,9	3,2
1962	6,4	4,9	1,3	1,0	3,9
1963	6,6	4,9	1,5	1,1	3,8
1964	6,6	4,7	1,4	1,0	3,7
1968²⁾	6,2	4,1	2,6	1,7	2,4
1976	6,4	4,7	2,2	1,6	3,1
1979	6,8	4,7	2,0	1,4	3,3
1984	8,1	4,3	2,1	1,1	3,2
1985	8,6	4,5	2,0	1,0	3,5
1986	9,2	4,7	1,9	1,0	3,7
1987	9,6	4,8	1,9	0,9	3,8
1988³⁾	10,0	4,7	2,0	0,9	3,7
1989	10,2	4,7	2,1	1,0	3,7
1990	10,7	4,7	2,3	1,0	3,7
1991	11,3	4,7	2,5	1,0	3,7
Mittelwert	7,4	4,5	1,7	1,0	3,4

Quellen: Salha, R., 1994, S. 255

Wird die Sterberate auf Geschlecht und Alter bezogen, so ist diese überall – unter Friedens- und Stabilitätsbedingungen – in der Regel am höchsten bei Kindern und alten Menschen. In Kriegszeiten und den damit einhergehenden Verwundungen und Krankheiten erhöht sich vor allem die Sterberate von jungen Männern, so wie in der Zeit nach dem Krieg 1967 und während der 1. Intifada. Trotz der allgemein niedrigen Sterberate in den Jahren 1988 bis 1991 tendierte die Anzahl der

Todesfälle in Gaza nach oben – vor allem aufgrund der Tötung vieler junger Männer während der Intifada.

Natürliche Bevölkerungsbilanz

Der natürliche Bevölkerungszuwachs ergibt sich aus der Differenz zwischen Geburten und Todesfällen; eine positive Bilanz bezeichnet somit die Bevölkerungszunahme. Aus Tabelle 4.13 ist zu ersehen, daß die natürliche Wachstumsrate im Gazastreifen im Zeitraum zwischen 1968 und 1995 im Durchschnitt ca. 3,8% betrug. Im Jahr 1968 war sie mit 2,1% wegen der hohen Sterberate am niedrigsten. Die natürliche Wachstumsrate nahm Anfang der 1970er Jahre ständig zu, bis sich Anfang der 1990er Jahre der höchste Wert von 4,9% herausbildete. Dieser Anstieg ist hauptsächlich auf den Anstieg der Geburtenrate zurückzuführen.

In Gaza-Stadt betrug das natürliche Bevölkerungswachstum zwischen 1953 und 1991 laut Tabelle 4.13 im Durchschnitt 3,4%, mit einer Geburtenrate von 4,5% und einer Sterberate von 1,0%. Während der ägyptischen Verwaltungszeit (1948-1967) gab es ein durchschnittliches natürliches Wachstum von 3,3%, im Vergleich zur Periode der Besatzung bis zum Jahr 1991 mit ca. 3,4%. Die niedrigste natürliche Wachstumsrate ist - wie auch im gesamten Gazastreifen - nach dem Krieg im Jahre 1968 mit 2,4% festzustellen.

Die Wanderungsbewegungen

Die Stadt Gaza hat in ihrer Geschichte eine Reihe von Ab- und Zuwanderungsbewegungen erlebt. Die historischen Wanderungen in der Zeit vor dem Krieg von 1948 hatten keinen dauerhaften Einfluß auf das Bevölkerungswachstum in der Region. Sie waren zumeist auf die Zeiten unmittelbar vor und während einer kriegesischen Auseinandersetzung beschränkt, danach kehrten die Menschen in ihre Heimatgebiete zurück. Die wichtigsten Wanderungen in der Geschichte von Gaza vor 1948 waren:

- Im Zuge der französischen Invasion unter Napoleon verließen viele Stadtbewohner Gaza, kehrten jedoch zurück, nachdem Napoleon die Stadt 1799 erobert und die Stadtbevölkerung zur Rückkehr aufgerufen hatte [Mobeid, S., 1987, S. 414].
- Während des Ersten Weltkriegs sind zwei nennenswerte Abwanderungsphasen zu verzeichnen. Die erste fand statt, als die Türken die Armee mobilisierten, um den Suez-Kanal und die Engländer anzugreifen, die zweite die zwischenzeitliche Evakuierung der Bevölkerung 1917 im Zusammenhang mit Versuchen Englands, die Stadt zu besetzen [vgl. Kap. 4.1.1].

Die Wanderungsbewegungen nach 1948 sind im Vergleich zur vorangehenden Periode einschneidender. Sie sind vor allem geprägt durch die Teilung Palästinas, als Folge der Gründung Israels und der daraus entstehenden Konflikte:

- Diese Epoche nach 1948 zeichnete sich vor allem durch Wanderungsbewegungen innerhalb Palästinas aus, und zwar in den später entstandenen Gazastreifen und die Westbank, sowie durch Abwanderung in die arabischen Länder.
- Die Zahl der Flüchtlinge in Gaza-Stadt belief sich 1991 auf 154.490, verteilt auf 85.728 im Rimal-Gebiet und 68.762 im Zeitoun-Viertel [UNRWA-Bericht, 1991]. Im Jahre 1998 betrugen die Flüchtlingszahlen 139.463, die Mehrheit davon (71.739) im Lager Schati, der Rest von 67.724 verteilte sich auf die Stadtgebiete von Gaza-Stadt [vgl. Tab. 4.7].
- Nach der letzten Entwicklung und der Übernahme des Gazastreifens durch die Autonomiebehörden 1994 kehrten viele Palästinenser mit ihren Familien in den Gazastreifen, insbesondere nach Gaza Stadt, zurück. Ein in den Friedensverhandlungen bisher ausgeklammerter Aspekt ist die Möglichkeit der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nach Israel. Im Gaza-Jericho-Abkommen ist lediglich von den Palästinensern die Rede, die 1967 aus den besetzten Gebieten geflohen sind [Munzinger-Archiv, 1997, S. 1].

4.1.3.2 Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter (biologische Zusammensetzung)

Neben der Analyse der historisch-politischen Bevölkerungsbewegungen ist die biologische Zusammensetzung der Gesellschaft ein zentraler Faktor für die Untersuchung der demographischen Prozesse und somit für eine Beschreibung und Prognose der Wandlungen des Bedarfs an Wohnraum und infrastruktureller Ausstattung von Stadtgebieten und neuen Siedlungen [Bähr, J., 1997, S. 35].

Geschlecht

Die Bevölkerungszusammensetzung im Gazastreifen nach Geschlecht zwischen 1967 und 1994 ergibt einen leichten Überschuß der weiblichen gegenüber der männlichen Bevölkerung. Die Gründe dafür liegen u.a. in der Abwanderung vieler Männer aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation in den besetzten Gebieten in die arabischen Länder, insbesondere in die Golfstaaten.

In der Zeit von 1987 bis 1997 hat sich die Geschlechterstruktur zugunsten des männlichen Geschlechts mit einem Verhältnis von 50,2% zu 48,8% weiblichen Personen geändert. Dies ist besonders während der Friedensverhandlungen

Anfang der 90er und nach der Osloer-Abkommen im Jahre 1994 der Fall [vgl. Tab. 4.14].

Tab. 4.14: Bevölkerungsverteilung nach Geschlecht im Gazastreifen von 1967-1997

Jahr	Männlich		Weiblich		Total
	in (000)	in %	in (000)	in %	in (000)
1967 ^{*)}	189,1	48,5	200,6	51,5	389,7
1970	178,9	48,7	188,8	51,3	367,7
1975	206,3	49,3	212,2	50,7	418,5
1980	219,6	49,7	222,3	50,3	441,9
1987 ^{**)}	283,9	50,2	281,7	49,8	565,6
1988	295,6	50,2	292,9	49,8	588,5
1989	306,7	50,2	303,7	49,8	610,4
1990	323,3	50,3	319,4	49,7	642,7
1991	340,2	50,3	335,8	49,7	676,0
1992	359,7	50,2	356,5	49,8	716,2
1993	376,9	50,3	372,0	49,7	748,9
1994	402,6	50,3	397,4	49,7	800,0
1995	432,1	50,0	431,9	50,0	864,0
1996 ^{***)}	471,9	49,0	491,1	51,0	963,0
1997 ^{****)}	507,9	50,7	493,6	49,3	1001,5

Quellen: *) Al-Yusuf, A., 1987, S.146; **) MOPIC, Juni1996, S. 7; ***) Umwelteigensch. No. 1, S.100, v. Verfasser bearbeitet; ****) PCBS, Zensus 1997, www.PNA.org Internet

Die Verteilung der Bevölkerung der Stadt Gaza bezogen auf das Geschlecht, kann der Tabelle 4.15 entnommen werden.

Tab. 4.15: Bevölkerungsverteilung nach Geschlecht in der Stadt Gaza, in den Jahren 1967, 1985, 1991 und 1997

Jahr	Männlich		Weiblich		Total
	in (000)	in %	in (000)	in %	in (000)
1967 ^{*)}	55,4	46,8	62,9	53,2	118,3
1985	90,9	46,4	105,1	53,6	196,0
1991	126,3	49,9	126,8	50,1	253,1
1997 ^{**))}	179,7	50,9	173,4	49,1	353,1

Quellen: *) Salha, R., 1994, S. 104; **) PCBS, Zensus 1997 Internet www.pna.org

Laut Tabelle 4.15 überwiegt in den Jahren 1967 und 1985 der weibliche Anteil deutlich gegenüber dem männlichen Bevölkerungsanteil (mit 46,5% gegenüber 53,5%), wobei das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Personen 1985 mit 86,8 männlichen zu 100 weiblichen etwas niedriger lag als das des Jahres 1967 mit 87,9 zu 100. Im Jahr 1991 waren die Werte mit 49,9% männlichen zu 50,1% weiblichen Geschlecht fast ausgeglichen. Erstmals im Jahr 1997 lag der

Anteil der männlichen Bevölkerung mit 50,9% zu 49,1% leicht höher als der der weiblichen - die jüngste Geschlechterverteilung nähert sich derjenigen in "stabilen Gesellschaften" (mit ca. 100 männl. : 105 weibl.) wieder an [Ibrahim, A., 1977, S. 151].

Ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis kann sich u.a. auf die Entwicklung der Eheschließungen und Haushaltsgründungen sowie der Geburtenraten auswirken und somit den zukünftigen Wohnungsbedarf beeinflussen.

Altersstruktur

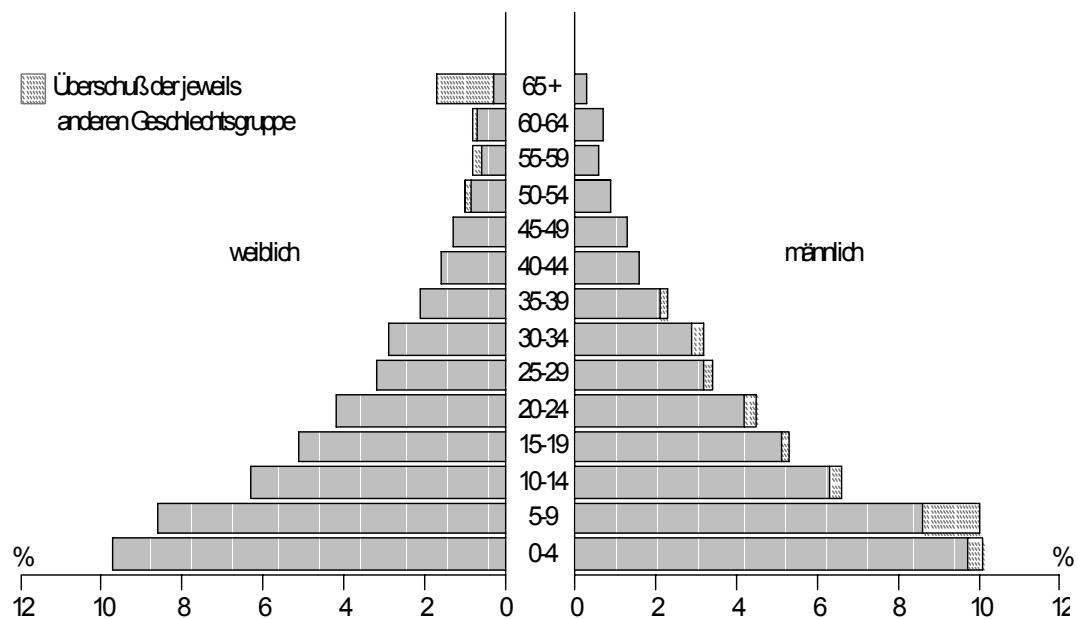
Laut Tabelle 4.16 betrug das Verhältnis zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung im Jahr 1997; 50,7 zu 49,3%. Das palästinensische Volk ist in seiner Struktur sehr jung. Im Gazastreifen sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung (51,2%) jünger als 15 Jahre, in dieser Altersgruppe überwiegt das männliche Geschlecht mit durchschnittlich 52,1%; das weibliche beträgt 47,9%. Die Altersgruppen von 15 bis 64 Jahren, also die als erwerbsfähig eingestuften Altersgruppen, betrug 46,8% der Gesamtbevölkerung mit im Durchschnitt 50,8 männlichen und 49,2 weiblichen Personen. Die Altersgruppe über 65 Jahren hat nur einen Anteil von insgesamt 2,0% [vgl. Tab. 4.16 u. Abb. 4.3].

Die Bevölkerungsstruktur von Gaza-Stadt ähnelt der des Gazastreifens insgesamt in Bezug auf den prozentualen Altersaufbau wie auch bezüglich der Geschlechterverteilung. Bezüglich der Altersstruktur von Gaza-Stadt liegt auch hier (im Jahr 1997) der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren mit 50,3% bei etwas über der Hälfte der Gesamtbevölkerung, wobei sich in den Altersgruppen von 0 bis 49 Jahren ein Überschuß des männlichen gegenüber dem weiblichen Geschlecht findet. Je älter die Altersgruppe, desto geringer ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung; gleichzeitig überwiegt in diesen Altersgruppen der weibliche Anteil den männlichen [vgl. Abb. 4.4]. Es ist wichtig hier darauf hinzuweisen, dass die Lebenserwartung im Gazastreifen; 70 Jahre bei Männern zu 73,5 Jahren bei Frauen beträgt [The World Bank, 1997, S. 19].

Tab. 4.16: Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht im Gazastreifen, 1997

Alters- Gruppen	Männlich		Weiblich		Total	
	in (000)	in %	in (000)	in %	in (000)	in %
0-4	101,3	10,1	97,0	9,7	198,3	19,8
5-9	99,8	10,0	85,9	8,6	185,7	18,5
10-14	66,1	6,6	62,8	6,3	128,9	12,9
0-14	267,2	26,7	245,7	24,5	512,9	51,2
15-19	53,4	5,3	51,2	5,1	104,6	10,4
20-24	44,8	4,5	42,2	4,2	87,0	8,7
25-29	33,9	3,4	31,7	3,2	65,6	6,6
30-34	32,0	3,2	28,6	2,9	60,6	6,1
35-39	22,9	2,3	20,6	2,1	43,5	4,3
40-44	16,4	1,6	16,3	1,6	32,7	3,3
45-49	13,5	1,3	13,1	1,3	26,6	2,7
50-54	9,1	0,9	10,2	1,0	19,3	1,9
55-59	5,6	0,6	8,5	0,8	14,1	1,4
60-64	6,6	0,7	7,9	0,8	14,5	1,4
15-64	238,2	23,8	230,3	23,0	468,5	46,8
65+	2,7	0,3	17,4	1,7	20,1	2,0
Total	508,1	50,7	493,4	49,3	1001,5	100,0

Quelle: PCBS Zensus 1997, www.pna.org Internet

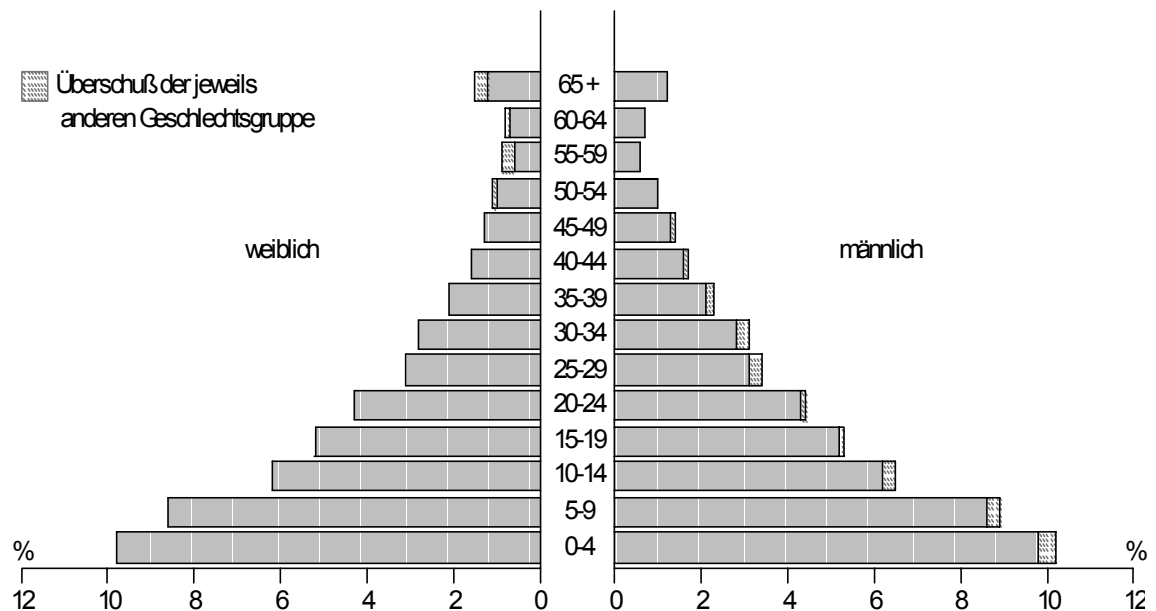
Abb. 4.3: Alterspyramide der Bevölkerung im Gazastreifen, 1997


Quelle: Verfasser nach Tabelle 4.16.

Tab. 4.17: Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht in Gaza-Stadt, 1997

Alters- Gruppen	Männlich		Weiblich		Total	
	in (000)	in %	in (000)	in %	in (000)	in %
0-4	36,00	10,2	34,44	9,8	70,44	19,9
5-9	31,60	8,9	30,32	8,6	61,92	17,5
10-14	23,11	6,5	21,97	6,2	45,09	12,8
0-14	90,72	25,7	86,7	24,6	177,45	50,3
15-19	18,81	5,3	18,30	5,2	37,11	10,5
20-24	15,59	4,4	15,03	4,3	30,61	8,7
25-29	12,03	3,4	11,07	3,1	23,10	6,5
30-34	11,07	3,1	9,76	2,8	20,83	5,9
35-39	8,28	2,3	7,24	2,1	15,52	4,4
40-44	5,93	1,7	5,68	1,6	11,61	3,3
45-49	4,94	1,4	4,71	1,3	9,65	2,7
50-54	3,60	1,0	3,74	1,1	7,34	2,1
55-59	2,17	0,6	3,02	0,9	5,19	1,5
60-64	2,43	0,7	2,69	0,8	5,11	1,4
15-64	84,85	24,0	81,2	23,0	166,1	47,0
65+	4,21	1,2	5,37	1,5	9,58	2,7
Total	179,78	50,9	173,3	49,1	353,11	100

Quelle: PCBS, Zensus 1997, www.pna.org Internet.

Abb. 4.4: Alterspyramide der Bevölkerung in der Stadt Gaza, 1997


Quelle: Verfasser nach Tabelle 4.17.

Insgesamt läßt sich aus dem biologischen Aufbau der Bevölkerung – und besonders aus dem hohen Anteil der sehr jungen Altersgruppen - eine große

Herausforderung für den Gazastreifen und für die Stadt Gaza ablesen. Die Konsequenzen, die sich daraus ableiten und mit denen sich die Planung zu befassen hat, bestehen u.a. in:

- der Reproduktionsfähigkeit
- dem zu erwartenden Erwerbspotential,
- den Anforderungen an die Daseinsvorsorge, an Bildung und Ausbildung, sowie an die Altersversorgung,
- der zukünftigen Nachfrage nach Wohnraum. Die Ermittlung von Planungsdaten beruht noch auf weiteren Faktoren, dies ist Gegenstand des folgenden Abschnitts (Prognose). Für die zu erwartende Nachfrage nach Wohnraum ist eine solche Prognose unentbehrlich [vgl. Kap. 6.4].

4.1.3.3 Bevölkerungsprognose

Der jährliche Bevölkerungszuwachs im Gazastreifen betrug in den Jahren von 1969 bis 1994 durchschnittlich etwa 3,7%, bezogen auf die Stadt Gaza durchschnittlich 4,3% im Zeitraum zwischen 1975 und 1994. Zwischen 1995 und 1997 betrug er im Gazastreifen rund 7,8% pro Jahr, in Gaza-Stadt ca. 6,0% pro Jahr [vgl. Kap. 4.50].

Der nach 1994 zu verzeichnende hohe Zuwachs kann mehreren Gründen zugerechnet werden; der wichtigste ist die Rückkehr vieler Palästinenser (einige auch mit ihren Familien) mit dem Einzug der PLO. Diese Wachstumsrate wird – abhängig vom Ergebnis der Verhandlungen und dem Endstatus der Autonomiegebiete – in den nächsten 15 Jahren (bis 2015) auf 5% jährlich abnehmen, aber stabil bleiben, u.a. aufgrund folgender Bedingungen:

- die Zunahme der Lebensbedürfnisse in der Zukunft
- Verbesserung des Bildungsstands
- die Teilnahme der Frauen an den Wirtschaftsaktivitäten

Die Prognose der Bevölkerungszahlen erfolgt nach der mathematischen Formel der Zinseszins-Ermittlung:

$K_n = K_o (1 + p)^n$ zu berechnen. Wobei
 K_n = zu ermittelnde Bevölkerungszahl ist
 K_o = Letzte bekannte Bevölkerungszahl
 P = jährliche Zuwachsrate
 N = Zahl der Jahre.

Folgt man der in der Prognose ermittelten Wachstumsrate von 5%, so wird sich die Bevölkerung im Gazastreifen in den nächsten 15 Jahren mehr als verdoppeln, die Schätzung für das Jahr 2015 beläuft sich auf eine Einwohnerzahl von ca.

2.460.000 im Gazastreifen bzw. ca. 849.800 Einwohner in Gaza-Stadt. Die durchschnittliche Familiengröße wurde amtlicherseits weiterhin mit 6 Personen pro Haushalt berechnet (MOPIC), damit würde die Zahl der privaten Haushalte im Gazastreifen insgesamt rund 410.000, in Gaza-Stadt rund 141.600 betragen [vgl. Tab. 4.18].

Tab. 4.18 Bevölkerungsprognose für den Gazastreifen und Gaza-Stadt bis 2015

Jahr	Gazastreifen			Gaza-Stadt		
	Einw.-Zahl in (000)	Haushalte in (000)	Zuwachsrates in %	Einw.-Zahl in (000)	Haushalte in (000)	Zuwachsrates in %
1990	642,7	107,1	5,3	226,0	37,7	3,2
1991	676,0	112,7	5,2	239,4	39,9	5,9
1992	716,2	119,4	5,9	253,1	42,2	5,7
1993	748,9	124,8	4,6	279,4	46,6	10,4
1994	800,0	133,3	6,8	297,3	49,6	6,4
1995	864,0	144,0	8,0	321,1	53,5	8,0
1996	963,0	160,5	11,5	320,0	53,3	-0,3
1997	1.022,2	170,4	6,1	353,1	58,9	10,3
2000	1.183,3	197,2	5,3	408,8	68,1	5,3
2005	1.510,3	251,7	5,0	521,7	86,9	5,0
2010	1.927,5	321,3	5,0	665,8	111,0	5,0
2015	2.460,0	410,0	5,0	849,8	141,6	5,0

Quelle: Zusammengestellt aus Tabelle 3, 4 u. 5 und vom Verfasser bearbeitet

Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge macht die Bevölkerungsprognose allerdings schwierig; auch der zukünftige Status der Stadt Gaza sowie die weitere Entwicklung der Wirtschaftslage werden einen Einfluß haben, der gegenwärtig – u.a. aufgrund der unklaren politischen Rahmenbedingungen – kaum kalkulierbar ist. Projekte wie der Bau des Seehafens, der Flughafen, sowie geplante Industriezonen werden die Bevölkerungsentwicklung und -bewegungen im Gazastreifen mit beeinflussen.

4.1.4 Familienstandsdaten und Familienformation

Zwischen dem Alters- und Geschlechteraufbau einer Gesellschaft und der Zusammensetzung nach dem Familienstand bestehen sehr enge Beziehungen. Für die Familienformation (und damit auch für eine absehbare neue Nachfrage an Wohnraum) sind weiterhin das durchschnittliche Heiratsalter und die Heiratsquote ausschlaggebend. Die Gewichtung dieser Aspekte hängt u.a. auch von sozio-kulturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Bedingungen ab, die sich direkt oder indirekt auswirken können.

Für die Betrachtung der Entwicklung im Gazastreifen – insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende Nachfrage im Bereich der Siedlungsentwicklung und des Wohnungsbaus durch Familien-Neugründungen liegt die Behandlung dieser Aspekte nahe. Vorangehend wurde festgestellt, daß der Altersaufbau eine sehr junge Population (mit einem nahezu ausgewogenen Geschlechterverhältnis) ergibt, die mit einem ca. 50-prozentigen Anteil der unter 15 jährigen das heiratsfähige Alter noch kaum erreicht hat [vgl. Tab. 4.16 u. 4.17].

4.1.4.1 Eheschließungen

Die Eheschließungen sind von einer Gesellschaft zur anderen unterschiedlich. Auch beim Vergleich von Bevölkerungen hinsichtlich ihrer Familien- und Haushaltsstruktur ist es unerlässlich, neben dem Altersaufbau und der Geschlechterverteilung die jeweilige wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtsituation und deren Veränderungen zu berücksichtigen.

Tab. 4.19: Eheschließungen und -scheidungen in Gazastreifen 1992–1996

	1992	1993	1994	1995	März 1996
Eheschließungen	7.280	7696	8.366	8.788	1.421
Heiratsrate	9,8	9,7	9,6	9,8	-
Ehescheidungen	761	847	961	1.239	246
in %	10,5	11,0	11,5	14,1	17,3

Quelle: MOPIC, Juni 1996, S. 20

Die Eheschließungen nahmen entsprechend dem Bevölkerungszuwachs von 1992 bis 1995 zu, wobei die Heiratsrate mit durchschnittlich 9,7 jedoch fast gleich geblieben ist [vgl. Tab. 4.19].

Tab. 4.20: Eheschließungen im Gazastreifen nach Alter und Geschlecht 1992-1996

Alter	1992		1993		1994		1995		März 96	
	Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.	Männl.	Weibl.
bis 15	-	7,9	-	5,4	-	6,2	-	8,8	-	0,9
15 – 20	29,8	67,6	29,2	69,4	29,1	70,6	25,4	61,8	19,7	62,9
21 – 25	42,7	18,3	45,4	17,0	43,3	15,4	42,2	18,0	42,2	21,4
26 – 30	19,3	3,6	15,7	4,8	17,0	3,8	18,4	6,2	20,9	8,2
31 – 35	3,3	1,4	4,4	1,2	4,9	2,3	6,7	2,8	6,8	3,5
+ 36	4,9	1,2	5,3	2,2	5,7	1,7	7,3	2,4	10,4	3,2
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: MOPIC, Juni 1996, S. 21 u. 22

Bezogen auf die Geschlechter [vgl. Tab. 4.20] liegt das Heiratsalter bei Männern zu einem hohen Anteil zwischen 21 und 25 Jahren (43,3%), das der Frauen deutlich niedriger, nämlich zwischen 15-21 (67,4%). Eheschließungen im Alter bis 15 Jahre

sind nur bei Mädchen verzeichnet. Umgekehrt ist Eheschließung bei der männlichen Altersgruppe von 31-35 mit 4,8 Prozent am geringsten, wobei bei den Frauen die Altersgruppe 31-35 sowie über 36 jeweils mit 1,9% den kleinsten Anteil ausmacht.

4.1.4.2 Ehescheidungen

Aus Tabelle 4.26 zeigt sich eine deutliche Zunahme der Ehescheidungen von 1992 bis 1996. Die Tabelle zeigt eine prozentuale Scheidungsrate gegenüber 1992 mit einer Steigerung von 38,6% auf 14,1%.

Die meisten Scheidungsfälle im Zeitraum von 1992 bis 1996 betragen bei der männlichen Altersgruppe 21-25 im Durchschnitt 38%, bei der weiblichen Altersgruppe 15-20 im Durchschnitt 43%. Die geringsten Ehescheidungsraten lagen in den Altersgruppen von 31-35 - bei den Männern mit 11,0% und bei den Frauen mit 7,0% [MOPIC, Juni 1996, S. 21]. Die Ehescheidungsrate hat in der palästinensischen Gesellschaft jedoch keinen nennenswerten Einfluß auf die Bildung von Haushalten.

4.1.5 Haushaltsgröße und -formation

Aus Tabelle 4.21 ist zu ersehen, daß ein Haushalt im Gazastreifen im Durchschnitt ca. 7 Personen umfaßt und daß dies gleichermaßen für die Städte, die Dörfer und die Flüchtlingslager gilt. Die Größe der Familie (Familienmitgliederzahl) im Gazastreifen hängt direkt mit der hohen Geburtenrate und der sozialen Bindung der Großfamilie zusammen.

Die meisten Privathaushalte befinden sich in den Städten (64%), gefolgt von den Flüchtlingslagern (mit 31%) und den Dörfern (mit 5% der gesamten Haushalte).

Tab. 4.21: Verteilung der Haushalte im Gazastreifen nach Siedlungsarten, 1995

Siedlungsart	Einwohner		Haushalte		Durchschnittliche Haushaltsgröße (Pers./Haushalt)
	in (000)	in %	in (000)	in %	
Städte	601,6	64	87,188	64	6,9
Dörfer	47,0	5	6,811	5	6,9
Flüchtlingslager	291,4	31	42,232	31	6,9
Total	940,0	100	136,231	100	6,9

Quelle: Wohnungsbauministerium, 1998, S. 6

Laut den in Tabelle 4.22 aufgeführten statistischen Angaben für das Jahr 1996 beläuft sich der Anteil der Familien mit 4-9 Personen je Haushalt auf 55,1% und

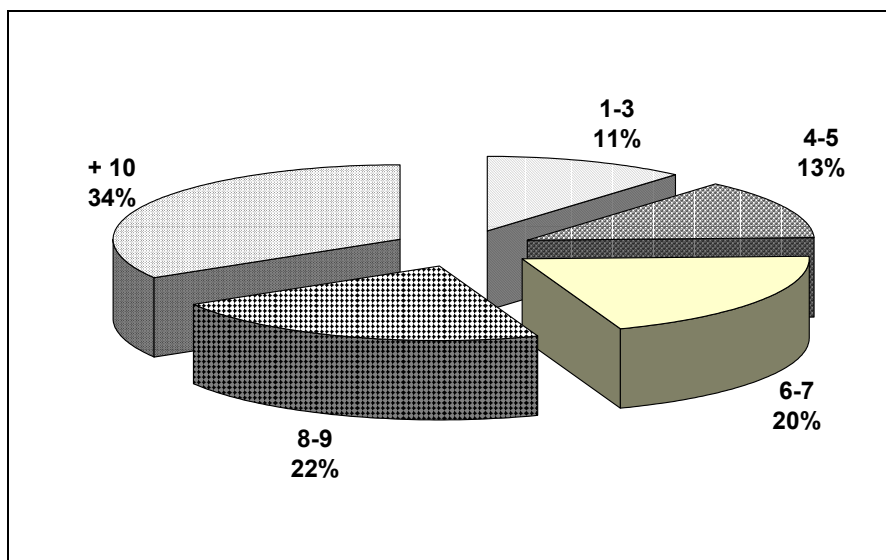
der mit mehr als 10 Personen als höchste Einzelgruppe auf mehr als ein Drittel (33%) der Familien [vgl. Abb. 4.5].

Tab. 4.22: Privathaushalte in Gazastreifen 1996 nach Haushaltsgröße

	Haushaltsgröße					Total	Haushalte in (000)
	1-3	4-5	6-7	8-9	+ 10		
Anzahl in (000)	16,33	18,93	29,04	31,64	48,55	144,497	144,497
Anteil in %	11,3	13,1	20,1	21,9	33,6	100	144,497

Quelle: Yunis, A., 2000, S.215, und vom Verfasser bearbeitet

Abb. 4.5: Struktur der Haushalte geordnet nach Haushaltsgrößen in %



Quelle: Verfasser nach Tabelle 4.22

Die Haushalte mit 1-3 Personen sind die niedrigsten mit 11,3%, gefolgt von den Haushalten mit 4-5 Personen (13,1%). Ca. 20% der Haushalte im Gazastreifen umfassen 6 bis 7 Personen.

Die Ermittlung der Haushaltsbildung und der Haushaltsgrößen in einem Siedlungsgebiet ist einer der ausschlaggebenden Aspekte im Zusammenhang mit Fragen des Wohnungsbaus und wird in den entsprechenden Schwerpunktkapiteln 5 und 6 ausführlich erörtert.

4.2 Die ökonomische Gliederung der Bevölkerung (Erwerbsstruktur)

Die Bedeutung einer Stadt hängt nicht nur von ihrer Fläche oder Einwohnerzahl, sondern auch von der ökonomischen Gliederung der Bevölkerung ab. Für den Gazastreifen, der nach 1948 zunächst unter ägyptische Verwaltung geriet, gab es keine langfristige, geschweige denn eine wirtschaftliche Entwicklungsplanung. Von der ägyptischen Administration wurde das Gebiet als eine politisch wie auch wirtschaftlich von Ägypten separate Einheit verwaltet. Vor 1948 eine der ärmsten

Regionen Palästinas, die überwiegend von ihrer Transitfunktion lebte, war der Gazastreifen nach 1948 von jeglichem Hinterland abgeschnitten, wodurch auch seine Umschlagsfunktion entfiel. Die Isolation von den Bezugs- und Absatzmärkten sowie der enorme Zustrom von Flüchtlingen brachte die Wirtschaft des Gazastreifens nahezu zum Erliegen. Der Agrarsektor konnte den Arbeitskräfteüberschuß nicht mehr absorbieren; der industrielle Sektor bestand überwiegend aus kleinindustriellen Betrieben auf dem Sektor der Lebensmittelverarbeitung, die hauptsächlich den lokalen Bedarf bedienten. Der einzige Industriezweig nennenswerter Größe beruhte auf der Weiterverarbeitung von Zitrusfrüchten [Abu-Amr, Z., 1988, S. 109].

Eine nicht unerhebliche Einkommensquelle vor allem für den Dienstleistungssektor stellten in den einzelnen Perioden jeweils die ägyptische Armee, die palästinensische Befreiungsarmee, die United Nations Emergency Forces und die UNRWA dar.

Nach mehr als 30 Jahren sind Israel und seine Kriegsbeute aus dem Sechs-Tage-Krieg - der Gazastreifen und die Westbank - wirtschaftlich eng miteinander verwachsen. Die israelische Regierung begann bereits 1967 damit, Maßnahmen zur ökonomischen Integration der besetzten Territorien einzuleiten. "Die Gebiete wurden zu einem Ausbeutungsobjekt der israelischen Wirtschaft, zu einer Quelle billiger Arbeitskräfte und Dienstleistungen" [Benvenisti, M., 1984, S. 19].

4.2.1 Erwerbstätigkeit

Das Arbeitskräftepotential hat in den letzten Jahren aufgrund der jungen Bevölkerung entsprechend dem Bevölkerungswachstum zugenommen, dagegen ist die Arbeitslosigkeit drastisch angestiegen. Wie Tabelle 4.23 zeigt, stieg die Arbeitslosigkeit 1994 gegenüber dem Vorjahr um 192,3% auf 12,3%; 1995 wurde mit einer ca. 68-prozentigen Steigerung auf 19,2% gerechnet [Munzinger-Archiv, 1997, S. 5]. Die Arbeitslosigkeit ist von 1991 um 3,7% bei ca. 4.100 Arbeitslosen auf 25% bei 40.000 Arbeitslosen im Jahre 1996 gestiegen, mit einer Steigerungsrate in diesem Zeitraum von ca. 875,6%. Während der Abriegelung der besetzten Gebiete durch Israel steigt die Rate bis auf 60%.

Die Rückkehr vieler Palästinenser mit der PLO nach dem Osloer Abkommen, die Zahl der Flüchtlinge, die in den Gazastreifen zurückkehren wollen, und vor allem der mit ca. 50% sehr hohe Anteil der heute unter 15-jährigen [vgl. Tab. 4.16 u. 4.17], die in absehbarer Zeit in großer Zahl auf den Arbeitsmarkt drängen werden, läßt bezüglich der Arbeitslosigkeit im Gazastreifen eine Verschärfung der Lage erwarten. Eine nicht unbedeutende Rolle spielen zudem die häufigen Ausgangssperren und die ständigen Abriegelungen an den Grenzen zu Israel, die vielen der in Israel beschäftigten Arbeitskräften den Zugang zu ihren

Arbeitsplätzen auch über längere Zeit hinweg verwehren. Für viele Erwerbstätige und ihre Familien bedeutet dies eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Tab. 4.23: Die Erwerbspersonenstruktur in Gazastreifen von 1991-1996

Jahr	Bevölkerung über 15 Jahre in (000)	E r w e r b s p e r s o n e n					
		Beschäftigte in (000)			Arbeitslose		Gesamt in (000)
		Gesamt	davon M.	davon W.	in (000)	in %	
1991	325,9	107,7	104,8	2,9	4,1	3,7	111,8
1992	336,2	114,7	111,6	3,1	3,9	3,3	118,6
1993	351,3	114,8	111,6	3,2	5,4	4,5	120,2
1994	376,0	114,0	110,9	3,1	16,0	12,3	130,0
1995	379,7	113,4	109,7	3,7	26,9	19,2	140,3
1996	438,4	120,0	114,9	5,1	40,0	25,0	160,0

Quelle: MOPIC, Juni 1996, S. 11; eigene Bearbeitung

Bei Betrachtung von Tabelle 4.23 zeigt sich, daß nur ein relativ geringer Teil der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahre) dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. 1996 waren von den ca. 438.400 Personen ab 15 Jahren nur 160.000 als Arbeitskräfte registriert; davon waren 120.000 in Beschäftigung. Der Rest von 278.400 Erwerbspersonen stand dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Laut MOPIC-Statistiken handelt es sich bei diesen Personengruppen um Hausfrauen, um in Ausbildung befindliche Schüler und Studenten, sowie um Menschen, die aus Alters-, Gesundheits- oder ähnlichen Gründen nicht erwerbstätig sind. Die folgende Tabelle 4.24 zeigt im Überblick die Struktur der nicht zum Erwerbspotential gehörenden Personengruppen im Zeitraum zwischen 1992 und 1996.

Die statistischen Angaben und Tabelle 4.24 zeigen, daß unter den weiblichen Nicht-Erwerbstätigen die Hausfrauen den überwiegenden Anteil stellen. Die leichte Abnahme dieses Anteils von 67,7% auf 66,1% zwischen 1992 (also noch während der Besatzungszeit) und 1996 kann darauf hindeuten, daß viele Frauen sich aufgrund der schlechten Wirtschaftssituation am Erwerb des Familieneinkommens beteiligen. Zusammen mit der Zunahme der Zahl des weiblichen Anteils an der Gruppe Schüler/Studenten für das Jahr 1996 spiegelt dies auch das zunehmende Bildungsniveau der Frauen und ihre zunehmende Rolle in der palästinensischen Gesellschaft wider.

Die Gesamtzahl der Schüler und Studenten ist mit durchschnittlich 20,2% über die Jahre fast gleich geblieben. Wenig überraschend erscheint die Zunahme des Anteils der Menschen höheren Alters in der Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen: Unter den Voraussetzungen eines jungen Erwerbspotentials (mit oft besseren Bildungsvoraussetzungen), einer schlechten Wirtschaftslage und eines stark

eingeschränkten Arbeitsmarktes werden die Chancen der Älteren und weniger Qualifizierten auf einen Arbeitsplatz noch geringer.

Tab. 4.24: Nicht zum Erwerbspotential gehörende Personengruppen im Gazastreifen in den Jahren 1992-1996, in %

Jahr		Haus-Frauen	Schüler, Studenten	Ältere, Kranke, u.ä.	Total	
					in %	in (000)
1992 ^{*)}	Männlich	-	55,4	44,6	100	50,0
	Weiblich	87,0	10,1	3,0	100	167,6
	Total	67,7	20,2	12,1	100	217,6
1993	Männlich	-	55,3	44,7	100	52,1
	Weiblich	87,0	10,2	2,8	100	179,0
	Total	67,3	20,2	12,5	100	231,1
1994	Männlich	-	55,3	44,7	100	55,4
	Weiblich	87,1	10,1	2,8	100	190,6
	Total	67,5	20,3	12,2	100	246,0
1996 ^{**)}	Männlich	-	45,5	54,5	100	57,2
	Weiblich	73,7	14,4	11,9	100	221,2
	Total	66,1	20,1	13,8	100	278,4

Quelle: *) MOPIC, Febr. 1995, S. 31; **) MOPIC, Juni 1996, S. 13

Betrachtet man die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in Tabelle 4.25, so ergibt sich zwischen 1968 und 1992 - entsprechend dem Bevölkerungswachstum – eine Zunahme von 79.900 im Jahre 1968 auf 164.600 männliche Arbeitskräfte im Jahre 1992.

Tab. 4.25: Anteil der männlichen Erwerbstätigen an den jeweiligen Altersgruppen im Gazastreifen von 1968-1992

Jahr	Altersgruppen							Total	
	15-17	18-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+	in %	in (000)
1968	21,1	63,7	89,0	84,7	76,1	54,8	23,4	58,8	79,9
1987	30,1	70,6	86,9	90,7	85,4	66,4	28,9	71,1	137
1988	25,5	67,5	89,0	90,4	81,3	58,7	25,4	68,9	141,5
1989	19,3	65,7	90,1	90,1	78,1	47,3	18,5	66,8	146,7
1990	17,9	68,0	92,9	91,8	81,0	51,4	16,4	68,6	153,1
1991	14,6	66,7	92,7	92,4	84,3	51,2	19,5	68,4	159,2
1992	14,7	67,4	94,7	93,5	89,2	49,5	16,3	70,3	164,6

Quelle: ICBS, 1994, S. 776-777

Der Anteil der männlichen Beschäftigten über 65 sowie die Altersgruppen von 15-17, 18-24 und 55-64 Jahren, nahmen von 1987 von 28,9, 30,1, 70,6 und 66,4% ständig auf 16,3, 14,7, 67,4 und 49,5% im Jahre 1992 ab. Dies ist auf die häufig verhängten Sperrungen nach Israel besonders nach dem palästinensischen

Aufstand im Jahr 1987 (1. Intifada) gegen die israelische Besatzung zurückzuführen. Besonders junge Leute waren betroffen, denen man - aus Angst, sie würden den Aufstand nach Israel übertragen - die Arbeitserlaubnis in Israel verweigert hat. In den Altersgruppen 25-34, 35-44 und 45-54 stieg der männliche Anteil zwischen 1987 und 1992 von 86,9, 90,7 und 85,4% auf 94,7, 93,5 und 89,2% [vgl. Tab. 4.25].

Tab. 4.26: Der Beschäftigten-Anteil im Gazastreifen nach Altersgruppen und Geschlecht, März 1996

	Altersgruppen						Gesamt	
	15-24	25-34	35-44	45-54	55-64	65+	in %	in (000)
Männlich	23,6	39,7	20,6	11,2	4,4	0,5	100	116,1
Weiblich	22,8	40,3	20,8	11,1	4,5	0,5	100	3,9
Total	48,4	21,2	15,2	14,5	0,7	-	100	120,0

Quelle: MOPIC, Juni 1996, S. 13

Tabelle 4.26 zeigt, daß sich im Jahre 1996 unter den 120.000 Beschäftigten im Gazastreifen nur 3.900 Frauen befinden. Die Gliederung nach Altersgruppen und Geschlecht zeigt, daß der Anteil (männlich/weiblich) in den verschiedenen Altersgruppen fast gleich ist. Von den 116.100 männlichen Beschäftigten betrug der Anteil der Beschäftigten in der Altersgruppe 15-24 im Jahr 1996; 23,6 bei zugleich 22,8% weiblichem Anteil. Fast die Hälfte der Beschäftigten sind zwischen 15 und 24 Jahre alt. An zweiter Stelle stehen die Erwerbstätigen der Altersgruppe zwischen 25 und 34 mit einem Anteil von insgesamt 21,2%; d.h. 39,7% des gesamten männlichen Anteils zu 40,3% des weiblichen. Der Beschäftigtenanteil beider Geschlechter nahm mit zunehmendem Alter ab, und zwar bis auf 0,7% in der Altersgruppe von 55-64 Jahre, gleichbedeutend mit 4,4% des männlichen und 4,5% des weiblichen Gesamtanteils aller Erwerbspersonen.

4.2.1.1 Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen

Die Gliederung der Beschäftigten im Gazastreifen nach Wirtschaftszweigen oder nach zusammengefaßten Wirtschaftsabteilungen ergibt das Wirtschaftswachstum eines Raumes.

Die israelische Besetzung Palästinas (1967) traf auf eine regionale Wirtschaft, deren Situation sich infolge der nahezu zwei Jahrzehnte währenden ägyptischen Vorherrschaft und der Teilung des Landes höchst ungünstig entwickelt hatte. Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft dominierten extensive Produktionsmethoden.

Die wirtschaftliche Situation im Gazastreifen wurde aufgrund der großen Zahl von Flüchtlingen noch komplizierter. Während 1967 in der Westbank 42% der

Haushalte über Grund und Boden als Einkommensquelle verfügten, waren es in Gaza nur 14% [Roy, S., 1995, S. 19]. Etwa ein Viertel des Agrarlandes befand sich in den Händen einiger reicher Plantagenbesitzer, die sich vor allem auf die Zitrusfrüchteproduktion spezialisiert hatten. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wurden vorwiegend für den Eigenbedarf der Bevölkerung des Gazastreifens verwendet. Industrien existierten - abgesehen von einigen unbedeutenden Betrieben zur Verpackung von Zitrusfrüchten – nicht. In kleinen Handwerksbetrieben wurden Textilien und Teppiche hergestellt (Familienbetriebe).

Tab. 4.27: Anzahl der Beschäftigten in Gazastreifen nach Wirtschaftszweigen

Jahr	Wirtschaftszweige							Gesamt	
	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie	Baugewerbe	Handel u. Gastronomie	Transport u. Kommunikation	Öffentliche Dienste	andere		
								in %	in (000)
1968 ^{*)}	25,6	16,2	9,9	18,9	7,9	14,6	6,7	100	40,4
1970	32,7	11,8	12,4	16,2	6,0	15,3	5,6	100	53,2
1975	24,0	14,2	22,1	14,0	7,3	13,2	5,2	100	66,2
1980	18,5	19,5	23,1	14,0	6,6	13,0	5,3	100	80,9
1986	19,1	17,3	25,1	14,3	5,2	12,8	6,2	100	93,7
1990	18,7	10,3	31,9	18,1	4,8	10,9	5,3	100	103,9
1991	20,0	10,0	33,4	14,9	5,2	10,4	6,1	100	107,7
1992	18,6	9,7	36,1	15,4	5,5	9,7	4,9	100	114,7
1994 ^{**))}	18,0	10,0	19,8	15,2	-	25,0	12,0	100	114,0
1995	9,8	16,8	20,5	14,8	-	26,3	11,8	100	113,4
1996	13,6	10,2	17,1	14,6	-	30,8	13,8	100	120,0

Quellen: *) ICBS, 1994, S. 780; **) MOPIC, Juni 1996, S.12

Die abnehmende Bedeutung der Landwirtschaft dokumentiert die Veränderung in der Beschäftigungsstruktur. Noch 1968 waren 25,6% aller Erwerbstätigen im Gazastreifen in der Landschaft und Fischerei tätig, Ende des Jahres 1996 verblieben in diesem Wirtschaftsbereich nur 13,6%. Dies ist auf folgende Gründe zurückzuführen [vgl. Tab. 4.27].

- Die Bauflächen nahmen ständig auf Kosten der landwirtschaftlichen Flächen zu.
- Die starke Konkurrenz durch israelische Waren
- Die geringen Wasserressourcen für die Landwirtschaft

- Exportbeschränkung für palästinensische Waren in die ausländischen Märkte und den daraus entstehenden Folgen. Da die Exportabwicklung ausschließlich über israelische Agenturen erfolgt, wurde bisher stets ein direkter Zugang palästinensischer Produzenten zu externen Märkten verhindert.

Den zweitgrößten Beschäftigungssektor im Jahr 1968 stellten mit 18,9% aller Erwerbstätigen die Branchen Handel und Gastronomie. Als Ergebnis der durch die Okkupation neu entstandenen Handelsstrukturen entstand in den besetzten Gebieten ein hohes strukturelles Handelsbilanzdefizit. Während israelische Exportwaren freien Zugang zu den besetzten Gebieten haben, unterliegen Exporte nach Israel strengen Kontrollen, zahlreichen Beschränkungen und hohen finanziellen Abgaben, so daß ihr Anteil bis 1996 auf 14,6% abgefallen war.

Der Industrialisierungsgrad ist äußerst niedrig; es mangelt an Rohstoffvorkommen, an Kapital und an notwendiger Infrastruktur. Von 1968 bis 1996 war der Anteil der Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich erheblichen Schwankungen unterworfen: (ca. 16,2% im Jahr 1968, 9,7% im Jahr 1992, 16,8% im Jahr 1995, 10,2% im Jahr 1996). Die meisten Industriebetriebe sind ausgesprochene Familien- bzw. Kleinbetriebe. Das israelische Ministerium für Industrie und Handel ist in der Lage, die Gründung von Industrien zu unterbinden, die mit israelischen Produzenten konkurrieren könnten. Konkurrierenden Produzenten kann die Lizenz für die Produktion oder den Export nach Israel entzogen werden. Auf diese Weise können ökonomische Aktivitäten in die Bereiche gelenkt werden, in denen sie für die israelische Wirtschaft von Nutzen sind [Hamad, Q., 1995, S.17].

Aus Tabelle 4.27 ist auch die Aufblähung des Dienstleistungsbereichs zu ersehen. Allein im öffentlichen Dienst waren 1968 14,6% aller Erwerbstätigen im Gazastreifen tätig; 1992 waren es noch 9,7%. Im Jahre 1996 stieg der Beschäftigtenanteil des Sektors (öffentliche Dienste) auf 30,8% an und etablierte sich damit als größter Arbeitgeber des Gebiets.

„Es wurde gesagt, daß die stetige absolute und relative Expansion des tertiären Bereichs nicht nur auf die mit wachsendem Wohlstand und zunehmender Freizeit stark ansteigende Nachfrage nach Dienstleistungen aller Art zurückzuführen ist, sondern, daß hinzu kommt, daß die Produktionsfortschritte hier weitaus geringer sind als in den anderen Sektoren“ [Bähr, J., 1997, S.136].

4.2.1.3 Die örtliche Verteilung der Beschäftigten

Eine der anhaltenden Folgen der Besatzung für die Wirtschaft der besetzten Gebiete Palästinas ist die Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums und die Unfähigkeit der lokalen Wirtschaft, in ausreichendem Maß Arbeitsplätze zu schaffen. Dies führt zum Phänomen des Arbeitskräfteexports nach Israel.

Während sich die Arbeitsbevölkerung in den besetzten Gebieten in der Zeit von 1970 bis 1996 mehr als verdoppelte, wuchsen die lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten von 1970 bis 1987 nur um knapp 12,7%. Gleichzeitig verzehnfachte sich die Zahl derer, die in Israel arbeiten [vgl. Tab. 4.27 u. 4.28].

Im Jahre 1987 bis zum Ausbruch der 1. Intifada – die als Wendepunkt im Leben des palästinensischen Volkes in allen Bereichen gilt – arbeiteten 46.000 Palästinenser aus dem Gazastreifen in Israel, dies entsprach 46,0% der Beschäftigten des Gazastreifens. Seit der Intifada und der ständigen Abriegelungen der Grenze zu Israel haben (1996) nur noch rund 14.800 ca. 12,3% der Beschäftigten die Erlaubnis, in Israel zu arbeiten, während Israel verstärkt dazu übergeht, die Palästinenser durch Gastarbeiter aus Europa und Fernost zu ersetzen.

Die lokalen Beschäftigten (Gazastreifen)

Im Jahre 1970 arbeiteten ca. 90,0 Prozent der Beschäftigten im Gazastreifen selbst, die meisten (31,6%) waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Hier verringerte sich von 1970 bis 1996 die Beschäftigtenzahl auf 12,3% [vgl. Tab. 4.28]. Das ist auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Der Verkauf vieler Landwirtschaftsflächen als Baulandfläche zu höherem Preis.
- Die Bauern erhalten keine Subventionen, müssen aber mit subventionierten israelischen Produkten konkurrieren.
- Die knappen und von den Israelis kontrollierten Wasserreserven behindern die weitere Landwirtschaftsentwicklung.
- Die Beschränkung des Exportes von Landwirtschaftsprodukten und die hohe Besteuerung.
- Viele Beschränkungen wie Fischfangzeiten von den Israelis sowie das Fehlen eines Seehafens stehen der weiteren Entwicklung der Fischerei entgegen.

Gleichzeitig nahm ihr Anteil im Industriebereich von 12,1% im Jahr 1970 auf 10,1% 1996 ab. Schon unmittelbar nach dem Junikrieg setzte die Ausbeutung der Naturreichtümer von Westbank und Gazastreifen – Boden, Wasser, landwirtschaftliche Erzeugnisse – durch israelische Firmen ein. Diese nutzten und nutzen die Gebiete gleichermaßen als Absatzmärkte für israelische Produkte und fördern lediglich die wirtschaftlichen Aktivitäten, die ihnen zu ihrer Profitrealisierung notwendig erscheinen. Viele Halbfabrikate, vor allem Textil- und Lederwaren, werden in die besetzten Gebiete geliefert und als Fertigprodukte zurückgenommen [Timm, A. u. K., 1988, S. 37].

Der Anteil der Beschäftigten im Baugewerbe stieg 1970 von 8,5% auf 10,2% im Jahr 1996. Gleichzeitig wuchs – aufgrund der Forcierung des israelischen Siedlungsbaus und der wesentlich besseren Löhne in Israel – der Anteil der in Israel im Bausektor Beschäftigten aus den palästinensischen Gebieten zwischen 1970 und 1996 von 47,4% auf 66,2% [vgl. Tab. 4.27].

Wanderarbeiter

Zu einer attraktiven Profitquelle für die in Israel ansässigen Unternehmer wurde die Beschäftigung palästinensischer Arbeitskräfte. Israelischen Angaben zufolge haben nur 43% der palästinensischen Arbeiter einen festen Arbeitsvertrag, die übrigen sind "Schwarzarbeiter"; sie werden ohne festen Lohn und ohne Versicherungsschutz angestellt [Hamad, Q., 1995, S. 25].

Neben den "Wanderarbeitern" sind weitere 25% der palästinensischen Arbeitskräfte in den besetzten Gebieten für Israel tätig. Sie arbeiten in israelischen Betrieben, erfüllen israelische Aufträge in eigenen kleinen Handwerksbetrieben oder übernehmen andere Arbeiten in israelischen Siedlungen. Die israelische Textilindustrie stützt sich zu einem bedeutenden Teil auf Lohnarbeiter aus Gaza, die entweder Halbfabrikate im Gazastreifen selbst bearbeiten oder täglich zu ihren Arbeitsplätzen nach Israel fahren.

Die Ausbeutung der palästinensischen Arbeitskräfte ist für die israelische Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. 1987 kamen 40% der im israelischen Bauwesen tätigen Arbeiter aus den besetzten Gebieten. Viele Landarbeiter waren aus den besetzten Gebieten, und ca. 20.000 Palästinenser aus den okkupierten Territorien arbeiteten im Dienstleistungssektor, z.B. als Kellner, im Hotel oder als Reinigungskräfte. Der Tagesdurchschnittsverdienst eines palästinensischen Arbeiters beträgt 43 Prozent des Lohnes eines israelischen Werk tätigen.

Häufig werden die in Israel beschäftigten Palästinenser mit "Gastarbeitern" in westeuropäischen Staaten verglichen. Ihr Status sowie ihre Arbeits- und Lebensbedingungen sind jedoch in der Regel noch unsicherer. Sie leben getrennt von ihrer Familie oder pendeln täglich zwischen dem Gazastreifen und Israel. Viele übernachten werktags illegal unter zumeist menschenunwürdigen Bedingungen in der Nähe ihrer Arbeitsstelle.

Die palästinensischen "Wanderarbeiter" unterliegen nicht der israelischen Arbeitsgesetzgebung und sind damit von Entlassungen als erste betroffen. Obwohl sie ebenso wie israelische Bürger Steuern zahlen müssen, kommen sie kaum in den Genuß von Sozialleistungen wie Arbeitslosenunterstützung oder Renten. Mit Beendigung ihrer Tätigkeit stehen sie ohne Einkommen da. Die abgeführten Mittel werden in besondere Fonds des Arbeitsministeriums

eingezahlt, aus denen angeblich "Projekte zum Wohl der Bevölkerung der besetzten Gebiete" finanziert werden sollen. Es gibt allerdings keine Angaben darüber, wohin diese Gelder letztlich fließen.

Tab. 4.28: Anzahl der Beschäftigten von Gazastreifen nach Wirtschaftszweigen und Ort von 1970-1996

	Gazastreifen						Israel						Total
Jahr	LW	Ind.	Bau	And.	Total		LW	Ind	Bau	And.	Total		
	in %				in %	(000)	in %				in %	(000)	(000)
1970 ^{*)}	31,6	12,1	8,5	47,8	90,0	48,0	40,7	8,5	47,4	3,4	10,0	5,4	53,4
1975	26,3	12,0	5,1	56,6	64,3	42,7	18,5	18,1	53,3	10,1	35,7	23,7	66,4
1980	18,8	18,6	7,3	55,3	57,3	46,3	18,3	20,9	44,0	16,8	42,7	34,5	80,8
1985	18,0	16,2	8,4	57,4	54,0	48,9	21,6	19,0	42,3	17,1	46,0	41,7	90,6
1986	16,9	17,6	8,3	57,2	53,7	50,3	21,8	17,1	44,7	16,4	46,3	43,4	93,7
1987	16,0	17,5	8,4	58,1	54,0	54,1	21,0	18,7	41,9	18,4	46,0	46,0	100,1
1988	18,6	16,3	8,4	56,7	54,1	53,5	22,3	14,3	47,9	15,5	45,9	45,4	98,9
1989	18,4	13,5	12,6	55,5	60,0	59,2	19,1	11,3	53,4	16,2	40,0	39,5	98,7
1990	20,4	11,3	11,1	57,2	58,5	60,8	16,3	9,0	61,6	13,1	41,5	43,1	103,9
1991	21,6	12,7	10,0	55,7	61,2	65,9	17,5	5,9	70,0	6,6	38,8	41,8	107,7
1992	20,9	13,0	12,4	53,6	62,4	71,6	14,9	4,3	75,4	5,4	37,6	43,1	114,7
1993 ^{**)}	-	-	-	-	73,5	84,4	-	-	-	-	26,5	30,4	114,8
1994	16,3	10,0	10,4	63,3	82,5	94,0	26,0	10,0	64,0	-	17,5	20,0	114,0
1995 ^{***)}	15,6	9,2	13,8	61,4	86,2	97,7	24,2	13,4	62,4	-	13,8	15,7	113,4
1996	12,3	10,1	10,2	67,5	87,7	105,2	23,0	10,8	66,2	-	12,3	14,8	120,0

Quellen: *) ICBS, 1994, S. 781, **) MOPIC, 1995, S. 30; ***) MOPIC, Juni 1996, S.12

Tab. 4.29: Anzahl der Beschäftigten in Gaza-Stadt nach Wirtschaftszweigen und Ort: 1972, 1979 und 1985, in Prozent

Jahr		1972	1979	1985 (in %)		
				in Gaza	Außerhalb	Total
Landwirtschaft		12,5	7,4	50,0	50,0	9,2
Industrie		20,0	18,5	58,0	42,0	25,1
Baubewerbe		10,0	8,2	35,6	64,4	23,5
Handel u. Gastronomie		25,0	25,9	100,0	-	18,1
Transport u. Verkehr		7,5	6,7	100,0	-	7,8
Öffentliche Dienste		25,0	33,3	58,3	41,7	16,3
Total	in %	100	100	63	37	100
	in (000)	20,0	27,0	13,7	23,3	37,0

Quelle: Salha, R., S. 258

Gaza-Stadt als größte Stadt und Verwaltungssitz weist eine etwas andere Beschäftigtenstruktur auf als der Rest des Gazastreifens. In den Jahren 1973 und

1979 waren die meisten Beschäftigten in den Bereichen Handel/Gastronomie und Öffentlicher Dienst tätig, und zwar mit je 25% im Jahre 1972 und 25,9% bzw. 33,3% im Jahre 1979 [vgl. Tab. 4.29].

4.2.2 Einkommensverhältnisse und Ausgaberraten

Über die Struktur der Einkommensverteilung liegen bis heute keine genauen Angaben vor, so daß man sich nur einen unvollständigen und groben Überblick verschaffen kann.

Nach offizieller Lohnpolitik sollten Palästinenser in Israel den gleichen Lohn wie ihre israelischen Kollegen erhalten. Palästinenser erhalten jedoch, wie schon ausgeführt, oftmals eine geringere Bezahlung als Israelis in gleicher Position. Nach UN-Angaben von 1993 betrug das jährliche Durchschnittseinkommen pro Kopf in Israel 10.290 US-\$, in der Westbank 1.400 US-\$ und im Gazastreifen 780 US-\$. Im Gegensatz zu Israel und Westbank nahm das Durchschnittseinkommen im Gazastreifen in den letzten 15 Jahren ab. 1985 lag hier das Einkommen noch bei ca. 1.016,0 US-\$. In der Westbank waren es 1.411,3 und in Israel 4.664,8 US-\$ [ICBS, 1994].

Mit diesem recht niedrigen Betrag kann sich die Bevölkerung die notwendigen Bedürfnisse kaum erfüllen. Das geringe Durchschnittseinkommen ist ein deutliches Anzeichen für die Lage der meisten Familien im Gazastreifen, vor allem die der Kinderreichen. Die Ausgaberraten hängen zusammen mit den Einkommensraten sowie mit der Familienzahl. Die Ausgaben pro Durchschnittsfamilie betrugen im Oktober 1995 etwa 882 US-\$ und 1998 etwa 667,8 US-\$ [PCBS, Dez. 1998, S. 16].

Offizielle Zahlungsmittel in den Autonomiegebieten sind der jordanische Dinar und der Neue Israelische Schekel. 3,22 NIS= 1 US \$; 2,1093 NIS= 1 MD (Stand Ende Sept. 1996).

4.2.3 Finanzwesen und Entwicklungshilfen

Nach der israelischen Besetzung 1967 wurden die arabischen Banken in den besetzten Gebieten geschlossen, alle fiskalischen Angelegenheiten wurden unter die Kontrolle der israelischen Militärregierung gebracht und die bis dahin bestehende Autorität der Jordanischen Zentralbank annulliert. Die israelische Währung wurde das offizielle Zahlungsmittel, (neben dem jordanischen Dinar in der Westbank und dem ägyptischen Pfund im Gazastreifen).

Etwa einen Monat nach Unterzeichnung des Oslo-I-Abkommens, am 1. Oktober 1993, fand in Washington die erste Geberländer-Konferenz über den Wiederaufbau Palästinas statt, bei der Hilfsgelder (teilweise in Form von Darlehen)

in Höhe von insgesamt ca. 2,3 Mrd. US-\$ zugesagt wurden – der Großteil davon aus den USA (mit 500 Mio., gefolgt von der Europäischen Investment Bank und der EU mit je 300 Mio., der Weltbank und Japan mit ca. 200 Mio. und Norwegen mit 150 Mio. US-\$ [vgl. Tab. 4.30]. Die Freigabe der Gelder verzögerte sich anfangs jedoch erheblich, so daß der Aufbau von Westbank und dem Gazastreifen ins Stocken geriet. Als Ursache für die Zahlungsverzögerung wurde u.a. mangelnde Effizienz und Transparenz seitens der palästinensischen Verwaltung genannt [Munzinger-Archiv, 1997, S. 4].

Tab. 4.30: Entwicklungshilfe und Hilfgelder-Zusagen ab Juli 1995 (Mio. US-\$)

Geldgeber	Total	Zuwendung	Darlehen
Dänemark	43	43	0
Europ. Investment Bank	300	0	300
EU	300	300	0
Israel	75	25	50
Italien	80	80	0
Japan	200	200	0
Niederlande	48	48	0
Norwegen	150	150	0
USA	500	288	212
Weltbank/IDA/IFC	210	0	210
Andere arab. Geldgeber	110	110	0
Andere westl. Geldgeber	245	230	15
Sonstige	34	24	10
Summe	2.295	1.498	797

Quelle: Munzinger-Archiv, 1997, S. 4

Am 7. Januar 1994 unterzeichneten Jordanien und die PLO eine politische und wirtschaftliche Kooperationserklärung, die u.a. auch die Wiedereröffnung jordanischer Banken in den Autonomiegebieten und die offizielle Wiedereinführung des jordanischen Dinar (neben anderen Währungen) vorsah.

1996 operierten in den Autonomiegebieten insgesamt 19 Banken mit 51 Zweigstellen und Filialen, die Ende 1995 Einlagen in Höhe von umgerechnet 865 Mio. DM verzeichneten, was einem Zuwachs von 101% entsprach. Die Banken gewährten 1995 Kredite in Höhe von 234 Mio. DM. Die Reserven der Institute wurden mit 219 Mio. DM ausgewiesen. Ende 1995 übernahm die neu gegründete Palestine Monetary Authority (PMA) die Aufsicht über alle im Autonomiegebiet tätigen palästinensischen, jordanischen und ägyptischen Banken.

4.3 Wirtschaftsstruktur

4.3.1 Landwirtschaft und Fischerei

Im Agrarsektor werden 60 verschiedene Produkte auf mindestens 20 verschiedenen Bodentypen in sieben verschiedenen Agroklimat-Zonen kultiviert. Die Niederschlagsmenge divergiert zwischen 100-700 mm pro Jahr. Während in der Westbank vor allem Regenfeldbau vorherrscht (nur 4% des Bodens werden bewässert), werden im Gazastreifen über 60% der kultivierten Fläche künstlich bewässert. Rund ein Viertel der 6,16 Mio. Dunum (1 Dunum entspr. ca. 1.000 m²) in den besetzten Gebieten wird kultiviert. Vor 1967 dominierten Regenfeldbau und Viehzucht die Landwirtschaft der Westbank. Im Gazastreifen machte der Anbau von Zitrusfrüchten 50% bis 60% der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion aus. Gemüseanbau und Viehzucht haben mittlerweile einen größeren Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion als die traditionell wichtigen Exporterzeugnisse, wie Zitrusfrüchte und Oliven.

Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandprodukt (BIP) betrug 1991 in den beiden Teilgebieten, der Westbank und dem Gazastreifen rund 30%. Etwa 20% aller Arbeitnehmer waren in diesem Jahr in der Landwirtschaft tätig. 1989 bis 1990 machte der Gemüseanbau 40% der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion in Gazastreifen aus, auf Viehzucht entfielen 30%, auf Baumfrüchte 27% und auf Getreide 2%. Im Bereich der Viehwirtschaft hat vor allem die intensiv betriebene Geflügelzucht in den letzten zehn Jahren zugenommen. Die Haltung von Schafen und Ziegen ist aufgrund der Verminderung verfügbaren Weidelandes rückläufig. Im Gazastreifen dominiert die Geflügelzucht mit 60%, gefolgt von der Schaf- und Rinderzucht. Die bereits erwähnten verminderten Beschäftigungsmöglichkeiten in Israel und in der Golfregion haben zu einer stärkeren Hinwendung zur Viehzucht geführt, insbesondere seit die Lizenzvergabe durch israelische Behörden vergleichsweise problemlos erfolgt [Munzinger-Archiv, 1997, S. 6].

Im Gazastreifen war der Fischfang (70% Sardinen, Makrelen u.a.) seit 1984 u.a. durch Israel. Restriktionen (Fangzeiten, Transport der Fische und Vermarktung betreffend) stark rückläufig (von rund 4.000 t jährlich auf 2.000 t). Durch günstige klimatische Bedingungen nahm der Fischbestand zu und ermöglichte eine bemerkenswerte Steigerung bei der Fangquote. 1995 betrug der Fischfang nur 1.065,4 t, im Vergleich zu 1.800,8 t im Jahr 1994 (davon 194,5 t (1995) zu 152,1 t (1994) wurden nach Israel exportiert) [MOPIC, Juni 1996, S. 45].

4.3.2 Forstwirtschaft

Ein gesunder Waldbestand schützt den Boden vor den im Gazastreifen häufigen trockenen Winden, verhütet die Bodenerosion und sorgt für einen Temperatúrausgleich. Immer wichtiger wird die Filterwirkung des Waldes. Ein einziger Baum kann große Mengen an Staub und Abgasen ausfiltern. Eine intakte Bewaldung ist Schatten- und Sauerstoffspender sowie Wasserspeicher.

Vor 1967 wurde Wiederaufforstung betrieben, um Bodenerosionen entgegenzuwirken. Viele Bäume sind infolge der Bodenversalzung und der nicht ausreichenden Bewässerung abgestorben. Das Abholzen der Wälder zur Urbarmachung von Land sowie zur Errichtung von jüdischen Siedlungen begann mit der Okkupation in starkem Maße und hält bis heute an.

4.3.3 Industrie

Der Industrialisierungsgrad ist äußerst niedrig; das Land verfügt über keine nennenswerten Rohstoffe, es fehlt an Kapital und notwendiger Infrastruktur. Hinzu kommen Behinderungen durch die Besatzungsmacht, die sich Lizenzen sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für palästinensische Lieferungen vorbehalten hat [vgl. Kap. 5.413].

Der Großteil der Industriebetriebe sind Familien- bzw. Kleinbetriebe. Der Anteil des industriellen Sektors am BIP liegt seit 1968 fast konstant bei 8% [Hamad, Q., 1995, S. 16].

4.3.4 Außenhandel

Vor 1967 wurden Güter aus dem heutigen Gazastreifen hauptsächlich über Ägypten nach West- und Osteuropa exportiert. Produkte aus der Westbank wurden vor allem in Jordanien und in den Golfstaaten abgesetzt. Seit 1967 ist Israel (mit großem Abstand gefolgt von Jordanien) fast alleiniger Handelspartner der besetzten Gebiete. 85-90% der Importe sind israelischer Herkunft; umgekehrt gehen ca. zwei Drittel der Exporte aus den besetzten Gebieten nach Israel [Munzinger-Archiv, 1997, S. 6].

- Zu den wichtigsten Exportprodukten gehören verschiedene Gemüsesorten, Zitrus- und andere Früchte, Olivenöl, Margarine, Milchprodukte, Baumaterialien, Seife, Vieh u. Viehprodukte.
- Die Hauptimportprodukte sind u.a. Nahrungsmittel, Textilien, Papier, Eisen, Stahl, Maschinen, sowie Fahrzeuge.

Die Einnahmen aus dem Export im Jahre 1993 betrugen 62,6 Mio. US-\$, zugleich betrugen die Ausgaben für Importe ca. 353,1 Mio. US-\$; mit einem Negativ-Saldo von rund 290,5 Mio. US-\$. Die häufige Schließung der Grenzen durch Israel hat u.a. dazu beigetragen, daß die Einnahmen durch den Handel weiter gesunken sind [MOPIK, Juni 1996, S. 80].

4.3.5 Tourismus

Der Gazastreifen wie die Stadt Gaza selbst weisen neben einem 45 km langen Strand eine ganze Anzahl von Altertümern und Denkmälern auf.

Im Zentrum der Altstadt von Gaza liegt die große Moschee Dschami el-Kebir (al-Omari Moschee), eine umgebaute Kreuzfahrerkerche, die zu Ehren Johannes des Täufers im 12. Jahrhundert errichtet wurde. Neben dem Bazar liegen Gassen und Fachmärkte mit handwerklichen Souvenirs.

Die Stadt Gaza wurde vor der Islamisierung oft von mekkanischen Kaufleuten besucht. In Gaza ist der Großvater des Propheten Mohammed, Haschim ibn Abd Manaf, gestorben, so daß die Stadt bis heute unter dem Namen Gazzat Haschim - Gaza von Haschim - bekannt ist. Eine ihm gewidmete Moschee liegt in der nordwestlichen Ecke der Altstadt Gaza. Es gibt auch wichtige religiöse Altertümer in Gaza, die aus der Mamlukenzeit herkommen.

In Gaza Stadt gab es 1998; 9 Hotels mit 1.487 Arbeitskräften. Sie beherbergten 10.368 Touristen im Jahr 1998 [Gemeinde Gaza, Internet].

5.0 SIEDLUNGSENTWICKLUNG UND INFRASTRUKTUR

Nach der Übernahme der Verwaltungshoheit durch die palästinensischen Autonomiebehörden auf der Grundlage des Oslo-Abkommens (1994) haben sich auch in Bezug auf die Siedlungsplanung im Gazastreifen neue, veränderte Voraussetzungen ergeben. Zunächst erfolgte die Neugliederung der Verwaltungseinheiten: das Teilgebiet des Gazastreifens, selbst eines von zwei geographischen Teilgebieten, wurde in die 5 Muhafazat Nord, Gaza, Zentral (Deir al-Balah), Khan Yunis und Rafah eingeteilt [vgl. Abb. 5.1].

Zugleich stellte die hohe Bevölkerungszunahme nach 1994 [vgl. Kap. 4.3], vor allem als Folge der Rückkehr vieler Palästinenser im Zuge der Autonomievereinbarungen, die Siedlungsplanung vor die Notwendigkeit, neue Wohnsiedlungen zu errichten und alte auszubauen. Dabei wird durch die verstärkte Entwicklung des Verkehrswesens nun auch eine stärkere Trennung von Wohnort und Arbeitsstätte möglich.

Zugleich hat sich das Siedlungswesen im Gazastreifen mit "Altlasten" auseinanderzusetzen, die der Planung besondere Probleme auferlegen: Dazu gehören die immer noch bestehenden Flüchtlingslager, aber auch das Problem der israelischen Siedlungen und Sperrgebiete. Das knappe Staatsland stellt neben knappen Bebauungsflächen, damit nicht die Landwirtschaft beeinträchtigt wird, eines der Hindernisse gegen die Entlastung der Ballungszentren dar, vor allem von Gaza-Stadt.

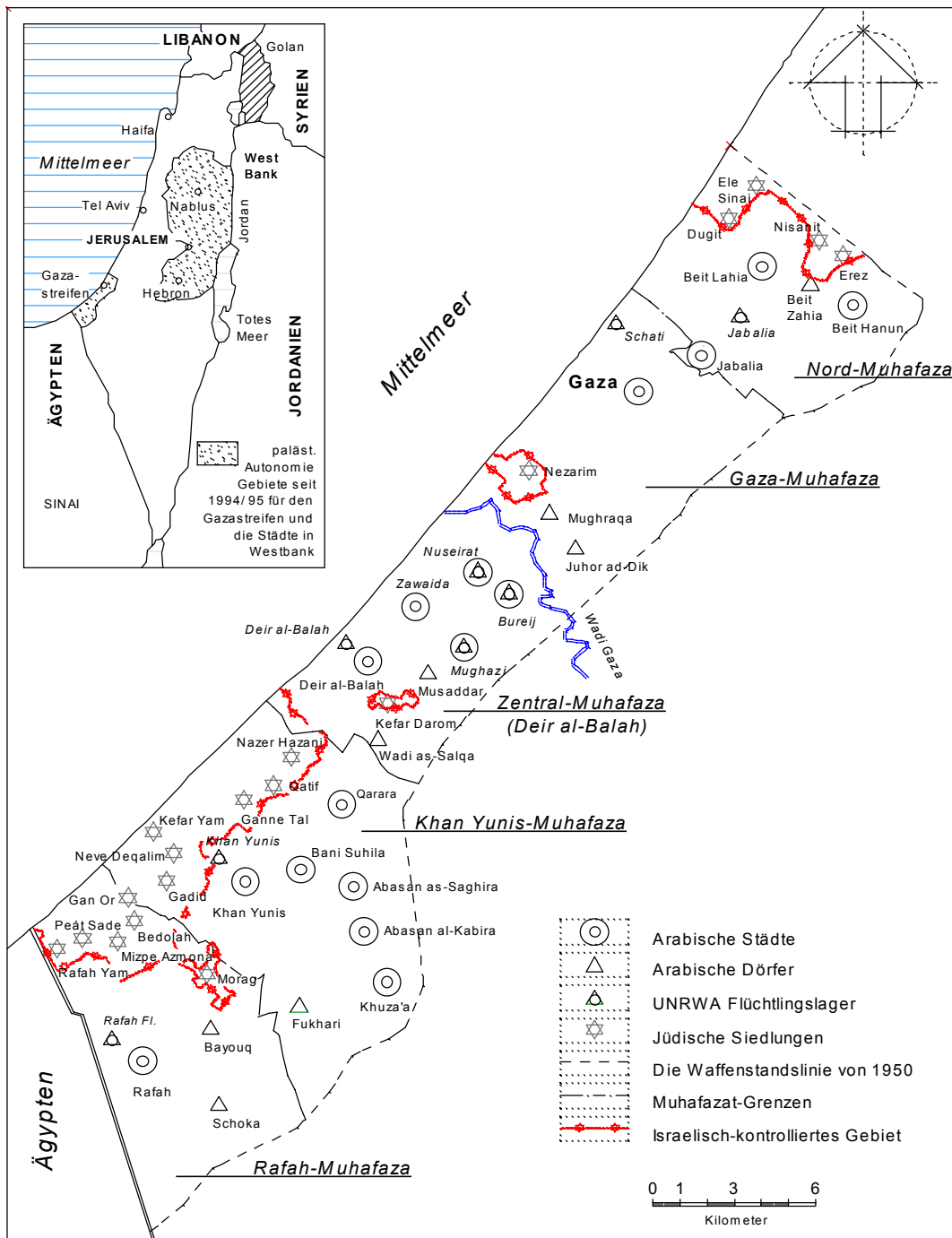
5.1 Allgemeine Siedlungstypen und -formen

In den palästinensischen Gebieten sind die Siedlungen generell in drei Hauptformen einzuteilen: städtische und ländliche Siedlungen sowie Flüchtlingslager. Ein vierter Typ, die nomadische Siedlungsform, kann inzwischen als historisch bezeichnet werden. Einen Sonderfall stellen die jüdischen Siedlungen dar, die ein großes Hindernis für die Siedlungsentwicklung im Gazastreifen darstellen.

5.1.1 Städtische Siedlungen

Städtische Siedlungen werden vom PCBS als solche definiert, deren Bevölkerung sich auf 10.000 Personen und mehr beläuft, bezogen auf alle 5 Muhafazat. Gleichzeitig bezieht sich diese Bezeichnung auch auf Siedlungen von 4.000 bis 9.999 Einwohner, sofern sie mindestens vier der folgenden Merkmale aufweisen: öffentliches Elektrizitätsnetz, öffentliches Wassernetz, Post, ein Gesundheitszentrum mit umfassender medizinischer Versorgung und eine Schule für den allgemeinen sekundären Schulabschluß.

Abb. 5.1: Siedlungsart und Muhafazat im Gazastreifen



Quelle: Roy, S., 1995, unpaginierte Beilage.; Entwurf vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet.

Die urbane Entwicklung hat aufgrund der politischen und gesellschaftlichen Wandlungen seit 1948 in Palästina und besonders im Gazastreifen neue Dimensionen angenommen. Vor allem wurde das städtische Wachstum durch die Flüchtlingswellen stark beschleunigt. Darüber hinaus erfolgte – über das "natürliche" Wachstum der Städte hinaus – ein Verstädterungsprozeß durch den

vermehrten Zustrom von ländlicher Bevölkerung durch die Anziehungskraft der Städte.

Tab. 5.1: Siedlungsstruktur der Ortschaften in den Muhafazat des Gazastreifens, nach Siedlungsarten und Flächen, 1998

Muhafazat	Gebiet	Siedlungsart	Fläche	bebaute Fläche	Restfläche
			in Dunum	in Dunum	in Dunum
Nord	Beit Hanun	Städtisch	11.800	2.900	8.900
	Beit Lahia	Städtisch	7.000	2.450	4.550
	Beit Zahia	Ländlich	1.000	200	800
	Jabalia	Städtisch	13.900	5.500	8.400
Gaza	Gaza	Städtisch	38.000	31.350	6.650
	Mughraqa	Ländlich	2.600	1.000	1.600
	Juhor ad.Dik	Ländlich	5.300	1.000	4.300
	Al-Zahra	Gemeinde	2.500	350	2.150
Zentral (Deir al-Balah)	Nuseirat	Städtisch	9.757	4.004	5.753
	Zawaidah	Städtisch	7.050	2.700	4.350
	Deir al-Balah	Städtisch	15.300	3.648	11.652
	Bureij	Städtisch	5.570	2.000	3.570
	Mughazi	Städtisch	3.400	1.500	1.900
	Musaddar	Ländlich	4.160	1.025	3.135
	Wadi as-Salqa	Ländlich	4.500	1.000	3.500
Khan Yunis	Khan Yunis	Städtisch	53.105	10.014	43.091
	Qarara	Städtisch	7.300	1.500	5.800
	Bani Suheila	Städtisch	5.100	913	4.187
	Abasan al-Kabira	Städtisch	18.150	798	17.352
	Abasan as-Saghira	Städtisch	1.280	467	813
	Khuza'a	Städtisch	1.290	769	521
	Fukhari	Ländlich	3.500	500	3.000
Rafah	Rafah	Städtisch	28.787	6.733	22.054
	Bayouq	Ländlich	5.300	2.000	3.300
	Schoka	Ländlich	3.500	500	3.000
Total			259.149	84.821	174.328

Quelle: Wohnungsbauministerium, 1998, S.12

Am Ende der britischen Mandatszeit 1948 besaß der Gazastreifen zwei größere Städte: Gaza mit 34.250 Einwohnern und Khan Yunis mit 11.200 Einwohnern [Waltz, V., 1986, S. 209]. Nach 1967 bis Anfang der 1990er Jahre hatten sich neben diesen beiden Rafah und Deir al-Balah zu Städten herausgebildet. Seit dem Osloer-Abkommen 1994 und der neuen Gliederung durch die PNA haben drei weitere Siedlungen, nämlich Beit Lahia, Beit Hanun und Jabalia Stadtstatus

erhalten. Im Jahr 1998 bestehen im Gazastreifen 17 Städte: 3 in der Nord-Muhafaza, 2 in der Gaza-Muhafaza, 5 in der Zentral-Muhafaza (auch Muhafaza Deir al-Balah), 6 in der Muhafaza Khan Yunis und 1 in der Muhafaza Rafah [vgl. Tab. 5.1 u. Abb. 5.1].

5.1.2 Ländliche Siedlungen

Neben den beiden Städten Gaza und Khan Yunis hatten sich am Ende des britischen Mandats 15 kleine und mittlere Dörfer herausgebildet. Die Bevölkerungszahl in den ländlichen Siedlungen betrug im Jahr 1954 ca. 23.828 Personen, das sind 7,6% der damals insgesamt 312.600 Einwohner des Gazastreifens [vgl. Tab. 4.4]. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung stieg zwischen 1954 bis 1990 von 7,6 auf 13,4% [Abu-Tawila, J., 1988, S. 364].

Im Jahre 1995 lebten 47.000 Einwohner, d.h. 5% der Gesamtbevölkerung von insgesamt 940.000, in den Dörfern. 1998 gab es im Gazastreifen 8 Dörfer: 1 in der Nord-Muhafaza, 2 in Gaza, 2 in der Zentral-Muhafaza, 1 in der Khan-Yunis- und 2 in der Rafah-Muhafaza [Wohnungsbauministerium, 1998, S. 6-8].

Die Einwohneranzahl der ländlichen Siedlungen nimmt aufgrund der Landflucht in die Städte ständig ab. Nicht unbedeutend hierbei ist auch die Konkurrenz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Israel und somit die Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten. Die Landwirtschaftsflächen werden zunehmend nur noch für den Eigenverbrauch oder als Nebenerwerbsbetrieb bewirtschaftet.

5.1.3 Flüchtlingslager

Die Besiedlung und Entwicklung des Gazastreifens verlief anders als die der übrigen Regionen Palästinas. Der Krieg von 1948/49 veränderte grundlegend die Siedlungsstruktur und schuf den neuen Siedlungstyp der Flüchtlingslager. Diese bestanden zunächst in Zeltlagern, die im Rahmen der Soforthilfe durch internationale Hilfsorganisationen errichtet wurden. Am 8. Dezember 1949 gründete die Generalversammlung der Vereinten Nationen das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, die United Nations Relief and Works Agency, UNRWA, die seitdem für die Flüchtlingsangelegenheiten zuständig ist. In den Jahren 1948 und 1949 wurden im Gazastreifen 8 Flüchtlingslager errichtet, die bis heute existieren.

Die Lager waren zunächst lediglich als vorübergehende Maßnahme geplant. Nachdem im sehr kalten Winter des Jahres 1950 sich die Zeltbehausungen als unzureichend erwiesen hatten, errichtete die UNRWA an ihrer Stelle neue Häuser in Massivbauweise [Azmy, I., 1991, S. 41].

Die 8 Flüchtlingslager im Gazastreifen sind auf den gesamten Gazastreifen verteilt: Jabalia im Norden, Schati (Beach Camp) in Gaza, Nuseirat, Deir al-Balah, Mughazi und Bureij in der Zentral-Muhafaza (Deir al-Balah), Khan Yunis und Rafah [vgl. Abb. 5.1].

Schati (Beach Camp) liegt auf der nördlichen Seite der Mittelmeerküste des Gazastreifens, ca. 4 km nordwestlich vom Stadtzentrum von Gaza (innerhalb der administrativen Stadtgrenze). Es wurde 1949 auf einer Fläche von 519 Dunum mit 26.600 Flüchtlingen gegründet [Al-Sobani, S., 1991, S. 147] [vgl. Tab. 5.2]. Schati beherbergte 1998; 71.739 Personen auf einer Fläche von 747 Dunum. Mit einer Dichte von 96.036 Personen/km² im Jahr 1998 zeigt sich die sehr hohe Bevölkerungskonzentration im Lager. Aufgrund dessen wurden viele Bewohner von der israelischen Militärregierung Anfang der 1980er Jahren in das Umsiedlungsprojekt Scheikh Radwan umgesiedelt [vgl. Kap. 6.0].

Jabalia: wurde auf einer Fläche von 1403 Dunum nordöstlich von Gaza-Stadt 1948 errichtet. Laut israelischen Statistiken von 1967 betrug die Bewohnerzahl ca. 33.100 Personen. Im Juli 1998 betrug ihre Zahl 92.170 mit einer Dichte von 63.653 Pers./km² auf einer Fläche von 1448 Dunum [vgl. Tab. 4.10 u. 5.2].

Nuseirat: liegt ca. 8 km südlich der Stadt Gaza und ca. 6 km nördlich von Deir al-Balah entfernt und wurde auf ca. 559 Dunum 1948 errichtet. Seine Fläche betrug 1996 ca. 589 Dunum mit einer Dichte von 90.577 Pers./km² (53.350 Einwohner 1998) [vgl. Tab. 4.10 u. 5.2]. Die Bewohner leben in dicht gebauten Häusern, ca. 42% dieser Häuser sind einsturzgefährdet [Al-Sobani, S., 1991, S. 148].

Bureij: liegt an der Grenze des Gazastreifens südlich der Stadt Gaza, umgeben von Nuseirat im Westen, Mughazi im Süden und Wadi-Gaza im Norden. Das Lager wurde 1949 auf einer Fläche von 528 Dunum gegründet. 1996 betrug seine Fläche ca. 478 Dunum, mit einer Einwohnerzahl von 29.316 und einer Dichte von 61.331 Pers./km² [vgl. Tab. 4.10 u. 5.2].

Mughazi: wurde 1949 in der Mitte des Gazastreifens südlich der Stadt Gaza auf ehemaligem britischen Militärgelände mit einer ursprünglichen Fläche von 599 Dunum gegründet. 1996 betrug die Fläche des Lagers ca. 548 Dunum mit einer Dichte von 37502 Pers./km². Die Einwohnerzahl betrug im Jahre 1998 20.551 Personen [vgl. Tab. 4.10 u. 5.2].

Deir al-Balah: errichtet westlich der Stadt Deir al-Balah an der Küste auf einer Fläche von 156 Dunum. Seine Bewohnerzahl beläuft sich 1998 auf ca. 18.700 Personen, mit einer Dichte von 141.667 Pers./km² ist das dichtbesiedelte Flüchtlingslager im Gazastreifen [vgl. Tab. 4.10 u. 5.2].

Khan Yunis: Dieses Lager wurde 1949 im Süden des Gazastreifens westlich der Stadt Khan Yunis auf einer Fläche von ca. 549 Dunum errichtet. Die

Bewohnerzahl betrug 1998 ca. 57.431 Personen auf einer Fläche von 564 Dunum, d.h. eine Dichte von 101.828 Pers./km². Von der Umsiedlung wurde dieses Lager nicht verschont. Als Erweiterung wurde 1977 auf der anderen Seite der Hauptstraße das al-Amal-Umsiedlungsprojekt auf einer Fläche von 500 Dunum errichtet [vgl. Kap. 6.0].

Rafah: wurde 1949 von der UNRWA auf einer Fläche von 1.759 Dunum gegründet. Die israelische Besatzung hat während der 1970er Jahren viele Bewohner in das Barasil- und Canada-Umsiedlungsprojekt innerhalb des Lagers umgesiedelt [vgl. Kap. 6.0]. Der Friedensschluß zwischen Ägypten und Israel 1979 und die Rückgabe des Sinai durch Israel gehörte ein Teil des Lagers, das Canada-Projekt, das 1972 zur Verbesserung der Wohnverhältnisse süd-westlich des Lagers auf einer Fläche von 260 Dunum errichtet wurde, zum ägyptischen Staatsgebiet. Die Trennung vieler Familienangehörigen nach dem Friedensprozeß zwischen Ägypten und Israel hat die wirtschaftliche Lage des Lagers negativ beeinflusst. Viele Handelsgeschäfte wurden auf Grund des Umzuges ihrer Inhaber auf die ägyptische Seite (nach Canada-Umsiedlungsprojekt) geschlossen. [Al-Sobani, 1991, S. 150].

Das Erscheinungsbild dieser Lager ähnelt in vieler Hinsicht dem von Spontansiedlungen. Von den anderen Siedlungstypen unterscheiden sie sich deutlich durch Ihre bauliche Struktur. Aufgrund der begrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten der Lager herrscht hier dichte und regellose Bebauung vor [vgl. Bild 5.1, 5.2 u. 5.3]. Sie zeichnen sich durch enge Straßen aus und sind deutlich mit Infrastruktur unterversorgt. Die Abwasserentsorgung, die in der Regel durch offene Straßenkanäle verläuft [vgl. Bild 5.4], stellt ein sowohl umwelt- als auch gesundheitsschädigendes Potential dar.

Bild 5.1: Hohe Wohndichte und niedrige Bauweise zeichnen Deir al-Balah (Flüchtlingslager) in Zentral-Muhafaza



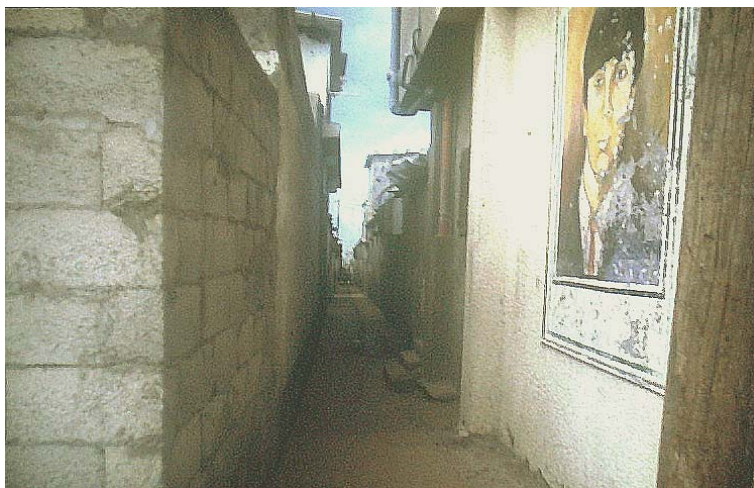
Vom Verfasser aufgenommen.

Bild 5.2: Dichte Bebauung des Deir al-Balah Flüchtlingslager auf wertvoller Fläche am Strand



Vom Verfasser aufgenommen.

Bild 5.3: Dichte Bebauungsstruktur und enge Straßen im Schati-Flüchtlingslager



vom Verfasser aufgenommen.

Bild 5.4: Offene Abwasserkanalisation im Schati-Flüchtlingslager



Vom Verfasser aufgenommen.

Die begrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten, die politische sowie die wirtschaftliche Lage der Flüchtlingslagerbewohner verschärften die schlechten Wohnungsverhältnisse und die Infrastrukturversorgung. Diese Lage hat dazu geführt, daß viele Bewohner auf der Suche nach besseren Wohnverhältnissen und Arbeitsmöglichkeiten die Flüchtlingslager verlassen haben. Laut den Statistiken von 1996 lebten ca. 31% der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern [vgl. Kap. 4.2].

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse, der Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur und die Schaffung von möglichst nahen Arbeitsplätzen (Anbindung der Flüchtlingslager an die städtische und Siedlungsentwicklung) soll den Flüchtlingen ermöglichen, ungeachtet der endgültigen Klärung ihres politischen Status menschenwürdige Wohnverhältnisse und eine Existenz an ihrem Wohnort aufzubauen.

Tab. 5.2: Die Entwicklung der Flüchtlingslagerflächen im Gazastreifen, 1996

Flüchtlingslager	Gebiet	Errichtung	Urspr. Fläche	Fläche 1996	Zunahme
			in Dunum	in Dunum	in %
Schati	Gaza	1949	519	747	43,9
Jabalia	Jabalia	1948	1.403	1.448	3,2
Nuseirat	Nuseirat	1948	559	589	5,4
Bureij	Nuseirat	1949	528	478	-9,5
Mughazi	Deir al-Balah	1949	599	548	-8,5
Deir al-Balah	Deir al-Balah	-	156	132	-15,4
Khan Yunis	Khan Yunis	1949	549	564	2,7
Rafah	Rafah	1949	1.759*	1.346	-23,5
Total			4.313	5.852	

Quellen: Al-Sahly, N., 2000, Seite 232; *) Roy, S., 1995, S. 180: Fläche von 1961

5.1.4 Nomadische Siedlungen

Die nomadische Lebensweise ist eine nicht permanente Siedlungsform, im Gazastreifen gekennzeichnet durch das Umherziehen der Stammesgruppen innerhalb des Gazastreifens, der Negev-Wüste und zur Sinai-Halbinsel. Dieses Phänomen ist im Gazastreifen seit längerem im Verschwinden begriffen; auch ist eine statistische Erfassung nicht einfach und wurde nur selten vorgenommen. So wurden im Zensus von 1964 die Nomaden nicht erfaßt, weil sie nicht in die städtischen bzw. dörflichen Siedlungskategorien fielen.

1954 betrug der Anteil der Nomaden an der Gesamtbevölkerung rund 4,4%, er sank bis 1967 auf 2,5%. 1990 wurden nur noch ca. 0,1% der Bevölkerung als Nomaden verzeichnet (Daten des jew. Zensus). Ein Grund hierfür mag die Beschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Schließung der Grenzgebiete

sein, der die Menschen dazu zwingt, sich in den Städten und Dörfern des Gazastreifens niederzulassen [Abu-Tawila, J., 1988, S. 375].

5.1.5 Jüdische Siedlungen

Eine weitere besondere Siedlungsform weist der Gazastreifen durch jüdische Siedlungen auf, mit deren Gründung in den besetzten Gebieten nach dem Krieg von 1967 begonnen wurde. Im Gazastreifen wurden die ersten fünf Siedlungen 1970 im Süden errichtet. Ihre Zahl hat sich nach der Übergabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten im April 1982 stark erhöht. Es wurde zunächst im Süden mit der systematischen Errichtung von Siedlungsketten begonnen, die später im Norden und Nordwesten um weitere Städte und Dörfer erweitert wurden.

Die Existenz der jüdischen Siedlungen stellt eine große Belastung für die arabische Bevölkerung im Gazastreifen dar – und zwar sowohl politisch, als auch bezüglich der Flächennutzung. Ihre Gründung erfolgte in der Regel ohne Rücksicht auf die einheimischen Anwohner, Land wurde enteignet [vgl. Bild 5.5], bestehende Häuser gesprengt und abgerissen. Statistischen Angaben der UNRWA zufolge wurden 1989 durch israelische Maßnahmen rund 22.710 Wohnungen vernichtet, betroffen waren 10.265 Familien mit insgesamt 62.896 Menschen.

Bild 5.5: Jüdische Siedlung wurde im Norden von Gazastreifen auf Landwirtschaftliche Fläche gebaut



Vom Verfasser aufgenommen.

Die israelische Siedlungspolitik wurde auch nach dem Osloer-Abkommen (1993) unverändert fortgesetzt. Nach einem Bericht des Palästinensischen Geographischen Zentrums waren bis 1996 ca. 40% der gesamten Fläche für militärische und Siedlungszwecke im Gazastreifen enteignet worden [Ataia, A., 1998, S. 104-106].

Aufgrund der Bedeutung der jüdischen Siedlungen, deren Bewohner zahlenmäßig gegenüber der arabischen Bevölkerung eine verschwindende Minderheit darstellen, jedoch einen erheblichen Anteil der Gesamtfläche des Gazastreifens einnehmen, soll für die Entwicklung der arabischen Ansiedlungen dieser Aspekt im Folgenden näher beleuchtet werden.

5.2 Die Problematik der jüdischen Landnahme und der Siedlungspolitik

5.2.1 Lage und Flächenausdehnung der Siedlungen

Die jüdischen Siedlungen sowie die militärischen Sperrgebiete und Sicherheitsstreifen nehmen (1996) über 40% der Fläche des gesamten Gazastreifens ein. Durch ihre Anlage beeinträchtigen sie u.a. die Ausdehnung der arabischen Siedlungen und schränken daher die Möglichkeiten der Planung erheblich ein [vgl. Abb. 5.1]. Diese Siedlungen sind räumlich, bezüglich des Gesamtgebietes Gazastreifen, wie folgt angeordnet:

- Nördlicher Gazastreifen: die Abtrennung des Gazastreifens von den Gebieten des 1948 besetzten Palästina durch eine Reihe von jüdischen Siedlungen im Norden wie: Erez, Ele Sinai, Nisanit (New Site), Nisanit (Old Site) und Dugit [vgl. Abb. 5.1 u. Bild 5.5].
- Zentraler Gazastreifen: Die Abtrennung des nördlichen Teils (Gaza-Stadt) vom südlichen Teil (Khan Yunis) durch die Siedlungen Nezer Hazani, Qatif, Ganne Tal.
- Südlicher Gazastreifen: Die Abtrennung von Khan Yunis und Rafah durch Bedolah, Mizpe Azmona.
- Die Trennung des Gazastreifens von der Wüste Negev durch eine Reihe von Siedlungen, wie Erez, Kefar Darom, Gadid, Morag in der Nord- und Süd-Muhafaza, die den Gazastreifen in der Mitte teilen [Al-Maoed, H., 1999, S. 307].

Die jüdischen Siedlungen unterliegen einem Verwaltungssystem, das noch aus der britischen Mandatszeit stammt. Die Siedlungen lassen sich grob in zwei Kategorien unterteilen: in militärische und in zivile. Die ersteren bestehen aus militärischen Einrichtungen mit angegliederten landwirtschaftlichen Dörfern. Die Siedler haben hier den Status von "Zivilisten in militärischen Diensten". Zivile Einrichtungen sind die Kibbutzim (eine Form der ländlichen Kommune mit ursprünglich gemeinschaftlichen Besitzformen) und die Moschawim (Siedlungen mit intensiv betriebener Landschaftswirtschaft in genossenschaftlicher Form, in der jede Familie weitgehend für sich wirtschaftet). [Tophoven, R., 1999, S. 42].

Tab. 5.3: Entwicklung der jüdischen Siedlungen im Gazastreifen von 1967-1992

Name der Siedlung	Jahr der Gründung	Zahl der Siedler	Fläche in Dunum	Siedlungsart	Lage
Erez	1967/1970	-	800	Industriezone	NO Beit Lahia
Nisanit	1982	60	1.700	Städtisch	N Beit Lahia
Ele Sinai	1983	300	800	Genossenschaft	N Beit Lahia
Dugit	1990	120	-	-	N Gaza
Nezarim	1972	45	4.000	Städtisch	S Gaza
Kefar Darom	1970	120	450	Städtisch	O Deir al-Balah
Nazer Hazani	1973	280	2.000	Moschaw	N Khan Yunis
Qatif	1973	100	1.500	Moschaw	N Khan Yunis
Ganne Tal	1977/78/79	300	1.200	Moschaw	N Khan Yunis
Kefar Yam	-	5	-	-	SO Deir al-Balah
Gadid	1982	190	1.200	Moschaw	S Khan Yunis
Gan Or	1980	300	1.000	Moschaw	S Khan Yunis
Bedolah	1980	150	-	-	Rafah/Khan Yunis
Morag	1972	60	1.800	Kibbutz	Rafah/Khan Yunis
Neve Degalim	1983	-	600	Städtisch	N Khan Yunis
Pe'at Sade	1991	-	-	Kibbutz	Rafah/Khan Yunis
Mizpe Azmona	1979	200	2.000	Kibbutz	NW Rafah
Rafah Yam	1984	130	1.000	Städtisch	W Rafah

Quelle: Ataia, A., 1998, S. 114-115

5.2.2 Strategien der Landnahme im Zuge der israelischen Siedlungspolitik

Direkt nach dem Junikrieg von 1967 begann die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten. Jede Regierung verfolgte eine unterschiedliche Siedlungsstrategie, gleich war allerdings die Art der "legalen" Beschlagnahme palästinensischen Landes.

Die israelische Politik der Landnahme in den 1967 besetzten Gebieten gleicht in vieler Hinsicht jener, die sie im israelischen Kernland schon seit 1948 betrieben hatte. Das Militär und die israelischen Behörden machten sich bestehendes Bodenrecht (z.B. Enteignung vom Boden für öffentliche Belange und aus Sicherheitsgründen) zunutze und wendete es auf bestehende oder neu zu erlassende Sicherheits- und Militärverordnungen an, die dann eine quasi legale Enteignung zur Folge hatten oder direkte Konfiszierung von Boden und Gebäuden bedeuteten.

Als erstes wurde das als Staatsland kategorisierte "Miri"-Land konfisziert [vgl. Kap. 6.3.1]. Die israelischen Behörden enteigneten als erstes die Böden des sogenannten "Staatsland". In gewisser Weise konnte die israelische Regierung dadurch vermeiden, in ständiger Auseinandersetzung mit privaten Eigentümern zu stehen.

Besonders nach dem Urteil des Obersten Gerichts - als sich im Jahre 1979 Landbesitzer gegen die Beschlagnahme ihres Landes durch die nationalreligiöse Siedlungsbewegung Gush Emunim zugunsten der Gründung der Siedlung Elon Moreh in Westbank protestiert haben. Sie wandten sich an die HCJ (High Court of Justice), da nach Völkerrecht die Beschlagnahme von Privatbesitz verboten sei. Die HCJ wies die Regierung jedoch darauf hin, daß die Entscheidung anders ausgefallen wäre, wenn es sich nicht um Privatbesitz gehandelt hätte. In einiger Entfernung wurde die Siedlung dann auf "Staatsland" errichtet. Von nun an wurde das Land erst zu "Staatsland" erklärt. Gemäß Militärerlaß Nr. 59 definiert Israel das Land, das am 6 Juni 1967 teilweise dem Staat gehört hatte, als eigenen Staatsbesitz. Ergänzend legitimiert der Militärerlaß Nr.364 die Erklärung der Behörden, daß dieses Land bis zum Beweis des Gegenteils Staatsland bleibe [Waltz, V., 1986, S. 254 u. Watzal, L., 1994, S. 176].

Für die Enteignung vom palästinensischen Boden für jüdische Siedlungen hat man sich folgender Methoden bedient:

Aneignung von "verlassenen Land"

Das Konzept des "verlassenen" Landes wurzelt im frühen Denken der Zionisten, das davon ausging, daß die Palästinenser keine starke Bindung zu ihrem Land empfänden und deshalb gern bereit seien, Ersatzland in arabischen Ländern anzunehmen, wenn man es ihnen anböte.

Die Regierung nahm infolge des Krieges von 1948 verlassene und verwüstete Böden im Besitz. 1950 wurde von der Knesset ein Gesetz über "Privatland von Abwesenden" verabschiedet, nach dem ein sog. "Treuhänder" dieses Eigentum verwalten sollte (Custodian for Absentee Property CAP). Im Zusammenhang jedoch mit dem später verabschiedeten Gesetz über die "Besitztümer Abwesender" wurde die Verordnung zu einem Instrument der Enteignung [Bdair, K., 1994, S. 135].

Nach der Besetzung des Gazastreifens haben die Besatzer einige Gesetze erlassen, einmal bezüglich der Sicherheit, der Militärerlaß Nr. 1 betrifft die Abriegelung des Gebietes, Nr. 42 das aufgelassene Land, Nr. 43 das Staatsland, Nr. 102 die Handelsbeziehungen und Nr. 123 zu den Einspruchskomiteen. Danach hat das israelische Militär das Staatsland im Gazastreifen beschlagnahmt. Das sind ca. 120.000 Dunum, ungefähr ein Drittel der gesamten Fläche des Gazastreifens. Von diesem Land wurden bereits ca. 22.000 Dunum für Siedlungszwecke genutzt:

- 400 Dunum um die Siedlung Kefar Darom herum, südlich von Deir al-Balah auf der Verbindungsstraße zwischen Gaza-Stadt und Khan Yunis.

- ca. 4.000 Dunum um Nuseirat, zwischen Gaza und Deir al-Balah.
- 7.000 Dunum für Siedlungen zwischen Khan Yunis und Rafah.
- ca. 10.000 Dunum zwischen Khan Yunis und Deir al-Balah [Ataia, A., 1998, S. 104-106].

Beschlagnahme von Land zu militärischen Zwecken

Durch weitere Militärerlasse kann jeder Privatbesitz für "vitale und unmittelbare militärische Beanspruchung " beschlagnahmt werden. Theoretisch bleibt dieses Land in Privatbesitz. Viele jüdische Siedlungen sind auf solchem Land entstanden.

Schließung für militärische Zwecke (Sperrgebiete)

Nach Militärerlassen und Artikel 125 der "Defence Regulation" war der Militärgouverneur ermächtigt, gewisse Gebiete der Westbank und des Gazastreifens als geschlossene Gebiete und Sperrzonen zu erklären. Dieses Land darf von den Bauern nicht mehr bearbeitet werden. Eine Entschädigung für die Landeigentümer gibt es nicht. Eine solche Maßnahme kann aus den unterschiedlichsten Motiven heraus angeordnet werden. Die volle Bedeutung des Gesetzes erwies sich jedoch erst in Verbindung mit den später verabschiedeten Gesetzen zur Enteignung von brachliegendem Boden [Gyrgis, S. u. Lobel, Eli, 1970, S. 120].

Die Kultivierung von Brachland (Emergency Regulation of Waste-Uncultivated Land)

In Verbindung mit Artikel 125 der Notstandsgesetzgebung diente dieses Gesetz zur Enteignung von Boden. Land, das mindestens ein Jahr lang brach lag, konnte die Regierung, um seine Kultivierung zu gewährleisten, jeder anderen Person anvertrauen. Meistens wurde das Land an die benachbarten jüdischen Siedlungen übergeben. So wurde Brachland meistens in Verbindung mit dem Artikel 125 geschaffen, indem das Militär zunächst einen bestimmten Ort zur Sperr- bzw. Sicherheitszone erklärte und den Bauern den Zugang zu ihrem Land verwehrte und damit dessen Bewirtschaftung verhinderte. Nach einem Jahr wurde es als Brachland deklariert und dann an die jüdischen Siedlungen übergeben [Bdair, K., 1994, S.139].

Enteignung von Land für öffentliche Zwecke

Nach dem jordanischen Gesetz Nr. 2 über die Enteignung von Land für öffentliche Zwecke steht den Betroffenen eine Entschädigung zu. Durch diverse Militärerlasse wurden dem Militärkommandeur alle Vollmachten übertragen, die die jordanische Regierung auch hatte. Das Recht des Betroffenen auf Einspruch und Entschädig-

ung wurde durch Militärerlaß Nr. 1060 von den örtlichen Gerichten auf das militärische Einspruchskomitee übertragen. Durch die Hinzufügung eines Artikels ist es dem Militärkommandeur erlaubt, bei der Entfernung der Eigentümer Gewalt anzuwenden, wenn dieser in der vorgegebenen Frist seinen Besitz nicht freiwillig räumt. Widerstand gegen diese Entscheidung wird mit fünf Jahren Haft oder mit einer Geldstrafe belegt. Diese Enteignungspolitik wurde sowohl für den Bau von Siedlungen, als auch für den Straßenbau genutzt [Watzal, L., 1994, S. 178-180].

Landerwerb für israelische Siedlungen durch Kauf

Ein kleiner Teil des Landes ist für Siedlungen regulär gekauft worden. Schätzungen sind nicht möglich, weil solche Transaktionen von einer besonderen Abteilung im Hauptquartier des Militärs vorgenommen werden, über deren Arbeit nichts bekannt ist. Da diese Abteilung geheim arbeitet, ist auch nicht bekannt, wieviel Land schon auf Israelis übertragen worden ist. Bei diesen Transaktionen kommt es häufig zu Fälschungen.

Gegen diese verschiedenen Enteignungsmethoden von Land kann nur Beschwerde vor dem Einspruchskomitee eingelegt werden. Es gibt jedoch eine Empfehlung an den Gebietskommandeur, daß er die Beschwerde akzeptieren oder sich darüber hinwegsetzen kann. Mit welchen Argumenten verteidigt Israel diese sonderbare Landenteignungspolitik? Israel nimmt für sich in Anspruch, die Beschlagnahme von Land geschehe nach dem in Kraft befindlichen lokalen Recht.

Sollte die israelische Siedlungspolitik weiter im heutigen Maße fortgesetzt werden, kann langfristig damit gerechnet werden, daß die weitere Ausdehnung der Stadt Gaza nach Süden durch die jüdische Siedlung Nizarem gestoppt werden wird, an die sie heute an einem Punkt bereits angrenzt [vgl. Abb. 5.1]. Die zukünftige Planung der palästinensischen Siedlungsentwicklung wird daher auch maßgeblich von der Entwicklung des Friedensprozesses und vor allem der Zukunft der israelischen Siedlungen abhängen.

5.3 Die Stadt Gaza: Stadtstruktur und städtebauliche Entwicklung

Die Altstadt von Gaza wuchs spontan und ohne Planung. Diese Spontaneität zeichnet die Siedlungsstruktur in dem gesamten Gebiet aus. Die Stadtstruktur in der Altstadt hat keine bestimmte Form. Sie hat sich infolge wirtschaftlicher, klimatischer und sozialpolitischer Faktoren entwickelt.

Eine räumlich und städtebaulich einheitliche arabische Stadtform und damit ein zu reproduzierendes Grundmuster gibt es nicht. Der Aufbau einer arab. Stadt ausgehend von der Hauptmoschee und dem Bazar, hin zu den Wohnvierteln bildet eine untrennbare Einheit. Das arab. Wohnhaus, das in seiner Art und Funktion von

islamischen Einflüssen sehr stark geprägt ist, bildet mit den benachbarten Häusern den Anfang für die Entstehung einer Siedlung, bzw. einer Stadt. Die Einstufung der Funktionen einer Siedlung und die Differenzierung der Bereiche in private, halbprivate und öffentliche Bereiche bildet die soziale Struktur einer Siedlung [Musa, A., 1988, S. 225]. Unterschiedliche strategische, geographische und klimatische Faktoren, verschiedene Wirtschaftsformen, sowie das örtliche Vorkommen bestimmter Baumaterialien und an diese gebundene Konstruktionsformen haben sehr verschiedenartige Städtetypen entstehen lassen.

Wie auch andere arabische Städte, so ist auch die Stadt Gaza ein heterogenes, historisch gewachsenes Gebilde mit komplexen Strukturen, die ihr ein recht vielfältiges Erscheinungsbild geben. Im Laufe ihrer Geschichte war die Stadt Gaza vielen Veränderungsprozessen ausgesetzt [vgl. Abb. 5.2], die sich heute in der Entwicklung der Stadtstruktur zeigen. Das Ergebnis sind teilweise gegensätzliche Strukturelemente arabischer und europäischer Herkunft, die nebeneinander, und oft ohne erkennbare Beziehung untereinander, bestehen [vgl. Abb. 5.3].

Die historische räumliche Entwicklung der Stadt Gaza durch die Geschichte seit ihrer Erstgründung wird in Abbildung 5.2 stichwortartig aufgezeigt. Ergänzend zeigt Tabelle 5.4 die historische Entwicklung der administrativen Stadtgrenzen von Gaza.

Abb. 5.2: Die historische Stadtentwicklung der Stadt Gaza

♦ Kanaanisch-palästinensische Zeit (bis 1200 v.Chr.)

Das erste Erscheinen der Stadt Gaza auf der Handelsstraße via Moris (Horas Road)

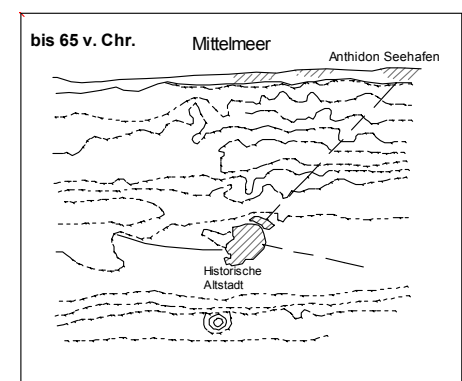
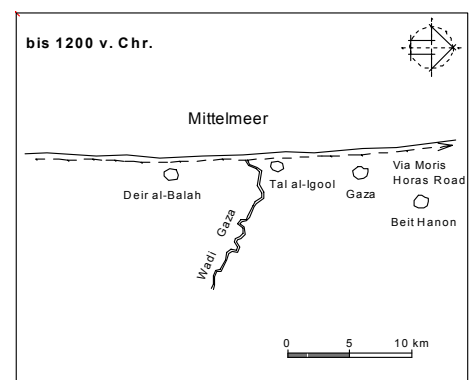
Die Lage des ursprünglichen Stadtkerns ist unter Historikern umstritten:

1. Tal al-Igool
2. Altstadtkern
3. Der alte Seehafen (Anthidon) nordwestlich der Stadt Gaza

♦ Die griechische Zeit (332-65 v.Chr.)

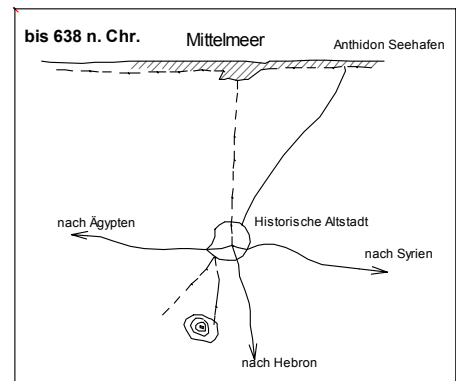
Während der griechischen Zeit wurde die Stadt entwickelt und erweitert.

Der Seehafen Anthidon wurde für die Handels- und Kriegsflotten gebaut. In dieser Periode vergrößerte sich die Stadt erheblich; auch viele Wohnbauten wurden errichtet.



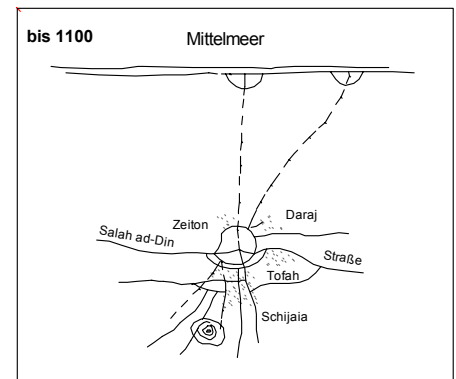
♦ Römische und Byzantinische Zeit (65 v.Chr.- 638 n.Chr.)

- Die Stadt Gaza wurde im 2. und 3. Jahrhundert ein großes Handelszentrum, bis im Jahre 363 n.Chr. die Stadt von Erdbeben zerstört wurde.
- Eine Siedlung wurde von den Römern an der Küste errichtet. Diese Wohnsiedlung wurde nach dem römischen Kaiser "Konstantina" benannt.
- Anstelle der Gemeinde von Gaza wurde von den Römern dort ein Friedhof errichtet.



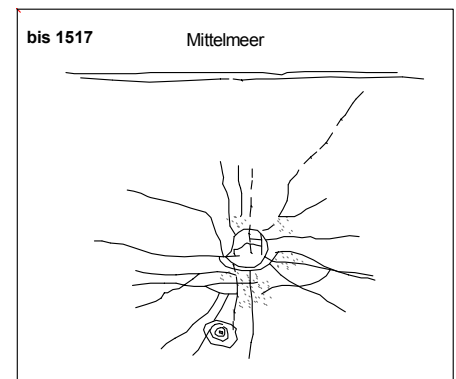
♦ Islamische Eroberungszeit (637-1100 n.Chr.)

- die Stadt wurde von den Moslems nach der Schlacht von Dathen nahe dem heutigen Flüchtlingslager Mughazi erobert.
- Die meisten Hauptstraßen, wie Salah ad-Din usw., wurden bereits in dieser Zeit errichtet.



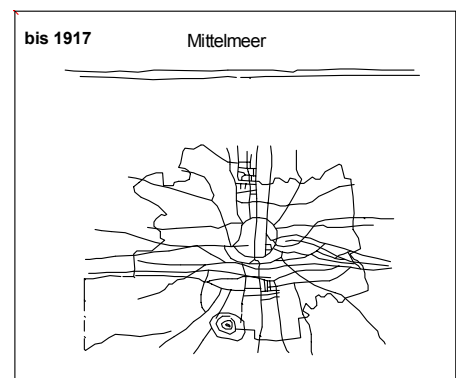
♦ Zeit der Kreuzfahrer und Mamluken (1100-1517 n.Chr.)

- nach der Stadteroberung im Jahre 1100 wurde die zerstörte Zitadelle wieder aufgebaut und die Altstadtmauer durch Balduin II. restauriert.
- Die orthodoxe Kirche wurde durch die Kreuzfahrer gebaut.
- 1187 wurde die Stadt, die von den Kreuzfahrern besetzt war, befreit, wurde jedoch von den Kreuzfahrern wieder erobert, und schließlich 1240 wieder befreit.
- Während der Mamlukischen Zeit erlebte die Stadt, als Hauptstadt von Palästina, eine starke Entwicklung, mit dem Bau vieler Moscheen, Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen.



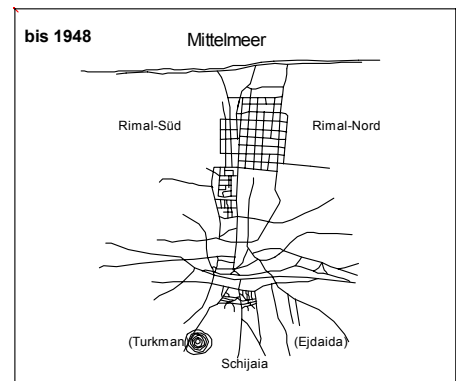
♦ Osmanische Zeit (1517-1917)

- im 13. und 15. Jahrhundert spielt die Stadt aufgrund ihrer strategischen Lage zwischen Asien und Afrika eine große Rolle während der Weltkriege.
- Die Osmanen eroberten die Stadt 1516; Gaza wurde die Hauptstadt von Palästina.
- 1917 wurde die Stadt von den Briten besetzt, viele Wohnhäuser wurden während des Krieges zerstört.
- Die Eisenbahnlinie von Gaza wurde während der osmanischen Zeit errichtet und war bis 1967 in Betrieb.



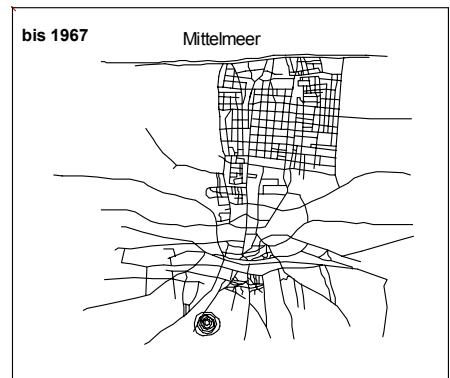
♦ Die Britische Mandatzeit (1917-1948)

- Die Altstadtmauer wurde zerstört.
- Die Erweiterung der Stadt erfolgte in westlicher Richtung (Stadtteilgebiet Remal (Nord- und West-Remal)).
- Errichtung von al-Naser und Tal al-Zohour Krankenhaus (die Gemeinde von Heute)
- 1927 betrug die Fläche von Gaza 2.030 Dunum



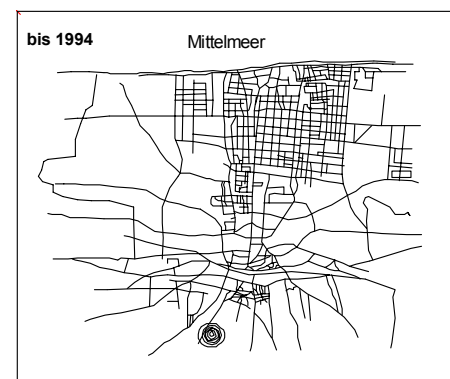
♦ Die ägyptische Verwaltungszeit (1948-1967)

- Erweiterung und Ausdehnung der Stadt aufgrund der Flüchtlingsströmung nach Gaza infolge des Krieges von 1948 und der Vertreibung vieler Palästinenser aus ihren Städten und Dörfern in Palästina.
- Errichtung des Flüchtlingslagers von Beach Camp (Schati Flüchtlingslager).
- Viele Schulen und Verwaltungsbauten wurden von den Ägyptern gebaut.
- 1940 betrug die Fläche von Gaza 9.860 Dunum
- bis 1961 entwickelte sich die Stadt auf 11.852 Dunum



♦ Die israelische Besatzungszeit (1967-1994)

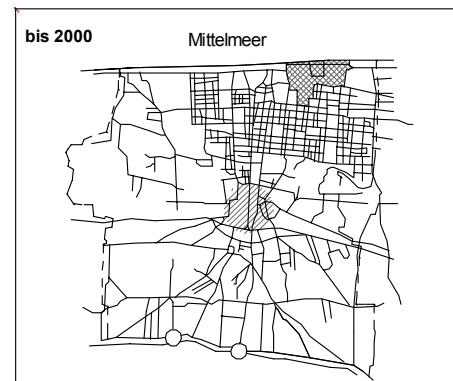
- Errichtung des Umsiedlungsprojekts Scheikh Radwan und der al-Naser Straße.
- Diese Zeit zeichnet sich durch Wohnungsbauverschlechterung aus, aufgrund der schwierigen Erteilung von Baugenehmigungen, sowie durch die Zerstörung vieler Häuser und Sperrung vieler Straßen.
- Die Infrastrukturversorgung wurde vernachlässigt, viele Stadtgebiete sind mit Infrastruktur unterversorgt, und die vorhandenen Netze sind ausbau- und überholungsbedürftig.



♦ Gaza unter der palästinensischen Autonomie (seit 1994)

Aufgrund der beschränkten wirtschaftlichen Situation wurde – wenn auch stufenweise und langsam - in bestimmten Stadtteilgebieten und in vielen der Stadtentwicklungsbereiche mit der Weiterentwicklung von Gaza begonnen:

- Der Beginn eines Baubooms, der bis Ende der 90er Jahre dauerte, besonders in den westlichen Stadtgebieten, wo es noch Bauland gibt.
- Erstellung von Flächennutzungsplänen für Gaza-Stadt und Ausweisung neuer Wohngebiete.
- Ausbau der Verkehrsstraßen und der Infrastruktur.
- Der Errichtung von Wohnsiedlungen, die an bestimmte Bevölkerungsgruppen vergeben werden.



Quelle: Gemeinde Gaza, 1996, S.6-14

Tab. 5.4: Die Entwicklung der administrativen Stadtgrenze von Gaza, 1998

Jahr	Fläche	Zunahme	Verhältnis zu 1998
	in Dunum	in Dunum	in %
1880^{*)}	900	-	2,0
1927	2.030	1.130	4,5
1940	9.860	7.830	21,9
1961	11.852	1.992	26,3
1973	19.250	7.398	42,8
1985	30.100	10.850	66,9
1994^{**)}	32.200	2.100	71,6
1998^{**)*)}	45.000	12.800	100

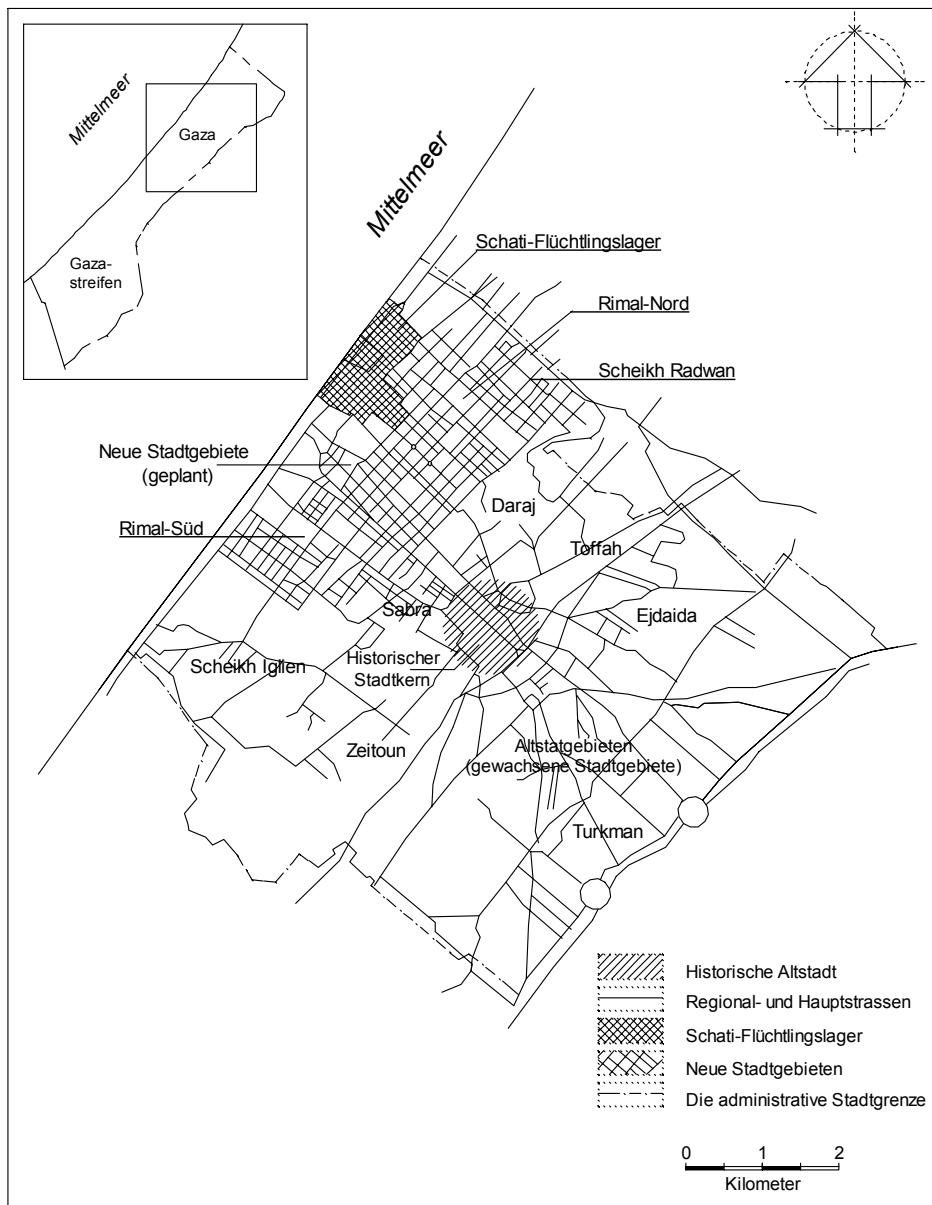
Quelle: *) Gemeinde Gaza, 1996, S.6-14, **) PNA, MOPIC, 1995, S. 56, ***) Gemeinde Gaza, Internet, www.mogaza.org

Als Haupttypen der städtischen Struktur von Gaza lassen sich die traditionellen, (ungeplant) gewachsenen Formen von den moderneren, geplanten, durch geometrische Formen/Elemente gekennzeichneten Strukturen unterscheiden.

Zu den traditionellen Formen gehört vor allem der historische Altstadtkern, aber auch die Stadtentwicklung in östlicher Richtung, die noch geprägt ist von der gewachsenen Altstadtstruktur, die ihrerseits noch viele Merkmale der "orientalisch-arabischen" Stadt wie dichte Bebauung, winklige Straßenführung und Sackgassen aufweist. Die Entwicklungsrichtung nach Westen orientiert sich eher an einer klar gegliederten (schachbrettähnlichen) Stadtstruktur, wie sie für modernere Formen der Stadt charakteristisch ist [vgl. Abb. 5.3]. Eine Sonderform stellt, wie schon beschrieben, das Flüchtlingslager Schati dar.

Gaza-Stadt war im Jahre 1995 mit 303.100 Einwohnern die größte Stadt im Gazastreifen. 1997 wohnten in Gaza-Stadt 57% aller Stadtbewohner des Gazastreifens, bzw. 37% der gesamten Bewohner des ganzen Gazastreifens [vgl. Tab. 4.5]. Durch ihre strategisch günstige Lage hat sie von ihrer Gründung an eine ausschlaggebende Rolle in der Region gespielt.

Abb. 5.3: Die Stadtstrukturen von der Stadt Gaza



Quelle: Wohnungsbauministerium, 1998, Anhang vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet

5.3.1 Gewachsene Stadtgebiete: Altstadt und Flüchtlingslager

Gewachsene Stadtgebiete zeichnen sich durch ungeplante, und dadurch unsystematische Formen aus. Die heterogenen Strukturen beruhen auf der

Anpassung an ein vorherrschendes Merkmal, sei es physisch-geographischer Natur oder an einen Aspekt der Lagegunst oder an die aus der Vergangenheit hergeleitete kulturelle Art gebunden. Diese Merkmale zeigen die Altstadt und die Flüchtlingslager von Gaza deutlich.

5.3.1.1 Altstadtstrukturen

Die Altstadtentwicklung vollzog sich nicht nach vorgegebenen Prinzipien oder Idealvorstellungen, sondern nach den angebotenen oder natürlichen vorgegebenen Standortbedingungen durch den Anbau von Wohnquartieren.

Das Quartier ist neben der Freitagsmoschee und dem Basar das eigentliche Element. Um den Stadtkern herum, d.h. um die Moschee, um den Basar und um die Handelszone herum befinden sich die Wohnquartiere. Viele alte Wohnhäuser, die unter Denkmalschutz standen, sind später ebenfalls abgerissen worden, um an ihrer Stelle neue Wohn- und Geschäftshäuser zu errichten.

Der historische Altstadtkern von Gaza, der bis Ende der 1930er Jahre die gesamte Stadt darstellte, ist heute nur ein kleiner Teil der Stadt. Vom modernen Stadtzentrum in unmittelbarer Nähe und den sie umgebenden neueren Gebieten ist sie durch eine Ringstraße – ehem. Stadtmauer - getrennt. In der Altstadt lebten 1995 rund 20.000 Einwohner auf einer Fläche von etwa 1.060 Dunum [PNA, MOPIC, 1995, S. 11].

Das Straßennetz wird von zwei in Ost-West-Richtung (durch das ehemalige Stadttor Bab al-Khalil) verlaufende Hauptachsen bestimmt, die sich vor dem östlichen Eingang vereinigen und durch Querstraßen miteinander in Verbindung stehen.

Die Omar-al-Mukhtar Straße [vgl. Abb. 5.4], in der sich die Großmoschee und der Großbasar befinden, ist bis in die Nacht hinein äußerst belebt und hat auf beiden Straßenseiten Läden. Dagegen ist die al-Wehda-Straße, die parallel zur Omar-al-Mukhtar-Straße verläuft, jedoch nicht deren Länge hat, ruhiger. Von den Hauptachsen, die das Rückgrat der Altstadt bilden, zweigen die Quartiererschließungsstraßen nach Süden und nach Norden ab, die in die Stadtteile führen und sie miteinander verbinden.

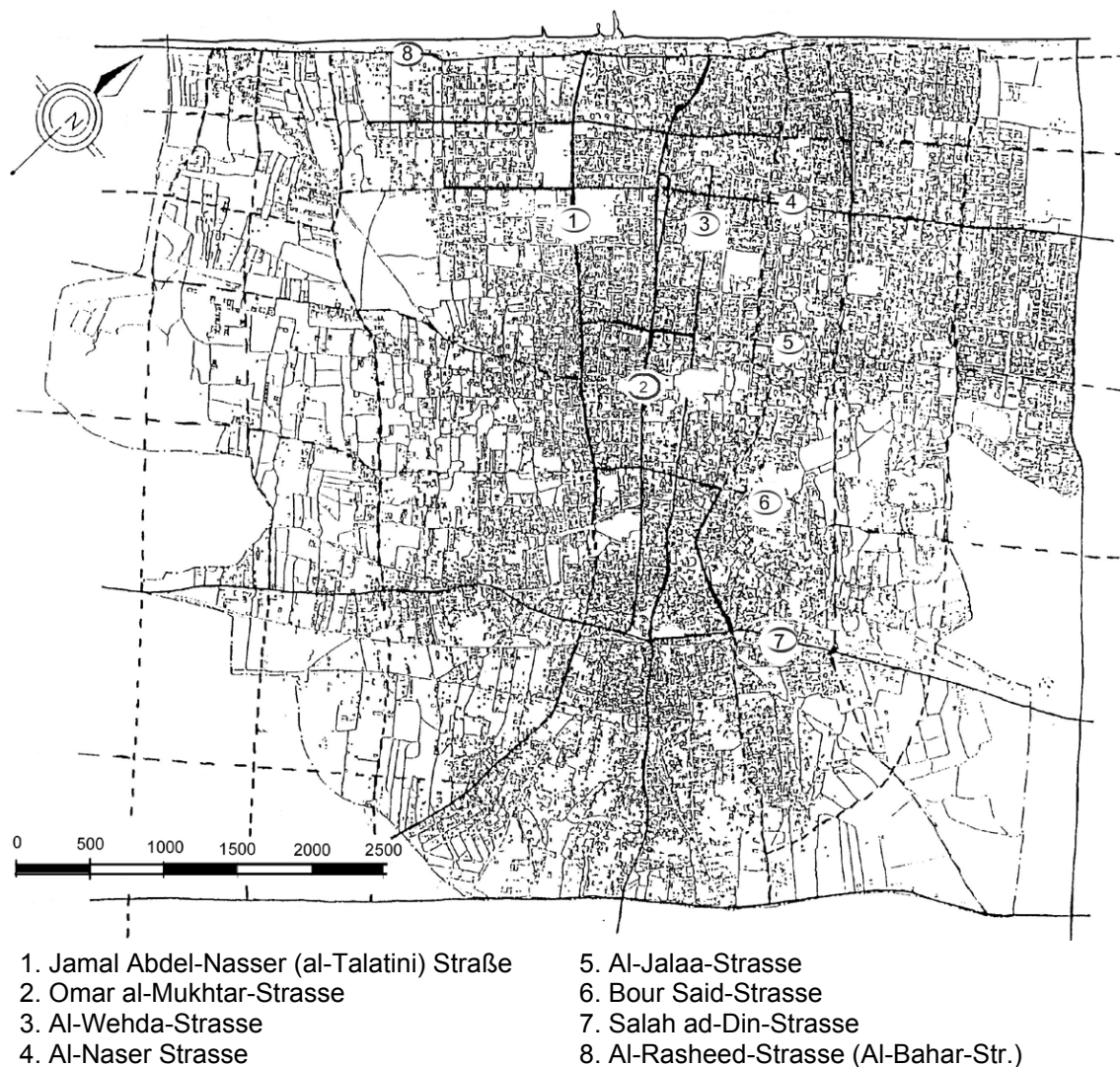
Schließlich gehen von den Quartierstraßen die Verästelungen der Sackgassen (sie entsprechen der Lebensform von in sich geschlossenen sozialen Verbänden unter Stammesangehörigen und Verwandtschaftsgruppen) ab, über die auch die tief im Innern der Quartiere liegenden Parzellen erreicht werden können. Die Straßen sind zwischen 2 m und 6 m breit [Gemeinde Gaza, 1996].

Die meisten öffentlichen Einrichtungen der Altstadt liegen im Bereich der beiden Hauptachsen. Die Altstadt hat heute viele Moscheen, von denen viele auch an den beiden Hauptachsen liegen.

Die Großmoschee (al-Omari) steht direkt im Zentrum der Altstadt, östlich des Hauptbasars. Außerdem hat die Altstadt eine orthodoxe Kirche, die südlich von der Omar-al-Mukhtar-Straße liegt.

Die Omar-al-Mukhtar-Straße und das Altstadtzentrum mit zellenartigen Läden auf beiden Seiten ist das kommerzielle Herz der Stadt. Ihr Mittelpunkt ist der Hauptbasar, der westlich der Großmoschee (al-Omari) liegt. Von der Omar-al-Mukhtar-Straße sowie al-Wehda-Straße zweigen nach Norden und Süden kleinere Basare ab, in denen Lebensmittel, Textilien und Güter für den täglichen Bedarf angeboten werden.

Abb. 5.4: Stadtplan von Gaza



Quelle: PNA, MOPIC, 1995, vom Verfasser bearbeitet

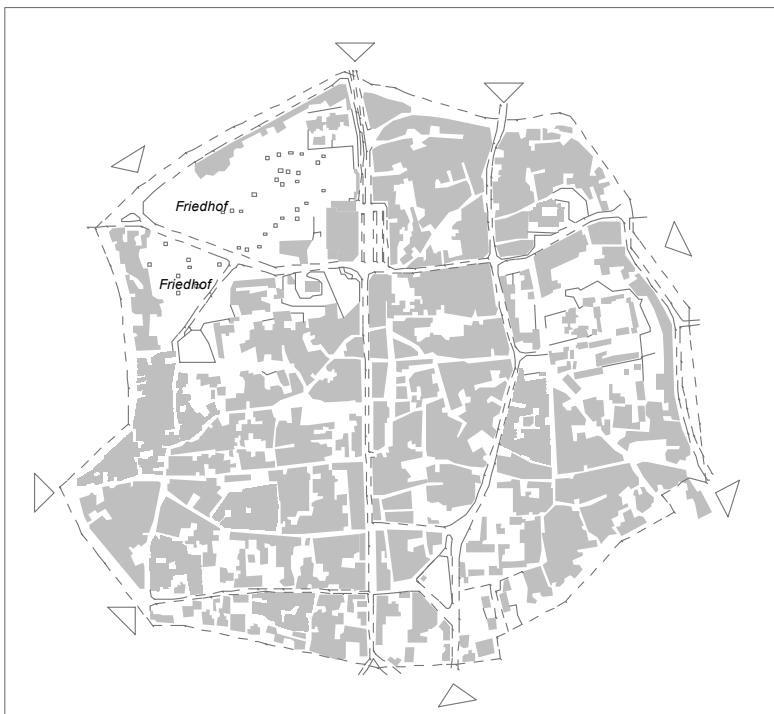
Die einzelnen Gassenbasare waren früher, und manche sind es bis heute, auf eine bestimmte Produktionsart oder Warenart spezialisiert, z.B. Suq al-Dahab (Juwelen- und Goldbasar). In der Altstadt westlich am Ende der Omar-al-Mukhtar-Straße liegt die Gemeindeverwaltung (Beladiya) von Gaza, die in den letzten Jahren erweitert und saniert wurde [vgl. Bild 5.6].

Bild 5.6: Die Gemeinde von Gaza (Beladiya), westlich des Altstadtkerns



Vom Verfasser aufgenommen.

Abb. 5.5: Die historischen Altstadtkernstrukturen von Gaza



Quelle: Gemeinde Gaza, 1996, vom Verfasser bearbeitet und gezeichnet

Die Altstadt hat mehrere Durchgangsstraßen und mehrere Hauptstraßen, die zu den Durchgangsstraßen führen. Jede Hauptstraße dient einem der Wohnquartiere

als Zufahrt. Mehrere Sackgassen führen von der Hauptstraße weg in den eigentlichen Wohnbereich. Sie haben einen halböffentlichen Charakter.

Die Durchgangs- und Erschließungswege des Altstadt-kerns wurden auf die geringen Raumbedürfnisse von Fußgängern und auf Reittiere abgestimmt. Transporte innerhalb der Stadt wurden von Maultieren und Lastträgern besorgt. So ist die alte arabische Stadtstruktur den heutigen Anforderungen des Straßenverkehrs nicht angepaßt. Im Zuge einer Motorisierung und der Benutzung des Autos als Transportmittel werden grundlegende Änderungen im Straßensystem erforderlich, von denen man den alten Stadtkern jedoch freihalten sollte. Allerdings wären Verbesserung zum Zwecke höherer Sicherheit erforderlich, so z.B. Feuerwehruzufahrten, um die Wachstumssysteme der arabischen Stadt zu bewahren und die Straßen auf die neuen Anforderungen abstimmen.

Die Häuser der Altstadt sind unterschiedlich hoch, mit unterschiedlichen Dächerarten versehen und im allgemeinen massiv gebaut. Durch Neubauten seit der britischen Kolonialzeit sind auch Stein- und Stahlbetongebäude in die Altstadt gesetzt worden (vergleiche auch dazu Kapitel 6.1. – Wohnhaustypen und Wohnformen).

Viele traditionelle Gebäude wurden während der ägyptischen Verwaltungszeit durch den Ausbau und die Verbreiterung der Straßen, besonders der al-Wehda-Straße, abgerissen und teilweise durch neue, moderne Häuser ersetzt [PNA, MOPIC, 1995, S. 31].

Der physische Zustand der Bauten in der Altstadt schwankt zwischen relativ gut und sehr schlecht. Die neuen Bauten in der Altstadt führten artfremde Elemente ein und erzeugen eine architektonische Ungleichheit. Indem sie zusätzliche Räume an die Bauten anschlossen, haben sowohl die Eigentümer als auch die Bewohner das Erscheinungsbild der traditionellen Bauten teilweise oder völlig verändert. Verfallende Bauteile werden mit unangemessenen Materialien notdürftig ausgebessert oder durch dichtere, moderne Konstruktionen, illegal ersetzt. Auch die nachträglich an die Außenfassade installierten elektrischen und sanitären Einrichtungen sowie die Sonnenkollektoren und Dachantennen verschandeln das Aussehen der Altstadt.

5.3.1.2 Das Flüchtlingslager Schati (Beach Camp)

Dieses Lager wurde nordwestlich der Stadtmitte von Gaza am Meer errichtet [vgl. Kap. 5.1]. Die zunächst eng bemessenen Straßen wurden Anfang der 1970er Jahre von den Israelis verbreitert. Dabei wurden viele Häuser zerstört. Aufgrund der Bevölkerungszunahme haben viele Familien auf den Grundmauern der zerstörten Häuser und sogar auf den Erschließungswegen neue Bauten errichtet. Somit

wurden die Straßen wieder enger, ungerade und schließlich vielfach nur mehr für Fußgänger geeignet.

Das Flüchtlingslager Schati zeichnete sich ursprünglich durch niedrige Bauweise aus. Die beschränkte Ausdehnungsmöglichkeit des Lagers führte mit der Zeit zu einer vermehrten vertikalen Bauweise, um die Anforderungen der ansteigenden Bewohnerzahlen zu erfüllen. Dies wiederum verstärkte die Belastung der ohnehin schlechten Infrastrukturausstattung. Ende der 1990er Jahre wurden viele Hochbauten wegen der günstigen Lage am Meer um das Flüchtlingslager herum gebaut [vgl. Bild 5.7].

Bild 5.7: Ein Blick von Schati-Flüchtlingslager auf die neuen Wohnhochhäuser



Vom Verfasser aufgenommen.

5.3.2 Geplante Stadtgebiete (rechtwinkliger Straßensystem-Plan)

Geplante Gebiete der Stadt Gaza waren die neuen Wohngebiete, die nach 1934 entwickelt wurden, wie Rimal-Nord, Rimal-Süd, Naser, Scheikh Radwan und das westliche Gebiet von Sabra [vgl. Abb. 5.3].

Neue Leitbilder in der Stadtplanung, die Anfang des 20. Jahrhunderts für eine neue, sozialistische Gesellschaft entwickelt wurden [Curdes, G., 1989, S. 15] spiegeln sich auch in der Stadtentwicklung von Gaza wider, als 1936 von den Briten die erste Stadtplanung für ein Gebiet mit ca. 1.000 Dunum begonnen wurde. Neue Stadtteile mit den entsprechenden Straßen wurden geplant und in den Stadterweiterungskonzepten von den Ägyptern weitergeführt und realisiert. Mit diesen Planungen wollte die Stadt vor allem dem rapide einsetzenden Bevölkerungswachstum und der damit steigenden Wohnungsnot gerecht werden [vgl. Kap. 4 und 6.5.1].

Der Stadtgebietsgrundriß (Parzellierungsplan) zeichnet sich durch senkrecht zueinander stehende, breite Straßen (Blockstrukturen) aus, und so entstanden

viele Straßenkreuzungen und runde Plätze [vgl. Bild. 6.4]. Diese Stadtgebiete sind mit ihren großen modernen Wohnungen und weiten Abstandsflächen zwischen den Häusern (offene Bauweise) die besseren Wohngebiete [vgl. Bild 6.3]. Jedoch ist die Infrastruktur hinsichtlich Supermärkten und öffentlichen Parks vernachlässigt worden.

Die bebaute Fläche in diesem Wohngebiet betrug 1995 ca. 50% der gesamten neuen Wohngebiete. Sie liegen hauptsächlich um die Hauptstraßen Omar-al-Mukhtar, Jamal Abdel-Nasser (ehem. al-Talatini) Straße und al-Naser Straße. Die Wohnungsdichte war ca. 1,5-2,5 WE./Dunum [PNA, MOPIC, 1995, S. 42]. Die städtebauliche Entwicklung dieser Gebiete ist seit 1994 weiter fortgeschritten. Hier weist die Bebauung oft schon vier Geschosse auf, in Einzelfällen werden auch schon die zulässigen fünf Geschosse erreicht. Die Umgehung der zulässigen fünf Geschosse zeigt sich durch viele Hochhäuser "Türme", die vereinzelt ohne erkennbares Prinzip angeordnet sind [vgl. Kap. 6.0].

Es gibt auch einige neue geplante Gebiete in der Altstadt, die zum Bauzweck nach den neuen Richtlinien eingeteilt und parzelliert worden sind und dennoch Bau- und Planungsmängel aufweisen. Auch die um das Zentrum herum gelegenen Wohnquartiere weisen deutliche bauliche und architektonische Mängel auf, besonders in den Stadtteilen Sabra und Toffah. Die Bauhöhe in diesen Gebieten variiert zwischen 2 und 4 Geschossen.

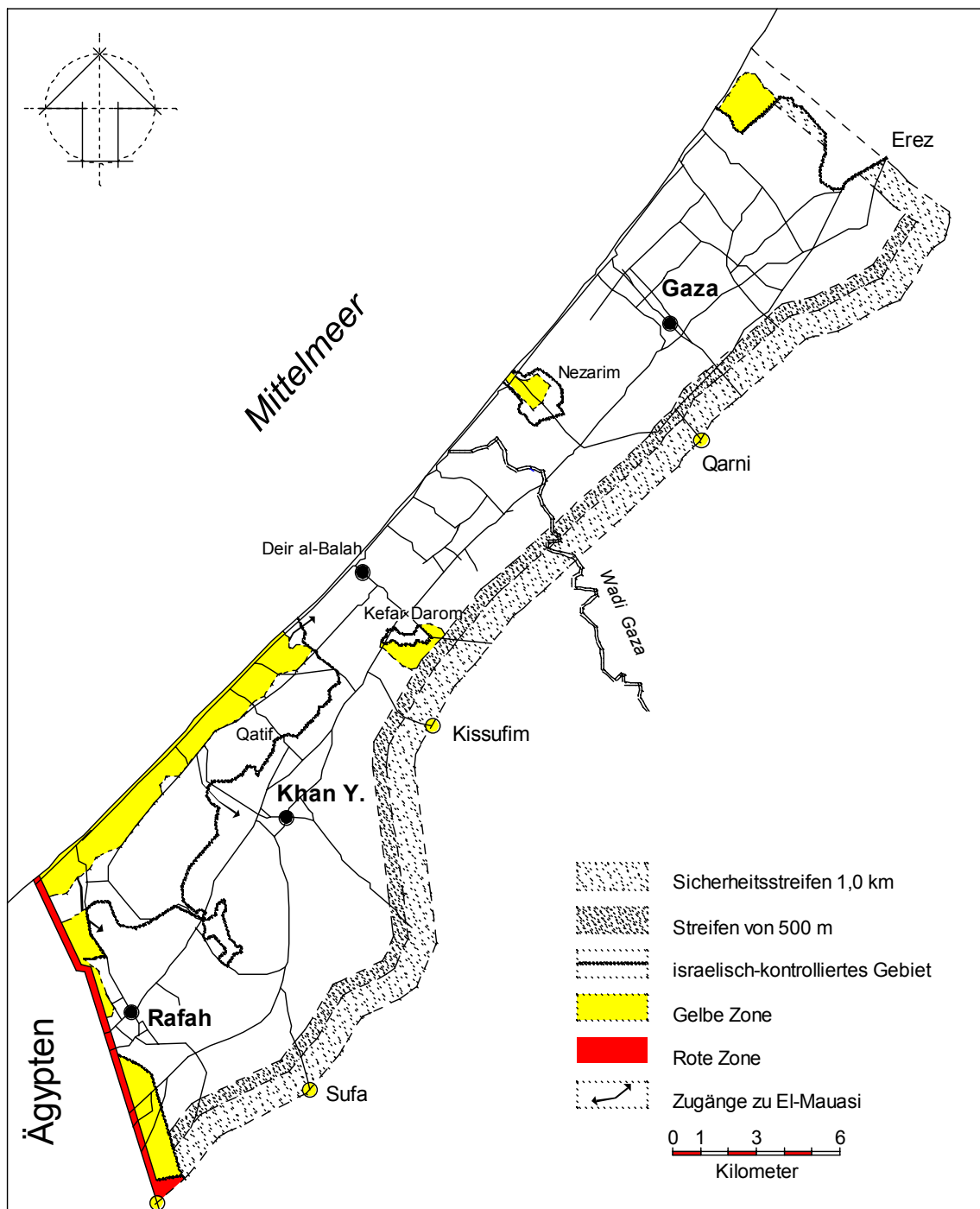
5.3.3 Städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten infolge des Gaza-Jericho-Abkommens, 1994

Das am 4. Mai 1994 unterzeichnete Abkommen bildet die Grundlage zur weiteren Entwicklung der Raumplanung angesichts der Übertragung der Zuständigkeiten in vielen Sachbereichen auf die palästinensische Selbstverwaltung, mit Ausnahme der von jüdischen Siedlungen und militärischen Einrichtungen beanspruchten Gebiete.

Das Abkommen legt die Grenze der Region des Gazastreifens fest und bezeichnet sie als „abgrenzende Linie“. Entlang der „abgrenzenden Linie“ ist innerhalb des Gazastreifens ein Sicherheitsstreifen vorgesehen [vgl. Abb. 5.6]. Dieser hat eine Breite von 800 m bis 1.000 m und wird von der palästinensischen Polizei kontrolliert. Die PNA wird den vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter des Sicherheitsstreifens aufrechterhalten.

Die bestehenden Gebäude, Einbauten, natürlichen und künstlichen Kulturen innerhalb des Sicherheitsstreifens dürfen bestehen bleiben, es wird aber keine neue Bebauung zugelassen.

Abb. 5.6: Räumliche Rahmenbedingungen infolge des Gaza-Jerich-Abkommens, 1994



Quelle: El-Kahlout, M., 1998, S. 159, vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet

Innerhalb eines Streifens von 500 m neben dem Sicherheitsstreifen und innerhalb der „Gelbenzonen“ darf unter den folgenden Voraussetzungen gebaut werden:

- ◆ die Grundstücksfläche muß mindestens 25 Dunum betragen (1 Dunum = 1.000 qm),

- ◆ das Gebäude darf nicht mehr als zweigeschossig sein,
- ◆ seine Baufläche darf nicht mehr als 120 qm pro Geschoß betragen.

Gelbe Zonen sind solche, die in der Nähe israelischer Siedlungen liegen und überwiegend von Palästinensern bewirtschaftet werden. In den Gelben Zonen nehmen die Israelis die Verantwortung für die Sicherheit wahr, während die palästinensische Verwaltung die zivilen Kompetenzen inne hat.

Der Grenzstreifen zwischen dem südlichen Gazastreifen und der ägyptischen Sinai-Halbinsel fällt dem Abkommen gemäß unter den Begriff „Rote Zone“ [vgl. Abb. 5.6]. Diese hat eine mittlere Breite von 200 m und wird von israelischen Militärs kontrolliert. Palästinensern ist der Zugang nicht gestattet [El-Kahlout, M., 1998, S. 158].

Durch das Abkommen werden die Entwicklungsmöglichkeiten der Städte und Dörfer beschränkt, insbesondere die der Stadt Gaza, die ohnehin langfristig nur eine Erweiterungsmöglichkeit nach Süden hat.

5.4 Flächenausweisung in der Stadt Gaza

Aufgrund der historischen Entwicklung sowie des Bevölkerungszuwachses hat sich der Bedarf an Flächen für Siedlungszwecke enorm gesteigert. Vor der Übernahme der Stadt Gaza durch PNA gab es in diesem Jahrhundert mehrere Stadtplanungsversuche:

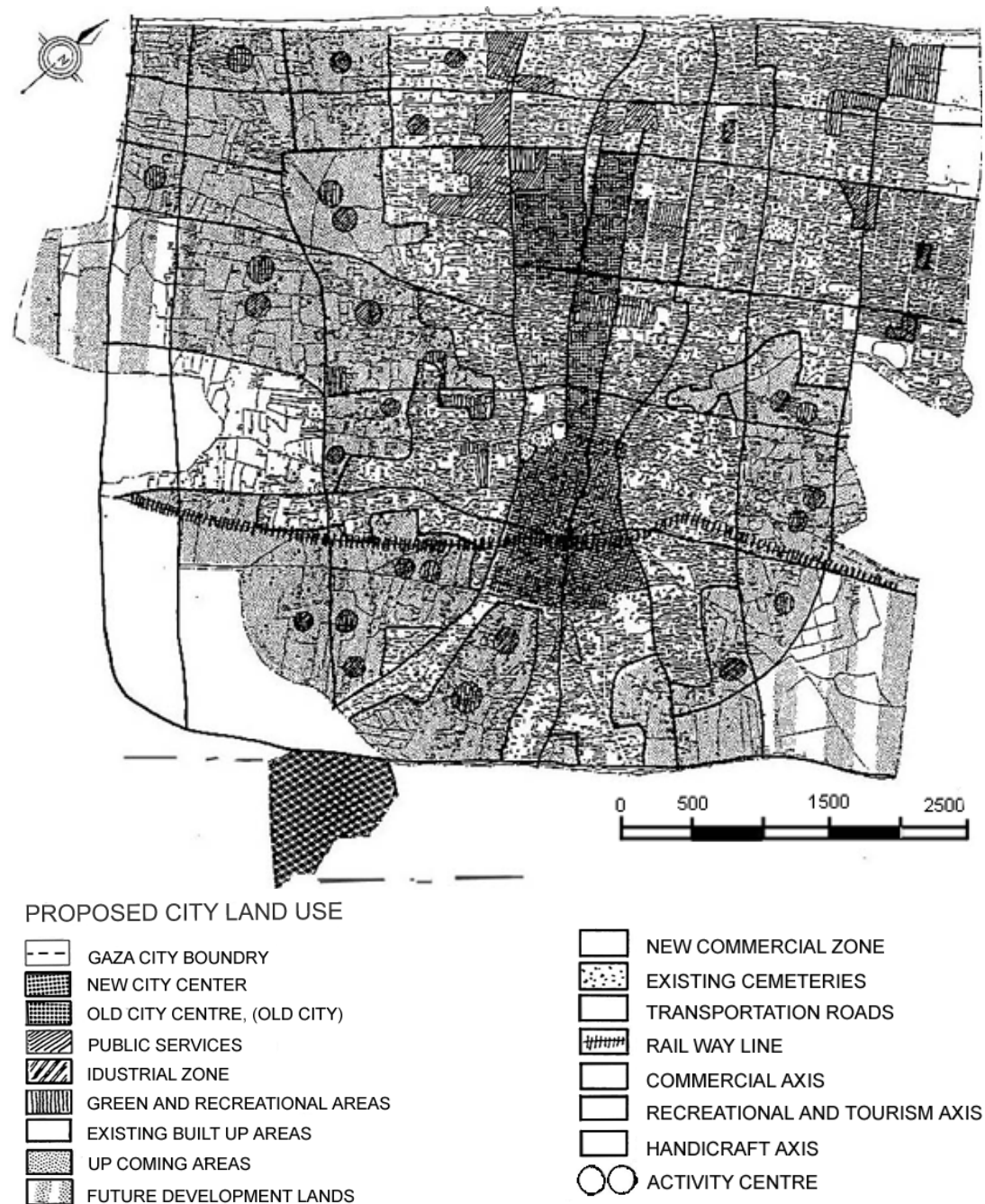
- Der erste Versuch wurde während der britischen Mandatszeit im Jahr 1936 durchgeführt.
- Der zweite Versuch war das Ergebnis einiger Änderungen der britischen Gesetze in der ägyptischen Verwaltungszeit bis 1965, es wurden neue Gesetze erlassen und hierzu Anpassungen vorgenommen.
- Der dritte Versuch wurde von Herrn Saad Mehfal – einem Mitarbeiter der zivilen Lokalen Stadtverwaltung von Gaza-Stadt - im Jahr 1978 unternommen.
- Der vierte Versuch erfolgte während der israelischen Besatzungszeit im Jahre 1986 mit neuen Gesetzen, die bis Ende der 1990er Jahre noch gültig waren [PNA, MOPIC, 1995, S. 51].

Die vier Stadtplanungsversuche vor 1994 mißlangen - aufgrund der langen Zeit (50 Jahre) zwischen der ersten und vierten Stadtplanung und der unter der Bevölkerung vorherrschenden Meinung, daß dieses von den Besatzern geplant und so nur ihre Interessen vertreten würde.

Deshalb braucht die Stadt Gaza, um die Probleme zu lösen, die Erstellung einer umfassenden nationalen Planung und die Schaffung neuer Richtlinien und Gesetze für das gesamte Stadtgebiet, um die Zuweisung von Flächen, wie sie sich

aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung und den voraussehbaren Bedürfnissen der Stadt zu ergeben hat, in Grundzügen vorzugeben.

Abb. 5.7: Masterplanvorentwurf von Gaza Stadt, 1997



Quelle: Gemeinde Gaza, 1997

Die Betrachtung des Vorentwurfs zum Masterplan für Gaza-Stadt vom Jahr 1997 zeigt, daß das gesamte Stadtgebiet - mit Ausnahme einiger Areale weit außerhalb der Stadt sowie einiger Gebiete nahe der östlich der Stadt verlaufenden Grenze zu Israel - komplett als potentielle Siedlungsfläche vorgesehen ist [vgl. Abb. 5.7]. Das Stadtplanungsamt folgt den Empfehlungen des Ministeriums, das eine Gliederung

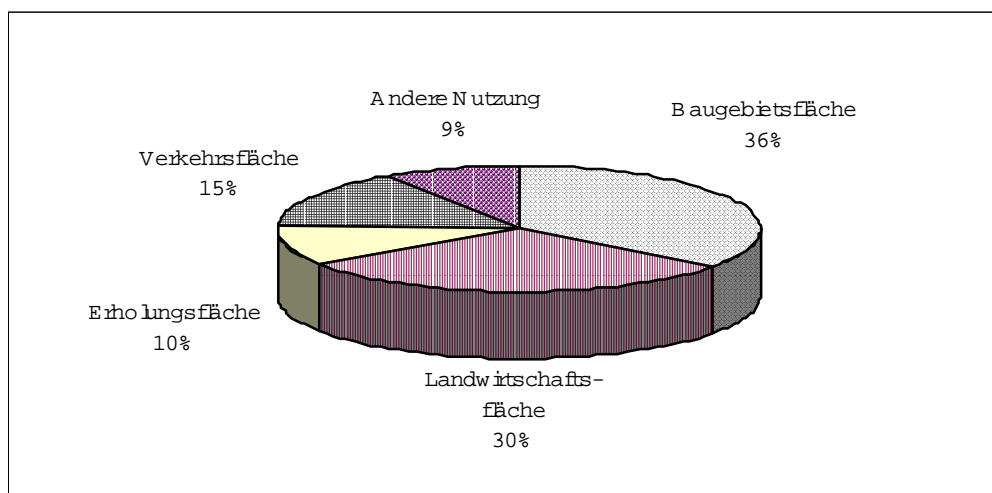
der vorgesehenen Neubaugebiete in Quartiere beabsichtigt. Diese Quartiere sind jedoch voneinander nicht deutlich durch Freiräume abgesetzt, sondern werden lediglich dadurch charakterisiert, daß ein Bedarf an Grünflächen, Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und Einzelhandelsflächen für eine vertiefte gutachterliche Prüfung vorgemerkt wird.

Tab. 5.5: Flächennutzung der Stadt Gaza im Jahre 1994

Nutzungsart	Fläche		Anteil
	in Dunum	m ² /Einw.	in %
1. Baugebietsflächen gesamt:	11.320	37,36	35,2
Davon			
Wohnbaufläche	8.600	28,36	26,8
Handelsfläche	2.000	6,6	6,2
Dienstleistungseinrichtungen	300	1	0,9
Verwaltungseinrichtungen	300	1	0,9
Institutionen	120	0,4	0,4
2. Landwirtschaftsfläche	9.800	32,34	30,4
3. Erholungsfläche insgesamt	3.330	10,99	10,3
Davon:			
Parks, Strand	3.000	9,9	9,3
Sportflächen	30	0,1	0,1
Friedhöfe	300	0,99	0,9
4. Verkehrsfläche	4.800	15,84	14,9
5. Andere Nutzung	2.950	9,74	9,2
Total	32.200	106,27	100

Quelle: PNA, MOPIC, 1995, S.56

Abb. 5.8: Die Landnutzung in der Stadt Gaza, in %, 1994



Quelle: Verfasser nach Tabelle 5.4

Aus Tabelle 5.5 sind die verschiedenen Flächennutzungen für Gaza-Stadt aufgeführt. Die Flächennutzungsarten sind in die fünf Hauptkategorien [vgl. Abb. 5.8]: Baugebietsflächen, Erholungsflächen, Landwirtschaftsflächen, Verkehrsflächen und Flächen mit anderer Nutzung unterteilt.

Die einzelnen Flächennutzungen sind in den folgenden Abschnitten näher erläutert.

5.4.1 Baugebietsflächen

5.4.1.1 Wohnbaufläche

Die Wohnbaufläche ist mit 8.600 Dunum die zweitgrößte Fläche bezogen auf die gesamte bebaute Fläche in der Stadt Gaza, wobei es keine reinen Wohnbaugebiete gibt, die eine besondere oder bestimmte Struktur oder Nutzung aufweisen; es sind Mischgebiete. Die meisten Wohnbaugebiete weisen mehrere Wohnhaustypen und Nutzungsarten aus; viele Wohnhäuser sind gleichzeitig auch anderen Nutzungen gewidmet, etwa Ladengeschäfte, kleinere Werkstätten und anderes:

- Einfamilienhaus
- Mehrfamilienhaus
- Einfamilienhaus mit Läden und Geschäften oder Garagen im Erdgeschoß
- Mehrfamilienhaus mit Läden und Geschäften oder Garagen im Erdgeschoß
- Flüchtlingslagerbehausung

Der Anteil der Wohnbaufläche an der gesamten Bodennutzung hat insbesondere unmittelbar nach dem Oslo-Abkommen (1994) zugenommen. Die Strukturen der Wohnbaufläche zeichnen sich u.a. durch folgende Kriterien aus:

- Die Zunahme der vertikalen Bauweise aufgrund der enormen Nachfrage nach Wohnraum als Folge des Bevölkerungszuwachses, insbesondere nach der Rückkehr vieler Palästinenser zugleich mit der Autonomiebehörde.
- Der Einfluß von öffentlichen sowie privaten Wohnungsbauprojekten und der damit verbundene Zusammenhang mit der Bodennutzung auf die Entwicklung der Stadt.
- Der Zuwachs der Wohnflächennutzung auf Kosten anderer Nutzungsarten, insbesondere der Landwirtschaft, aber auch von Freiflächen.
- Die dichte und enge Bebauung besonders in den älteren Stadtvierteln auf Grund des zunehmenden Bedarfs an Wohnraum. Dem wachsenden Raumbedarf durch Familienzuwachs stehen zu wenige und zu kleinflächige

Baugrundstücke gegenüber. Das ist Ursache der ständig steigenden Grundstückspreise.

- Besonders in den gut entwickelten Wohnstadtvierteln, wie Rimal, Naser und Scheikh-Iglien, wo es frei stehende Wohnhäuser und Villen gab, wurde die Nachfrage an Bauland für den Bau von Hochhäusern für kommerzielle Zwecke sehr groß.
- Die hohen Mietpreise in den neuen Stadtgebieten, insbesondere nach der Rückkehr vieler Palästinenser und Angehöriger des Autonomiepersonals mit ihren Familien.
- Laut Angaben der Gemeinde wurden viele Wohnbauten ohne Genehmigung gebaut, und somit widersprechen diese den Bauvorschriften und Gesetzen. Ihre Anzahl beläuft sich bis 1994 auf 7.000 bis 10.000 Wohneinheiten [PNA, MOPIC, 1995, S. 34].

5.4.1.2 Flächen für Handel

Etwa 2.000 Dunum Handelsflächen sind um die Hauptstraßen der Stadt, meistens in Wohngebieten und anderen Nutzungsflächenarten, vorhanden. Sie sind zu unterteilen in:

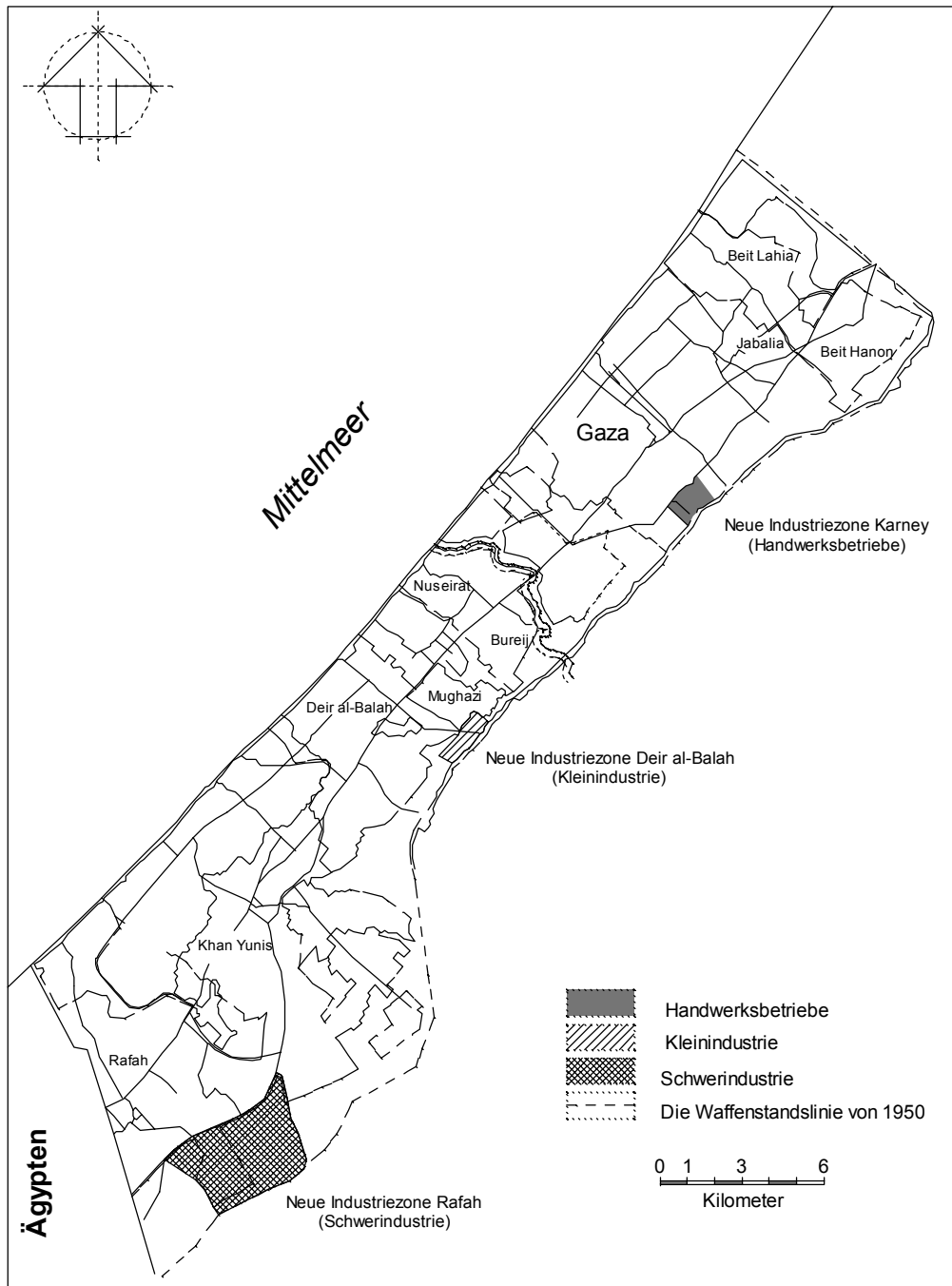
- Bazar (Suq): alte Handelsplätze, wo die Leute ihre Waren für den täglichen Bedarf kaufen, wie etwa Obst und Gemüse, etc..
- Besondere Handelsgassen (Fachmärkte) finden sich im Altstadtzentrum, dort kann man jeweils bestimmte Waren erwerben, etwa Schmuck und Juwelen.
- Handelsstraßen: Mischung aus Läden, Geschäften und Büros, besonders in der Omar-al-Mukhtar Straße entlang der Altstadt und bis zum Platz des Unbekannten Soldaten, der al-Wehda-Straße, der al-Naser-Straße und der Jamal-Abdel-Nasser-Straße (ehem. al-Talatini-Straße) [vgl. Abb. 5.4].
- Handelszentren: wie in der Altstadt, wo es viele Dienstleistungen und öffentliche Einrichtungen gibt und entlang der Hauptachsen in Omar-al-Mukhtar und al-Wehda-Straße.
- Es gibt auch Märkte, die wöchentlich stattfinden. Der Freitags- und Samstagmarkt zieht Besucher aus dem gesamten Gazastreifen an, die sich dort mit Waren aller Art versorgen. Diese Märkte decken mehr als 70% des Bevölkerungsbedarfs.

5.4.1.3 Industrie- und Gewerbeflächen

Industrie- und Gewerbeflächen sind auf viele Stadtgebiete verteilt, unter anderem:

- Karkash-Gebiet "um die Altstadt" herum.
- Asqula-Gebiet: auch im Umkreis der Altstadt und entlang der Salah ad-Din-Straße. Eine Regionalstraße dient als Übergang und verbindet die Städte im Gazastreifen und ist Ansammlungsort für Werkstätten, Garagen, Lagerstätten und Tankstellen.

Abb. 5.9: Zukünftige Industriezonen im Gazastreifen



Quelle: MOPIC, 1998, S. 16, vom Verfasser bearbeitet u. gezeichnet

Die beiden Gebiete lagen früher außerhalb des Altstadtzentrums (Stadtkern). Nach dem Wachstum der Stadt in West- und Südrichtung, blieben diese Industrie- und Gewerbeflächen erhalten und liegen somit inzwischen innerhalb der Wohngebiete.

Die Sektoren von Industrie und Gewerbe gliedern sich in:

Schwerindustrie und Betriebe mit umweltschädigenden Emissionen

Diese Arten von Industrie findet man um das Altstadtgebiet (Stadtkern) und in der Nähe der östlichen Stadtgrenze. Durch sie entstehen den hohen Lärmimmissionen und Verunreinigungen von Luft und Wasser (z.B. Metallindustrie, Ziegel- und Keramikindustrien). Für die Unterbringung solcher Industriearten werden auf einer Fläche von 1.650 Dunum neben dem Flughafen von Gaza südlich der Stadt Rafah Kapazitäten bereitgestellt. Durch die Umsiedlung störender Industrie und Gewerbe aus der Altstadt werden freie Flächen entstehen, die für den Handel, für Erholungszwecke, Parkflächen sowie soziale Infrastruktur genutzt werden sollten.

Kleinindustrie

Diese Arten von Werkstätten und Industrie mit weniger Schadstoff- und Lärmentwicklung, wie Bekleidungs- und Lebensmittelindustrie, können auch in Wohngebieten untergebracht werden. Trotzdem wird zusätzlich ein Industriegebiet für die zukünftige Entwicklung auf einer Fläche von 850 Dunum als Privatbesitz östlich von Deir al-Balah bereitgestellt.

Handwerk

Handwerksbetriebe sind in den Wohngebieten wie auch in den Handelsgebieten zu finden. Im Masterplan von Gaza werden diese nach Karney, einem Industriegebiet östlich der Stadt Gaza mit ca. 1.250 Dunum Fläche, verlagert [MOPIC, 1998].

5.4.1.4 Öffentliche Verwaltungseinrichtungen, Dienstleistung und Institutionen

Folgende Einrichtungen sind in Gaza von Bedeutung:

- Verwaltungseinrichtungen:

Regierungsgebäude, Polizeistationen, Ministerien, UN-Einrichtungen, Haftanstalten.

Sie umfassen eine Fläche von ca. 300 Dunum und sind auf verschiedene Gebiete verteilt. Viele (wie Ministerien) sind in angemieteten Wohnhäusern untergebracht.

- Öffentliche Dienstleistungen

Das sind Einrichtungen, die für die Bereiche Bildungs-, Kultur-, Gesundheitswesen usw. benutzt werden. Beispiel dafür sind die Universitäten, Kulturzentren und Krankenhäuser.

- Flächen für den Gemeinbedarf

Flächen für den Gemeinbedarf versorgen die Wohnviertel mit Schulen, Moscheen, Kindergärten usw.. Mit einer Fläche von ca. 300 Dunum verteilen sie sich in den verschiedenen Wohnvierteln planungslos; viele Wohnviertel sind dabei jedoch unterversorgt.

5.4.2 Landwirtschaftsflächen

Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Gaza-Stadt betrug 1994 ca. 9.800 Dunum und steht bei den Flächennutzungsarten an zweiter Stelle. Die Fläche ergibt sich u.a. aus zahlreichen kleineren Flächen, die meist zwischen den Wohngebieten liegen. Diese Landwirtschaftsflächen zwischen Wohnungsbauf lächen sind mit dem Umland und der freien Landschaft vernetzt. Die Einbeziehung der Natur in die Stadt dient zur Ökologisierung der Stadt und sollte in der zukünftigen Stadtentwicklung erhalten bleiben.

Die Landwirtschaftsfläche nimmt jährlich ca. 4.3% zugunsten der bebauten Fläche ab [PNA, MOPIC, 1995, S. 55]. Die Inanspruchnahme bisher unbebauter Flächen wird mit höheren Neubauraten unausweichlich, da sie durch Ergänzung des Bestandes oder die "Innenentwicklung" allein nicht zu erreichen sein werden.

Dieser Widerspruch zwischen der „Einbeziehung der Natur in die Stadt“ und der notwendigen „Verdichtung der Bebauung für die gewachsenen Bevölkerungszahlen“ stellt ein ernstes Problem bei der Stadtentwicklung dar und darf nicht vernachlässigt werden.

5.4.3 Grünflächen, Erholung

Die Anordnung von Grünflächen innerhalb der Stadt führt, außer zu einer Untergliederung der Bauflächen, auch zu einer Regulierung des Kleinklimas (Abkühlung, Erhöhung der Luftfeuchtigkeit) und kann - bei entsprechendem Bewuchs - ferner zur Verringerung der Strömungsgeschwindigkeit, zur Beeinflussung von Luftbewegungen und zum Schutz vor Winden beitragen.

Gaza-Stadt leidet unter mangelnden Grün- und offenen Flächen. Einige freie Flächen, die sehr wichtig für die zukünftige Planung der Stadt und ihre Entwicklung wären, werden von Abfall, Schmutz- und Abwasser belegt.

In der Stadt gibt es 3 Parks mit einer Fläche von ca. 35 Dunum in der Nähe von Natur- und Landwirtschaftsflächen, die nicht öffentlich benutzt werden. Die größte Erholungsfläche ist das 3.000 Dunum große unterentwickelte Küstengebiet.

Es gibt 7 Friedhöfe mit ca. 300 Dunum in Gaza. Ein weiterer Friedhof wurde 1995 anstelle der alten Friedhöfe von der Gemeinde östlich außerhalb der Stadtgrenze mit einer Fläche von 120 Dunum errichtet.

5.5 Infrastrukturversorgung

Die mangelhafte Infrastrukturversorgung sowohl im Bereich der technischen Infrastruktur, als auch der sozialen Dienste, gehört zu einem großen Teil zum Erbe der Besatzungszeit und damit zu den Aufgaben für die Zukunft.

5.5.1 Technische Infrastruktur

5.5.1.1 Wasser, Abwasser, Abfallbehandlung

Wasserversorgung und Trinkwasserqualität

Der Verlust der Wälder ist weniger forstwirtschaftlich als vielmehr ökologisch bedenklich, da die mangelnde Fähigkeit des unbewaldeten Bodens, Niederschlagswasser zu absorbieren und somit das Grundwasser zu speisen, den ohnehin drastischen Wassermangel in den besetzten Gebieten verschärft [vgl. Kap. 2.0].

Die Trinkwasserqualität wird auch durch den hohen Chloridanteil von 1.200 mg/Liter und einen Nitratanteil von 200 mg/Liter beeinträchtigt. Das Wasserverteilungssystem der Gemeinden besteht aus Brunnen, Pumpstationen, Wasserkanälen, Staubecken, Wasserleitungen und unterirdischen Wasserreservoirs. Sie versorgen ca. 90% der städtischen und 60% der ländlichen Siedlungen, sowie die Flüchtlingslager.

Abwasserbehandlung

Laut statistischen Angaben von 1998 sind ca. 51,5% der Haushalte an das Abwassernetz angeschlossen, der Rest von 48,5% haben Sammelgruben oder offene Abwasserkanäle, die katastrophale Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt haben [PCBS, Sept. 1999, S. 43].

80% der Haushalte von Gazastreifen sind in Gaza-Stadt und in der Nord-Muhafaza an das Abwassernetz angeschlossen im Vergleich zu 10% der Haushalte von Rafah. Viele Flüchtlingslager wie Schati, Nuseirat, Bureij und

Mughazi haben offene Abwasserkanäle, die, wie ein Drittel der Abwassermenge von Gaza-Stadt ins Meer münden [Abu-Safiah, Y., 1995, S. 28].

Das bestehende Abwassernetz sowie die Abwasserbehandlungssysteme sind dringend überholungsbedürftig, um es intakt zu halten bzw. auszubauen (z.B. Wegfall der offenen Kanalisation!). 1995 waren nur ca. 25% des Abwassernetzes an Behandlungsstationen angeschlossen [PNA, Habitat, 1994, S. 69]. Das Wasser ist aufgrund der ungenügenden Behandlung nicht wieder zu verwenden. Aufgrund der unzureichenden Abwassersysteme sind erhebliche Umwelt- und gesundheitliche Probleme entstanden.

- die Verschmutzung der Grundwässer besonders in der Nord-Muhafaza vom Gazastreifen auf Grund der überfüllten Ansammlungsbecken. In den regenreichen Monaten (z.B. Winter 1990/91) werden Landwirtschaftsflächen überschwemmt. Durch diese Überschwemmungen sind auch die nahegelegenen Siedlungen bedroht (1990/91 waren die Flutwasser nur noch 1 Kilometer von den Siedlungen entfernt).
- Überflutungen der Abwasserkanäle innerhalb der Städte gehören zum Straßenbild.
- Das Abpumpen des Abwassers ins Meer wirkt sich schädlich auf die Meeresökologie und damit auch auf den Fischfang aus.
- Störende Geruchsbelästigungen, aber auch manifester und gesundheitsgefährdender Schädlingsbefall (Insekten, Ratten, etc.) werden vor allem im Sommer durch mangelhafte Abwasserbehandlung verursacht.

Unter diesen unhygienischen Bedingungen leiden insbesondere Menschen in den dicht besiedelten Gebieten, vor allem die Kinder. Zahlreiche Erkrankungen wurden auf ungenügende Abwasserbeseitigung bzw. -behandlung zurückgeführt [Abu-Safiah, Y., 1995, S. 29].

Abfallbehandlung und -beseitigung

Die Gemeinde von Gaza verfügt über den größten Verwaltungsapparat für die Abfallentsorgung im Gazastreifen. Der Abfall wird meist in zu viel Spezialbehältern ohne Trennung auf der Straße gesammelt. Diese Behälter sind oft nicht ausreichend, so daß die Anwohner ihren Abfall auf die Straßen schütten bzw. vor den Haustüren absetzen. Ein anderer Weg ist die Sammlung der Abfälle von Haus zu Haus durch Reinigungskräfte der Gemeinde oder durch Verwendung von privaten Karren. Der Transport der Abfälle in die Deponien erfolgt durch LKW.

Die Abfälle werden ohne weitere Verarbeitung zur endgültigen Deponierung transportiert und gelegentlich verbrannt. In Gaza-Stadt fielen im Jahr 1995 täglich ca. 333 Tonnen an [PNA, MOPIC, 1995, S. 132].

Die Deponieplätze in der Stadt Gaza sowie in Gazastreifen sind offen und unterliegen keiner sachkundigen Kontrolle. Sie sind ungeeignet und ohne jegliche Art von Abdichtung. So wird der Müll frei gelagert, teilweise verbrannt oder vergraben. Diese Müllplätze sind in der Regel nicht weit von den Siedlungen entfernt und liegen oft nahe am Mittelmeer.

5.5.1.2 Energieversorgung

Die Stadt Gaza wurde im Jahr 1935 während der britischen Mandatszeit von der Rotenberg-Firma mit Strom versorgt, an die auch die Militärstützpunkte in Khan Yunis und Deir al-Balah angeschlossen waren. Während der ägyptischen Verwaltungszeit von 1948 bis 1967 wurde ein Stromkraftwerk mit einer Kapazität von 1.050 KW errichtet. Nach dem Krieg von 1967 wurde dieses Kraftwerk von den Israelis zerstört und viele Gebietsteile vom Gazastreifen mit der Israel Electric Company (IEC) verbunden [MOPIC (PEC), 1995, S. 1].

Zwischen 1968 und 1970 wurde der ganze Gazastreifen mit der IEC verbunden. Die Energieversorgung hat sich bis 1993 zunehmend verbessert, ist aber immer noch unzureichend. Die Stromgebühren werden aber von den Gemeinden eingenommen.

Die palästinensische Autonomiebehörde (PNA) hat 1994 mit der Planung der Errichtung eines Kraftwerkes mit 240 MW Leistung begonnen. 1970 waren nur 30% der Haushalte mit Elektrizität versorgt, 1991 bereits 85% und 1998 ca. 99,6%. 1991 betrug der Stromverbrauch pro Einwohner 680 kWh (Jordanien: 1.130 kWh). Die IEC, ganz im Besitz der israelische Regierung, ist Hauptstromlieferant für die Autonomiegebiete [Munzinger-Archiv, 1997, S. 7].

Die Einsparung von fossiler Energie für Kühlung, Heizung und Warmwasserbereitung ist eine der dringlichsten Zielsetzungen des umweltschonenden Bauens. Anzustreben ist der Einsatz von Sonnenkollektoren für Warmwasserbereitung und für Heizzwecke im Winter. Gleichzeitig ist auch auf die optimale Ausrichtung der Gebäude zu achten.

5.5.1.3 Transport und Verkehr

Straßenverkehr

Der Straßenverkehr ist das Haupttransportsystem in Gaza-Stadt und im Gazastreifen. Das Straßennetz ist mangelhafter, als man es von einer Region mit vergleichbarem Verkehrsaufkommen erwartet. An das moderne, gut ausgebaute Straßennetz zur Verbindung der israelischen Siedlungen mit großen Städten in Israel sind rein palästinensische Ortschaften oftmals nicht angeschlossen. Somit dienen diese Straßen, obgleich Palästinenser sie befahren dürfen, de facto ausschließlich den jüdischen Siedlern.

Wie schon in Abschnitt 5.3.1.1. „Altstadtstrukturen“ kurz angedeutet, besteht das vorhandene Straßennetz in der Stadt Gaza aus 3 Hauptstraßen in Ost-West Richtung (Omar-al-Mukhtar Straße, al-Wehda-Straße und Jamal Abdel-Nasser (ehem. al-Talatini) Straße). Diese Straßen werden von 3 Hauptstraßen in Nord-Süd-Richtung (al-Naser-Straße, al-Jalaa-Straße und Bour-Saied-Straße) gekreuzt.

Der Anteil der Verkehrsfläche beträgt ca. 15% der gesamten Flächennutzung in der Stadt Gaza [vgl. Tab. 5.5]. Der Anteil ist im Vergleich zu den internationalen Normen von 25-30% relativ niedrig [PNA, MOPIC, 1995, S. 77].

Der öffentliche Verkehr ist sehr beschränkt und wird im Gazastreifen von einer einzigen Bustransportfirma getragen. Diese arbeitet mit 38 Bussen auf 5 Verkehrslinien zwischen Gaza und den Städten im Süden des Gazastreifens. Kleinere Busfirmen, die nicht für den öffentlichen Verkehr zugelassen sind, werden von den Bewohnern für private Ereignisse und Touren in Anspruch genommen.

Der individuelle Personenverkehr wird durch Taxis und private Fahrzeuge bedient. In den Zeiten der Sperrung der Grenze nach Israel werden vermehrt private Fahrzeuge zur Beförderung von Personen im innerstädtischen Verkehr eingesetzt. Dies wird gleichzeitig auch als zusätzliche Einkommensquelle von der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen genutzt.

Laut Angaben von 1991 sind ca. 46,5% der Straßen des Gazastreifens unasphaltiert, ca. 41,5% sind fast geebnet mit weniger als 5 m Breite [Abu-Safiah, Y., 1995, S. 33].

Die Gesamtlänge des Straßennetzes in der Stadt Gaza lag im Jahre 1994 bei 200,5 km (ca. 24% der damaligen Gesamtstraßenlänge des Gazastreifens), davon waren 141,5 km asphaltierte Straßen (70,6%), 48 km unbefestigte Straßen (23,9%) und der Rest von 11 km für den Schienenverkehr (5,5%) bestimmt [Abu-Tawila, J., 1988, S. 135].

Eigene Verkehrsstatistiken für Gaza-Stadt liegen dem Verfasser nicht vor, doch ergeben die Daten für den Gazastreifen insgesamt hierfür ein repräsentatives Bild. Im Gazastreifen sind im Jahr 1991 ca. 25.000 Kraftwagen registriert, davon 70% älter als 10 Jahre. Im Jahre 1995 stieg ihre Zahl auf 36.000 [MOPIC, Mai 1995, S. 46].

Das Verkehrsaufkommen auf 4 Kreuzungen der Omar al-Mukhtar und Al-Wehda-Straßen im Zentrum von Gaza wurde von MOPIC (1995) vormittags (9-11 Uhr) gezählt und mit einer anderen Statistik der PCBS an gleicher Stelle und während des Tages zwischen Januar bis März 1995 verglichen. Es ergab sich folgendes:

- das durchschnittliche Verkehrsaufkommen betrug 1.250 Fahrzeuge pro Stunde bei einer Verkehrskapazität von 1.800 Fahrzeugen pro Stunde.
- Der Anteil der LKWs betrug 10% des gesamten Verkehrsaufkommens.

Das Verkehrsaufkommen wurde als angemessen im Vergleich zu den Nachmittagsstunden betrachtet. Die eigentlich ausreichende Kapazität der Straßen, gemessen am Verkehrsaufkommen wird jedoch durch vielfache Hindernisse und mangelnde Verkehrsleitsysteme reduziert: Verzögerung von Fahrzeiten, das Fehlen von Ampeln, unregelmäßige Konzentration von Autoparkplätzen, sowie unvorhergesehene Störungen des Verkehrsflusses sind die Folge.

Die Verkehrsprobleme in der Stadt Gaza werden wie folgt beschrieben:

Das Parken am Straßenrand aufgrund des Mangels an Parkflächen - auch durch die Gewohnheit der Bevölkerung, ihre Autos an den Straßenrändern möglichst in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsplätze und Geschäfte abzustellen, selbst wenn es nicht weit davon freie Plätze gibt - vermindert die Straßenkapazität.

Be- und Entladen von Waren sowie Zu- und Aussteigen von Personen bei Taxis und Privatfahrzeugen führen selbst bei kurzer Dauer zu Behinderungen und somit zu Staus.

Die Kreuzungen ohne ausreichende Ausstattung mit Verkehrsleitsystemen - sei es durch Verkehrsampeln, Verkehrsschilder oder Polizei - verursachen Staus und verzögern so die Fahrzeiten.

Der bauliche Zustand, selbst der asphaltierten Straßen im Stadtzentrum, ist schlecht und verbesserungsbedürftig. **Die Wege und Erschließungsstraßen** sind auch technisch sehr schlecht und meist unasphaltiert, besonders trifft dies auf jene zu, die mit der al-Wehda- und Jamal-abdel-Naser-Straße verbunden sind.

Die Fußgängerwege werden häufig, besonders in den Handelsstraßen, durch das Ausstellen der Waren vor den Geschäften noch zusätzlich verengt, so daß die Passanten gezwungen sind, die Straßen zu benutzen. Die Nichtzuweisung von

Fußwegbereichen auf den Hauptstraßenseiten führt zu Behinderungen des Straßenverkehrs und zu vielen Unfällen.

Nicht zuletzt verursacht der Verkehr Umweltprobleme, etwa Umweltverschmutzung durch Staub und Abgase, insbesondere in innerstädtischen Wohngebieten. Auch der im innerstädtischen Bereich verursachte Lärm vermindert die Wohnqualität und das Wohlbefinden der Bewohner.

Luftverkehr

Mit Beginn der Selbstverwaltung wurde mit der Planung und dem Bau des nationalen Flughafens von Gaza begonnen, was aber immer wieder Fragen des politischen Status der Autonomiegebiete aufwarf, da ein Flughafen unter palästinensischer Kontrolle für Israel zu viel Autonomie demonstriert. Das Problem liegt in der Sicherheitsfrage. Israel behält die Kontrolle über alle internationalen Grenzübergänge bis zum Abschluß der End-Status-Verhandlungen.

Der Bau der 2.700 m langen Rollbahn für den Gaza Flughafen ist im Juni 1996 fertiggestellt worden; die Bauarbeiten an den Terminalgebäuden sind bereits abgeschlossen. Palestine Airways, ein Zweig der Palestinian Civil Aviation Authority, erwartet die Lieferung von 2 Fokker-50-Jets, die von den Niederlanden gestiftet werden. Der Flughafen wurde im November 1998 eröffnet. "Gaza International Airport" verbindet den Gazastreifen mit der Welt und den Hauptstädten der arabischen Welt wie Kairo und Amman. Zu einem späteren Zeitpunkt sollen Flüge nach Beirut, Damaskus und in die Golfstaaten folgen. Seit Ausbruch der 2. Intifada am 28. September 2000 steht der Flughafen als Maßnahme und Druckmittel gegen die Palästinenser still. Inzwischen wurden die Start- und Landebahnen durch israelische Bulldozer zerstört.

Eisenbahnverkehr

Der Schienenverkehr, der während der ägyptischen Verwaltungszeit von großer historischer Bedeutung war, existiert heute nicht mehr. Nach 1967 wurde die Linie zunächst außer Betrieb gesetzt, später ganz eingestellt. Die Wiedereinrichtung des zurzeit stillgelegten Eisenbahnnetzes empfiehlt sich auch aus wirtschaftlichen Gründen sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr (Tourismus, Entlastung des Straßenverkehrs, etc.). Hier ist zu empfehlen, die alte stillgelegte Strecke wieder zu reaktivieren und auszubauen. Dies wäre vorteilhafter als eine neue Strecke bereitzustellen, da eine solche u.a. Fragen der Verfügbarkeit von Staatsland sowie die Probleme der Eigentumsverhältnisse mit sich bringen würde.

Eine umfassende und detaillierte Studie soll die Erfolgschancen einer Reaktivierung der alten Regionalstrecke zwischen Nord und Süd prüfen, sonst wird die Strecke für den nationalen Verkehr genutzt.

Schiffsverkehr

Gaza ist der einzige Hafen in den besetzten Gebieten, dessen Bedeutung jedoch aufgrund des Rückgangs der lokalen Fischindustrie seit der Besetzung zurückging.

Der neugeplante Hafen in Gaza wird die Entwicklung der palästinensischen Autonomiegebiete fördern. Die Verzögerung der sog. Endverhandlung des Friedensprozesses durch die Israelis macht den Baubeginn des Hafens ungewiß.

5.5.2 Soziale Infrastruktur

5.5.2.1 Bildungswesen

1957 wurde gemäß der arabischen Liga zur Vereinheitlichung des Bildungswesens in allen arabischen Ländern eine Bildungsreform durchgeführt. Kern der Reform war die Einführung des 6-3-3 Jahresmodells, bestehend aus 6 Jahren Grundschule, 3 Jahren Mittelschule und 3 Jahren Sekundarschule. Im Gazastreifen, wo das Bildungssystem an das ägyptische Bildungssystem angelehnt ist, ist die Regelung der Schulpflicht bei diesem 6-3-3 Modell geblieben [Al-Refaei, I., 1999, S. 64 u. 91].

Während die Strukturen im Bildungsbereich vor der Autonomie dem jordanischen (für die Westbank) bzw. ägyptischen System (für den Gazastreifen) entsprachen, lag die tatsächliche Kontrolle über Schulen und Hochschulen sowie die Finanzierung des staatlichen Bildungswesens in den Händen der israelischen Regierung. Der Einfluß der israelischen Regierung blieb auch nach 1994 durch ständige Veränderung der Lehrstoffe nicht aus.

Als Folge der historischen Entwicklungen hat Palästina traditionell hauptsächlich drei Trägerschaften des Bildungswesens. Diese verteilen sich auf:

- den staatlichen Bereich (Erziehungsministerium, Hochschulministerium)
- den privaten Bereich
- seit 1950 existiert die UNRWA als weiterer Träger (für Flüchtlinge)

Das Bildungsniveau der staatlichen Schulen weist erhebliche Mängel (ungenügende Räumlichkeiten, schlecht ausgebildete Lehrer, antiquierte Lehrmethoden und -materialien) auf. Privatschulen werden meist von christlichen

oder islamischen Körperschaften geleitet und vermitteln auch "weltliche" Bildung von recht hohem Standard. Dieser Schultyp ist jedoch nur Kindern wohlhabender Familien vorbehalten. Mehr als 60% der Schulkinder in den besetzten Gebieten besuchten 1991 staatliche Schulen. Auch die UNRWA unterhält Schulen, die von ca. 31% der Schüler besucht werden. Lediglich 8% besuchen Privatschulen. Im Schuljahr 1993/94 (im Gazastreifen) gab es ca. 232.194 Schüler in insgesamt 5.442 Klassenräumen. Das bedeutet ca. 43 Schüler pro Klasse, von denen 107.161 Schüler in staatliche, 112.001 in UNRWA- und 13.032 in andere Schulen gingen [MOPIC, Mai 1995, S. 15].

Die insgesamt 8 Universitäten (6 in der Westbank, 2 im Gazastreifen) wurden 1991/92 laut Angaben des Higher Education Council (HEC) von 16.368 Studenten (davon 40% weiblich) besucht. Die Hochschulen sind nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern auch Symbole des politischen Widerstandes gegen die Besatzungsmacht und dementsprechend häufig Repressionen seitens der israelischen Regierung ausgesetzt. Von 1979 bis 1988 wurden sie auf Anordnung der Regierung zeitweise, seit Beginn der Intifada bis 1992 durchgehend geschlossen. Die Birzeit Universität (Westbank) wurde als letzte im April 1992 wieder geöffnet.

In der Stadt Gaza waren in der Islamic University of Gaza im Studienjahr 1998/99 9.272 Studenten eingeschrieben, davon 3.999 weibliche und 5.273 männliche. In der al-Azhar University waren 12.302 Studenten eingeschrieben; davon 4.728 weibliche und 7.574 männliche. Das Education College war mit 3.000 Studierenden die kleinste; von den Studenten waren 1.920 weiblich und 1.080 männlich [PCBS, 1999, S. 177].

5.5.2.2 Kommunikation

Für den Ausbau und die Entwicklung der Kommunikation in den Autonomie-Gebieten wurde im Jahre 1996 die Paltel (Palestine Telecommunications Company) gegründet. Die Paltel hat ihre Arbeit im Januar 1997 für die nächsten 10 Jahre aufgenommen.

Die Gesellschaft deckte 1997 nur fast ein Viertel der insgesamt 112.083 Anträge auf einen Telefonanschluß ab, 1998 bereits die Hälfte der 107.230 Anträge.

5.5.2.3 Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen wird von verschiedenen Institutionen getragen. Die CA (Civil Administration) versorgte bis 1974 die Bewohner der besetzten Gebiete, mittlerweile werden nur noch Beamte der CA bzw. der Kommunalverwaltung unentgeltlich versorgt.

Die UNRWA versorgt ca. 940.000 palästinensische Flüchtlinge unentgeltlich. Private karitative Hilfsorganisationen übernehmen neben der Behandlung von Patienten auch die Organisation von Informationsveranstaltungen in wichtigen Vorsorgebereichen. Der israelische staatliche Gesundheitsdienst weist enorme Defizite auf: Staatskrankenhäuser sind meist nur 1 oder 2 Tage pro Woche komplett mit Personal besetzt, zudem ist die Anzahl der Betten in diesen Krankenhäusern seit 1967 weitgehend unverändert geblieben.

Die UNRWA betreibt 33 Tageskliniken in der Westbank und neun im Gazastreifen sowie ein Krankenhaus mit 34 Betten. Rund ein Drittel der Mediziner in den besetzten Gebieten arbeiten für Hilfsorganisationen bzw. für kommerzielle Privatkliniken. In kommerziellen Privatkliniken können sich nur wenige Palästinenser behandeln lassen, da die Behandlung hier sehr teuer ist. Ansteckende Kinderkrankheiten sind stark zurückgegangen, während Krankheiten des Magen- und Darmtraktes sowie Infektionen der Atemwege im Gazastreifen immer noch häufig vorkommen und Hauptursache der Kindersterblichkeit sind. In den Flüchtlingslagern werden ebenfalls Atemwegs- aber auch Hautinfektionen aufgrund der mangelhaften hygienischen Bedingungen in den Lagern gemeldet. Die Lebensmittelversorgung ist quantitativ ausreichend, die Ernährung jedoch z.T. recht einseitig (u. a. Eisenmangel).

Tab. 5.6: Zahl der Kliniken in Gazastreifen nach Betten, 1994

Med. Fachrichtung	Anzahl	Status	Bettenzahl
Allgemein	2	Staatlich	592
Allgemein	1	Nichtstaatlich	80
Fachkliniken	2	Nichtstaatlich	140
Psychosomatik	1	Staatlich	34
Total	6	(je 3)	846

Quelle: MOPIC 1995, S. 78

Medizinische Einrichtungen: 3 staatliche Krankenhäuser und 3 nichtstaatliche in Gazastreifen: 846 Betten (1994); 165 staatliche "health care clinics" in den palästinensischen Gebieten. Insgesamt beschäftigt der staatliche Gesundheitsdienst 685 Ärzte und 1.556 Krankenschwestern [vgl. Tab. 5.6]. Das medizinische Personal der UNRWA besteht aus 61 Mediziner in der Westbank und 82 Mediziner im Gazastreifen. Für Hilfsorganisationen bzw. kommerzielle Privatkliniken sind 720-750 Personen tätig.

6.0 DIE WOHNSTITUATION IN DER REGION GAZA

6.1 Die vorhandenen Wohnhaustypen und Wohnformen

Wie andere Städte der Welt weist Gaza viele Haustypen auf, die u.a. das wirtschaftliche, kulturelle und soziale Niveau der Bewohner widerspiegeln. Die Haustypen in Gaza können bei Betrachtung ihrer äußeren und inneren Gestaltung folgendermaßen unterschieden werden:

6.1.1 Formen des arabischen Wohnhauses

A. Das traditionelle arabische Wohnhaus (Hofhaus)

Dieser Wohnhaustyp ist (mit allen seinen Eigenschaften) noch hauptsächlich vereinzelt in der Altstadt von Gaza vorhanden. Er zeichnet sich durch einen großen Innenhof aus, der das Zentrum des Hauses darstellt. Er dient als Erweiterung der ihn umgebenden überdachten Terrassen und der Räume dahinter. Die Außenflächen des arabischen Hauses sind nur durch wenige kleine, vergitterte Öffnungen charakterisiert. Diese Häuser sind aus hellem Sandstein und Lehm gebaut.

Die durch die Introversion des Gebäudes gewonnene Abgeschlossenheit nach außen gestattet das Zusammenrücken der Häuser zu einem engen, gewachsenen Gefüge. Das Abschirmen nach außen gewährt die Privatsphäre und damit den Schutz der Bewohner. Gleichzeitig wahrt sie die Unantastbarkeit des häuslichen Lebens, die im gesellschaftlichen Leben der arabischen Bevölkerung traditionell von großer Bedeutung ist. Eine Trennung in der Grundrißgestaltung des Hauses in Trakte für Männer und Frauen gehört zu den Hauptelementen des arabischen Hauses. Deshalb gibt es in jedem Haus Bereiche, die für Besucher nicht zugänglich sind.

Durch veränderte Lebensbedingungen löst sich diese festgefügte Form teilweise auf: die Baugestalt, das Zusammenleben- und damit wiederum die Lebensform des Einzelnen, der Familie und der Gesellschaft. Neben den natürlichen Bedingungen (Klima, Geographie) sind jedoch auch bestimmte menschliche, soziale und wirtschaftliche Bedürfnisse unverändert geblieben. Dadurch wurde eine Bautradition geschaffen, in der viele Elemente wiederkehren.

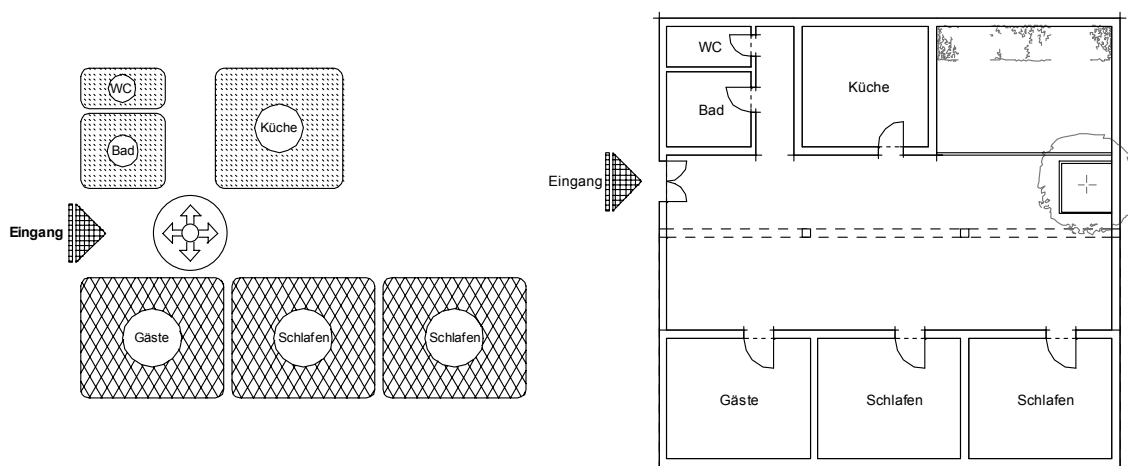
B. Das moderne arabische Wohnhaus

Durch die Einführung moderner Baumaterialien hat sich das neue arabische Wohnhaus entwickelt, auch um die wachsenden Bewohnerbedürfnisse zu erfüllen.

Dieser Haustyp ist überall in Gaza und besonders in den Altstadtgebieten zu finden.

Das neue Wohnhaus besteht aus einer Reihe von zwei bis vier Räumen, die in I-, U oder L-Form an einen überdachten Vorbereich (genutzt u.a. zum Schlafen im Sommer) grenzen. Die Wirtschafts- und Sanitärräume sind entweder in diese Reihe integriert oder auf die gegenüberliegende Seite gelegt worden [vgl. Abb. 6.1]. An Stelle der traditionellen kleinen Tür- und Fensteröffnungen in den Außenflächen sind größere Öffnungen getreten.

Abb. 6.1: Grundriß und Funktionsschema eines modernen arabischen Hauses



Quelle: Eigenes Wohnhaus, vom Verfasser gezeichnet

Die Außenwände mit mehr als 2,5 m Höhe und 20 cm Stärke bestehen aus Zementsteinen. Bei den Außentüren ist die rechteckige Form an die Stelle der Bogenform getreten. Die Gebäude haben i.d.R. eine Bauhöhe von 1-2 Geschossen.

Bild 6.1: Straßenbild nach Entwicklungsprozeß der traditionellen Wohnhäuser in der Altstadt (Schijaia)



Vom Verfasser aufgenommen

Durch die Verbreitung mehrgeschossiger Wohnhäuser wurde die Privatsphäre der Bewohner der traditionellen Wohnhäuser beeinträchtigt. Diese ungewünschte Entwicklung der fehlenden Abschirmung des Innenbereiches des Hauses führte zur Weiterentwicklung der Wohnhäuser. Somit entstand eine Mischung aus traditionellem arabischen Wohnhausgrundriß und modernem Wohngebäude (wie z.B. ein Mehrfamilienhaus, das i.d.R. von einer Großfamilie bewohnt wird). Dieses neue Wohngebäude beherbergt alle Räume unter einem Dach [vgl. Kap. 6.1.4] [vgl. Bild 6.1].

C. Schati (Flüchtlingslager-Typ)

Hier wurden Gebäude (Hütten) als Wohneinheiten aus Zementsteinen gebaut, die mit Zinkblech, Dachziegeln oder Asbest gedeckt sind. Die Türen bestehen aus Blech und Holz, später wurden Stahltüren eingebaut. Jede Wohneinheit, bestehend aus Einzelräumen, wurde für mehrere Familien konzipiert. Jeder dieser Einzelräume wurde von einer Familie bewohnt. Die Familie bestand durchschnittlich aus 7 Personen. Die Armut vieler dieser Bewohner erkennt man an den Außenflächen der Häuser, die mit alten Blech- und Holzverkleidungen versehen sind. Ihre niedrigen Hausmauern, die nur kleine Fensteröffnungen haben, sind stark sanierungsbedürftig [vgl. Bild 6.2]. In diesem Lager gab es 1995 ca. 7.000 Wohneinheiten, die fast alle in schlechtem Bauzustand sind [PNA, MOPIC, 1995, S. 34].

Die vorgenannten Varianten A-C des arabischen Hauses sind im Flüchtlingslager Schati mit ca. 97,5% sehr verbreitet (Stand 1991). Etwa 50% der Häuser in den Wohnvierteln Schijaia, Scheikh Radwan, Sabra, Zeitoun und Daraj weisen ebenfalls diese Typen auf, weiterhin Rimal mit 22%, Naser mit 15% und zuletzt Scheikh-Iglien mit 10% des jeweiligen Wohnhausbestandes [Salha, R., 1994, S. 179].

Bild 6.2: Wohnverhältnisse im Flüchtlingslager Schati



Vom Verfasser aufgenommen

6.1.2 Villenbauten

Die Villenbauten der Stadt liegen überwiegend in den neu geplanten, mit Infrastruktur gut versorgten Gebieten, wie Rimal und Scheikh-Iglien.

Die geringe Wohnungsdichte in den neuen Villengebieten ermöglicht eine großzügige Gestaltung der Baugrundstücke. Moderne Entwürfe für Villenbauten enthalten zumeist auch Außenanlagen, wie z.B. Vorgärten und eine reiche und differenzierte Auslegung der Wohnfläche in Bezug auf die Funktionen der einzelnen genutzten Räume. So gibt es neben der Raumtrennung für Männer und Frauen bzw. Familien- und Gasträumen häufig auch Einrichtungen und Räumlichkeiten für spezielle Zwecke, z.B. Salons, Räume für Empfang und Unterbringung von Gästen auf formeller Basis und Räume für den Empfang enger Freunde. Neben einer großen Küche gibt es oft einen Speiseraum für formelle Gäste und besondere Gelegenheiten. Gewöhnlich sind den Empfangs- bzw. Privatbereichen mehrere Sanitärbereiche zugeordnet.

Villenbauten zeichnen sich zumeist durch niedrige Bauweise mit innenliegenden Treppen aus. Die Außenwände zieren oft kostspielige Materialien, wie etwa Natursteinverkleidungen oder Marmor [vgl. Bild 6.3 u. 6.4].

Bild 6.3: Villa in Rimal, mit Naturstein verkleidet (im Bau)



Vom Verfasser aufgenommen

Bild 6.4: Villa an Straßenkreuzung mit Grüninsel in Rimal-Stadtviertel



Vom Verfasser aufgenommen

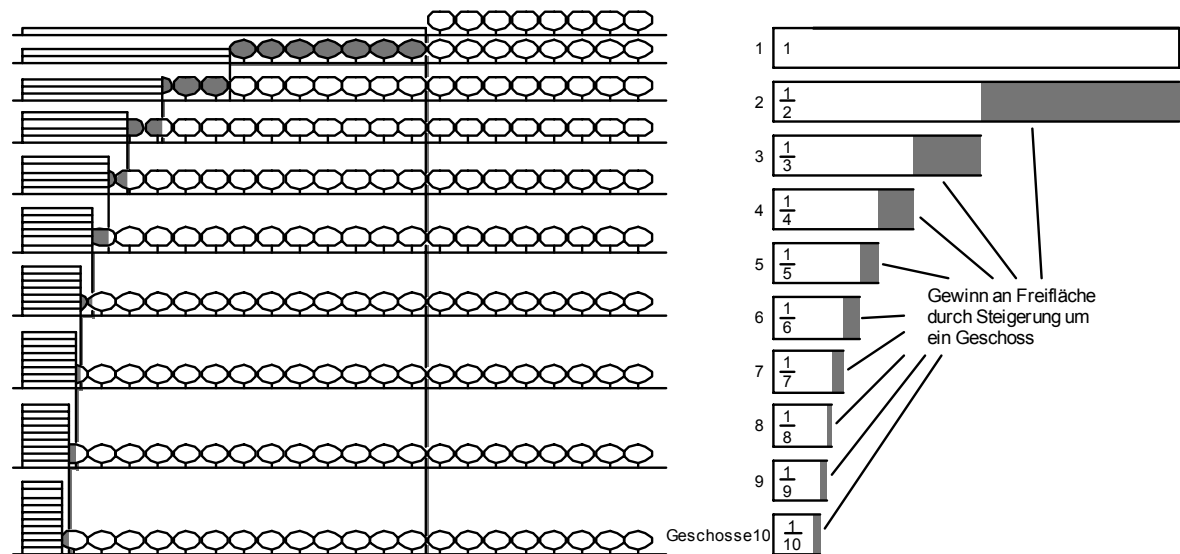
6.1.3 Bambus- und Zeltbehausungen

Diese Art der Behausung wird in der Regel nur von den Beduinen verwendet. Aber auch Familien, deren Häuser von dem israelischen Militär zerstört worden sind, müssen oft auf diese Form als Zwangsbehausung auf Zeit zurückgreifen. Dabei nehmen diese Behausungen verschiedene Gestalten an, darunter sind Zelte aus Textilien, Hütten aus Blech oder Bambus. Sie sind meistens an der Peripherie der Stadt aber auch in manchen inneren Stadtgebieten zu finden.

6.1.4 Moderne Wohngebäude und Hochhäuser

Gegenüber der traditionellen Bauweise mit 1-2 Geschossen werden in neuerer Zeit vermehrt Hochhäuser errichtet. Gemeint sind mehrgeschossige Wohnhäuser einschließlich der Wohngebäude mit 15 m Höhe des letzten Obergeschoßfußbodens bis zur Straßenebene, und nicht weniger als ein Erdgeschoß und vier weitere Obergeschosse; im Volksmund auch "Türme" genannt [PNA, 1994, S. 1]. Die vertikale Bauweise kommt den heutigen Anforderungen aus Gründen schwindender freier Bauflächen und auch der rapide steigenden Grundstückspreise entgegen [vgl. Abb. 6.2]. Durch den enormen Wohnungsbedarf, u.a. auch zur Unterbringung des Personals der Autonomiebehörden, erschien die Hochhausbauweise nach 1994 als geeignetes Mittel zur Milderung des Wohnungsproblems.

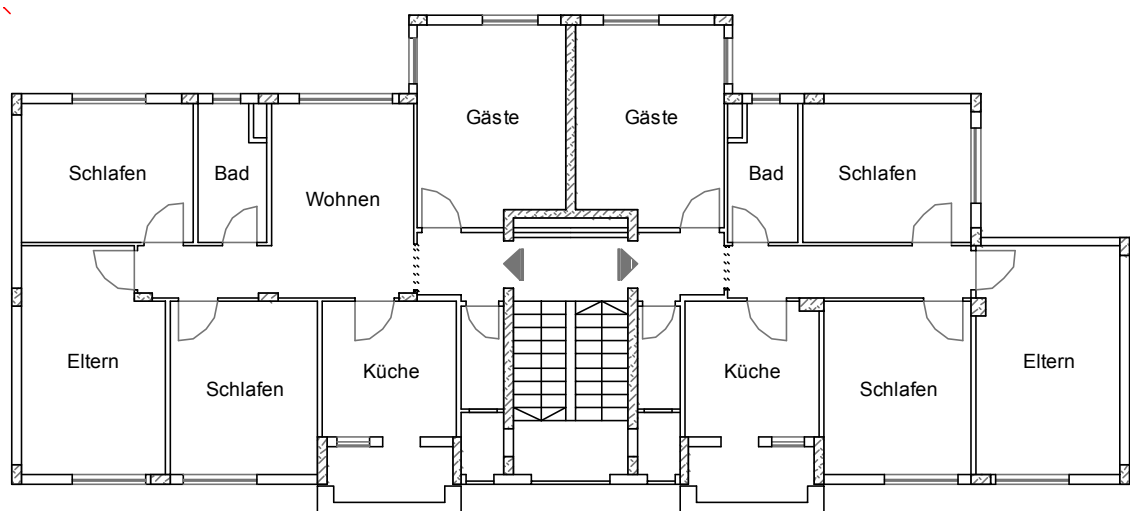
Abb. 6.2: Landverbrauch in Relation zur Stockwerkeanzahl



Quelle: Wittkau, K., 1992, S. 265

Die modernen Wohnhäuser werden nach europäischem Muster gebaut. Der Grundriß der Wohnungen aber ist entsprechend den arabisch-islamischen Sitten entworfen. Der Gastbereich, welcher direkt vom Eingang direkt erreicht werden kann, wurde vom Wohnbereich der Familie gelöst. Zum Gastbereich gehören Gästeraum und Gäste-WC mit Waschbecken. Der eigentliche Familienbereich, einschließlich des Zugangs zur Küche und den Sanitärräumen, kann durch einen separaten Flur betreten werden [vgl. Abb. 6.3].

Abb. 6.3: Grundriß eines modernen Wohnhochhauses



Quelle: PHC-Projekte, vom Verfasser gezeichnet

Die Außenfassaden der modernen Wohnbauten zeigen je nach Entwicklung der Bautechnik verschiedene Gestaltungen. Das ist durch die neuen Technologien und Baumaterialien möglich. Nach den klimatischen Gegebenheiten sollte der

Architekt versuchen, möglichst die Balkone, die Wohnzimmer und die Schlafzimmer an den nördlichen und nordwestlichen Seiten, Küche, WC und Bad dagegen an den südöstlichen und östlichen Seiten anzuordnen.

Bild 6.5: Wohnhochhaus an der Promenade (Privatsektor)



Vom Verfasser aufgenommen

Bild 6.6: Neue Wohnhäuser im Stadtviertel Rimal (Nord)



Vom Verfasser aufgenommen

Nachdem es vor 1994 im ganzen Gazastreifen nur 5 Hochhäuser gab, waren bereits im Juli 1996 ca. 164 Hochhäuser mit einer durchschnittlichen Baugrundfläche von 276 qm je Haus fertiggestellt. Diese enthalten insgesamt 4.277 Wohnungen mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 128 qm je Wohnung. 30% dieser Wohnungen haben fünf, 55% vier und der Rest drei Zimmer.

Der größte Teil dieser Hochhäuser liegt in Gaza-Stadt und nahe des Mittelmeers. Sie sind zu 80% in Wohnanlagen zusammengefaßt, wobei die untersten Etagen gewerblich genutzt werden (als Büros, Arztpraxen, Parkanlagen und sonstige Dienstleistungen).

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird das neue Phänomen der Wohnhochhäuser von Teilen der Bevölkerung wie auch von Fachleuten mit Skepsis betrachtet. Vor allem die spontane und ungeplante Verteilung der Hochhäuser – unter Umgehung der Bauvorschriften - stellt ein Problem dar. Oft ist die Infrastruktur nicht ausreichend entwickelt und mangelhafte Sicherheitsbedingungen und fehlende Bauvorschriften stellen ein Gefahrenpotential für die Bewohner dar.

6.1.4.1 Bauliche und städtebauliche Probleme der Hochhäuser

Die bestehenden Hochhäuser wurden teilweise an ungünstigen Standorten errichtet, an denen sie ihre Umgebung und die städtische Entwicklung negativ beeinflussen.

Zu den häufigsten Problemen gehören:

- Behinderung der Durchlüftung der Stadt sowie Abschirmung der niedrigeren Nachbarbauten von Belüftung und Besonnung.
- Durch den hohen Bedarf an Infrastruktur, besonders in dichtbesiedelten Gebieten, fehlen Freiflächen meist völlig.
- Fehlende Parkplätze und Auswirkung auf den Verkehr in der Umgebung.
- Das Erscheinungsbild der Stadt wird durch die Anordnung der Gebäude ohne erkennbares Prinzip beeinträchtigt (fehlender Gesamtbebauungsplan der Stadt und Korruption) [vgl. Bild 6.7].

Bild 6.7: Stadtbild von Gaza, von der Meereseite in östlicher Richtung aufgenommen



Vom Verfasser aufgenommen

Als denkbare Alternative zur Vermeidung solcher Probleme wären unter Berücksichtigung klimatischer Gegebenheiten für den Bau von Hochhäusern eigene Gebiete vorzusehen, möglichst entlang der west-östlichen Achse und möglichst

außerhalb der Altstädte und der dichtbesiedelten Stadtgebiete sowie in größerer Entfernung vom Meer.

6.1.4.2 Probleme der Infrastrukturversorgung bei Hochhäusern

Viele Faktoren wurden beim Bau von Hochhäusern vernachlässigt, vor allem im Bereich der Ver- und Entsorgung. Besonders in den älteren Stadtwohngebieten, die nur über begrenzte Kapazität und Belastbarkeit der vorhandenen Infrastruktur verfügen. Durch den Bau dieser Hochhäuser kommt es demzufolge zu nachfolgenden zusätzlichen Problemen:

- Um die oberen Etagen eines Hochhauses zu versorgen, reicht der Pumpendruck der Wasserversorgung nicht aus. Die Einwohner müssen zusätzliche elektrische Wasserpumpen einschalten, um das Wasser in den auf der Dachdecke des Hauses befindlichen Wasserbehältern zu speichern. Durch diese Übernutzung der Wasserpumpen kommt es zu negativen Auswirkungen auf die Wasserversorgung der Nachbarhäuser.
- Das Abwassernetz in der Altstadt Gaza ist unzureichend und muß dringend ausgebaut werden. Die Kapazität des vorhandenen Netzes ist für den erhöhten Abwasseranfall aus diesen Hochhäusern nicht ausreichend. Damit verschärfen sich die Probleme in diesen Gebieten, solange das Abwassernetz nicht ausgebaut und seine Kapazität und Belastbarkeit erweitert wird.
- Die Energieversorgung reicht aufgrund der beschränkten Versorgungsmenge durch Israel Electric Company (IEC) für die Wohngebiete nicht aus.
- Das zusätzliche Abfall-Aufkommen wird im Planungsprozeß meist nicht berücksichtigt, so daß sich die Umwelt- und Hygienebedingungen in den Wohngebieten verschärfen.

Diese Probleme wären jedoch durch eine konsequente Planungs- und Genehmigungspraxis seitens der Behörden zu vermeiden. Die Baugenehmigungen von solchen Häusern sollen in ganz wenige Ausnahmefällen, die für öffentlichen Belange wichtig sind, genehmigt werden.

6.1.4.3 Probleme der Kontrolle und Durchsetzung der Bauvorschriften

Zurzeit der israelischen Verwaltung (1967 bis 1994) wurde die Überschreitung der zulässigen Bauhöhe von 5 Geschossen nur in wenigen Ausnahmefällen genehmigt, und das nur über das israelische Innenministerium.

Auch gegenwärtig wird der Bau von Hochhäusern nur unter bestimmten Voraussetzungen genehmigt. Während für die Genehmigung von Bauten bis zu 5 Geschossen Höhe die Gemeinden zuständig sind, liegt die Genehmigung höherer

Bauten in der Kompetenz der Zentralen Planungskommission (sie ist im Ministerium für lokale Verwaltung vertreten) und ist an die Erfüllung von Sonderauflagen geknüpft.

Das Problem liegt jedoch darin, das einige Bauherren diese Vorschriften umgehen, indem sie der Baubehörde der Gemeinde den Bau eines 5-geschossigen Hauses anzeigen und nach erfolgter Abnahme der 5. Etage weitere Stockwerke auf das Gebäude aufsetzen [El-Kahlout, M., 1998, S. 102].

Weitere Probleme durch mangelhafte Durchsetzung der Bauvorschriften liegen in:

- den Kontrollen des Planungsprozesses und der Baumaterialien, die nicht konsequent durchgeführt werden,
- den Sicherheitsvorkehrungen und Brandschutzvorschriften, die nicht ausreichend vorhanden sind bzw. ungenügend durchgesetzt werden,
- den wenigen Aufzügen und Nottreppenhäusern in den Gebäuden, die für die Bewegungsaktivitäten der Bewohner unzureichend sind.

Die neugefaßten Bauvorschriften für Hochhäuser 1994 § 22 schreiben für Wohnhäuser mit mehr als 4 Vollgeschossen die genaue Anzahl der Aufzüge vor. Bei Wohnhäusern mit 4 bis 9 Vollgeschossen reicht 1 Aufzug. In Wohnhäusern über 9 Vollgeschosse sollten mindestens 2 Aufzüge vorhanden sein. Dem Paragraphen 24 über Treppen kommt eine besondere Bedeutung zu. In mehrgeschossigen Gebäuden sind die Treppen ein wesentlicher Teil der Rettungswege. Im Gefahrenfall muß eine schnelle Evakuierung der Gebäude möglich sein. In Gebäuden mit weniger als 28 m Höhe muß das durch zwei von einander getrennte Treppenhäuser (ein Haupt- und Nottreppenhaus) erfolgen. Das Nottreppenhaus soll frei außerhalb des Gebäudes untergebracht werden. Bei mehr als 28m Bauhöhe muß ein zweites Haupttreppenhaus vorhanden sein.

6.1.4.4 Gesellschaftliche Probleme; Kritik am Wohnwert

Forschungsberichte über die Verbreitung von Wohnhochhäusern von 1995 in Gaza zeigen, daß auch die für Hochhäuser typische Wohnweise aus gesellschaftlich-kulturellen Gründen vielfach abgelehnt wird [Schaat, A., 1995, S. 202].

- Die Hochhäuser entstanden und entstehen in unmittelbarer Nachbarschaft traditioneller arabischer Häuser, sind aber selbst nach westlichem Muster strukturiert. Ihre Rückfronten haben Fenster, von denen man nicht nur in die offenen Höfe, sondern auch in die Tiefe vieler Räume der umliegenden introvertierten Häuser Einblick gewinnt. Die Bewohner der umliegenden Häuser, die in den meisten Fällen noch nach traditionellen Mustern leben und es jahrzehntelang gewohnt waren, ihre Privatleben ungestört in den

Innenhöfen zu gestalten und sich ohne Schleier fernab von fremden Augen bewegen zu können, fühlen sich nun in ihren eigenen Häusern nicht mehr frei, sondern beobachtet und beeinträchtigt.

Die Rücksicht auf diese Bewohner der umliegenden traditionellen Gebäude erfordert es, daß in den Hochhäusern die Fenster geschlossen gehalten werden sollten oder die Bewegungsfreiheit innerhalb der eigenen vier Wände eingeschränkt wird.

- Wohnen in einem Hochhaus kann auch bedeuten, daß die nachbarschaftliche Gemeinschaft verloren geht; die Anonymität des Nebeneinanderwohnens lasse emotional fundierte Kontaktfähigkeiten verkümmern. Vereinzelung und Kriminalität seien die unabweisbaren Folgen.
- Besonders für Kinder sei das Wohnen in Hochhäusern nicht förderlich; vor allem kleineren Kindern fehlen Möglichkeit, selbständig Erfahrungen in der Wohnungs- und Quartiersumwelt zu machen (auch wegen mangelnder Freiflächen).

Trotz der raschen Zunahme dieser relativ neuen Erscheinungsform im Wohnungsbau ist die niedrige Bauweise in Gaza jedoch immer noch bevorzugt und sehr verbreitet.

Aufgrund der knappen Ressourcen in Gaza Stadt erscheint die Einführung neuer Wohnhaustypen und –formen unumgänglich.

Dies erfordert jedoch eine angemessene begleitende Infrastrukturentwicklung, um so eine Verbesserung der strukturellen Eigenschaften der Wohnbauten zu erreichen. Im Folgenden werden die strukturellen Merkmale der Wohnungen in der Stadt Gaza näher beleuchtet.

6.2 Strukturelle Merkmale des Wohnungsbaus in der Stadt Gaza

6.2.1 Gebäudehöhen

Wie schon in Abschnitt 6.1.4 ausgeführt, zeichnen sich die Wohnbauten der Altstadt von Gaza-Stadt überwiegend durch eine niedrige Bauhöhe aus. In diesem Abschnitt soll die prozentuale Verteilung der unterschiedlichen Gebäudehöhen untersucht werden.

Vorwiegend sind in Gaza-Stadt ein- bis zweigeschossige Wohnhäuser zu finden. Aufgrund des Bevölkerungswachstums, dem daraus entstandenen großen Bedarf an Wohnungen, Baugrundstücken und den hohen Grundstückspreisen wurde die vertikale Bauweise eine Alternative.

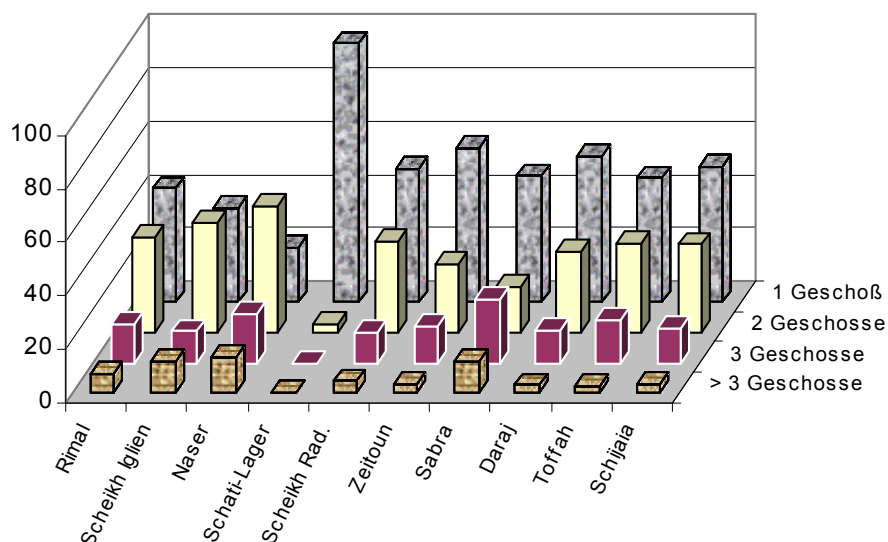
Tabelle 6.1 zeigt die prozentuale Verteilung der städtischen Wohnbauten nach Gebäudehöhe vor der Autonomie im Jahre 1992. Danach besteht mehr als die Hälfte der Wohnungsbauten in der Stadt aus einem Geschoß, 30,3% aus zwei Geschossen und 13,4% aus drei Geschossen. Die Wohnbauten mit mehr als drei Geschosse betrugen nur einen Anteil von 6,1% aller Wohnbauten.

Tab. 6.1: Die Verteilung der Wohnbauten in den Stadtgebieten von Gaza nach Gebäudehöhen 1992 in %

	> 3 Geschosse	3 Geschosse	2 Geschosse	1 Geschoß
Rimal	7,1	14,6	35,6	42,7
Scheikh-Iglien	11,8	11,8	41,2	35,2
Naser	13,6	18,2	47,7	20,5
Schati-F.Lager	-	-	3	97
Scheikh Radwan	4,5	11,4	34,1	50
Zeitoun	3,1	13,5	25,7	57,7
Sabra	11,8	23,6	17,2	47,4
Daraj	3	12,2	30,3	54,5
Toffah	2,3	15,9	33,2	46,6
Schijaia	3,3	12,9	33,1	50,7
Total	6,1	13,4	30,3	50,2

Quelle: Salha, R., 1994, S.169

Abb. 6.4: Die prozentuale Verteilung der Wohnbauten nach Gebäudehöhe in den Stadtgebieten von Gaza, 1992



Quelle: Verfasser nach Tabelle 6.1

Die meisten Wohnbauten mit mehr als drei Geschossen sind in den Wohnvierteln Naser, Scheikh-Iglien, Sabra und Rimal konzentriert, mit ca. 7-13% des dortigen Bestandes; in den anderen Wohnvierteln betrug der Anteil unter 3%. Ein Viertel der Wohnbauten im Sabra-Viertel hatte mehr als drei Geschosse. In den anderen Wohnvierteln waren es zwischen 11% und 18%. Ausgenommen davon ist allerdings das Flüchtlingslager Schati mit seinen meist eingeschossigen Wohnhäusern.

Die zweigeschossigen Wohnbauten liegen zum großen Teil in Naser mit ca. 50% der Wohnungen, gefolgt von Scheikh-Iglien mit ca. 41%. In den anderen Vierteln betrug der Anteil der zweigeschossigen Wohnbauten jeweils zwischen 25% und 35%, in Sabra mit 17% deutlich weniger als die Prozente der dreigeschossigen Wohnbauten, als letztes kommt Schati mit ca. 3% der gesamten Wohnhäuser [vgl. Tab. 6.1 u. Abb. 6.4].

Auf Schati entfällt im Verhältnis zu den anderen Stadtteilen die größte Anzahl eingeschossiger Wohnhäuser. Obwohl die vertikale Bauweise aufgrund des Bevölkerungszuwachses auch hier in letzter Zeit zunimmt, und zwar häufig in Form ungenehmigter Bauten (meist aufgrund des Baualters der Häuser unzulässige Aufstockungen). In den anderen Gebieten ist diese Bauweise in geringerem Maße zu finden.

Unmittelbar nach 1994 ist eine deutliche Zunahme der vertikalen Bauweise zu verzeichnen [vgl. Bild 6.7]. Bei der Errichtung neuer Wohnhäuser werden hier die Gründungen für mehrgeschossige Wohnbauten vorgesehen, auch wenn die wirtschaftliche Lage zunächst nur den Bau eines Geschosses zuläßt. In gleicher Weise erfolgt dies bei den alten Häusern. Sie wurden abgerissen und an ihrer Stelle neue mehrgeschossige Wohnhäuser errichtet.

6.2.2 Baualter der Gebäude

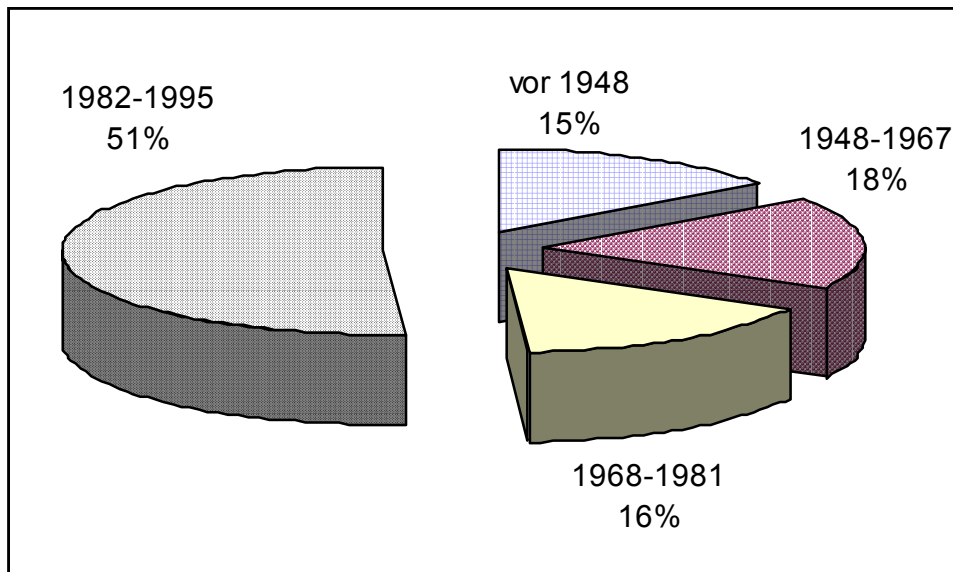
Aus Tabelle 6.2 ist zu ersehen, daß ca. 15,0% der Wohnbauten - überwiegend in der Altstadt - vor 50 Jahren errichtet wurden (Stand 1998). Einige stammen noch aus der mamlukischen und osmanischen Zeit. 17,8% der Wohnbauten besitzen ein Baualter von 31-50 Jahren, in diesem Zeitraum wurde auch das Flüchtlingslager Schati errichtet.

Tab. 6.2: Die Wohnhäuser in Gaza-Stadt nach Baualter, bis 1995

Anzahl	vor 1948	1948-1967	1968-1981	1982-1995	Total
in (000)	6,000	7,102	6,500	20,398	40,000
in %	15,0	17,8	16,2	51,0	100

Quelle: Vom Verfasser zusammengestellt und bearbeitet aus: *) Salha, R., 1994, S. 170; **) CSD (Daten von 1992-1993); ***) PNA, MOPIC, 1995, S. 31 (Daten von 1994-1995)

Abb. 6.5: Wohnungsbestand nach Baualter (1996), in der Stadt Gaza



Quelle: Verfasser nach Tabelle 6.2

Der Anteil der Wohnhäuser mit 17-30 Jahren Baualter betrug 16,2%, der der neueren mit fast 15 Jahren Baualter betrug 51,0%. Dies bedeutet, daß 85% der Wohnhäuser erst nach dem Krieg von 1948 entstanden sind [vgl. Abb. 6.5], u.a. infolge der Flüchtlingsströme, des Bevölkerungswachstums und schließlich auch infolge der Anziehungswirkung der Stadt als Verwaltungs- und Hauptstadt des Gazastreifens, insbesondere nach 1994.

Tab. 6.3: Prozentuale Verteilung der Wohnungen nach Fläche in den Stadtvierteln von Gaza-Stadt, 1991

Stadtgebiet	Wohnungsfläche					Total
	<100	101-200	201-300	301-500	>500	in %
Rimal	13,3	20,7	25,7	11,3	29,0	100
Scheikh-Iglien	0,0	23,0	6,0	47,0	24,0	100
Naser	5,0	9,0	27,0	11,0	48,0	100
Schati-F.Lager	65,0	20,0	12,0	3,0	0,0	100
Scheikh Radwan	5,0	11,0	70,0	9,0	5,0	100
Zeitoun	34,0	34,0	20,0	9,0	3,0	100
Sabra	18,0	35,0	29,0	12,0	6,0	100
Daraj	38,0	26,0	24,0	6,0	6,0	100
Toffah	20,0	36,0	30,0	9,0	5,0	100
Schijaia	10,7	47,3	22,0	13,7	6,3	100
Total	20,9	26,2	26,6	13,1	13,2	100

Quelle: Salha, R., 1994, S. 261

6.2.3 Wohnungsflächen

Tabelle 6.3 zeigt die prozentuale Verteilung der Wohnungen auf die Stadtviertel von Gaza bezogen auf die Wohnungsfläche im Jahre 1991.

Es ist aus dieser Tabelle zu erkennen, daß mehr als ein Viertel der Wohnungen in der Stadt eine Fläche von 101-200 qm besitzt. Etwa ein weiteres Viertel besitzt Flächen von 201-300 qm. Der Anteil der Wohnungen mit weniger als 100 qm Fläche beträgt 20,9%; der Anteil der Wohnungen mit Flächen zwischen 301-500 qm beträgt 13,1%, der Anteil der Wohnungen mit Flächen von über 500 qm beträgt ca. 13,2%.

Der bei weitem höchste Anteil an großflächigen Wohnungen liegt in den Villenvierteln; allen voran das Naser-Wohnviertel, wo fast die Hälfte (48%) aller Wohnungen Wohnflächen von mehr als 500 qm und nur ein relativ geringer Anteil (14%) bis zu 200 qm Wohnfläche aufweist. Das gegensätzliche Bild dazu bietet das Flüchtlingslager Schati: Mit 65% liegt dort der ganz überwiegende Anteil der Wohnungen bei Flächengrößen unter 100 qm, weitere 32% besitzen Flächen von 101-200 qm (20%) bzw. 201 bis 300 qm (12%). Wohnflächen über 500 qm gibt es im Lager Schati überhaupt nicht. In den übrigen Stadtgebieten beträgt der Anteil der Wohnungen dieser Größe (> 500 qm) zwischen 3% und 6%, wobei darauf hinzuweisen ist, daß die meisten großflächigen Wohnungen in den älteren Stadtgebieten (wie Schijaia, Sabra, Zeitoun, Toffah und Daraj) auch von mehreren Familien bewohnt werden.

Im Scheikh Radwan-Viertel überwiegen die Wohnflächen von 201-300 qm (mittlere Größe) mit einem Anteil von 70%; kleinere und größere Wohnflächen bestehen zu jeweils geringeren Anteilen.

Auch das Scheikh-Iglien-Viertel weist zu einem hohen Prozentsatz relativ große Wohnflächen auf; 47% der Wohnungen besitzen Flächen von 301-500 qm; Wohnungen unter 100 qm kommen nicht vor.

6.2.4 Wohnungszahlen

Wie Tabelle 6.4 zeigt, verfügt das Stadtviertel Rimal mit insgesamt 9.700 Wohnungen über die meisten Wohnungseinheiten, d.h. ca. 33% aller Wohnungen in Gaza Stadt. An zweiter Stelle liegt Zeitoun mit 4.136 Wohnungen, gefolgt von Schati, Schijaia und Daraj. Die Wohnviertel mit den geringsten Wohnungszahlen sind Scheikh Radwan mit 2.590 Wohnungen und Toffah mit 2.205 Wohnungen.

Tab. 6.4: Verteilung des Wohnungsbestandes nach Fläche, Zimmerzahlen und Dichte in Gaza-Stadt, 1991

Stadtgebiet	Fläche	WE.	WE.	Zimmer	Personen	Einwohner
	in Dunum	Anzahl	pro Dunum	Anzahlen	pro Zi.	Pro Zi.
Rimal	15.000	9.700	0,6	33.950	1,7	58.000
Schati- F.Lager	747	3.971	5,3	9.929	4,5	45.100
Scheikh Radwan	528	2.590	4,9	9.065	2,0	18.000
Zeitoun	3.800	4.136	1,1	14.476	2,1	30.000
Daraj	3.325	3.326	1,0	11.641	3,9	45.000
Toffah	2.400	2.205	0,9	8.274	2,3	19.000
Schijaia	4.300	3.455	0,8	12.093	3,8	46.000
Total	30.100	29.383	2,09	99.428	2,9	261.100

Quelle: Salha, R., 1994, S. 260

6.2.5 Wohnungsdichte

Die Konzentration der Wohnungen (Wohnungsdichte) innerhalb der Stadt in Abhängigkeit von Lage, Konzept, Höhe und Dichte der Bauweise ergibt eine Reihe von Informationen, die für die zukünftige Berechnung und Planung des Infrastrukturbedarfs sowie für die Wohnungsbaupolitik von Bedeutung sind.

Die Daten aus Tabelle 6.4 zeigen, daß die durchschnittliche Wohnungsdichte in der Stadt fast 2,1 Wohnung pro Dunum (1991) betrug (1 Dunum = 1.000 qm), wenn man die gesamten Wohnungszahlen auf die für Wohnzwecke genutzten Flächen bezieht.

Die arithmetische Wohnungsdichte der Wohnviertel ist unterschiedlich, sie betrug zwischen 0,6-5,3 Wohnungen pro Dunum. Wohnviertel mit weniger als 1 Wohnung pro Dunum finden sich in Rimal; ebenso wie die proportional größten Flächen für öffentliche Einrichtungen, z.B. für Schulen und Krankenhäuser. Die Stadtteile Schijaia, Toffah und Daraj haben aufgrund ihrer geringen Bewohnerzahlen und die dortige Verbreitung von Agrarflächen eine sehr niedrige Wohnungsdichte. Das einzige Wohnviertel mit einer allgemeinen Wohnungsdichte von 1-2 Wohnungen pro Dunum ist Zeitoun. Schati mit 5,3 und Scheikh Radwan mit 4,9 verfügen über die höchste Wohnungsdichte mit mehr als 2 Wohnungen pro Dunum aufgrund hoher Bewohnerzahlen im Verhältnis zu einer relativ kleinen Fläche.

Andere Statistiken von 1995 zeigen, daß die Wohnungsdichte im Vergleich zu 1991 deutlich angestiegen ist. Aufgrund des enormen Aufschwungs im Wohnungsbausektor direkt nach der Autonomie beträgt die Dichte zu diesem Zeitpunkt im Durchschnitt 3,2 WE/Dunum [PNA, MOPIC, 1995, S. 32].

Daraus ist auch für die folgenden Jahre ein Anstieg der Wohnungsdichte zu entnehmen.

Ein weiterer Faktor zur Bestimmung der Wohnungsstrukturen ist die Untersuchung der Zahlen der Zimmer pro WE.

6.2.6 Zimmerzahlen

Die Hälfte der Wohnungen in der Stadt Gaza laut Tabelle 6.5 bestehen aus 3 bis 4 Zimmern. 37,7% der Wohnungen haben mehr als 4 Zimmer. Der Anteil der Wohnungen mit weniger als 2 Zimmer beträgt 8,6%.

In den Wohnstadtvierteln beträgt der Anteil der Wohnungen mit 3-4 Zimmern zwischen 30-74% der Wohnungen, und der Wohnungen mit mehr als 4 Zimmern zwischen 15-50% ausgenommen Schijaia und Naser mit 53,7%, bzw. 68%. Wohnungen mit vielen Zimmern sind meist mit mehr als einer Familie belegt.

Laut Ortsstudie von Raed Salha 1991 ist zu ersehen, daß die höchste Zimmerdichte aufgrund der wenigen Freiflächen in den Scheikh Radwan-Wohnvierteln mit mehr als 17,2 Zimmer/Dunum liegt, gefolgt von Schati Flüchtlingslager mit 13,3. Die Wohnviertel mit einer Zimmerdichte von 3 bis weniger als 6 Zimmer/Dunum sind in Zeitoun, Toffah und Daraj festzustellen. Die niedrige Zimmerdichte ist auf die geringere Wohnungsdichte zurückzuführen; u.a. gibt es in diesen Vierteln noch relativ verbreitet Landwirtschaftsflächen. Dies gilt auch für die Viertel Rimal und Schijaia mit Zimmerdichten von weniger als 3 Zimmer/Dunum.

Tab. 6.5: Wohnungen nach Zimmerzahlen in den Stadtvierteln von Gaza, 1991, in %

Stadtgebiet	Wohnungsgrösse			Total in %
	1-2 Zi.	3-4 Zi.	>4 Zi.	
Rimal	2,6	46,7	50,7	100
Scheikh-Iglien	0	59	41	100
Naser	2	30	68	100
Schati F.Lager	26	48	26	100
Scheikh Radwan	2	48	50	100
Zeitoun	5	68	27	100
Sabra	12	65	23	100
Daraj	18	59	23	100
Toffah	11	74	15	100
Schijaia	7,6	38,7	53,7	100
Total	8,6	53,6	37,7	100

Quelle: Salha, R., 1994, S. 261

6.2.7 Verwendete Baumaterialien

Die Bautechnologie in den Gebieten Palästinas ist vor allem von den Baustoffen beeinflusst, die je nach Region verfügbar sind. Die verwendeten Baumaterialien und Technologien sowie die einheimische Baustoffindustrie sind relativ gut entwickelt und vielseitig.

Die rasche Entwicklung der Stadt Gaza und die steigende Nachfrage nach Wohnungen verursachten einen hohen Verbrauch von Baustoffen, insbesondere von Stahl, Zement, Dach- und Mauerziegel, sowie Bauholz. Die Kapazität der einheimischen Baustoffindustrie reicht für den ständigen Bedarf an diesen Baustoffen nicht mehr aus. Dies führte neben der Abhängigkeit von den israelischen Baustoffen und durch die häufigen Schließung der Grenzen in Konfliktzeiten zu einer Erhöhung der Preise auf dem Markt in Gaza.

Der ältere Wohnhausbestand weist verschiedene Baumaterialien auf, vor allem Sandstein und Lehmziegel. Neuere Häuser wurden mit Zementsteinen (als Hauptmaterial) unter Zusatz von Natur- und Gasbetonsteinen (Ytong) errichtet. Einige Baumaterialien stammen von außerhalb der Region, wie die römischen und byzantinischen Säulen zeigen. Diese sind hauptsächlich in religiösen Gebäuden zu finden.

Was den Zusammenhang zwischen den verwendeten Baumaterialien und dem Errichtungszeitraum der Häuser betrifft, so ist festzustellen, daß die Hauptbaumaterialien vor 1930 Sandsteine und Lehmziegel waren. Zwischen 1931 und 1950, nach der Besetzung Palästinas durch die Briten, wurden Betonsteine neben Sandsteinen als Hauptbaumaterial entdeckt.

Zwischen 1951-1970 wurden die meisten Wohnhäuser aus Beton gebaut. In dieser Zeit ging die Verwendung von Sand- und Lehmsteinen mehr und mehr zurück. Nach 1971 waren maschinell gefertigte Zement-Hohlblocksteine neben anderen Baumaterialien wie Keramik und Gasbeton (Ytong) die vorwiegend genutzten Baumaterialien [Broschüre einer Ytong-Produktionsfirma].

Für die Häuser in der Stadt Gaza werden folgende Baumaterialien verwendet:

Sandstein: die verwendeten Sandsteine gibt es in zwei Arten; als erstes der raue Sandstein, der im Osten der Stadt (Scha'af Tälern) abgebaut wird und zweitens der glatte Sandstein, der von außerhalb der Stadt antransportiert wird.

Lehmziegel werden aus Ton gewonnen und mit Stroh gemischt, um so die gewünschte Festigkeit zu gewinnen. Nach der Formung und Trocknung werden diese zum Bau von Wänden vermauert. Zum Verputzen der Innen- und Außenwände wird ebenfalls Lehm verwendet.

Lehmziegel sind durch ihre günstigen Herstellungskosten und ihre gute Wärmeisolierung vorteilhaft. Ihre Nachteile bestehen in ihrer geringen Belastbarkeit, die sie für eine Aufstockung ungeeignet machen, sowie in ihrer Anfälligkeit gegen Regenwasser. Aus letzterem Grund müssen Lehmbauten vor dem Winter restauriert werden.

Bei Lehmbauten werden alle Wände tragend ausgebildet. Daraus ergeben sich Spannweiten für Decken zwischen 4 und 5 Metern. Dieses statische System erlaubt keine großen Gebäudeöffnungen, selbst wenn diese gewünscht wären [Fiedler, K., 1997, S. 185].

Lehmziegel wurden in der Vergangenheit vor allem von der armen Bevölkerung, zumeist in den Altstadtgebieten, verwendet. Zurzeit sind nur noch sehr wenige Lehmbauten vorhanden.

Zementsteine und Beton: Zementsteine werden erst seit Ende der 30er Jahre verwendet. Zunächst wurden sie als Hauptbaumaterial in Handarbeit hergestellt, später, nach Entwicklung der entsprechenden Technologie, maschinell gefertigt.

Beton wird aus Kies, Sand, Wasser und Zement künstlich hergestellt. Im Rohzustand ist Beton eine beliebig formbare Gesteinsmasse. Die Formgebung eines Bauteils erfolgt durch die Schalung [vgl. Bild 6.8]. Die Schalung des Betons muß so hergestellt werden, daß dieser, ohne sich zu entmischen, eingebracht und verdichtet werden kann und bis zu seiner ausreichenden Erhärtung (Abbindung) vor Erschütterungen geschützt wird. Vor dem Einbringen des Betons werden alle für die Qualität des Bauteils erforderlichen Zusatzstoffe, wie Stahleinlagen (Bewehrung) eingebaut. Gleichzeitig werden Schlitze sowie Aussparungen für Öffnungen u.ä. vorbereitet und unverschieblich auf der Schalung befestigt.

Zement, als wichtiger Bestandteil für die Herstellung von Baumaterialien, wird aus Israel importiert. Während der Besatzungszeit waren heimische Zementindustriebetriebe nicht zugelassen. Dieses Verbot entfiel ab 1994, doch schlug die Gründung einer eigenen Zementindustrie aus Wettbewerbsgründen gegenüber den israelischen Produkten fehl [Abu-Auen, J., 1994, S. 163].

Natursteine: Natursteine werden aus dem Felsengebirge in der Westbank gewonnen und vor allem von begüterten Bauherren für Bodenbeläge oder Wandbekleidungen von Villen verwendet. Man findet Naturstein auch an Ladengeschäften und den Fassaden von Moscheen. Ursprünglich als Wandbaustein verwendet, wird Naturstein aufgrund des relativ hohen Aufwandes bei Gewinnung und Bearbeitung und aufgrund der hohen Beschaffungskosten (im Vergleich etwa zu Zement/Beton) nur wenig verwendet. Die Preise von Natursteinen richten sich nach Materialart (Qualität) und Größe.

Es gibt verschiedene Arten von Natursteinen, die sich nach Farbe, Festigkeit und Herstellungsart unterscheiden. Dabei kann man zwischen weißen, grauweißen und rosa Kalksteinen wählen, sowie zwischen Steinen, die maschinell oder mit der Hand bearbeitet werden.

Gasbeton-Steine (Ytong) werden aufgrund der relativ hohen Kosten fast viermal weniger als Zementsteine verwendet. Wegen ihres relativ geringen Gewichtes werden sie für Balkonbrüstungen, zu Gebäudeaufstockung und zu Umbauarbeiten von Altbauwohnungen eingesetzt.

6.2.8 Dachmaterialien im Wohnungsbau

Das Dach und die Außenwände eines Hauses dienen als Schutz gegen Naturkräfte wie Wind, Sonne, Regen und Schnee. Entsprechend sind verschiedene Dachformen entwickelt worden. In heißen, trockenen Sommern, in denen die Temperaturen während des Tages über 30° erreichen, werden die Dächer von ihren Bewohnern mit leichten Dachdeckungen (wie Palmenblätter, Stoff usw.) versehen. Diese Dachdeckungen haben die Funktion, das Dach während des Tages zu beschatten und angenehm temperierte Wohn- und Schlafräume für die Nacht zu schaffen.

Anders als in Europa liegen in Gaza oft nicht alle Räume eines arabischen Hauses unter einem gemeinsamen Dach. So wird teilweise jeder Raum einzeln bedeckt. Daher ist es möglich, an manchen alten Häusern zwei oder drei verschiedene Dachformen zu beobachten.

Auf Grund der Erweiterung- und Aufstockungsmöglichkeit ist das Flachdach die bevorzugte Dachform. Hier kann eine freie Fläche geschaffen werden, die - ähnlich wie der Hof - von den Bewohnern als zusätzlicher Raum für eine Reihe von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten genutzt werden kann. Um nachts von den kühleren Temperaturen zu profitieren, wird gelegentlich auf dem Dach eine Laubhütte errichtet, die im Sommer als Aufenthalts- und Schlafraum dient. Die Dachfläche bietet auch eine Fläche für die Unterbringung von Wasserbehältern und auch für die Installation von Sonnenkollektoren.

Nach der Einführung von Zementsteinen und Stahl Ende der 30er Jahre wurden auch andere Dächer aus Zinkblech, Asbest und Stahlbeton gebaut.

Zinkblech: Die Verwendung von Zinkblech war vor der Einführung von Asbest besonders in den armen Wohnvierteln verbreitet, etwa im Schati-Flüchtlingslager. Zinkblech besitzt jedoch einige Nachteile. Bei Feuchtigkeit bzw. Regen rostet es leicht und wird wasserundicht. Im Sommer erhitzt es sich schnell und leitet die Wärme nach innen. Bei Regen kommt es zu erheblichen Geräuschbelästigungen. Die Zinkbleche werden in Bahnen (Wellplatten) verlegt und seitlich befestigt. Die

Bahnen werden über einer geeigneten Zwischenablage oder direkt auf Holzschalungen bzw. –balken verlegt.

Asbest: In den 60er und 70er Jahren wurden im Wohnungsbau verstärkt asbesthaltige Baustoffe verwendet. Gemessen am gesamten Wohnungsbestand ist ihre Bedeutung aber gering.

Asbest zeichnet sich durch geringe Wärmeabsorption aus und rostet nicht. Es bricht aber leicht und ist ebenso wie Zinkblech wasserundicht. Darüber hinaus hat sich dieses Material als hoch gesundheitsgefährdend erwiesen. Asbesthaltige Materialien müssen durch umfassende Sanierungsmaßnahmen entfernt und durch asbestfreies Material ersetzt werden. Beschichten oder räumliche Trennung von schwach gebundenen Asbestprodukten ist ebenfalls möglich, um die Gefahr der ungewollten Fasersetzung zu beseitigen.

Faserzementplatten wurden aus einem Gemisch von Zement und Asbestfasern als dünne, hoch biegebeste Platten hergestellt. Durch den hohen Luftanteil wird das Material dampfdurchlässig und frostbeständig, ist aber trotzdem wasserdicht. Durch eine Oberflächenbeschichtung werden die Faserzementplatten zusätzlich vor Abwitterung und UV-Strahlung geschützt [Volland, K., 1999, S. 236].

Die Faserzementplatten werden zur Dekoration von Wohnhausdächern, besonders für Villen, verwendet. Sie werden auch zur Dachbedeckung von Wohnhäusern verwendet, wie in Flüchtlingslagern Anfang der 50er Jahre.

Bild 6.8: Formgebung von Stahlbeton-Bauteilen durch Schalungsarbeiten



Vom Verfasser aufgenommen

Bild 6.9: Das Tragsystem der Bauten wird in Gaza als Skelettbau aus Stahlbeton und die Wände aus Zementsteinen ausgebildet



Vom Verfasser aufgenommen

Bild 6.10: Der Beton wird durch Mischmaschinen zur Baustelle gebracht. Für kleine Betonierarbeiten wird der Beton am Ort gemischt



Vom Verfasser aufgenommen

Stahlbetondecken bestehen aus zwei Arten: Die erste wird als Stahlbeton-Vollplatte aus Beton (Zement, Sand und Kies) mit Stahleinlagen als Bewehrung in einer Dicke von 10-16 cm hergestellt. Die zweite Art ist die Stahlbeton-Rippendecke. Sie besteht aus Haupttragträgern aus Stahlbeton und eingelegten Füllkörpern aus Zement-Hohlblocksteinen oder Gasbeton. Die Ausbildung der Stahlbeton-Rippendecke erlaubt eine freie Grundrissumgestaltung aufgrund ihrer glatten Unterseite, was bei der Stahlbetonplatte wegen der Unterzüge ästhetisch von Vorteil ist. Wichtig ist eine einwandfreie Verbindung zwischen Füllkörper, Balken (Träger) und Vergußmörtel [Mittag, M., 2000, S. 284].

Die meisten Gebäude in Gaza-Stadt werden in Stahlbeton-Skelettbauweise errichtet [vgl. Bild 6.9]. Die Decken werden ausschließlich als Stahlbeton-Rippendecke gebaut. Der Beton wird in der Regel im Mischfahrzeug auf der Fahrt

zur Baustelle oder nach Eintreffen auf der Baustelle im Fahrzeug gemischt [vgl. Bild 6.10]. In bestimmten Fällen wird der Beton am Ort in konventioneller Art gemischt. Aufgrund der Wärmespeicherfähigkeit von Beton erfordert seine Verwendung in wärmeren Klimagegenden den Einsatz von Dämmstoffen. Diese sind aber aus Mangel an Erfahrung und aus wirtschaftlichen Gründen nur wenig verbreitet. Deshalb erfolgt die Kühlung der Räume durch technische Mittel (Klimaanlagen).

6.3 Eigentumsverhältnisse

6.3.1 Formen privaten und staatlichen Bodeneigentums

Vor dem Islam herrschten von der Tradition her beeinflusste Gesetze bezüglich des Bodeneigentums, die bis zur osmanischen Zeit Gültigkeit hatten. Mit dem Eindringen ausländischer Interessenten für Investitionen während der osmanischen Zeit auf palästinensischen Boden bei gleichzeitigem Interesse der osmanischen Regierung an höheren Steuerleistungen bestand etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts in doppelter Hinsicht ein wirtschaftliches Interesse an der Kodifizierung des Bodenbesitzes und der Eigentumsrechte, sowie an der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche außerhalb der besiedelten Gebiete. Drei Gesetze sind hierbei von größerer Bedeutung:

Das bekannteste Landesgesetz von 1858 fixierte erstmals schriftlich die bis dahin geltenden Rechtsnormen, die im Rahmen des islamischen Rechts entstanden waren. Das islamische Bodenrecht beruhte auf dem Prinzip, den Erhalt von anbaubarem Boden zu sichern, seine Nutzung zu garantieren und daneben Land zur allgemeinen Nutzung bereitzustellen. Das osmanische Grundstücksgesetz von 1858 legte gemäß Artikel 1; 5 verschiedene Hauptformen an Bodenbesitz fest:

- Mulk-Grundstücke: stehen im vollen Eigentum des Einzelnen;
- Miri-Grundstücke: stehen im Staatseigentum;
- Matruk-Grundstücke: Grundstücke zum allgemeinen Nutzen;
- Mawat-Grundstücke: sogenannte „tote“ Grundstücke;
- Waqf-Grundstücke: Grundstücke der religiösen Stiftungen

Diese Grundstückskategorien waren für Palästina, sowie Gazastreifen bis in die Gegenwart hinein rechtsverbindlich [Khamaisi, O., 2001, S. 36].

Die osmanischen Gesetze wurden von der britischen Mandatsmacht nach 1917 übernommen. Sie erlaubten dann die Enteignung von Land im Interesse öffentlicher Belange, zu militärischen Zwecken und für Projekte der Infrastruktureinrichtungen.

Zu Beginn der israelischen Besatzungszeit wurden vorhandene Gesetze übernommen und mehrmals reformiert, sowie weitere Gesetze erlassen.

Das erste, 1967 von dem israelischen Parlament erlassene, gab den Besatzern die Befugnis, Gazastreifen zu verwalten. Ein weiteres aus dem Jahre 1968 erklärte den Gazastreifen und die Westbank nicht mehr als Besitz Israels, und somit nicht als besetztes Gebiet, sondern benannte die Israelis lediglich als Verwalter.

Das israelische Grundstücksgesetz von 1969 ersetzte die fünf Kategorien der Grundstücke, welche das osmanische Grundgesetz von 1858 regelte, durch zwei Kategorien, nämlich Grundstücke des privaten Eigentums und solche des öffentlichen Eigentums. Matruk- und Mawat-Grundstücke wurden auf den Namen des Staates Israel eingetragen. In gewissen Ausnahmefällen läßt das Gesetz die Anwendung des bisherigen Rechts zu. Diese Ausnahmen beziehen sich auch auf die sog. Waqf-Grundstücke (diese Bestimmungen blieben in Kraft).

Nach 1970 sicherten sich die Israelis durch Übernahme weiterer osmanischer Gesetze das Recht über Freiflächen wie Gebirge, Ackerland sowie die Flächen außerhalb der Siedlungen ("totes Land") und schließlich das Recht, Grundstücke im Interesse des Staates zu enteignen [UN-Bericht, 1982, S. 18].

In den nachfolgenden Abschnitten sollen die genannten Eigentumsformen (Bodeneigentum) genauer unterschieden und veranschaulicht werden.

6.3.1.1 Land im privaten Eigentum (Mulk-Land)

Mulk-Land (oder Mulk-Grundstücke) (Eigentumsland) sind nach Artikel 1. GG (Grundstücksgesetz von 1858) diejenigen Grundstücke, die im vollen Privateigentum des Einzelnen stehen. Der Eigentümer kann frei über sein Grundstück verfügen, insbesondere das Eigentum anderen übertragen und die Art der Nutzung frei bestimmen. Mulk –Land herrscht in den besiedelten Räumen vor, also in den Städten und Dörfern. Es umfaßt alle bebauten Grundstücke sowie Ergänzungsgrundstücke zu den Wohnhäusern von weniger als einem 1/2 Dunum (500 qm). Der Grund für die Einschränkung der Größe der Ergänzungsgrundstücke bestand darin, daß der Mißbrauch durch Ausdehnung der Mulk-Grundstücke auf Kosten der Miri-Grundstücke verhindert werden sollte [Sulaiman, M., 1985, S. 42]-. Zum Beispiel bei Gärten sowie kleinen landwirtschaftlichen Flächen, die innerhalb der Gemeindegrenzen (Dörfer und Städte) genutzt werden [Sammlung Palästinensischer Gesetze, 1981, S. 7-8].

Der Eigentümer hat unbeschränktes Eigentumsrecht. Bei Enteignungen durch die Gemeinde für öffentliche Zwecke steht dem Eigentümer eine materielle

Entschädigung zu (wie z.B. beim Ausbau der al-Wehda-Straße von den Ägyptern wurden die Bewohner wegen der Abbrucharbeiten mit Geld entschädigt).

6.3.1.2 Land im Eigentum des Staates

Land im Eigentum des Staates wird in 3 Gruppen unterschieden.

Miri-Land

Miri (Staatsland) nimmt einen großen Teil des Gaza-Landes ein. Es kann von dem Staat zur Nutzung an Private vergeben werden. Diese Form der privaten Nutzung von Miri-Land herrscht insbesondere außerhalb der Gemeindegrenzen vor und bildet die Grundlage für die Erweiterung der landwirtschaftlichen und sonstigen wirtschaftlichen Nutzung des Bodens.

Das Nutzungsrecht beinhaltet auch Nutzungspflichten (Wer drei Jahre den ihm verliehenen Boden nicht bebaut, verliert sein Nutzungsrecht. Der Boden kann dann an einen anderen weitergegeben werden.). Nach 15 Jahren regelmäßiger Nutzung kann Miri-Land in Mulk-Land, also privates Land, umgewandelt und an den Nutzer übertragen werden. Die Neuvergabe führt jeweils die Gemeinde durch. Das Recht über die Nutzung, "Tabo" (Pauschalsumme zur Nutzung), kann unbefristet gegen Entrichtung einer bestimmten Geldsumme an die Stadt erteilt werden, wobei das bloße Eigentum, ausdrücklich dem Staat vorbehalten bleibt [Waltz, V., 1988, S. 50].

Matruk-Land (belassene Grundstücke)

Matruk bedeutet auf arabisch „belassene“. Im Sinne von Artikel 5 GG heißen diejenigen Grundstücke so, die vom Staat zur allgemeinen Nutzung bestimmt wurden. Auch hier bleibt der Staat der Eigentümer (wie beim Miri-Land) [Khamaisi, O., 2001, S. 48].

Allgemeine Nutzung von Matruk-Land bedeutet, daß dieses Land für öffentliche Zwecke (Straßenbau, Kanäle, Gewässer, den Bau von Friedhöfen, Märkte, Infrastruktureinrichtungen, Moscheen etc.) oder für Gemeinschaftszwecke genutzt werden kann [Al-Buhairi, S., 1974, S. 76].

Mawat Land (totes Land)

Mawat heißt auf Arabisch „der Tod“. Die Bedeutung des Begriffes im Zusammenhang mit dem Grundstücksgesetz nach Art. 6 und Art. 103 GG bezeichnete ein Grundstück auf dem noch keine Landwirtschaft betrieben wurde. Art. 3 GG spricht von „leeren“ Grundstücken. [Al-Murr, D., 1982, S. 36].

Mawat-Land bezeichnet also Brachland, außerhalb der Gemeindegrenzen (traditionell "außerhalb der Rufweite des Dorfes"). Das Land ist als unanbaubar eingestuft: Mawat-Land, etwa 1,5 Meilen außerhalb der bebauten Gebiete, darf genutzt werden. Allerdings wird die Regierung, sobald ein Mawat-Land intensiver genutzt wird, dieses Land (um Rente beziehen zu können) in Miri- oder Matruk-Land umwandeln. Die Briten haben 1920 für dieses Land ein Gesetz erlassen, das die Benutzung dieses Landes ohne vorherige Genehmigung seitens der Regierung verbietet [Sammlung Palästinensische Gesetze, 1981, S. 19].

6.3.1.3 Land im Eigentum der Gemeinschaft (Waqf-Land)

Waqf-Land bezeichnet Ländereien, die den islamischen Institutionen zu religiösen Zwecken übereignet wurden. Ursprünglich handelte es sich daher um Mulk-Land, also Privatland, das von den Besitzern für fromme Zwecke gestiftet wurde. Im Falle, daß nur die Nutzungsrechte übereignet wurden, kann auch Miri-Land der Waqf-Nutzung (nach Zusage der Gemeinde) übergeben werden [Waltz, V., 1988, S. 51].

Der Ertrag von Waqf-Land und Einrichtungen ist für die Gemeinde bzw. für die Aufgabe bestimmt, der sie geweiht wurden. Waqf-Güter dürfen nicht übergeben, verkauft oder verschenkt werden. „Waqf“ (Gotteseigentum) bleibt es für immer, damit für die Gemeinnutzung erhalten und somit unveräußerlich.

Waqf-Land ist in „Waqf-Sahiha“ (echte Waqf) und „Waqf-gher-Sahiha“ (unechte Waqf) unterschieden. Waqf-Sahiha entstand aus Mulk-Land, da nur echte Eigentümer Bodeneigentum weitergeben können. Wqaf-gher-Sahiha entstand aus Miri-Land. Hier wurden nur Nutzungsrechte an islamische Institutionen weitergegeben [Bdair, K., 1994, S. 136].

6.3.1.4 Land im vorläufigen Besitz

Auch dieses Land wird in 3 Gruppen unterteilt.

A. Hikr-Land (Pachtgrundstücke) - Öffentliche Wohnprojekte

Bei diesen Grundstücken handelt es sich um städtisches Eigentum (Miri-Land), das im Rahmen öffentlicher Wohnungsbauprojekte (wie etwa das Scheikh-Radwan-Projekt) mit Vertragsfristen von 99 Jahren an die Bewohnergemeinschaft vergeben wird (gegen eine Pauschalsumme zur Nutzung). Die Grundstücke bleiben Eigentum der Stadt und werden nicht im Tabo (Register) eingetragen.

Der Nutzer kann das Land verkaufen und verpachten, aber nur im eigentlichen Eigentümernamen der Stadt Gaza. Er hat die Möglichkeit, gegen Bezahlung des Grundstückspreises, zum rechtmäßigen Eigentümer zu werden.

B. Land von nicht im Gebiet lebenden Palästinensern (Emergency Regulation to the property of absentees)

Diese Art des Landbesitzes trat nach der Besetzung des Gazastreifens durch Israel auf. Das Land ist Eigentum von Palästinensern, die nach dem Krieg (1967) vertrieben wurden oder, die sich nach dem Ende des Krieges im Ausland befanden und keine gültigen Papiere besitzen, um ihr Land beanspruchen zu können. Dieses Land wird unter dem normalen Preis (von Interessierten) gekauft und verkauft, ohne daß es bei den Behörden im Grundbuch eingetragen ist. Außer in Schati und in Scheikh Radwan gibt es solches Land überall.

C. Land unter Verwaltung der Vereinten Nationen (UNRWA)

Auf diesem Land, das überwiegend Miri-Land ist, wurden Unterkünfte für die Flüchtlinge errichtet. Es steht unter der Verwaltung der UNRWA. Der Verkauf solchen Landes ist illegal und kann nicht bei den Behörden im Grundbuch eingetragen werden. Das UNRWA-Land ist nur im Schati-Flüchtlingslager zu finden.

Die nachfolgende Tabelle 6.6 zeigt eine Gesamtübersicht über die herrschenden Bodeneigentumsverhältnisse im Gazastreifen (1985).

Tab. 6.6: Bodeneigentumsverhältnisse im Gazastreifen, 1985

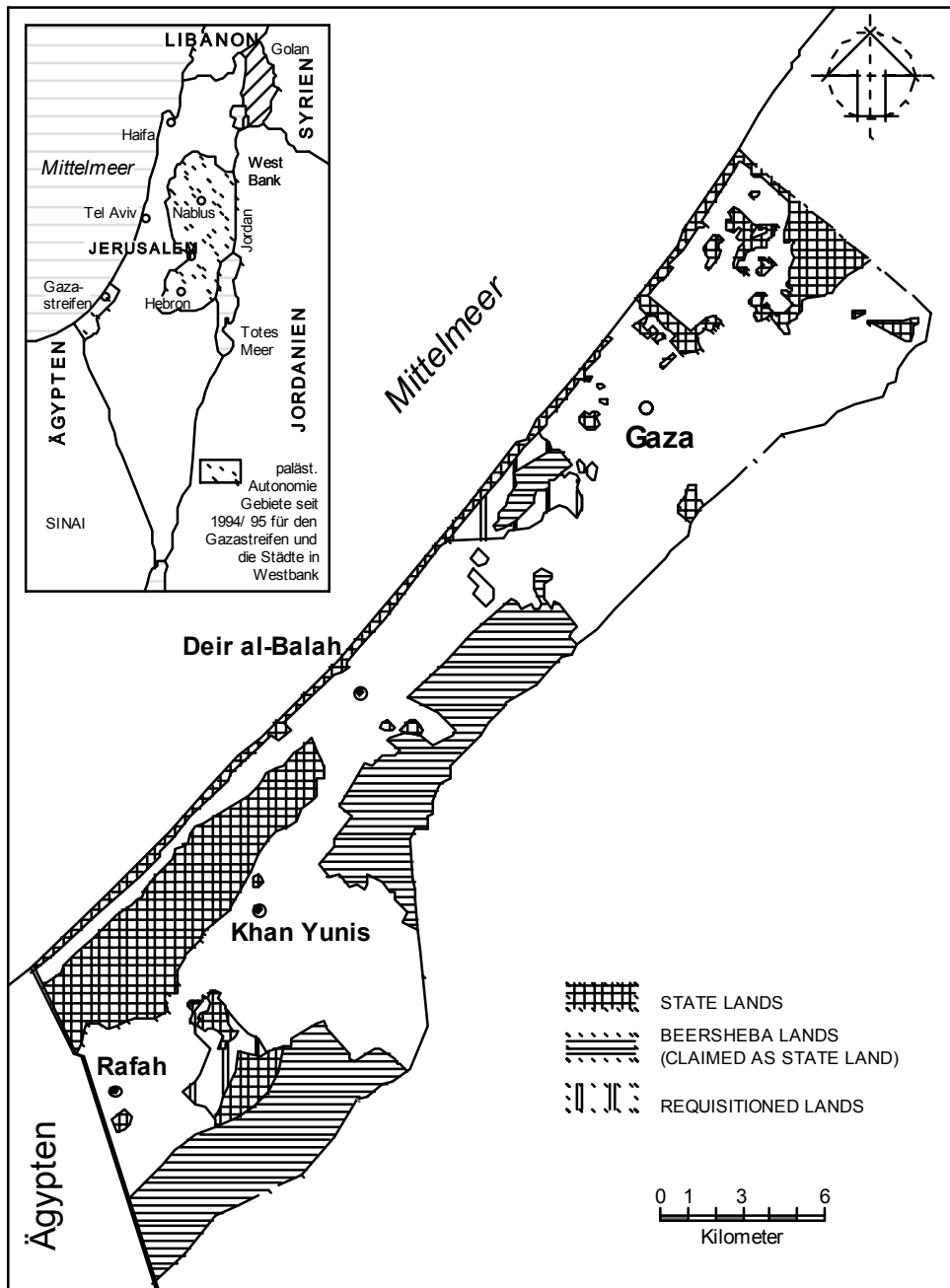
Art	Fläche [in Dunum]	%
Privateigentum (palästinensisch, inkl. UNRWA)	178.500	48,9
Staatsland (registriert)		
Verpachtet:		
- an Siedler	54.000	
- an Araber	36.000	
Leerstehend	10.000	
	100.000	27,4
Beersheba-Ländereien	72.000	19,7
(von Israel als Staatsland beansprucht)		
Land Abwesender	8.000	2,2
Jüdisches Land	1.500	0,4
Unbestimmter Landtitel	5.000	1,4
Total	365.000	100

Quelle: Benvenisti, M., u. Khayat, Sh., 1988, S. 113 (vgl. Ghalayini, Kh., 1997, S. 112)

Die arabische Entwicklung ist durch die Einschränkung der Bodennutzung auf bebaute Gebiete gekennzeichnet, während die Bodennutzung außerhalb von Städten und Dörfern streng kontrolliert wird. Tabelle 6.6 und Abbildung 6.8 zeigen die Landverteilung im Jahre 1985. Die palästinensische Bevölkerung besitzt ca. 48,9% des gesamten Landes (Privat und Flüchtlingslager), also 178.500 Dunum.

36.000 Dunum bzw. 9,9% sind an Araber verpachtetes Staatsland. Folglich sind nur ca. 60% des Landes unter palästinensischer Kontrolle (215.000 Dunum). Von dieser Fläche sind ca. 58.000 Dunum oder 27% bebaut [vgl. Abb. 6.6].

Abb. 6.6: Grundeigentumsverhältnisse im Gazastreifen, 1985



Quelle: Benvenisti, M., u. Khayat, Sh., 1988, S. 117

6.3.2 Die Wohneinheiten und Besitzverhältnisse

Eine weitere Unterteilung von Eigentum bezieht sich auf die Besitzverhältnisse von Wohneinheiten.

Dabei verteilen sich die Besitzverhältnisse von Wohneinheiten in der Stadt Gaza im Jahr 1991 (nach Art des Besitzes) wie folgt [vgl. Tab. 6.7]:

- Eigentumswohnungen
- Mietwohnungen

Tab. 6.7: Prozentuale Verteilung der Wohneinheiten nach der Art des Besitzes in im Jahr 1991

Stadtgebiet	Bodeneigentum			Wohnungseigentum	
	Privat/Miri	UNRWA	Hikr/absntees	Eigentum	Miete
Rimal	83,6	-	16,4	93,3	6,6
Scheikh Iglie	94		6	94	6
Naser	86		14	91	9
Schati Camp		100		95	5
Scheikh Radwan			100	95	5
Zeitoun	88		12	86	14
Sabra	76		24	82	18
Daraj	85		15	89	11
Toffah	95		5	94	6
Schijaia	89,7		9,3	94,3	5,6
Total	69,7	10,0	20,2	91,4	8,6

Quelle: Salha, R., 1994, S. 261

6.3.2.1 Eigentumswohnungen

Eigentum an selbstgenutzten Wohnungen hat bei der Bevölkerung von Gaza Stadt große Bedeutung. Wobei die Erfüllung des Wunsches nach selbstgenutztem Wohneigentum für die Bevölkerungsgruppe mit niedrigem Einkommen immer schwierig ist.

Die Eigentumswohnungen in Gaza haben 1991 einen geschätzten Anteil von 91,4% aller Wohnhäuser [vgl. Tab. 6.7].

6.3.2.2 Mietwohnungen

Der Anteil der Mietwohnhäuser in der Stadt Gaza ist relativ gering. 1991 wurde er im Durchschnitt auf 8,6% aller Wohnbauten geschätzt. Der größte Anteil an Mietwohnraum liegt in Daraj, Zeitoun und Sabra mit ca. 11-18%. In den anderen Gebieten sind es weniger als 10% je Gebiet [vgl. Tab. 6.7].

Um die rapide Nachfrage an Wohnraum und die Aufnahme von vielen Palästinensern, die mit der PLO in die Autonomie zurückgekehrt sind zu befriedigen, wurden nach 1994 viele Wohnhäuser gebaut. Die Nachfrage an

Mietwohnungen, besonders seitens derer ohne Angehörige in der Stadt Gaza, Alleinstehende oder derer, die sich keine Eigentumswohnung leisten können, ist stark gestiegen.

Über den aktuellen Mietwohnungsanteil, bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand in der Stadt Gaza, liegen dem Verfasser keine Angaben vor. Zum Vergleich belief sich im Jahr 1996 der Mietwohnungsanteil auf ca. 4,9% im Gazastreifen und 11,4% in Westbank. Der niedrige Anteil an Mietwohnungen ist u.a. auf das geltende Mietrecht zurückzuführen, welches eine Kündigung des Mieters durch den Vermieter in der Praxis stark erschwert und daher keinen Anreiz zur Vermietung freier Wohnungen bietet.

Wegen der steigenden Herstellungskosten von Wohnungen und der verbreiteten Armut in den Autonomiegebieten sind viele Bevölkerungsgruppen faktisch vom Erwerb einer Eigentumswohnung ausgeschlossen.

Einige der Wohnungsprojekte, die von ausländischen sowie arabischen Staaten im Gazastreifen gebaut wurden, waren für bestimmte Bevölkerungsgruppen insbesondere mit niedrigem Einkommen als Eigentumswohnungen mit guten Konditionen und rückzahlbaren Zuschüssen sowie als Mietwohnungen bestimmt.

6.4 Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren

6.4.1 Gesetzliche Grundlagen:

Die gesetzlichen Bestimmungen für die Projektierung und Durchführung von Bauvorhaben beziehen sich auf drei Rechtsgebiete, wobei nur die ersten zwei zum öffentlichen Baurecht gehören:

- a) das räumliche Planungssystem (1936) (Stadtorganisationsgesetz), welches die Randbedingungen einer Bebauung oder sonstigen Nutzung des Bodens festlegt und Anforderungen an das einzelne Baugrundstück bzw. an das Bauwerk regelt,
- b) das Gemeinderecht von 1934, welches die Anforderungen an die technische Erschließung des Bauwerks festlegt, sowie
- c) Erlasse und Beschlüsse der Gebietsgouverneure (einschließlich der israelisch-militärischen Gesetze).

Die schlechte Entwicklung des Bausektors in den palästinensischen Gebieten ist u.a. auf die israelisch-militärischen Baugesetze (1967-1994) und die strikte Handhabung der Erteilung von Baugenehmigungen zurückzuführen. Im Jahr 1994 wurde, aufbauend auf dem alten Stadtplanungsgesetz von 1936 und der Bauordnung und Baugenehmigung von 1941, ein neues Gesetz erlassen, das die

Genehmigungsverfahren der Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung regelt und erleichtert.

Bis zur Autonomie waren die Gemeindeverwaltungen als einzige Organe an der Regelung der Bautätigkeit beteiligt (z.B. der Genehmigung von Bauanträgen), jedoch ausschließlich im jeweiligen Gemeindegebiet. Im Jahr 1998 veröffentlichte das Planungsministerium (MOPIC) einen Entwurf für die Entwicklung des Gazastreifens. Dies ist der erste Versuch, die Region in der Gesamtheit zu planen. Ergänzend dazu hat die Stadt Gaza einen Flächennutzungsplan erarbeitet.

Tab. 6.8: Die Bauvorschriften für die Wohngebiete in Gaza Stadt, 1998

Zone	Grundstücks- fläche in qm	GRZ	zul. Geschoß- zahlen	zul. Bauhöhe	WE pro Grundfläche	Abstandsflächen in m		
						vorne	seitl.	hinten
	mind.			m	mind.			
1A u. 2A	350	0,6	5	16	10	3	2	2
1B u. B2	350	0,6	5	16	10	3	2	2
3	350	0,6	5	16	10	3	2	2
4A u. 4b	*	*	*	*	*	zukünftige Entwicklungsfläche		
5A	350	0,6	5	16	10	3	2	2
5B	500	0,6	3	10	4	4	3	3
5C	1500	0,45	10	35	36	3	5	8
	1000	0,5	8	27	28	3	5	7
	500	0,6	5	16	10	3	2	2

Quelle: Gemeinde Gaza, 1998

In Gaza gelten die Bauvorschriften von 1998 [vgl. Tab. 6.8]. Sie unterscheiden sich je nach Ort und Bauzone (1-5). Sie sollen die Verhältnisse der Bauten untereinander, sowie mit der Umgebung regeln und bestimmen auch die Rechte und Pflichten der einzelnen Beteiligten.

6.4.2 Bauprozessablauf

Wo und was gebaut werden darf, ist aus dem Bebauungsplan der Gemeinde zu entnehmen. Liegt kein Plan vor, muß man sich nach der Möglichkeit von Einzelgenehmigungen erkundigen. Kauft man ein Grundstück, das außerhalb des Bebauungsplans liegt, muß man unter Umständen die Erschließungskosten vollständig selbst tragen.

Die eigentliche Planungsgrundlage ist der amtliche Lageplan, den man beim Katasteramt (bei der Gemeinde) beziehen kann. Er enthält alle Detailmaße, wie die Lage, die Himmelsrichtung, die einzuhaltenden Abstandsflächen, maximale Gebäudehöhe und die zulässige Geschoßzahl.

Die Errichtung, die Änderung bzw. Nutzungsänderung sowie der Abbruch eines Bauwerks bedürfen einer Baugenehmigung [Halabi, O., 1997, S. 50]. Die wesentlichen Aufgaben der Baugenehmigung bestehen darin, die Übereinstimmung eines Bauvorhabens mit den bodennutzungsbezogenen Planaussagen (Bauplanungsrecht) sowie mit der Einhaltung der bauordnungsrechtlichen Vorschriften zu überprüfen und die Abstimmungen mit berührten Rechtsbereichen (Naturschutz, Wasserwirtschaft, Nachbarschaftsrechte etc.) herbeizuführen. Mit der Baugenehmigung wird die Konformität des geplanten Bauvorhabens mit den für das Bauwesen (Städtebau) relevanten öffentlich-rechtlichen Vorschriften bescheinigt.

Die für die Baugenehmigung bei der Gemeindeverwaltung eingereichten Planunterlagen umfassen im Gazastreifen neben dem formellen Bauantrag folgende Unterlagen:

- dem Nachweis über das Eigentumsrecht am Grundstück durch Vorlage eines Kaufvertrags oder eines Erbberechtigungsnachweises (Erbschein, vom Notar oder Anwältekammer beglaubigt),
- dem Lageplan nebst Auszug aus dem Katasteramt,
- Gebühren von 60 NIS werden im Falle einer bestehenden Eintragung bei der Gemeinde erhoben (1998), anderenfalls zusätzliche 20-40 NIS für die Eintragung.
- Bauzeichnungen (2 Exemplare (für Hochhäuser 3 Exemplare) - gestempelt von der Architektenkammer (in Gaza nur von der Ingenieurenkammer) oder von einem bauvorlageberechtigten Architekten oder Ingenieur,
- Die Bauüberwachung muß gesichert sein (Nachweis).
- eine Baubeschreibung

und die erforderlichen Standsicherheitsnachweise (bei Hochhäusern),

- die erforderlichen Nachweise des Wärme-, Schall- und Brandschutzes (bei Hochhäusern),
- die erforderlichen Angaben (Sanitärpläne) über die Grundstücksentwässerung, die Wasserversorgung und die Regenwasserentsorgung.
- Elektropläne
- Parkplatznachweis für die Bewohner sowie für die Besucher (bei Hochhäusern)
- Genehmigungsgebühren abhängig von Art und Umfang des Bauvorhabens

Erst nach der Erteilung der Baugenehmigung darf mit dem Bau begonnen werden. Die Ausführung ist entsprechend der Genehmigung vorzunehmen [El-Kahlout, M., S. 171 u. Gemeinde Gaza 1998].

Der Bauprozessablauf wird von der Gemeinde überwacht. Bei ordnungswidrigem Bauen wird der Bauherr mit einer Geldbuße bestraft. Die häufigsten Bauabweichungen von den Baugenehmigungen beziehen sich auf die Einhaltung der Abstandsflächen, die Geschoszahl oder die Baugröße. Da die Strafe nur aus einer Geldsumme besteht, wird sie meistens von den Bauherren leicht getragen.

6.4.3 Herstellungskosten für Wohnungen

Erwerbs- und Mietkosten von Wohnungen sind eng verbunden mit der Entwicklung der Herstellungskosten, resultierend aus Grundstückspreisen und Baukosten. Die Herstellungskosten setzen sich aus einer Vielzahl von einzelnen Posten zusammen, die sich in vier Gruppen (Grundstück, Baunebenkosten, reine Baukosten und Erwerb/Erschließung) zusammenfassen lassen:

- **Kosten für das Grundstück**

Sie unterliegen erheblichen Schwankungen. Die Entwicklung der Baulandpreise und der Hauspreise verlief aufgrund politischer und wirtschaftlicher Situation in Gaza Stadt besonders nach 1994; infolge der Nachfrage nach Bauland und Wohnraum durch die Rückkehrer sprunghaft und unterschiedlich steigend. Ihr Anteil an den Gesamtkosten eines Hauses kann, je nach Region, Stadtgebieten, Grundstücksgröße und Wohnhausvolumen bis zu 50% betragen.

Die Durchschnittspreise für Grundstücke im Gazastreifen lagen 1992 in den Großstädten bei 100 US-\$/qm, 60 US-\$/qm in den kleinen Städten und 30 US-\$/qm in den ländlichen Gebieten [PHC-Bericht, 1992, S. 13].

In der Stadt Gaza selbst differieren die Quadratmeterpreise – je nach Lage - ganz erheblich voneinander. In den westlichen Stadtgebieten sind sie oft zehnmal so hoch wie in den südlichen Altstadtgebieten. Die Baugrundstückspreise lagen in der Stadt Gaza nach 1994 (außer in den westlichen Stadtgebieten von Rimal-Stadtviertel) bei durchschnittlich 200 US-\$ pro qm.

Die Masterpläne und die Ausweisung von neuem Bauland begünstigen die Grundeigentümer auf unterschiedliche Weise, da sie ohne eigenes finanzielles Engagement Nutznießer der öffentlichen städtebaulichen Planung werden. Diese Begünstigung von Grundstückseigentümern unterstützt die Spekulation und führt insgesamt zu einem höheren Baulandpreisniveau.

Hohe Baulandpreise schlagen sich in der Verteuerung der Wohnungen nieder mit der Folge, daß weite Kreise der Bevölkerung von der Eigentumsbildung für Wohnraum ausgeschlossen werden.

• Baunebenkosten

Sie setzen sich im wesentlichen aus Gebühren für Baugenehmigung, Bauabnahme, Honorare für Architekten und Fachplaner sowie den Kapitalkosten zusammen. Für die Baugenehmigung wurden im Jahre 2000 Gebühren in Höhe von 8 NIS pro qm Wohnungsbaufäche erhoben, 12 NIS pro qm Lagerfläche (im EG) und für Hochhäuser 15 NIS. Dazu kommen 20% Versicherungssumme plus 50 NIS für die Abwasserversorgung (diese werden nach der Fertigstellung zurückerstattet). Für die Baugenehmigung von nicht parzellierten Grundstücken werden Gebühren von 5 US-\$ pro qm für die Wohnungsbaufäche und sog. Entwicklungsgebühren (werden nicht zurückerstattet) von 4 US-\$ pro Quadratmeter Grundstücksfläche je nach Lage erhoben. Wurde die Ausführung nicht entsprechend der Genehmigung vorgenommen (z.B. Überschreitung der zulässigen Höhe), werden Strafgebühren je nach Ausmaß der Überschreitung von einem zuständigen Komitee verhängt [Gemeinde Gaza, Internet].

Die Honorare, der an der Planung beteiligten Fachplaner, betragen pro Quadratmeter 2 JD (1 Jordanischer Dinar = ca. 3 US-\$ (August 2001). Die Honorare für die Bauüberwachung werden zwischen dem Bauherrn und den Fachplanern ausgehandelt.

• reine Baukosten

Diese beziehen sich nur auf das Bauwerk. In ihnen drückt sich die Qualität und die Effizienz der Erstellung eines Neubaus aus. Die reinen Baukosten umfassen Arbeits- und Materialkosten, die von der Größe und Qualität des Bauwerks abhängen. Bei der Qualität ist zwischen der Ausführungs-, der technischen und der Nutzungsqualität zu unterscheiden.

Als Beispiel wurden 1996 die reinen Baukosten einer Wohneinheit von 100 qm wie folgt berechnet:

- Baumaterialkosten	53.215 NIS
- Arbeitskosten	<u>14.830 NIS</u>
= Gesamtkosten	68.045 NIS (Neue Israelische Schekel - entspricht 22.681 US-\$; Stand Juni 1996).

Die reinen Baukosten betrugen somit ca. 227 US-\$/qm [MOPIC, Juni 1996, S. 109].

• Kosten für Erwerb und Erschließung

Sie beinhalten hauptsächlich die Notar- und Grundbuchkosten, die Grunderwerbssteuer und die Kosten für die Erschließungsanlagen auf öffentlichem Grund (Straßen, Wasserversorgung, Kanalisation, etc.). Bei der Erschließung sind es sowohl der von den Gemeinden gewählte Standard (z.B.

breite Straßen mit aufwendiger Begrünung) als auch eine schlechte Koordination der Versorgungsunternehmen, die kostentreibend wirken können. Darüber hinaus bieten die meisten Versorgungsunternehmen ihre Leistung nicht im Wettbewerb an.

Das Verlegen der Leitungen im öffentlichen Bereich wird von den entsprechenden Versorgungsunternehmen oder in deren Auftrag vorgenommen. Immer wieder stößt man auf die Klage, daß die einzelnen Arbeiten nicht aufeinander abgestimmt werden. Eine Koordination der Erschließungsarbeiten findet häufig nicht statt. Das hat zur Folge, daß beispielsweise eine Straße mehrmals aufgegraben werden muß, bis alle Leitungen verlegt sind.

6.5 Ermittlung des Wohnungsbedarfs in Gaza-Stadt 1995-2015

Eine Vorausschätzung der Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahre 2015 läßt deutlich werden, daß ein beträchtlicher Zuwachs der Wohnbevölkerung zu erwarten ist [vgl. Kap. 4.0]. Dafür ist eine nachhaltige Neubautätigkeit notwendig. Der erforderliche Neubau ergibt sich aus Neu- und Ersatzbedarf.

Der im Folgenden ermittelte Wohnungsbedarf geht von der Zielvorstellung aus, daß alle Bewohner der Stadt Gaza mit angemessenen, den heutigen Anforderungen entsprechenden Wohnungen versorgt werden sollen.

Bei der Ermittlung des Bedarfs sind zwei grundsätzliche Bedarfsgruppen zu unterscheiden:

1. der **Zuwachsbedarf** - für das Bevölkerungswachstum durch natürliche Bevölkerungsentwicklung und Zuwanderung (Rückkehr von PNA-Angehörigen und Auslandspalästinensern) und
2. der **Eigenbedarf** - der jetzt ansässigen Bevölkerung.

Der Eigenbedarf ist nochmals in 2 Gruppen zu unterscheiden:

- der **Nachholbedarf**, für solche Haushalte, die – an heutigen Wohnstandards gemessen - unter nicht zumutbaren Verhältnissen wohnen. Das betrifft vor allem die Haushalte in überbelegten Wohnungen.
- der **Ersatzbedarf**, für Wohnungsabgänge aufgrund von schlechten baulichen Zustands und für Wohnungen, bei denen sich keine Modernisierung mehr lohnt (wegfallende Wohnungen).

6.5.1 Wohnungsneubedarf infolge des Bevölkerungszuwachses

Die Schätzungen von MOPIC im Jahr 1995 zeigten, daß die Bevölkerungszahl in Gaza-Stadt etwa 305.000 Einwohner (ca. 50.833 Familien mit je 6 Personen) im

Durchschnitt betrug. Die Wohneinheiten belaufen sich auf ca. 40.000 Einheiten [PNA, MOPIC, 1995, S. 35]. Daraus ergibt sich ein Wohnungsdefizit von 10.833 Wohneinheiten. Aufgrund der Umrechnung des zu erwartenden Bevölkerungszuwachses und einer Familiengröße von ca. 6 Personen kann der neue Bedarf an Wohneinheiten ermittelt werden. Der Bevölkerungszuwachs beträgt in der Phase von 1995 bis 2015 etwa 544.800 Personen [vgl. Kap. 4.0 u. Tab. 6.9]. Damit werden bis 2015, bei einer angenommenen gleichbleibenden Familiengröße von 6 Personen, 101.633 Wohneinheiten zusätzlich benötigt. [vgl. Tab. 6.9].

Tab. 6.9: Bevölkerungszahl, Familienzah, Wohneinheitenzahl und der daraus abgeleitete Wohnbedarfs von 1995 bis 2015

	1995	1995-2000	2000-2005	2005-2010	2010-2015	Total
Bevölkerungszahl	305.000	408.800	521.700	665.800	849.800	
Familienzahl	50.833	68.133	86.950	110.967	141.633	
Bevölkerungszuwachs	-	103.800	112900	144.100	184.000	544.800
Familienzunahme	-	17.300	18.817	24.017	30.667	90.800
Wohnbedarf: ****	10.833	17.300	18.817	24.017	30.667	101.633

Quelle: Aus Tabelle 4.18 und vom Verfasser bearbeitet **** zusätzlicher

6.5.2 Wohnungsneubedarf durch Verringerung der Belegungsdichte

In vorangegangenen Ausführungen wurde auf die hohe Belegungsdichte in bestimmten Wohngebieten hingewiesen. Die vorhandene Personenzahl pro Zimmer und die erwünschte Personenzahl pro Zimmer sollen ebenfalls bei der Ermittlung des Wohnbedarfs berücksichtigt werden. Die Verringerung der hohen Belegungsdichte wird entweder durch den Bau von neuen Wohneinheiten oder den Bau von zusätzlichen Zimmern zu den vorhandenen Bauten erreicht.

Die Statistiken von 1991 zeigen für Gaza Stadt eine durchschnittliche Zimmerbelegung von 2,9 P./Zi. [vgl. Tab. 6.10].

Aus der Statistik der Tabelle 6.10 läßt sich die benötigte zusätzliche WE- Anzahl wie folgt berechnen:

Benötigte WE=

$$\begin{aligned}
 & \frac{\text{Zahl der fehlenden Zimmer} \times \text{erwünschte Belegungsdichte von 3 P./Zi.}}{\text{durchschnittliche Familiengröße}} \\
 & = \frac{11.703 \times 3,0}{6} = 5.852 \text{ WE}
 \end{aligned}$$

Nach Statistiken von 1998 ist zu sehen, daß sich die Belegungsdichte in den palästinensischen Gebieten von 2,33 im Jahr 1995 auf 1,88 im Jahr 1998

verringert hat. Dies ist u.a. auf den Aufschwung im Baubereich zur Unterbringung von palästinensischem Autonomie-Personal und auf die Zahl der Wohnhochhäuser zurückzuführen. Die Statistiken täuschen aber über die genaue Problematik der Belegungsdichte hinweg, denn viele Häuser sind entweder mit einer geringeren Anzahl von Personen belegt oder stehen aufgrund der hohen Mieten, Verkaufspreise oder der instabilen politischen Lage leer [PCBS, Sept. 1999, S. 41].

Tab. 6.10: Wohnungsbedarf nach Verringerung der Belegungsdichte (3 Pers./Zi.) 1991

	Rimal	Schati	Scheikh Radwan	Zeitoun	Daraj	Toffah	Schijaia	Total
Bevölkerungszahl	58.000	45.100	18.000	30.000	45.000	19.000	46.000	261.100
Pers./Zi. (Annahme)	1,7	4,5	2,0	2,1	3,9	2,3	3,8	2,9
Zahl der Zimmer	33.950	9.929	9.065	14.476	11.641	8.274	12.093	99.428
Pers./Zi. (erwünscht)	1,7	3,0	2,0	2,1	3,0	2,3	3,0	2,4
Benötigte Zimmerzahl	33.950	15.033	9.065	14.476	15.000	8.274	15.333	111.131
Fehlende Zimmerzahl	-	5.104	-	-	3.359	-	3.240	11.703

Quelle: Nach Angaben von 1991 u. vom Verfasser bearbeitet

Zahlen über den reinen Wohnungsleerstand (d.h. unter Abzug der gewerblich nutzbaren Einheiten) sind nicht verfügbar; der allgemeine Leerstand im Gazastreifen wurde mit ca. 5,1% aller Wohneinheiten bzw. 2,4% aller Wohnbauten ermittelt [PCBS, Internet].

6.5.3 Wohnungsersatzbedarf für wegfallende Wohnungen

Für die Ermittlung des Wohnbedarfs muß bezüglich des alten und unbewohnbaren Wohnbestandes noch differenziert werden zwischen jenen Bauten, die nicht mehr renoviert werden können und abgerissen werden müssen, und solchen, die durch Sanierungsmaßnahmen (Renovierung oder Erschließung der Infrastruktur) (wieder) bewohnbar gemacht werden können.

Die Zahl der verschiedenen Bauten zu ermitteln ist schwierig, da darüber bis heute keine genauen Angaben vorliegen. Sie kann jedoch mittels der vorhandenen Angaben über das Alter der Bauten geschätzt werden.

85% der gesamten Wohneinheiten wurden nach 1948 errichtet. Dagegen stehen nur 15% (ca. 6.000 WE), die vor 1948 gebaut wurden. Für die Ermittlung des jährlichen Wohnbedarfs wird angenommen, daß alle vor 1948 errichteten Bauten – wegen der schlechten Bauausführungen sowie baulichen Zustand- innerhalb von 20 Jahren bis 2015 ersetzt werden müssen. Da für abgerissene Wohnungen ein

Ausgleich zu schaffen ist, errechnet sich damit bis zum Jahr 2015 ein Ersatzbedarf von 6.000 Wohnungen [vgl. Tab. 6.2]. Die Zahl der benötigten Wohneinheiten beträgt somit 300 WE/Jahr.

6.5.4 Der jährliche Wohnungsbedarf - Zusammenfassung

Aus den drei bereits untersuchten Faktoren kann der durchschnittliche jährliche Wohnungsbedarf von 1995 bis 2015 in Gaza ermittelt werden.

Infolge des Bevölkerungszuwachses und einer Familiengröße von 6 Personen pro Familie werden 101.633 WE benötigt, d.h. **5.082 WE/Jahr**.

Es werden innerhalb dieser 20 Jahre 5.854 WE durch Verringerung der Belegungsdichte auf 3 P./Zi. benötigt, d.h. **293 WE/Jahr**.

Durch den Bau von neuen Wohneinheiten an Stelle der Bauten mit einem Baujahr vor 1948 werden 6.000 WE benötigt, d.h. **300 WE/Jahr**.

Der jährliche Bedarf an Wohneinheiten in Gaza-Stadt wird also **5.675 WE** betragen. Im gesamten Gazastreifen wird der Wohnungsbedarf im selben Zeitraum (1995-2015) auf ca. 255.000 Wohneinheiten geschätzt [Wohnungsbau-ministerium, 1998, S. 11].

6.6 Wohnungsbauaktivitäten in Gaza Region

6.6.1 Wohnungsprobleme in Flüchtlingslagern

Die schlechte Wohnungssituation, die hohe Bevölkerungsdichte und die unzureichende Infrastruktur in den Flüchtlingslagern ist und bleibt neben ihrem politischen Status eines der wichtigsten Probleme seit ihrer Gründung. Aus diesem Grunde wurden im Laufe der Zeit eine Reihe von Umsiedlungsprojekten zur Entlastung der Flüchtlingslager errichtet, die im Folgenden kurz beschrieben werden.

6.6.1.1 Umsiedlungsprojekte für die Flüchtlingslagerbewohner

Die UNO-Resolution 194 gibt den Flüchtlingen, die 1948 aus ihrer Heimat Palästina vertrieben wurden, das Recht in ihre Häuser zurückzukehren. Ihre politische und rechtliche Situation ist bis jetzt noch nicht gelöst und bleibt ein Problem, welches erst die Friedensverhandlungen abschließend klären werden. Die Flüchtlingslager waren zudem der Kern des Widerstandes gegen die Besatzer.

Unter dem Vorwand, die dichtbesiedelten Flüchtlingslager zu entlasten, haben die israelischen Besatzer im Jahre 1969 zwei Pläne erstellt, um die Flüchtlinge aus ihren Lagern zu vertreiben [Al-Horany, A., 1987, S. 143]:

Rehovot-Plan: Dieser wurde unter Prof. De Shleet im Rehovot-Institut geplant, mit dem Ziel, die Flüchtlinge so schnell wie möglich aus dem Gazastreifen in die Westbank umzusiedeln und somit die Arbeitskräfte nach Israel zu ziehen.

Weitz-Plan: Dieser Plan umfaßt die Umsiedlung von ca. 50.000 Flüchtlingen Anfang 1970 nach el-Arisch auf der Sinai-Halbinsel. Der Plan wurde von Ranan Weitz, dem Leiter der Siedlungsabteilung in der jüdischen Vertretung erstellt.

Beide Projekte wurden jedoch nicht realisiert. Trotzdem haben die Besatzer ihre Politik, die Flüchtlingslager zu beseitigen und die Flüchtlinge umzusiedeln, weitergeführt. Anfang der 70er Jahre wurden systematisch Häuser gesprengt (der Anteil dieser Familien und ihre Problematik fallen unter den Wohnungsneubedarf zu Verringerung der Belegungsdichte), Ausgangssperren und weitere Repressalien verhängt, um diese Politik durchzusetzen.

Von den weiteren Umsiedlungsprojekten, die von den israelischen Besatzern geplant, gefördert und realisiert wurden, sollen hier nur die wichtigsten benannt und kurz erläutert werden:

A. Projekte in der Stadt Gaza

1. Scheikh-Radwan-Projekt: Um die Flüchtlingslager Schati zu entlasten, wurde Anfang 1975 die Errichtung von 1.000 Wohneinheiten auf einer Fläche von 600 Dunum Staatseigentum in Scheikh-Radwan (einem Stadtviertel nordwestlich von Gaza-Stadt) beschlossen. Im November des selben Jahres wurden 52 Familien aus dem Schati-Lager in dieses Gebiet umgesiedelt.

Dieses Projekt besteht aus den 3 Blöcken (A, B und C):

Block A (Phase 1) wurde 1975/76 mit 1.072 WE errichtet. Die WE's besitzen jeweils 2 Zimmer, eine Küche und ein Bad, auf einer Grundstücksfläche von 250 qm. Voraussetzung für den Bezug war die Aufgabe und die Zerstörung ihrer Häuser im Flüchtlingslager. Als Begründung wurde herangeführt, daß die Baumaterialien von den zerstörten Häusern wieder verwendet werden können und die Übervölkerung in den Lagern gemildert wird. Dafür erhielt jede Familie eine Wohnung für ca. 230 JD (Jordanische Dinar; 1 JD = ca. 3 US-\$; Aug. 2001).

Block B (Phase 2) kam 1979/80 zur Anwendung. Jede Familie erhielt eine Wohnung mit einem Grundstück von ca. 125 qm Fläche und eine Entschädigung von 85 JD für die Aufgabe ihrer Wohnung im Flüchtlingslager.

Block C (Phase 3) wurde 1981/82 errichtet und wie Block B verteilt. Er umfasst insgesamt 307 Wohneinheiten.

Um die Flüchtlingslager Schati zu beseitigen, haben sich die Besatzer auch anderer Methoden bedient. So zerstörten sie die Häuser, wie z.B. im Jahr 1983, als sie die Wohnungen von 8 Familien mit insgesamt 50 Personen in Schati angriffen. Die gezielte Zerstörung von Wohnhäusern, insbesondere in den Flüchtlingslager dauerte an, und wurde in der 2. Intifada 2000 verstärkt.

B. Projekte im Gazastreifen

1. Beit Lahia-Projekt: Dieses besteht aus zwei Teilprojekten.

Das ältere Teilprojekt wurde 1977 mit dem Bau von 20 Wohneinheiten begonnen. Diese wurden auf Familien aus Jabalia verteilt. Anschließend haben die israelischen Besatzer Baugrundstücke von ca. 200-250 qm auf Familien verteilt, die ihre Wohnungen abgaben. Gleichzeitig erhielten diese Familien ein Darlehen von ca. 640 JD, welches in Raten zurückgezahlt werden mußte. Das Projekt hat insgesamt 60 WE.

Im neuen Teilprojekt wurde jeder Familie ein Baugrundstück von 125 qm im Tausch gegen die alte Wohnung angeboten. Die Umsiedlung begann Anfang 1984. Das Projekt bestand zunächst aus 50 WE. Bis Dezember 1984 betrug seine Kapazität 700 Wohneinheiten.

2. Al-Amal Projekt: Dieses Projekt wurde 1977 in der Stadt Khan Yunis mit 1.026 WE errichtet. Eine große Zahl von Flüchtlingen aus dem Khan Yunis-Flüchtlingslager haben hier im Tausch gegen ihre alten Wohnungen eine neue bekommen. Später verteilten die israelischen Besatzer Baugrundstücke, zuerst mit einer Fläche von 200-250 qm, später nur noch mit 125 qm.

73,3% der Familien des al-Amal-Wohnprojekts haben ihre Lagerunterkünfte als Gegenleistung für das neue Haus zerstört.

Die Israelis lassen, um den Abriß der Lagerunterkünfte sicherzustellen, die Flüchtlinge Wechsel über den Entschädigungswert der abgerissenen Häuser unterzeichnen. Diese werden annulliert, sobald die Häuser zerstört sind [Hassasneh, T., 1994, S. 169].

3. Tal-es-Sultan-Projekt: Dieses Projekt wurde mit 1.050 WE im Jahre 1979 durch die Besatzer errichtet und an Flüchtlinge in Rafah gegen die Aufgabe und den Abbruch ihrer Häuser in den Flüchtlingslagern verteilt. Weitere Wohneinheiten wurde auf Baugrundstücken von 200-250 qm von den Flüchtlingen selbst gebaut. Das Projekt umfaßt eine Baufläche für die weitere Errichtung von 660 WE.

Im Jahr 1982 beschlossen die Besatzer die Vergabe von Grundstücksflächen mit einer Fläche von ca. 125 qm an Flüchtlinge gegen den Verzicht auf ihre Häuser im Flüchtlingslager. Familien mit mehr als 10 Personen erhielten 200 qm Grundstücksfläche [Berichte der Gemeinde von Rafah].

4. Barasil-Projekt: Das Barasil-Projekt liegt südöstlich der Stadt Rafah und besteht aus den Blöcken A, B und C. Diese unterscheiden sich wie folgt:

Block A wurde 1972 mit 238 Wohneinheiten errichtet. Die Wohnungen mit jeweils 200 qm Wohnfläche wurden damals für ca. 50 JD pro Wohneinheit an die Flüchtlinge verteilt.

Block B - mit 195 Wohneinheiten - wurde 1974/75 für 150 JD pro Wohneinheit vergeben.

Block C entstand 1979 mit 190 Wohneinheiten. Diese wurden in Form von Baugrundstücken mit ca. 200-250 qm Fläche für ca. 350 bis 520 JD an Flüchtlinge in Rafah vergeben.

6.6.2 Öffentlicher Sektor

Während der Besatzungszeit (1967-1993) war unter dem Begriff des öffentlichen Sektors in Gaza zu verstehen, was von den Gemeinden und Bauinstitutionen unternommen wurde. In den 70er Jahren war die Zahl der Bauinstitutionen sehr begrenzt, was die Aktivitäten im Baubereich und ihre Programme negativ beeinflusste. Die Beteiligung der Bauinstitutionen an den Bauaktivitäten hat sich in den 80er Jahren ausgedehnt. Im Gegensatz hierzu waren die Aktivitäten der Gemeinde aufgrund der Besatzungspolitik und deren Einfluß auf die urbane Entwicklung zurückgegangen.

Die Bauaktivitäten beschränkten sich auf den Bau von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und soziale Einrichtungen. Gleichzeitig investierten die Gemeinden noch in Projekte wie Märkte und Handelszentren.

Die Hauptgründe für den Beteiligungsrückgang des öffentlichen Sektors ist auf Folgendes zurückzuführen:

- geringes Vorhandensein von Kapital-, Investitions- und Finanzierungsinstitutionen
- begrenzte staatliche Mittel für den Bausektor
- die politische Situation, besonders Anfang der 80er Jahre und ihr Einfluß auf die Gemeinden und öffentlichen Institutionen, beschränkte die Aktivitäten im Baubereich, vor allem die Einstellung israelischer Beamter für die Überwachung sowie für die Schaffung des demokratischen Wahlrechts in den Gemeinden.
- die wenigen Grundstücksflächen innerhalb des nicht zu ändernden und zu erweiternden Entwicklungsplans der Stadt [Abu-Auen, J., 1994 S. 148].

Zur Mitwirkung bei der Lösung der Wohnungsprobleme wurde 1991 der PHC (Palestinian Housing Council) als palästinensische „nicht staatliche Organisation“ (NGO) gegründet. Der PHC wurde 1991 von der PLO als allein verantwortliche

Instand für die Entwicklung des Wohnungsbaus in den besetzten Gebieten akzeptiert. Das seit 1994 bestehende Wohnungsministerium in Gaza ist für die Verbesserung der Wohnungssituation verantwortlich. Es konnte auf die Aktivitäten des PHC aufbauen.

Der öffentliche Wohnungsbau wird in Gaza von der PHC und dem Wohnungsministerium geführt.

In den folgenden Abschnitten sollen diese beiden Institutionen genauer beleuchtet und mit ihren Bauprojekten vorgestellt werden.

6.6.2.1 Palestinian Housing Council (PHC)

Wie im Vorabschnitt ausgeführt, ist die PHC eine Gesellschaft, die 1991 als NGO gegründet wurde und sich für die Versorgung der Bevölkerung - mit begrenztem Einkommen - mit finanzierbaren Wohnungen einsetzt. Die PHC wird durch Kredite und Spenden finanziert. Abkommen zwischen der EU, den USA und Japan brachten Entwicklungsgelder für den palästinensischen Wohnungsbau.

Die jeweiligen Anteile ändern sich von Jahr zu Jahr. Der PHC hat mit jedem der 3 Partner ein Abkommen zur Finanzierung der Wohnprojekte unterzeichnet:

- 1. mit der Europäischen Union über Mittel in Höhe von 51,5 Mio. US-\$ zum Bau von 1.200 WE, gleichmäßig geteilt zwischen Westbank und Gazastreifen.
- 2. mit den USA (USAID) über Mittel in Höhe von 25,5 Mio. US-\$ zum Bau von neuen Wohneinheiten, Instandhaltung von Wohnungen und der Entwicklung der Wohnviertel im Gazastreifen.
- 3. mit Japan über Mittel in Höhe von 10 Mio. US-\$ zum Bau von 270 WE für die Angestellten der Polizei im Gazastreifen. Im Auftrag der Regierung und in Zusammenarbeit mit der UNDP wird die Wohnungsbaugesellschaft diese Wohnungen bauen [PHC, 1995, S. 45].

Die PHC übernimmt den Bau von Wohneinheiten, um der ständig ansteigenden Nachfrage zu begegnen und die Wohnungsnot zu mildern. Die PHC gewährt bedürftigen Familien Kredite zum Neubau oder zur Sanierung von Wohnungen. Aufgabe der PHC ist es, eine große Anzahl dieser Familien mit Wohnungen zu versorgen, die anderenfalls mit einer angemessenen Unterkunft nicht rechnen können.

In einem Auswahlverfahren werden die Anträge von Bedürftigen durch die PHC geprüft. Dabei finden folgende Faktoren Berücksichtigung:

- soziale Faktoren, wie die Größe der Familie
- wirtschaftliche Faktoren, wie Einkommen und die Arbeitsverhältnisse

- der Besitz an Wohnung oder Immobilien
- die Bereitschaft, die Finanzierungsbedingungen zu erfüllen

Die Wohneinheiten sollen den Bedürfnissen und der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerungsschichten mit begrenztem Einkommen entsprechen. Die Bauprojekte der (PHC) dienen vor allem den Beschäftigten im öffentlichen Sektor (Beamte, Angestellte, usw.). Die Betroffenen müssen für den Erwerb einer Wohneinheit einen Grundbetrag in Höhe von 25-30% des Gesamtpreises ihrer Wohneinheit aufbringen. Die Restsumme ist in Form eines langfristigen Darlehens mit bis zu 20 Jahren Laufzeit zu bezahlen [PHC-Bericht, 1995, S. 41].

Mit der Gründung des Wohnungsministeriums im Jahr 1994 hat der PHC einige seine Kompetenzen verloren. Die Regelungen und Prinzipien, die damals aufgestellt wurden, sind aber bis heute weitgehend gültig:

- Förderung von Eigentums- statt Mietwohnungsbau
- Erstellen von Wohnungsgrößen um und über 100 qm
- Relativ niedrige Eigenleistungen in Form von Erstzahlungen (*down payment*) in Höhe von 5.000 bis 7.000 US-\$ mit monatlichen Rückzahlungsraten von 150 bis 250 US-\$ bei einer Laufzeit von maximal 20 Jahren

Die Baukosten pro Wohnung werden mit etwa 20.000 bis 30.000 US-\$ angegeben, das bedeutet im Durchschnitt 200 US-\$ pro qm Wohneinheit. Die Rückzahlungsraten sollen für den Bau weiterer Wohnungen verwendet werden. [Bauwelt, 1999, S. 424].

In den Jahren 1992-1995 errichtete die PHC viele Bauprojekte mit insgesamt 2.904 WE. Davon in Gazastreifen (1.214 WE) und in der Westbank (690 WE). An der Grenze zwischen Gaza und Jabalia wurden dabei 416 WE gebaut [vgl. Tab. 6.11].

Tab. 6.11: Verteilung der Wohneinheiten der PHC in Gazastreifen 1992-1996

Region	Projekt	Grundfläche	Wohnhäuser	Wohneinheiten		
		(qm)	(Anzahl)	im Bau	Vorhaben	Total
Jabalia	Al-Karama	22.127	13	416	-	416
Beit Hanun	Al-Schurta	18.000	8	256	-	256
Nuseirat	Ain Jalout	21.460	10	160	160	320
Khan Yunis	Al-Qalaa	5.908	4	96	-	96
Rafah	Rafah	8.760	7	126	-	126
Total		76.255	42			1.214

Quelle: PHC, 1995, S. 74

6.6.2.1.1 Bauprojekte des Palestinian Housing Council

Bauprojekt "al-Karama", Jabalia

Das al-Karama-Bauprojekt wurde 1994 im Rahmen der PHC-Aufgaben für die Lösung des ansteigenden Wohnungsbedarfs errichtet. Es liegt innerhalb der administrativen Grenze von Jabalia an der nördlichen Grenze von Gaza, und ca. 700 m vom Mittelmeer entfernt. Die meiste Bewohner dieses Projekt stammen aus der Stadt Gaza.

Das Projekt wurde auf einem 22.127 qm großen gekauften Land errichtet. Es sollen insgesamt 416 WE mit zwei verschiedenen Wohnflächen und Grundrißtypen in zwei Phasen errichtet werden. Gleichzeitig gehört zu dieser Entwicklung der Aufbau der erforderlichen Infrastruktur.

Die Planung und Durchführung dieses Bauprojektes wurde durch private Büros und Baufirmen erbracht. Entsprechend den Bauvorschriften der PHC wurde von einem Büro geplant. Die anschließend beauftragte auszuführende Firma konnte dann noch einige Änderungen vornehmen. Auf dem topographisch flachen Baugebiet wurde eine teils dichte, teils aufgelockerte Bebauung geplant. Das Projekt besteht aus 13 Gebäuden, die in zwei Bauphasen realisiert werden sollen. In der ersten Phase werden 6 Gebäude mit je einem Erdgeschoß und mit 8 Normalgeschossen errichtet. Jedes Normalgeschosß besteht aus insgesamt 4 WE, davon 3 WE vom Typ A und 1 WE vom Typ B [vgl. Abb. 6.7]. Im Erdgeschoß sind Kinderspielbereich, Pfortner-Zimmer, die Hausanschlußräume, sowie 2 Lager untergebracht. In der zweiten Phase werden noch weitere 7 Gebäude errichtet.

Die bebaute Fläche von 6.240 qm beträgt 28% (GRZ 0,28) der gesamten Grundstücksfläche (22.127 qm), auf den restlichen 72% sind Kfz-Stellplätze, Grün- und Spielflächen untergebracht.

Die Anpassung der Wohnungseinheiten an die sozio-ökonomische Situation der Bewohner ist hier nicht deutlich. Es gibt geschätzte Verhältnis von Familiengröße zu Wohnungsgröße. Die Wohneinheiten sind für die Durchschnittsfamilie mit 7 Personen konzipiert. Eine Differenzierung und möglichst unterschiedliche Wohnungsgrößen würde viele Bewohner finanziell entlasten.

Die Anpassung der Bauten an das Klima bzw. die Integration der Bauten in die Landschaft mit ihrer Beziehung zur Natur, sowie die Schaffung von Schatten wurden nicht berücksichtigt. Bei der Planung und Konzipierung der Bauten wurde die traditionelle Bauweise und die Struktur der alten, arabischen Stadtgebiete und ihr Aufbausystem von privaten, halbprivaten bis hin zu öffentlichen Bereichen völlig ignoriert [vgl. Abb. 6.7].

Bild 6.11: Die Balkonen als Ersatz für den Innenhof sowie das Dach



Bild 6.12: Blick in die Innenstraßen von al-Karama Wohnsiedlung



Vom Verfasser aufgenommen

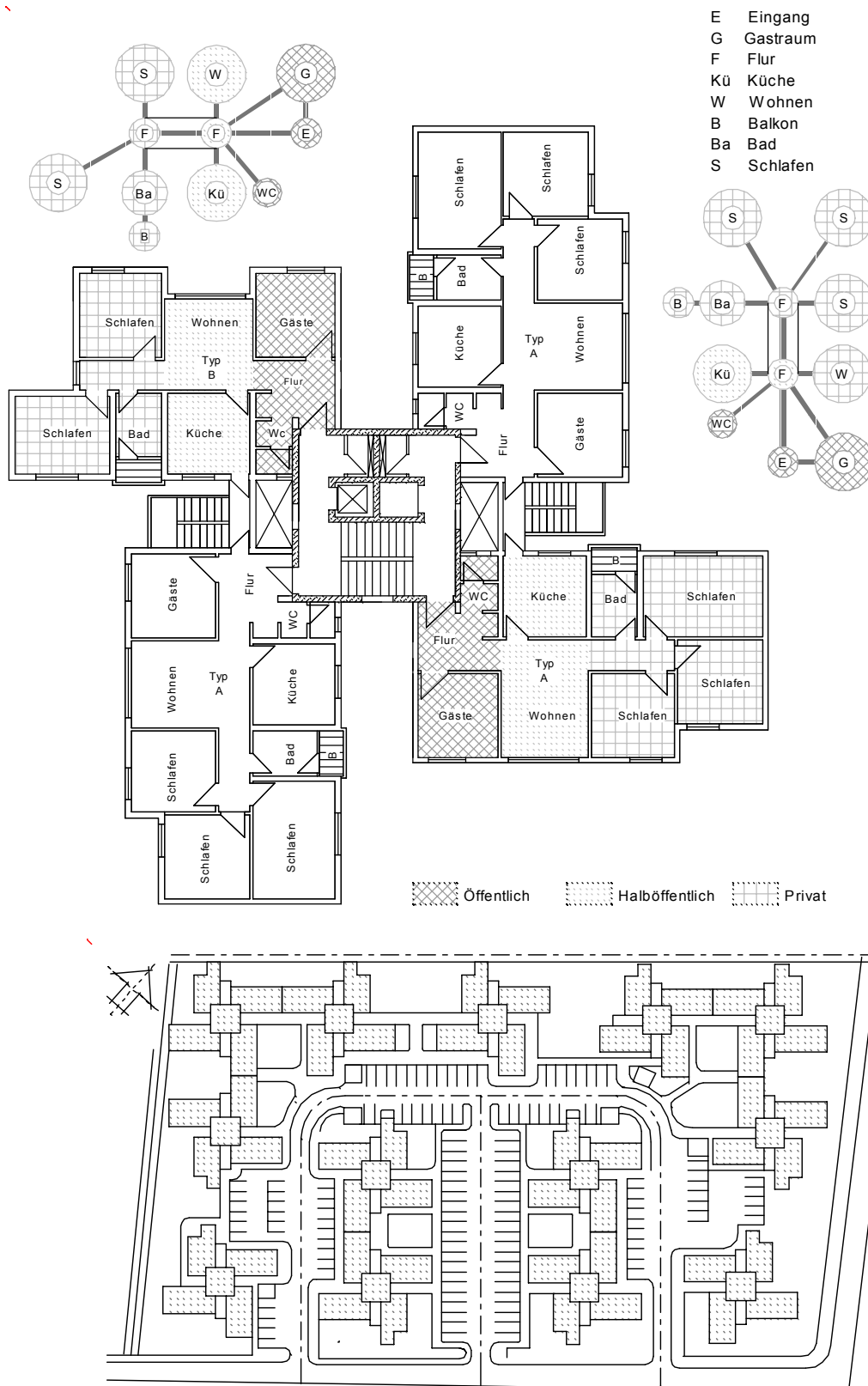
Im Bauprogramm wurde nur ein Bebauungs-Grundtyp mit zwei Grundrissen und den entsprechenden Wohnungsflächengrößen festgelegt.

In den 13 geplanten Gebäuden in „al-Karama“, Jabalia setzen sich die WE- Typen nach Flächen wie folgt zusammen:

WE-Typ A (Anzahl)	312
Wohnungsfläche Typ A	111,5 qm
WE-Typ B (Anzahl)	104
Wohnungsfläche Typ B	99,5 qm
Grundstücksfläche:	22.127 qm
Bebaute Fläche	6.240 qm
GRZ (Bebaute Fläche/Grundstücksfläche)	0,28 (28%)

Quelle: PHC, S. 200, 1995

Abb. 6.7: Grundriß eines normalen Geschosses, die Funktionschemata und der Lageplan des Projekts al-Karama



Quelle: PHC, 1995, S. 204

Bauprojekt "al-Schurta (Die Polizei)", Beit Hanun

Dieses Projekt wurde 1995 auf einer Fläche von 18.000 qm auf staatlichem Land innerhalb der administrativen Grenze der Dorfgemeinde von Beit Hanun errichtet. Das Projekt wurde von privaten Büros und Firmen in Zusammenarbeit mit der PHC geplant und ausgeführt.

Das Projekt besteht aus 8 Gebäuden, je zwei Gebäude bilden eine Gruppe. Jedes Gebäude besitzt ein Erdgeschoß und 8 Stockwerke. Jedes Stockwerk besteht aus zwei versetzten Ebenen und 4 Wohneinheiten mit je 3 Wohnungen des Typs A (111,5 qm) und 1 Wohnung Typ B (99,5 qm). Wie bei den anderen Bauprojekten sind im Erdgeschoß Kinderspielplätze, Haustechnik, sowie Lager und Pfortnerraum untergebracht. Die bebaute Fläche beträgt 22,5% der gesamten Grundstücksfläche. Auf der Restfläche von 77,5% sind Parkplätze, Grünfläche und öffentliche Versorgung als Nutzung untergebracht [PHC, 1995, S. 207].

Verteilung der WE nach Flächen und Gebäuden in "al-Schurta" Beit Hanun:

Gebäudezahl	8
WE-Typ A (Anzahl)	192
Wohnungsfläche Typ A	111,5 qm
WE-Typ B (Anzahl)	64
Wohnungsfläche Typ B	99,5 qm
Grundstücksfläche	18.000 qm
Bebaute Fläche	4.040 qm
GRZ (Bebaute Fläche/Grundstücksfläche)	0,225 (22,5%)

Quelle: PHC, 1995, S. 208

Bauprojekt "Ain Jalout" in Nuseirat

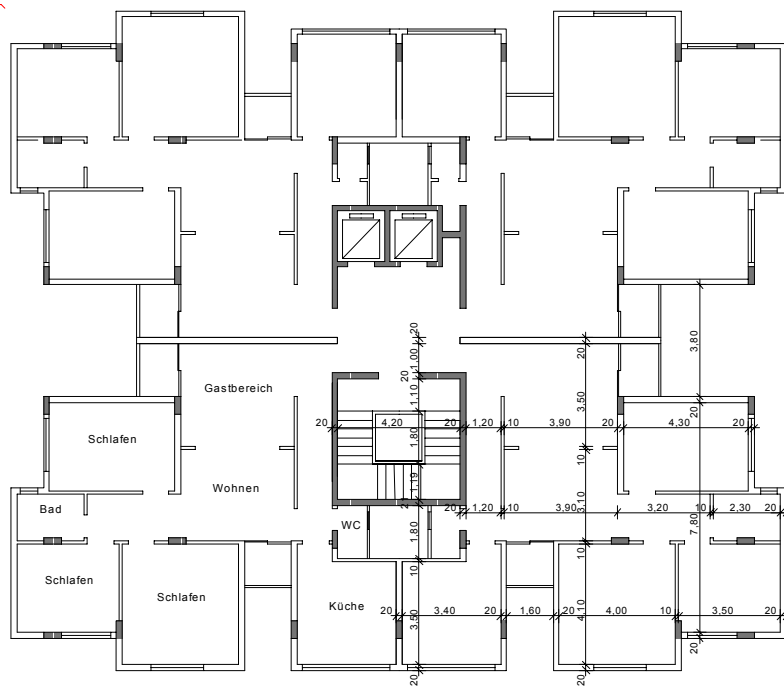
Das Bauprojekt "Ain Jalout" liegt in der Mittelzone vom Gazastreifen, im Bereich der Dorfgemeinde von Nuseirat (300 m von der Regionalstraße Gaza-Rafah entfernt). Dieses Projekt wurde auf 21.460 qm von der PHC gekauftem Land errichtet. Das Gebiet wurde geplant und als Wohngebiet genehmigt und in den Bebauungsplan der Dorfgemeinde integriert. Das Projekt besteht aus 10 Gebäuden. Die Realisierung dieses Projektes erfolgte in zwei Phasen:

- In der ersten Phase wurden 1994 4 Häuser, mit je einem Erdgeschoß für die tägliche Versorgung und 8 Stockwerken gebaut. Jedes Stockwerk besteht aus 4 Wohnungen, mit insgesamt 32 WE pro Gebäude. Die Wohnungsflächen im 1-6. Stockwerk von 116,5 qm als Wohnungstyp A wurden im 7. u. 8. Geschoß

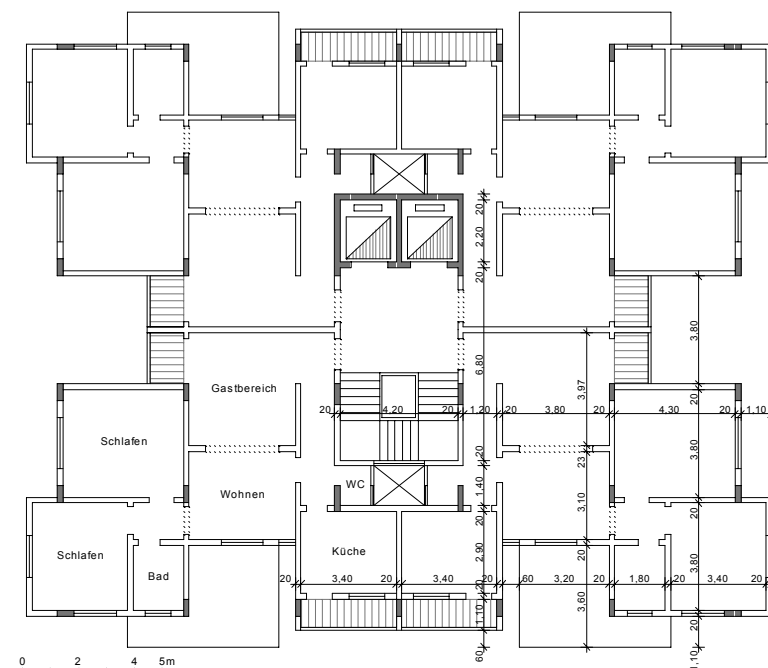
als Wohnungstyp B mit einer Wohnungsfläche von 102,5 qm reduziert [vgl. Abb. 6.8].

- 6 weitere Gebäuden wurde in der zweiten Phase mit dem gleichen Konzept errichtet [PHC, 1995, S. 189].

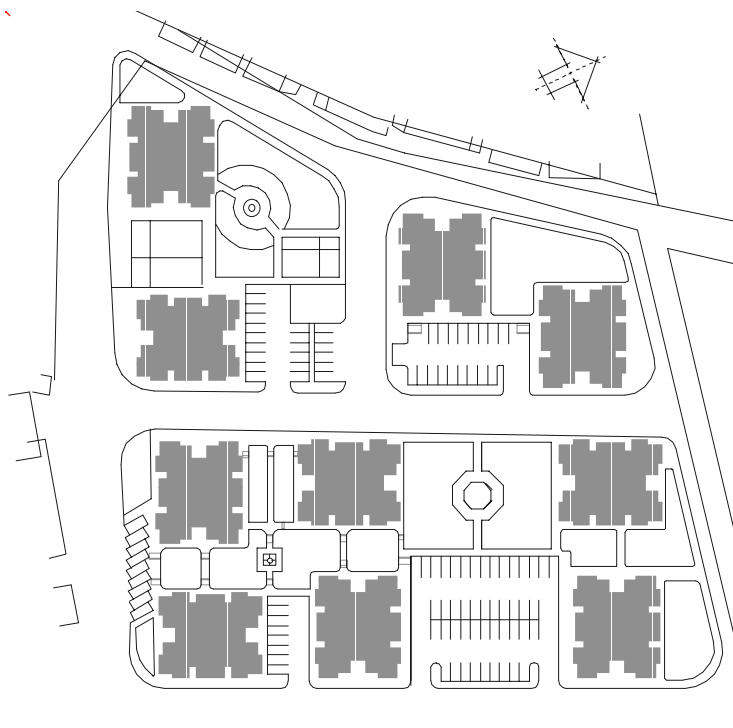
Abb. 6.8: PHC, "Ain Jalout"-Wohnsiedlung, Grundrisse und Lageplan



Grundriß Typ A



Grundriß Typ B



Lageplan der Wohnsiedlung

Quelle: PHC, 1995, S. 192-196

Verteilung der WE nach Flächen und Gebäuden in "Ain Jalout" Nuseirat:

Gebäudezahl	10
WE-Typ A (Anzahl)	288
Wohnungsfläche Typ A	116,5 qm
WE-Typ B (Anzahl)	32
Wohnungsfläche Typ B	102,5 qm
Grundstücksfläche	21.460 qm
Bebaute Fläche	5.050 qm
GRZ (Bebaute Fläche/Grundstücksfläche)	0,23 (23%)

Quelle: PHC, 1995, S. 190

Bauprojekt "al-Qala`a", Khan Yunis

Auf einer gekauften Grundstücksfläche von 5.908 qm wurde das Bauprojekt südlich der Stadt Khan Yunis, ca. 150 m westlich der Straße Rafah-Khan Yunis innerhalb der Gemeindegrenze errichtet. Das Grundstück liegt an einer 40 m breiten Straße, mitten in einer Landwirtschaftsfläche. Die Gemeinde mußte das Projekt mit einem neuen Infrastrukturnetz versorgen, da es nicht an das vorhandene Infrastrukturnetz angeschlossen war.

Das Projekt umfaßt 4 Gebäude, mit je 7 Stockwerken, einem Erdgeschoß und 6 gleichen Normalgeschoßen. Jedes Normalgeschoß hat 4 Wohneinheiten, zwei versetzte Ebenen mit zwei verschiedenen Wohnungstypen A und B. Das Erdgeschoß hat das gleiche Konzept wie alle Projekte der PHC. Die bebaute Fläche beträgt 30% des gesamten Grundstücks, in den restlichen 70% der Fläche sind Parkplätze und Grünflächen ausgewiesen [PHC, 1995, S. 182].

Verteilung der WE nach Flächen und Gebäuden in "al-Qala'a" Khan Yunis:

Gebäudezahl	4
WE-Typ A (Anzahl)	48
Wohnungsfläche Typ A	109 qm
WE-Typ B (Anzahl)	48
Wohnungsfläche Typ B	106 qm
Grundstücksfläche	5.908 qm
Bebaute Fläche	1.776 qm
GRZ (Bebaute Fläche/Grundstücksfläche)	0,3 (30%)

Quelle: PHC, 1995, S. 183

Bauprojekt "Rafah", Rafah

Zur Verringerung des Wohnungsproblems im Süden des Gazastreifens wurde auf einem, zu Bauzwecken parzellierten und vom Staat gespendeten Land von 8.760 qm Fläche, innerhalb der westlichen Grenze von Rafah, 1.500 m östlich der Mittelmeerküste, das Bauprojekt „Rafah“ errichtet. Das Grundstück ist gut erschlossen und liegt in einem mit Infrastruktur ausreichend versorgten Gebiet. Das Projekt liegt westlich des Tal as-Sultan-Wohnviertels und hat einen Ausblick zum Meer. Die Planung oblag dem Palestinian Housing Council (PHC).

Das Projekt besteht aus 7 Gebäuden, mit je einem Erdgeschoß und 4 gleichen Stockwerken. Das Erdgeschoß hat zwei versetzte Ebenen, auf der niederen sind Kinderspielplätze und im Parterre zwei Wohnungen vom Typ B untergebracht. Im Normalgeschoß sind vier Wohneinheiten Typ A geplant. Die bebaute Fläche beträgt 30% des gesamten Grundstücks, in den restlichen 70% der Fläche sind Parkplätze und Grünflächen untergebracht [PHC, 1995, S. 177].

Verteilung der WE nach Flächen und Gebäuden in "Rafah", Rafah:

Gebäudezahl	7
WE-Typ A (Anzahl)	102
Wohnungsfläche Typ A	116 qm

WE-Typ B (Anzahl)	14
Wohnungsfläche Typ B	90 qm
Grundstücksfläche	8.760 qm
Bebaute Fläche	2.660 qm
GRZ (Bebaute Fläche/Grundstücksfläche)	0,3 (30%)

Quelle: PHC, 1995, S. 178

Als 2. Institution, die für den öffentlichen Wohnungsbau verantwortlich zeichnet, hat sich das Wohnungsbauministerium gebildet.

6.6.2.2 Wohnungsbauministerium

Seit der Gründung im Sommer 1994 ist das Wohnungsbauministerium dafür verantwortlich, Personen mit begrenztem Einkommen mit Wohnungen zu versorgen und gleichzeitig die Entwicklung des Wohnungsbausektors durch politische Strategien zu untermauern. Ziel des Ministerium bei der Bewältigung der Wohnungsproblematik ist es, die Förderung von Wohnungseigentum speziell für die Bevölkerungsgruppe mit begrenztem Einkommen. Außerdem ist das Ministerium für die Entwicklung von günstigeren und langfristigen Finanzierungsbedingungen, die Förderung des Kooperativwesens und die strategische Positionierung von Projekten an den Grenzen israelischer Siedlungen zuständig, um so die mögliche weitere Landkonfiszierung zu verhindern. Die ländlichen Gebiete sollen entwickelt werden, um einer Flucht aus den Dörfern entgegenzuwirken. Parallel dazu soll der private Wohnungsbau belebt und die Infrastruktur in den Wohnquartieren verbessert werden.

Staatsland bildet die einzige wirtschaftliche Basis der Aktivitäten des Ministeriums. In den autonomen Gebieten hat das Wohnungsministerium nun das Erbe über dieses Land angetreten. Das Ministerium kann über dieses Land verfügen, ohne sich mit anderen Instanzen koordinieren zu müssen. Durch dieses Staatsland wird auf verschiedene Weise versucht, wohnungspolitische Ziele durchzusetzen:

- das Land wird in Großwohnungsbauprojekte eingebracht, die von Geberländern oder privaten Investoren finanziert werden (wie das Projekt „Scheikh Zayed Township“ in Beit Lahia und das „Austrian Housing Projekt“ in Khan Yunis). Dem „Italian Housing Projekt“ liegt dagegen ein *Joint venture* zwischen PNA und einem italienischen Investor zugrunde. Das Grundstück in Gaza, auf dem ein Komplex aus vier Türmen gebaut wird, bildet die Kapitaleinlage der PNA.
- Das Land dient als Tauschobjekt, um Projekte an bestimmten Standorten zu plazieren. Ein 28 Hektar großes Grundstück am Meer wurde einer

palästinensischen Aktiengesellschaft übertragen, die ein Projekt mit Terrassen- und Strandwohnungen samt Marina plant. Als Gegenleistung werden 1500 Wohnungen für die Bevölkerungsgruppe mit begrenztem Einkommen an einer weniger wertvolle Lage errichtet.

- Das Land wird im Tausch gegen einen bestimmten Prozentsatz fertiggestellter Wohnungen an private Investoren und/oder NGOs vergeben. Die größte zusammenhängende Fläche innerhalb von Gaza wurde einem palästinensischen Unternehmer überschrieben. Von den projektierten 2.000 Einheiten sollen 30% der PNA gehören.
- Das Land wird zu einem Fünftel des Marktpreises an Wohnbaukooperativen verkauft. Inzwischen sind 150 Grundstücke im Süden von Gaza an Wohnkooperativen von je zwanzig Familien vergeben worden, die den Bau selbst beauftragen und finanzieren.

Außerdem engagiert sich das Ministerium in Tourismusprojekten. Durch Bereitstellung und Vermietung von Baugrundstücken für Privatinvestoren versucht das Wohnungsministerium, Projekte gegen eine prozentuale jährliche Miete in Abhängigkeit von dem Wert der zum Bau bereitgestellten Grundstücke, wie Hotel Marirott an der Küste von Gaza Stadt und die Ferienappartements in Beit Lahia zu fördern. [Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S. 31-34].

6.6.2.2.1 Projekte des Wohnungsbauministeriums

Palästina-Baufirma Projekt: (Eine Baufirma in Partnerschaft zwischen den Autonomiebehörden und der italienischen Firma S.C.I.)

Das Projekt umfaßt den Aufbau einer Wohnsiedlung (1996), bestehend aus 250 WE mit Einkaufszentrum auf einer Fläche von 10.000 qm, ausgestattet mit 250 Parkplätzen und sozialen Dienstleistungseinrichtungen [vgl. Bild 6.13]. Die gesamte Bausumme wurde auf ca. 27 Mio. US-\$ geschätzt.

Das al-Nada-Wohnviertel Projekt: In Beit Hanun wurde das Projekt auf einer Fläche von 150 Dunum mit 1.500 WE neben Parkplätzen, zwei Schulen, einer Polizeistation, einer Bank, Post, Veranstaltungsräumen, Sozialstation, mit Ausbildungsräumen für Frauen und einer Moschee errichtet [vgl. Bild 6.14].

Das al-Maschtal Wohnungsprojekt umfaßt auf 280 Dunum an der Küste von Gaza-Stadt insgesamt 2.000 WE von jeweils 100 bis 300 qm pro WE. Das Projekt wurde mit Sporteinrichtungen, Hotel, Einkaufszentren, Arztpraxis und Dienstleistungseinrichtungen ausgestattet.

Bild 6.13: Palästina-Baufirma Projekt



Quelle: Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S.15

Bild 6.14: Das al-Nada-Wohnviertel Projekt



Quelle: Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S.16

Al-Salam-Wohnviertel Projekt: In dem Gebiet von Beit Lahia wurde auf einer Fläche von 32.400 qm gebaut. Diese Siedlung wurde von einheimischen Bau-firmen errichtet und besteht aus 36 Häusern mit 410 WE, Parkplätzen und Grünflächen [vgl. Bild 6.15].

Bild 6.15: Das al-Salam-Wohnviertel Projekt



Quelle: Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S.16

Jabalia al-Nazla Projekt: In Jabalia wurden 10 Häusern mit 340 WE auf 1.432 qm gebaut. Die Siedlung verfügt über eine Grünfläche, Parkplätze und einen Wasserbrunnen [vgl. Bild 6.16].

Bild 6.16: Jabalia al-Nazla Projekt



Quelle: Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S.19

Al-Auda Projekt: Im Wohnviertel Naser von Gaza-Stadt wurde dieses Projekt auf einer Fläche von 141.000 qm mit 30 Häusern und 2.000 WE errichtet. Es wurde von der palästinensischen Baufirma al-Nesour gebaut. Der Anteil des Ministeriums liegt bei ca. 33,5% der gesamten Wohneinheiten [vgl. Bild 6.17].

Bild 6.17: Das al-Auda Projekt



Vom Verfasser aufgenommen

Tal al-Hawa Projekt: - wird von den Wohnungsbaugenossenschaften durch Selbstfinanzierung gebaut. Das Wohnungsbauprojekt wird auf 420 Dunum mit insgesamt ca. 4.160 WE gebaut [Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S.15-19].

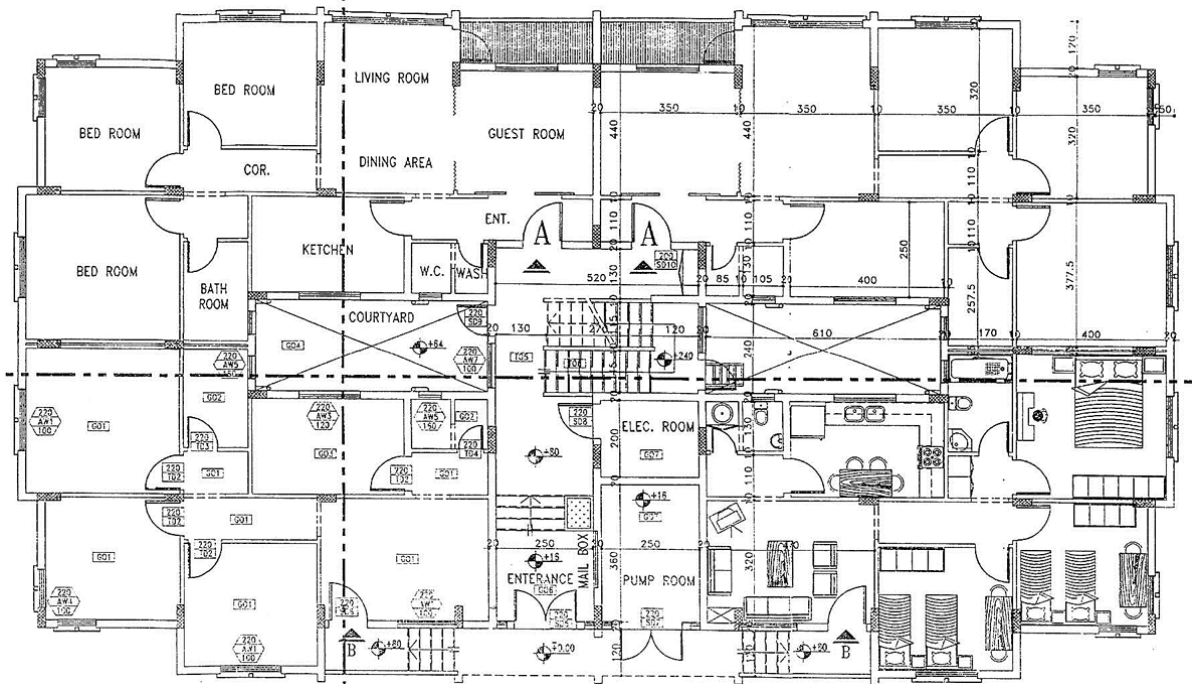
Wohnungsprojekte zum Stoppen der jüdischen Siedlungen

Ziel des Ministeriums ist auch die strategische Positionierung von Projekten an den Grenzen israelischer Siedlungen, um mögliche weitere Landkonfiszierungen zu verhindern. Dazu wurden folgende Projekte entwickelt:

Scheich Zaid Stadt Projekt: In Beit Lahia werden ca. 3.200 WE mit Geschäften, einer Moschee, Schulen, Sportverein, Parkplätze, Straßen und Grünflächen auf 320 Dunum errichtet. Das Projekt wird von den Vereinigten Arabischen Emiraten für das Wohnungsministerium finanziert.

Al-Zahra Stadt Projekt: Auf insgesamt 334 Dunum in der Nähe der jüdischen Siedlung Netzarim werden ca. 2.200 WE errichtet. In der ersten Phase des Projektes wurden 10 Häuser mit 200 Wohneinheiten gebaut. Auf viele Wohnungsbaugenossenschaften wurden Baugrundstücke für Selbstwohnungsbauzwecke verteilt [vgl. Abb. 6.9].

Abb. 6.9: Al-Zahra Stadt Projekt, Grundriß



Quelle: Wohnungsministerium, Bericht 1998, Anhang

Al-Schoruk Wohnprojekt: aus 13 Häusern mit 260 WE entstand das Projekt auf einer Fläche von 20.000 qm. Dieses Projekt mit Gesamtbaukosten von 6 Mio. US-\$ wurde in Khan Yunis neben der jüdischen Siedlung Qatif von einem palästinensischen Investor in Zusammenarbeit mit einer Baufirma gebaut und gehört gänzlich zum Wohnungsministerium.

Auch das schon vor beschriebene Al-Nada-Wohnviertel Projekt gehört dazu.

Neben den Wohnungsbauprojekten hat das Wohnungsministerium die Projekte al-Nada, al-Zahra und Tal al-Hawa mit Infrastruktur versorgt, die Forderung der Wohnungsbaugenossenschaften und die Forderung der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor zur Lösung des Wohnungsproblems in die Wege geleitet [Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S. 20-28].

6.6.3 Wohnungsbaukooperativen (genossenschaftlich)

Die Wohnungsbaukooperativen existierten vor 1994 nur in Westbank. Das Wohnungsbauministerium ist die Dachorganisation aller Wohnungsbaukooperativen, die die Kooperativen lizenziert und beaufsichtigt. Ursprünglich geschaffen zur Förderung von kooperativem Wohnungsbau für die Angestellten und Beschäftigten der PNA, deren Möglichkeiten mit angemessenem Wohnraum versorgt zu werden nur gering war.

Dieses System dient die Schaffung von Wohnraum durch Bereitstellung von Land mit erleichterten Konditionen und dem Selbstbau von Wohnraum entsprechend Bauvorschriften und Standard des Wohnungsministeriums. Die Kooperativen engagieren selbst Architekten und Vertragspartner für die Umsetzung ihrer Projekte.

Mit dem kooperativen Wohnungsbau werden Bedürftige mit Kleinkapital mobilisiert, in den Wohnungsbausektor zu investieren und somit Arbeitsplätze zu schaffen.

Diese Art von Bauten und Siedlungen begünstigt in manchen Fällen eine Art „Ghettobildung“, da oft geschlossene Berufsgruppen - Ärzte, Ingenieure, Apotheker etc. - sich zu Kooperativen zusammenschließen und ein gemeinsames Projekt realisieren.

Im Rahmen der Entwicklung des Wohnungsbaus wurden Land und Boden an die Mitglieder, die die Voraussetzung erfüllen, in der Stadt Gaza vergeben. In al-Zahra Stadt (in Gaza-Muhafaza) wurden 100 und Tal al-Hawa 42 Baugrundstücke verteilt. Andere Baugrundstücke werden durch das Wohnungsministerium im Gazastreifen geplant, parzelliert und zur Vergabe vorbereitet [Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S. 28].

6.6.4 Nationale Wohnungsbaustrategien und –politik

Die Nationale Wohnungsbaupolitik und die Entwicklung von wirksamen Strategien zur Umsetzung von Politik für Projekte und Programme ist eine wesentliche Komponente des Wohnungsbauministeriums und des PHC.

Die Autonomiebehörde ist aufgefordert, eine Bestandsaufnahme der Wohnungssituationen durchzuführen, mit dem Ziel, kritische Punkte und Prioritäten zu identifizieren. Diese Situationsbestimmung soll in Verbindung mit Erfahrungen bei Projekten Grundlage für die Erstellung wirksamer Wohnungsbaupolitik sein. Ohne Anpassung bestehender Wohnungsbaupolitik an die Erfordernisse der einkommensbegrenzten Bevölkerungsschichten werden auch einzelne "gute" Projekte nicht zu einer entscheidenden Verbesserung der Gesamtsituation führen.

Die Strategie hat zum Ziel, qualitativ und quantitativ das Wohnungsproblem zu verringern durch:

- die Zusammenarbeit mit Banken und Finanzinstituten um die Rahmenbedingungen für die Investitionen im Bausektor zu ebnen.
- Entwicklung der Nutzung von menschlichen und Naturressourcen für eine dauerhafte Entwicklung

- Beteiligung der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß wie z.B. durch Wohnungsgenossenschaften (Partizipation).
- Das Heranziehen von Privatsektoren durch Schaffung von Rahmenbedingungen und Begünstigungen.
- Die Forderung der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Ministerien und Institutionen.
- Analyse und Forschung des Wohnungsbestands sowie der Infrastruktur für die Erstellung von Planungsstrategien.
- Der Ausbau der Infrastruktur als Voraussetzung für die Beteiligung des Privatsektors [Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998, S. 6-7].

6.6.5 Privater Sektor

Der Bausektor wurde wie die meisten Wirtschaftssektoren von der israelischen Besatzung seit 1967 negativ beeinflusst. Der Bausektor mit seinen engen und direkten Kontakten und Zusammenhängen mit dem Leben der Menschen, wird gleichermaßen als Spiegelbild des Bevölkerungswohlstandes, sowie der politischen und wirtschaftlichen Stabilität und Sicherheit betrachtet.

Unter der besonderen Situation des palästinensischen Volkes steht der Privatsektor an erster Stelle und spielt eine sehr wichtige Rolle im Wohnungsbau. Er wird hauptsächlich vom Privatsektor durchgeführt. Der öffentliche Bausektor spielt dabei nur eine begrenzte Rolle. Vor der Gründung der PHC wurde der Bausektor alleine vom privaten Sektor getragen. Dieser setzt sich aus den wichtigsten Wohnungsbaugesellschaften, privaten Bauherren und den Eigentümerbauherren zusammen.

Der Wohnungsbau wurde meistens vom Privatbauherren getragen. Investitionen im Wohnungsbau zum Verkauf und zur Vermietung waren wirtschaftlich aus folgenden Gründen nicht rentabel:

- instabile politische Lage und somit keine Sicherheit – damit fehlt die Grundvoraussetzung für Investoren
- die traditionelle Bau- und Wohnweise, die bestimmte Bautypen und Lebensstile bevorzugt.
- die hohen Baukosten und dagegen die geringen Mietpreise.
- das Fehlen von geeigneten Grundstücken zu Bauzwecken.

Auch das Vorhandensein von Bauinstitutionen und -firmen zu kommerziellen Bauzwecken war bis 1976 fast nicht zu spüren.

Die große Nachfrage an Wohneinheiten, sowie die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre motivierte die Beschäftigten in den Golfstaaten, ihre Gelder in den Wohnungsbau zu investieren. Dadurch konnten gute Gewinne erzielt werden. Um sich an der wirtschaftlichen Entwicklung im Wohnungsbausektor zu beteiligen, wurden einige Baugesellschaften gegründet [Abu-Auen, J., 1994, S. 146-147].

Die wichtigsten Gruppierungen auf dem privaten Bausektor sind:

1. Eigentümer-Bauherren
2. Subunternehmer
3. Wohnungsbaugesellschaften (Immobilien-gesellschaften)

6.6.5.1 Das Eigentümer-Bauherren-Verfahren

Dieses Verfahren bedeutet, daß alle mit dem Hausbau zusammenhängenden Leistungen von einer Person oder einer Familie für den Eigenbedarf bzw. den Eigenbesitz selbst vorgenommen oder geleitet werden. Gewöhnlich werden Landerwerb, Finanzierung, allgemeiner Vertragsabschluß, Bauüberwachung, Kauf von Baumaterialien und Vermarktung (im Falle eines späteren Verkaufs) vom Eigentümer selbst organisiert. Eigentümer-Bauherren bauen i.d.R. nur ein Objekt - Haus oder Wohnung - das sie mit ihrer Familie selbst nutzen.

Dieser Eigeninitiative ist u.a. deshalb der Vorzug zu geben, da sie den Bau preiswert und schneller erreichbar macht. Finanziert wird der Bau hauptsächlich aus Ersparnissen oder aus dem laufenden Einkommen. Bank- oder andere Darlehen spielen bei der Finanzierung dieses Typs eine untergeordnete Rolle. Der Bau selbst wird hauptsächlich durch den Subunternehmer vorgenommen. Baugesellschaften werden meistens nur von höherverdienenden Bauherren in Anspruch genommen.

Die Arbeit mit dem Subunternehmer erfolgt so, daß der Bauherr das Material zum größten Teil selbst beschafft. So wird Manipulationen und dem Versuch durch Verwendung von schlechten und billigeren Baumaterialien Geld zu sparen entgegen gewirkt. Der Subunternehmer wird nur für seine reine Arbeitsleistung bezahlt. Der Eigentümer überwacht den Bau selbst, beteiligt sich jedoch nicht direkt an den Bauarbeiten.

Dieses Verfahren unabhängig von Einkommensschichten ist tief in der palästinensischen Gesellschaft verwurzelt und traditionell das wichtigste Wohnungsbauverfahren auf dem Wohnungsbausektor. Es wird auch nach Meinung der Verfasser eine bedeutende Rolle zur Schaffung von Wohnraum, sowohl im Bestand als auch im Neubaubereich spielen.

Abgesehen vom erheblichen Zeitaufwand für den Bauherren und den Anstrengungen, die für den Eigenbau erforderlich sind, führt dieses Verfahren für den Einzelnen, verglichen mit dem üblichen Haus- und Wohnungsmarkt, doch generell zu zufriedenstellenden Ergebnissen. Die Vorstellungen des Bauherren werden direkt verwirklicht. Er hat unmittelbaren Einfluß auf das Baugeschehen.

Die PNA sollte anerkennen, welche enormen Vorteile diese Art des Hausbaus für den Wohnungsbausektor bietet. Es bedarf keines besonderen Anreizes zur Förderung der Bauaktivitäten, da der Wille, die Initiative und die Dynamik vorhanden sind. Es besteht dabei kaum die Gefahr, daß an den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei geplant und gebaut wird, so daß teure Fehlplanungen und Spekulationsverluste vermieden werden. Die gewachsene Baukultur des Landes wird erhalten und das charakteristische Gesicht der Städte bewahrt.

6.6.5.2 Der Subunternehmer

Die Subunternehmer-Methode scheint, durch die geringe Größe und den informellen Charakter dieser Unternehmen, leistungsfähig und flexibel beim Bau von Wohnungen. Sie können schnell reagieren und den diversen Wünschen der privaten Bauherrn schneller und angemessener gerecht werden. Die größeren Baugesellschaften haben hier ihre Umsetzungsprobleme.

Die Kosten für den Bau können auf diese Weise wesentlich geringer gehalten werden. Ein Grund hierfür ist die unmittelbare Zusammenarbeit von Unternehmer und Kunde. Gleichzeitig werden die Kosten dadurch niedriger, daß der Kleinunternehmer nur für seinen direkten Beitrag zum Bau, für die geleistete Arbeit, für das Stellen von Arbeitsgeräten und die eingebrachte Erfahrung und seine Kontakte entlohnt werden muß. Der eigentliche Bauunternehmer bleibt der private Bauherr.

Die meisten Kleinunternehmer erlernen ihr Gewerbe durch praktische Arbeit, die sie bei anderen Unternehmen ausführen. Viele Unternehmen, die in Israel gearbeitet haben, sind nach 1994 wegen ständiger Zugangssperre nach Israel (aufgrund kollektiver Strafmaßnahmen) in Gaza Stadt tätig.

Ausreichende Arbeitskräfte sind für die Kleinunternehmen von besonderer Wichtigkeit. Jede dem entgegenwirkende Politik kann verheerende Folgen für die Leistungsfähigkeit der Kleinunternehmer haben und sich auf die Baukosten auswirken.

6.6.5.3 Wohnungsbaugesellschaften

Das sind Firmen, die Wohnhäuser bauen und vermarkten. Es wird Land gekauft, Wohnungen werden konzipiert, finanziert und dann an die Öffentlichkeit mit Gewinn verkauft. Dieser Firmentypus baut meistens für Familien mit mittleren und gehobenen Einkommen.

ASUSI HOUSING CO. - Baugesellschaft

Als Beispiel einer Baugesellschaft soll hier die ASUSI HOUSING CO. näher beleuchtet werden.

Sie ist eine private Aktiengesellschaft, die den Bau von Eigentumswohnungen betreibt. Die Wohnhäuser dienen, wie bei anderen Baugesellschaften auch, den Bevölkerungsgruppen mit mittleren bzw. hohem Einkommen.

Die Wohneinheiten werden vor dem Baubeginn zum Verkauf (Inserate in Zeitungen und im Fernsehen) angeboten. Mit den Interessenten wird ein vorläufiger Vertrag abgeschlossen. Beim Erwerb einer Wohneinheit wird entweder die volle Kaufsumme für die Wohneinheit fällig oder es wird eine Zahlung in Raten (mit Zinsen) vereinbart. In letzterem Fall wird die Finanzierung in Zusammenarbeit mit der „*Jordan Bank*“ festgelegt. Dabei ist eine Anzahlung in Höhe von 25% des Gesamtaufpreises zu entrichten. Die restliche Kaufsumme ist in monatlichen Raten von ca. 400 US-\$ innerhalb der nächsten 6 Jahre zu zahlen. Die Wohneinheiten werden i.d.R. in Form von Mietkauf veräußert.

Die ASUSI-Baugesellschaft baute 5 Wohnhochhäuser mit 248 WE. 50% der Bewohner dieser Häuser sind palästinensische Rückkehrer, die anderen 50% sind Bedürftige aus der gehobenen Mittel- und Oberschicht. Die WE kostet je nach Größe, Ausstattung, Aussicht der WE und Lage des Wohnhaus zwischen 38.000 und 50.000 US-\$.

Nach der Übernahme des Wohnhauses durch die Zivilverwaltung wird die Verantwortung für das Gebäude an die Bewohner übertragen. Diese bilden ihrerseits eine Hausverwaltung, die sich um die Belange aller Bewohner kümmert.

Die Wohnungsnachfrage Anfang 1994 überstieg das Wohnungsangebot. Die Nachfrage ist Ende der 90er Jahre, aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten, rapide zurückgegangen. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen wurde uns 1997 gesagt, daß die Gesellschaft auf Grund dieser Entwicklung keine neuen Bauvorhaben plant.

Die Grenzsperren, insbesondere für die Baumaterialien, stellen das Hauptproblem für diese Entwicklung dar. Einige Baugesellschaften sind in Konkurs gegangen. In

manchen Fällen mussten die Eigentümer ihre Wohneinheiten auf eigene Kosten zu Ende bauen.

6.7 Wohnverhältnisse und Wohnungsstandard

Trotz des Drucks, in der Stadt Gaza möglichst schnell eine Große Anzahl von Wohnungen neu zu bauen, dürfen qualitative Überlegungen zur Größe, Gestaltung und Nutzung der Wohnung und des Wohnumfeldes nicht zurückgestellt werden. Das Ziel des umweltschonenden Bauens und Wohnens verlangt gerade hier, sie noch stärker als bisher zu berücksichtigen.

In Gazastreifen sind 99,6% aller Wohnungen von 1998 mit Strom versorgt. 98,9% der Wohnungen sind ans öffentliche Wassernetz angeschlossen und nur 1,1% bedienen sich anderer Versorgungsarten. Mit dem öffentlichen Abwassernetz sind 51,5% der Wohnungen verbunden. Die restlichen (48,5%) haben eigene Sickergruben. 30,1% aller Haushalte haben einen Telefonanschluß. Die Wohnungen sind mit arabischen WC (17,8%), westlichen WC (55,2%) und 27,0% mit beidem ausgestattet [PCBS, Sept. 1999, S. 43].

Die Statistiken von 1998 zeigen, daß die Haushalte mit 3 und mehr Zimmern im Gazastreifen 86,5% aller WE betragen, 9,9% mit 2 Zimmern sowie 3,6% mit nur einem Zimmer [PCBS, Sept. 1999, S. 41].

Im Gazastreifen lebten 20,0% der Bevölkerung auf Wohnflächen von weniger als 80 qm, 23,4% in Wohnungen von 80-119 qm und 26,7% in 120-159 qm Durchschnittsfläche. 12,8% leben in Wohnungen mit Flächen zwischen 160-199 qm. Haushalte mit 200 qm und mehr haben einen Anteil von 17,1% [PCBS, Sept. 1999, S. 59]. Standardunterschiede bestehen auch hinsichtlich der eingesetzten Materialien für die Gebäude. Siehe dazu auch die Ausführungen in abschnitt 6.2.7. verwendete Baumaterialien. Beispielsweise sind 99,5% der Wohnungen in aus Stahlbeton und 0,2% aus anderen Materialien [PCBS, Sept. 1999, S. 57].

Die Mangelsituation im Gazastreifen betrifft alle mittleren und unteren sozialen Schichten. Diese Gruppen werden um die neu fertigzustellenden Wohnungen konkurrieren. Mit welchen Wohnstandards, Kosten und Qualitätsansprüchen im Gazastreifen der Neubau von öffentlichen Wohnungen betrieben wird, wurde durch das Wohnungsbauministerium mittels entsprechender Zuweisung von besonderen Flächen- und Ausstattungsnormen vorgegeben:

- Wohnungen für die sozial schwache Bevölkerung (Sozialwohnungen)
- Wohnungen für mittlere Einkommenschichten (Standardwohnungen)
- Wohnungen für Bevölkerungsschichten mit überdurchschnittlichen Einkommen (Komfortwohnungen)
- Wohnungen für Gutverdiener (Luxuswohnungen)

**Tab. 6.12: Wohnungsstandards im Gazastreifen nach Fläche und Ausstattung, 1998
(nach Festlegung des Wohnungsbauministeriums)**

		Zimmer		Wirtschaftsräume		Verkehrs- u. Neben- flächen	Fläche	
		Anzahl	Fläche in qm	Raumbez.	Fläche in qm		Total	qm/ Pers.
Sozialwohnung	A	3	45	Kü.+Ba.	17	18	80	11,43
	B	4	55	Kü.+Ba.	20	20	95	13,57
Standardwohnung	A	3	55	Kü.+ 2 Bä.	20	25	100	14,29
	B	4	60	Kü.+ 2 Bä.	25	30	115	16,43
Komfortwohnung	A	3	60	Kü.+ 2 Bä.	30	30	120	17,14
	B	4	75	Kü.+ 2 Bä.	35	30	140	20,00
Luxuswohnung	A	3	80	Kü.+ 2 Bä.	35	30	145	20,71
	B	4	85	Kü.+ 2 Bä.	40	40	165	23,57
	C	5	95	Kü.+ 2 Bä.	45	45	185	26,43

Quelle: Wohnungsbauministerium, 1998, S. 16

Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Haushaltsgröße und der traditionellen Gegebenheiten im Gazastreifen sind die Wohneinheiten in einen privaten und einen öffentlichen Bereich aufgeteilt. Funktionelle Bedürfnisse sind folgendermaßen festgelegt:

- In den Schlafzimmern müssen, auch flächenmäßig, mindesten 3 Personen pro Raum untergebracht werden können. Ein Haushalt mit durchschnittlich 7 Personen sollte als Mindestanforderung zwei Schlafräume – Männer und Frauen getrennt - und einen Gastraum, der auch als Wohn- und Schlafzimmer genutzt werden kann, aufweisen.
- Das Wohnzimmer sollte Teil des Gemeinschaftsbereichs sein.
- Die Küche sollte in Verbindung mit dem Wohnzimmer stehen.
- Die Bäder sollten mit dem Schlafzimmer verbunden sein, ein kleineres Badezimmer sollte sowohl dem Gästezimmer als auch dem Wohnzimmer, das auch als Gastzimmer bei Geschlechtertrennung benutzt wird, idealerweise zugeordnet sein.

Aus Tabelle 6.12 ist zu ersehen, daß das Wohnungsministerium Standardunterschiede für unterschiedliche Sozialschichten vorgegeben hat. Bei einer 3-Zimmer-Sozialwohnung liegt die Durchschnittsgröße für die einzelnen Räume bei 15 qm, 17 qm sind für Bad und Küche und 18 qm für Verkehrs- und Nebenflächen vorgegeben. Die Wohnungen für mittel- und gutverdienende Bevölkerungsgruppen zeichnen sich nach Größe und Zahl der Zimmer, sowie Ausstattung der Wohnung aus. Die Grundrißgestaltung sollte sowohl die traditionelle sowie die westlich orientierte Lebensweise bestimmter Bevölkerungsgruppen berücksichtigen.

6.8 Die Wohnungsbaufinanzierung

Nach der israelischen Besetzung 1967 wurden die arabischen Banken in den besetzten Gebieten geschlossen. Alle Angelegenheiten wurden unter die Kontrolle der israelischen Militärregierung gestellt. Während der Besatzungszeit litt die palästinensische Gesellschaft unter dem herrschenden Baufinanzierungssystemen. Die nachfolgenden Punkte machen das besonders deutlich:

- das Fehlen von den arabischen Banken, besonders von spezialisierten Banken für die Wohnungsbaufinanzierung.
- Private Wohnungsbaufirmen waren sehr wenig vorhanden (in anderen palästinensischen Gebieten gar nicht). So war ihr Einfluß auf die palästinensische Wirtschaft während der Besatzungszeit wirkungslos.
- Die beschränkte Rolle des öffentlichen Bausektors seitens der Gemeinde, Sozialinstitutionen und die geringe Beteiligung der staatlichen Institutionen in diesem Rahmen.
- Die strengen Maßnahmen der Besatzer gegen Geldüberweisungen in den besetzten Gebieten.

Die instabile und unsichere Lage mit der Beschlagnahme von Land und die Zerstörung von Häusern seitens der Militärregierung war das Haupthindernis für die Einbringung von Investition im Baubereich.

Das desolate Finanzsystem wurde in den Jahren nach 1994 reformiert und entwickelte sich gut. Viele ausländische Banken haben Filialen in den Autonomiegebieten eröffnet.

Die Wohnungsbaufinanzierung in Gazastreifen besteht aus verschiedenen Formen:

- durch private Bauherren [Eigentümer-Bauherr-Verfahren mit Eigenfinanzierung]
- durch private Firmen
- durch Banken, Kredit- und Darlehensinstitute, und
- durch den öffentlichen Bausektor (Wohnungsbauministerium, PHC).

Viele der privaten Bauunternehmer finanzieren den privaten Wohnungsbau auf verschiedene Weise und verkaufen die Wohnungen auf Kreditbasis. Die Finanzierung des privaten Wohnungsbau durch die Banken, Kredit- und Darlehnsanstalten (wie Investitionsbank, Palestine Housing Bank, Immobilienbank) wird meistens von den Mittel- und Gutverdienern in Anspruch genommen. Manche Bevölkerungsgruppen vermeiden aus religiösen Gründen jeglichen Kontakt mit diesen Banken.

Der öffentliche Bausektor finanziert seine Wohnungsprojekte durch Zuschüsse und Kredite der Weltbank und einiger Geberländer. Die Kredite und die Wohnungen des privaten Sektors eignen sich besonders für die Zahlungskraft der „mittleren“ und „oberen“ Einkommensschichten.

Eigenfinanzierung von selbstgebautelem und -genutztem Wohneigentum

Der Wunsch nach Selbstbau von selbstgenutztem Wohneigentum ist weit verbreitet. Einfamilienhäuser sind die hauptsächlich gewünschte und gebaute Behausungsart in Gaza. Dabei wurden die Einfamilienhäuser, aufgrund der Familiengröße und der sozialen Bindung, zu mehrgeschossigen Wohnbauten entwickeln.

Diese Art von Wohnungsfinanzierung wird von der Bevölkerung bevorzugt, da sie hier an der Planung des Hauses direkt beteiligt sein können und die Ausführung der Arbeiten von ihnen mitbestimmt werden kann.

Die Wünsche und Bedürfnisse der Familie zu Baubeginn und die zukünftige Entwicklung der Familie in Bezug auf Eltern und Söhne werden bei der Planung berücksichtigt. Es ist auch vorteilhaft, wenn das Haus über mehrere Jahre gebaut bzw. erweitert werden kann. So wird es dann je nach Bedarf und wirtschaftlicher Lage der Familie angepaßt.

Die Eigenfinanzierung des Wohnungsbaus erfolgt durch:

- Ersparnisse der Familien
- Erbschaft
- Verkauf von Schmuck oder Besitz, wie z.B. Land
- Geldanleihen von Verwandten und Bekannten und
- Bankkredite.

Die Baufinanzierung stellt im Rahmen des Wohnungsbauproblems und der Wohnungsverorgung das Hauptproblem dar. Besonders Bedürftige, mit niedrigem Einkommen, haben bei der Finanzierung Schwierigkeiten. Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsbaufinanzierung werden im Kapitel 7; Abschnitt 7.4 vorgeschlagen.

6.9 Zusammenfassung und Folgerung

In der in Kapitel 6 untersuchten Wohnsituation in der Region Gaza geht es hauptsächlich um die Art des Wohnens. Dabei wird besonders auf die ethnischen Besonderheiten und die Tradition des arabischen Wohnens eingegangen. Das sind die Ausgangspunkte zur Ermittlung und Festlegung des Wohnungsbedarfs.

Die Untersuchung der Wohntypen ergab eindeutig den Trend zum modernen arabischen Wohnhaus, welches sowohl die Tradition als auch die bevorzugte Wohnqualität vereint.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Probleme der Bevölkerungsdichte nicht mit 1-2 geschossigen Gebäuden zu lösen sind. Wohnhochhäuser sind und bleiben eine wirksame Alternative, um auf geringer Grundfläche verhältnismäßig viele Wohneinheiten unterbringen zu können.

Dabei ist die Vermischung der unterschiedlichen Wohnhaustypen nicht ratsam, da die Privatsphäre in den arabischen Wohnhäusern durch die Blickwinkel aus den Hochhäusern erheblich beeinträchtigt wird.

Auch lassen die technische Erschließung und die Infrastruktur in den vorhandenen Wohngebieten diese erhebliche Aufstockung der Wohneinheitenzahl nicht mehr zu.

Weitere Kriterien der Wohnsituation sind die untersuchten Wohndichten und die bevorzugte Wohngröße.

Die hauptsächlich gewünschte Wohnung in Gaza sollte 3-4 Zimmer mit einer Wohnungsgröße von 100-200 qm aufweisen. Es ist jedoch darauf zu achten, daß auch kleinere und größere Wohneinheiten in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, um so auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen einer Familie reagieren zu können. Diese Rahmenbedingungen beziehen sich besonders auf die Familiengröße und das zur Verfügung stehende Einkommen. Kostenrelevant sind dabei auch die zur Anwendung kommenden Baustoffe.

Ein weiterer Hauptpunkt zum Verständnis der Wohnsituation liegt in den vorhandenen Eigentumsverhältnissen.

In der hier vorliegenden Analyse wurden die privaten und staatlichen Eigentumsverhältnisse mit den entsprechenden Landtypen gegenübergestellt.

Für die Bedarfsermittlung an Wohnraum ist es jedoch auch erforderlich, die notwendigen Vorbedingungen und die zu erwartenden Kosten für den Bau von Gebäuden darzulegen.

So wurde in diesem Kapitel der eigentliche Werdegang für den Hausbau untersucht, von den notwendigen Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren über den eigentlichen Bauablauf bis hin zu den Gesamtbaukosten für ein Objekt.

Nach diesen vorangestellten Grundanalysen konnte der eigentliche Wohnbedarf ermittelt werden.

Dabei wurde sowohl der Zuwachsbedarf (natürlicher Bevölkerungszuwachs und Zuwanderung) als auch der Eigenbedarf (angemessener Wohnungsstandard, einschließlich Verringerung der Belegungsdichte und Ersatzneubau bei schlechtem Bauzustand) untersucht.

Die vorliegenden Zahlen stellen eine enorme Aufgabe für den Wohnungsbau in der Gaza-Region dar. Diese Leistungen sollen bis 2015 erstellt sein.

Ohne exakte Planung und Organisation des Gesamtvorhabens mittels Bebauungsplan und anderer übergeordneter Verfügungen ist diese Aufgabe nicht zu bewältigen. Aus diesem Grund wurde in dieser Arbeit auch die Stadtentwicklungspolitik analysiert.

In den vergangenen Jahren wurde mit verschiedenen Wohnungsbauprojekten versucht, das Wohnungsproblem in den Griff zu bekommen.

Ein Hauptaugenmerk lag auf den Umsiedlungsprojekten aus den Flüchtlingslagern.

Unzumutbare Wohnsituationen und hohe Belegungsdichten machten hier ein schnelles Eingreifen notwendig.

Trotz dieser Projekte und einer damit verbundenen positiven Entwicklung bleibt die Wohnsituation gespannt, da die Zuwanderungsrate und das natürliche Bevölkerungswachstum die Situation wieder verschärfen.

Die Verbesserung der Wohnsituation kann sowohl durch den öffentlichen als auch den privaten Sektor erfolgen.

In der hier vorliegenden Analyse wurden beide Sektoren untersucht. Dabei bezieht sich diese Untersuchung sowohl auf die allgemeinen Möglichkeiten des Bauens als auch auf exakte Bauprojekte.

Es wurde sichtbar, daß der öffentliche Sektor mit den Möglichkeiten der internationalen Hilfe (Kredite und Spenden) großflächiger im Wohnungsbau tätig werden kann. Wobei jedoch sichtbar wurde, daß individuelle Wünsche der Bewohner und Flexibilität in Größe und Standard der Wohneinheiten nicht berücksichtigt werden können.

Anders verhält es sich beim Bauen durch den privaten Sektor. Hier entscheidet hauptsächlich der spätere Bewohner (Eigentümer) über sein Gebäude.

Dieses Problem wurde bereits erkannt. Durch das Wohnungsbauministerium (öffentlicher Sektor) wurde 1998 eine Festlegung zu Wohnungsbaustandards nach Fläche und Ausstattung getroffen. So wird der Umsetzung des individuellen Bedarfs Rechnung getragen.

Zusammenfassend kann man ausführen, daß trotz der großen Notwendigkeit zur Schaffung neuen Wohnraumes, die Bedenken hinsichtlich Wohnungsstandards, Bebauungskonzept und Eingliederung der Infrastruktur nicht zurückgestellt werden dürfen.

Es ist auch hier ersichtlich, daß die Bevölkerungsgruppen mit geringem oder mittlerem Einkommen große Unterstützung bei der Lösung der Wohnfrage benötigen, denn ohne eine abgesicherte Baufinanzierung ist diese Aufgabe nicht zu lösen

Gerade diese Baufinanzierung spielt hier eine übergeordnete Rolle.

Es konnte herausgearbeitet werden, daß erst nach der Reformierung des desolaten Finanzsystems ein Aufschwung im Bausektor zu verzeichnen war.

Erst durch das Zusammenwirken aller am Baubeteiligten, wie Behörden und Ministerien, Banken, Baugesellschaften und auch der privaten Bauherren kann es langfristig geschafft werden, die Wohnsituation in der Gaza-Region zu verbessern

7.0 ENTWICKLUNGSMABNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER WOHNUNGSPROBLEMATIK IN GAZA-STADT

7.1 Allgemeine Hinweise

Im Rahmen dieses Kapitels werden Planungsvorschläge zur Entwicklung der Wohnungsversorgung in qualitativer und quantitativer Hinsicht, sowie Verbesserungsmaßnahmen für die Siedlungs- und Infrastruktur aufgezeigt und begründet. Quantität und Qualität der Wohnungsversorgung und Wohnungsverhältnisse dürfen einander dabei möglichst nicht widersprechen. Es müssen zugleich negative Auswirkungen auf die Region vermieden werden.

Für viele Teile der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Entwicklung und somit die Verbesserung der Einkommensverhältnisse ein sehr wichtiger Faktor zur Minderung der Wohnungsproblematik.

Die vorstehende Darstellung der Lösungsmöglichkeiten des Städtebaus und der Wohnungsversorgung sollen einen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Wohnverhältnisse leisten, dies erfordert jedoch noch weitere, umfangreichere ergänzende Bestandsaufnahmen sowie ständige Untersuchungen vor Ort, um alle spontanen Veränderungen der Verhältnisse aufgrund der politischen Instabilität der Region in die Planung mit einzubeziehen.

Die Entwicklungsmaßnahmen sollen sowohl an mittelfristigen, aber auch an langfristigen Zielvorstellungen orientiert sein. Die Planungsarbeiten sollten grundsätzlich von der Erfassung der Erfordernisse und Vorstellungen der Betroffenen ausgehen. Alle Betroffenen und ihre Bedürfnisse müssen - ohne Ansehen der Person und ihrer politischen oder ethnischen Zugehörigkeit - bei der Wohnungsversorgung und Wohnungsverbesserung mitwirken und berücksichtigt werden.

Prestigeprojekte (Wohnungsbauprojekte) sollten vermieden werden, da die Region andere Prioritäten hat [vgl. Kap. 6.6]. Die verbreitete Vorliebe für Prestigeobjekte behindert in vielen Fällen die Lösung der Probleme und nimmt große Ressourcen (Land und Kapital) in Anspruch. Problemlösungen sollten nur mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden.

Eine ökonomische und städtebaulich geordnete Siedlungsentwicklung im Bereich der Wohnungen steckt noch in den Anfängen. Bei einer Fortführung der bisherigen Politik ist damit zu rechnen, daß ein unnötiger Verbrauch von Restflächen und die Verbreitung von wenig nutzergerechten Wohnformen noch zunehmen wird.

Zur Erreichung des Analysezieles [vgl. Kap. 1.0] werden im Folgenden die Entwicklungsstrategie und Verbesserungsvorschläge für die Gaza-Region behandelt.

7.2 Entwicklungsmaßnahmen für den Wohnungsbau

7.2.1 Städtischer Wohnungsbau

Aus der Analyse von Kapitel 6 werden zusammenfassend folgende Probleme für die quantitative Wohnungsversorgung aufgezeigt [vgl. Kap. 6.4] und durch Vorschläge ersetzt.

Der zunehmende Bevölkerungsdruck mit einer jährlichen Wachstumsrate von 5% bis 2015 in der Stadt Gaza ergibt sich aus folgenden Bestandteilen:

- dem natürlichen Bevölkerungswachstum
- der erwarteten Zuwanderung aus den anderen Teilen des Gazastreifens
- der möglichen Rückkehr von Auslandspalästinensern. Laut MOPIC beläuft sich die geschätzte Gesamtanzahl der erwarteten Rückkehrer zu den gesamten palästinensischen Gebieten (ohne die Flüchtlinge von 1948) auf ca. 500.000 Personen. In welchem Maße Gaza-Stadt von der Rückwanderung betroffen sein wird, ist nicht vorherzusehen. Dennoch ist der Verfasser der Meinung, daß diese Zuwanderungsmöglichkeit in der Planung zu berücksichtigen ist.

Der gesamte Wohnungsbedarf für Gaza-Stadt von 1995 bis 2015 beläuft sich auf 113.487 WE (d.h. 5.674 WE jährlich). Der geschätzte Bedarf für den gesamten Gazastreifen für den gleichen Zeitraum liegt bei 255.000 WE [vgl. Kap. 6.5].

Die bisherigen Maßnahmen des öffentlichen und des privaten Sektors (Baugesellschaften und Wohnungsbaugemeinschaften sowie Eigentümerbauherren) zur Abdeckung von Wohnraumbedarf betreffen vor allem die mittleren und höheren Einkommensschichten. Die niedrigen Einkommensschichten sind bei diesen Projekten bisher weitgehend vernachlässigt worden, obwohl sie 45% des Gesamtbedarfs von 5.674 WE jährlich repräsentieren [Samed Nr. 95, 1994, S. 62-66]. Um die Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, werden die folgenden Grundmaßnahmen vorgeschlagen: Die Probleme erfordern dringend die Entwicklung eines umfassenden Wohnungsbaukonzepts. Eine Wohnungsbauentwicklungsstrategie für die Stadt Gaza soll Teil dieser umfassenden Gesamtentwicklungsstrategie sein. Bestandteil dieser Strategie sollte vor allem auch die Entwicklung von Haus- und Wohnungstypen sein, die von mittleren und unteren Einkommensgruppen mit finanzierbar sind.

1. Kooperation von Stadtverwaltung, privaten Bauunternehmen und Wohnungsbaugesellschaften zur Förderung des Wohnungsbaus für untere Einkommensschichten.

2. Bereitstellung von Bauland von der Stadtverwaltung durch Baureifmachung und Erschließung von Wohnbaugelände (in erster Linie für Wegebau).
3. Stärkere öffentliche Unterstützung bei der Gründung und Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften.
4. Beteiligung der Bewohner im Rahmen von staatlich geförderten Selbsthilfeprojekten, mit juristischer Verbindlichkeit der Beteiligten. Von großer Bedeutung ist die Förderung der "Hilfe zur Selbsthilfe", die sich nicht nur auf neue Wohnungen beschränken, sondern auch auf Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen erweitern sollte.
5. Förderung der Sanierung alter Wohnhäuser und Wohnsiedlungen sowie Verbesserung des Wohnumfeldes.
6. Schaffung finanzieller Erleichterungen im Hinblick auf die Baukosten bei niedrigem Einkommensniveau [vgl. Kap. 7.4].
7. Kontrolle über die Entwicklung von Baukosten und Grundstückspreisen, durch die Stadtverwaltung.
8. Verschärfung der Kontrolle über die verwendeten Baustoffe vor und während des Bauablaufs.
9. Erarbeitung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen, die angesichts der erheblichen Nachfrage nach Bauland (bei knappen Baulandvorräten [vgl. Kap. 5.0]) eine Entwicklungslinie im Sinne eines strategischen Rahmenplans für die Stadtfläche und die Region vorgeben. Dabei muß jedoch die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur parallel verbessert werden [vgl. Kap. 5.5], bevor die Baugenehmigungen erteilt werden können.

7.2.2 Maßnahmen für die Wohnungsversorgung

Die Lösung der Wohnungsnot in der Stadt Gaza soll die gesamte Bevölkerung betreffen, wobei der Bevölkerungsanteil mit niedrigem Einkommen bevorzugt werden soll.

Der Wohnraumbedarf in der Stadt Gaza beträgt 5.764 WE jährlich (diese Summe wird bis zum Jahr 2015 als konstant vorausgesetzt). Die 5.764 WE verteilen sich wie folgt:

- für die Bevölkerung mit niedrigem Einkommen sind es jährlich 2.581 WE (d.h. 45% des gesamten jährlichen Bedarfs).
- Für die Mittelschicht der Bevölkerung werden jährlich 1.922 WE (34% des gesamten jährlichen Bedarfs) benötigt.

- Für die Bevölkerung mit höheren Einkommen werden jährlich 1.171 WE (21% des gesamten jährlichen Bedarfs) benötigt [Samed Nr. 95, 1994, S. 55].

Zur Bewältigung der aktuellen Wohnungsnotsituation ist neben Neubauten die Schaffung zusätzlichen Wohnraums, durch Erweiterung im Bestand erforderlich. Besonders vordringlich ist es hier, neue Wege zu beschreiten und geeignete Finanzierungsmodelle zu prüfen und zu erproben.

7.2.2.1 Schaffung preiswerten Wohnraums im vorhandenen Bestand

Aus finanziellen und ökologischen Gründen kommt der flächensparenden Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Bestand besondere Bedeutung zu.

Die Schaffung von preiswertem Wohnraum im vorhandenen Bestand kann durch folgende Maßnahmen geschehen:

A. Modernisierung und Instandsetzung von sanierungsbedürftigen Wohnhäusern

Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung von Wohnraum sollen trotz des Bedarfs an Wohnungsneubauten im vorgesehenen Umfang fortgeführt und abgeschlossen werden. Viele Wohnhäuser sind sanierungsbedürftig. Ein Teil dieser Häuser befindet sich in der Altstadt von Gaza und im Schati Flüchtlingslager. Ein Sanierungsprogramm für solche Häuser soll ein Bestandteil einer Entwicklungsstrategie zur Lösung der Wohnungsproblematik in der Stadt Gaza sein.

Für dieses Sanierungsprogramm soll ein Sanierungskomitee gegründet werden. Die Stadtverwaltung, Sanierungsfachleute sowie Bewohner der betroffenen Wohngebiete sollen in dieser Institution vertreten sein. Dieses Komitee kann z.B. Planungs- und Koordinationsaufgaben beraten.

Die Modernisierungsarbeiten sollen in Kombination mit der Verbesserung der Infrastruktur geschehen.

Um diesen Vorschlag realisieren zu können, müssen die finanziellen Rahmenbedingungen geklärt werden. Es wird hier folgendes vorgeschlagen:

- Bereitstellung günstiger Modernisierungsdarlehen,
- durch die Gründung von Sanierungsfonds
- durch öffentliche Zuschüsse
- Selbstbeteiligung der Bewohner bzw. der zukünftigen Bewohner

B. Aufstockung von vorhandenen Wohngebäuden

In der Stadt Gaza bestehen über 80% der Wohnbauten aus 1 bzw. 2 Geschossen [vgl. Kap. 6.2.1]. Die zulässige Bauhöhe liegt im gesamten Stadtgebiet in der Regel

bei bis zu 5 Geschossen. Die Überschreitung dieser Höhe bedarf einer Sondergenehmigung (solche Hochhäuser sind in den letzten Jahren sehr verbreitet [vgl. Kap. 6.1.44]). Die Aufstockung niedriger Wohnhäuser ist kostengünstiger als die Schaffung von neuem Wohnraum, vorausgesetzt die Statik läßt dies zu, und kann viel Baufläche ersparen. Bei der Planung ist jedoch darauf zu achten, die in Abschnitt 6.1.4.4 genannten Probleme des Wohnwerts von Hochbauten zu berücksichtigen, etwa durch geeignete Außenanlagen, Infrastruktur, Einrichtung von Gemeinschafts- und Mehrzweckräumen.

Soweit der Bauzustand und die baurechtlichen Regeln dies zulassen, kann durch Aufstockung bzw. Bauerweiterung von vorhandenen Wohnungsbauten ca. 40% (d.h. ca. 2.305 WE) des jährlichen Bedarfs gedeckt werden.

Die Schaffung preiswerten Wohnraums im Bestand kann durch folgende Maßnahmen mobilisiert werden:

- durch Aufklärungsarbeit sollen die Eigentümer bzw. die Bewohner geeigneter Häuser auf die Aufstockungsmöglichkeit aufmerksam gemacht werden.
- Technische Überwachung des Aufstockungsvorhabens durch die Baubehörde.
- Motivierung durch finanzielle Erleichterung bzw. Förderung für die Aufstockung von Wohnbauten. Aufstockungsvorhaben zum Zweck der (befristeten bzw. unbefristeten) Fremdvermietung können besonders gefördert werden.

C. Mobilisierung nicht oder unzureichend genutzter Wohnfläche im Bestand

- die Besetzung von Leerwohnungen

Aktuelle Zahlen über den Leerstand von Wohnbauten speziell in der Stadt Gaza liegen dem Verfasser nicht vor. Doch als Hinweis kann gesagt werden, daß der Leerstand an Wohnungen im gesamten Gazastreifen im Jahr 1997; 2.689 WE beträgt [PCBS, Sept. 1999, S. 116].

Die Ursachen für den Leerstand liegen darin, daß die Vermieter zu hohe Mieten verlangen, oder aus Spekulationsgründen. Ein weiterer Teil des Leerstands resultiert daraus, daß palästinensische Familien im Ausland arbeiten und ihren Wohnraum nicht vermieten wollen.

Es sollte der Versuch unternommen werden, die Anzahl der leeren Wohnungen zu reduzieren. Dies könnte z.B. durch eine Mietrechtänderung geschehen oder indem hohe Steuern auf lange freigehaltene Wohnungen erhoben werden, um den

Eigentümern des Wohnraums so einen Anreiz zur Vermietung ihres nicht benötigten Wohnraums zu geben [vgl. Kap. 6.3.2.2].

Die Reduzierung des Anteils von nicht bzw. nicht ausreichend genutztem Wohnraum würde den Wohnraumbedarf um ca. 2% (vom Verfasser geschätzt) verringern.

Zusammengenommen ergeben somit die oben genannten Maßnahmen zur Ausschöpfung des vorhandenen Wohnbaubestandes einen Anteil von geschätzten 42% des gesamten Wohnungsbedarfs und könnten damit die Zahl der genannten 5.764 WE positiv beeinflussen.

7.2.2.2 Schaffung preiswerten Wohnraums durch Neubauten

A. Bereitstellung und Erschließung von Bauland

Die Bereitstellung von Bauland für neue Wohnbauten soll wie folgt durchgeführt werden:

1. Potentiale für den zusätzlichen Wohnungsbau sollen möglichst vorrangig im Rahmen der "Innenentwicklung" durch bessere Nutzung innerhalb der Siedlungsflächen (Verdichtung bzw. Baulückenschließung) erzielt werden.
2. Für den darüber hinausgehenden Bedarf sind (laut Flächennutzungsplan der Stadt Gaza, 1997) neue Wohnbauflächen in einigen Stadtvierteln, wie dem südlichen Teil von Gaza (Rimal und Zeitoun), sowie auch im Ostteil der Stadt (bei Schijaia und Toffah) vorzusehen [vgl. Abb. 5.7].

Die Kosten des Baulandes im südlichen Teil der Stadt (Rimal und Zeitoun) sind wegen ihrer Nähe zum Meer und zu den Villenvierteln sehr hoch. Es wird hier vorgeschlagen, dieses Bauland für die Unterbringung von Bevölkerung mit hohen und mittleren Einkommen vorzusehen. Dagegen sind die Kosten des Baulandes im Ostteil der Stadt (Schijaia und Toffah) viel niedriger. Hier wird empfohlen, dieses Bauland zur Unterbringung der Bevölkerung mit niedrigen Einkommen vorzusehen. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß der Ostteil in der Nähe zum Industriegebiet liegt. Diese Nähe sollte mit der Schaffung von wohnungsnahen Arbeitsplätzen für die Bevölkerung mit niedrigem Einkommen in Verbindung gebracht werden.

Diese vorgesehenen vier neuen Baulandflächen (nicht die Industrieflächen) liegen innerhalb der administrativen Stadtgrenze. Der Bau in diesen neuen Bauflächen hat folgende Vorteile:

- Die Erweiterung sowie die Erschließungskosten der vorhandenen Siedlungsflächen sind kostengünstiger als der Bau selbständiger neuer Wohnsiedlungen.
- Die Nutzung der vorhandenen angrenzenden Straßen vermindert den Bau neuer Straßenflächen zugunsten der Fußwegeflächen.
- Reduzierung des Verhältnisses Straße/Wohneinheit durch Wahl bestimmter Bebauungsformen (wie z.B. Reihenhäusern).

Die Stadtverwaltung soll hier die infrastrukturellen Einrichtungen durch Bereitstellung und Erschließung des Baulandes vorleisten.

B. Städtebaulicher Flächenbedarf

Der jährliche Wohnraumbedarf für die Stadt Gaza wurde mit 5.674 WE ermittelt [vgl. Kap. 6.4]. Dabei wird zwischen den Einkommensschichten differenziert, bei denen von einem unterschiedlichen Wohnungsstandard ausgegangen wird [vgl. Kap. 6.5.2.2]. Das folgende Rechenbeispiel bezieht sich auf Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen, bei denen von einer Wohnfläche von 90 qm pro Haushalt (6 Personen) ausgegangen wird.

Der Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen beträgt 2.581 WE jährlich [vgl. Kap. 7.2.2].

Der Flächenbedarf dafür wird wie folgt berechnet:

Grundstücksfläche	600 qm/Haus (Grundstücksfläche 24m x 25m)
Bruttowohnfläche	400 qm/Haus
Haushöhe	8 Obergeschosse + EG (Dienstleistung, Parkplätze)
Wohneinheiten pro Geschoß:	4
Gesamt WE/Haus	32 WE
Gesamtbedarf	2.581 WE/32 pro Haus = 80 Häuser
Gesamtes Nettowohnbauland	80 * 600 qm = 48.000 qm (entspr. 48 Dunum)

Der Gesamtflächenbedarf errechnet sich dann so:

Nettowohnbauland	48 Dunum entsprechen 65% des Gesamtflächenbedarfs [vgl. Müller, W., 1999, S. 135]
Erschließung, Infrastruktur und Außenfläche	26 Dunum entspricht 35% des Gesamtflächenbedarfs

Gesamtflächenbedarf für die 2.581 WE beträgt jährlich 74 Dunum.

C. Verbilligte Abgabe von städtischen Grundstücken (auch an Privatinvestoren)

Die Stadtverwaltung von Gaza verfügt über mehrere vereinzelte Baugrundstücke innerhalb der administrativen Stadtgrenzen (Angaben über die Fläche der Grundstücke liegen dem Verfasser nicht vor). Zur Entlastung des Wohnungsbauproblems wird hier vorgeschlagen, daß die Stadtverwaltung die Möglichkeit überprüft, einen Teil ihrer eigenen Baugrundstücke – im Rahmen einer sinnvollen zukünftigen Flächennutzungsplanung - für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtverwaltung bzw. das Wohnungsministerium sollen aktive **Liegenschaftspolitik** betreiben, d.h. durch Erwerb von Wohnbauflächen solche Grundstücke verbilligt an private Investoren weiterverkaufen.

Für den (sozialen) Mietwohnungsbau sollen Nachlässe beim Verkauf von Baugrundstücken gewährt werden.

Dies soll an folgende Bedingungen gebunden sein:

- die Struktur der Gebäude und Gebäudenutzung sind vorzugeben.
- eine rasche Realisierung der Wohnungsbauvorhaben
- Die Art und Dauer der Zweckbindung, Wohnungsbelegung, Mietpreisbindung bei staatlicher Förderung

Darüber hinaus kann die Stadtverwaltung durch Reinvestition der Verkaufserlöse Neubauland finanzieren.

D. Mitfinanzierung von Mietwohnungsbau

Durch Förderung und Mitfinanzierung von Mietwohnungen können insbesondere Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen, unterstützt werden, um ihre Wohnungsnotproblematik zu mildern.

Die Wohnungsnot in der Stadt Gaza verursacht einen Mietpreisanstieg. Aufgrund der hohen Mieten können sich Wohnungssuchende, insbesondere mit niedrigem Einkommen, Mietwohnungen zumeist nicht leisten. Zur Lösung dieses Problems kann die Stadt Mietern bzw. Vermietern Mietzuschüsse gewähren (vergleichbar mit dem sozialen Wohnungsbau in Deutschland), sowie das gegenwärtige Mietrecht reformieren.

7.3 Maßnahmen und Vorschläge zur Verbesserung der vorhandenen Siedlungsstruktur

Kurz- bis mittelfristig bietet die vorhandene, noch nicht ausgeschöpfte Siedlungsstruktur in ihren Bebauungspotentialen südlich und östlich der Stadt noch einen guten Ausgangspunkt [vgl. Kap. 5.4].

Aufgrund der dargestellten Problematik [vgl. Kap. 5.0] nehmen die Bedeutung der Verbesserung von bestehenden Siedlungen und die Planung neuer Siedlungen [vgl. Kap. 6.0] eine neue Dimension an. Im Folgenden sollen einige Verbesserungsmaßnahmen für die Siedlungsstruktur aufgeführt werden:

- Auf nationaler und lokaler Ebene sollen die aus der Besatzungszeit stammenden Masterpläne und Bebauungspläne auf die Bedürfnisse der Bewohner hin überarbeitet werden. Dies kann auf der Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Planungssektoren auf den jeweiligen Ebenen basieren, sowie durch die Zusammenarbeit zwischen Planern, Behörden und Interessengruppen - unter Beteiligung der Bevölkerung - weiterentwickelt werden.
- Die Ausbildung von Personal ist zu fördern, damit die Durchführung und Wartung der nachhaltigen Entwicklungsstrategien und –programme gesichert sein wird.
- Die Beteiligung der Bevölkerung und das öffentliche Bewußtsein sind als Indikatoren für den Erfolg des Vorhabens vorzusehen.
- Kurzfristig und mittelfristig sollte auf ausgeglichene Verteilung der Bevölkerung und Arbeitsplätze durch Ansiedlung der Menschen in den noch weniger entwickelten Gebieten innerhalb der Stadtgrenzen (Stadtgebiete Rimal und Schijaia) hingewirkt werden.
- Beim Entwicklungsprozeß von Siedlungen ist darauf zu achten, daß eine unausgeglichene Entwicklung infolge schneller und unkontrollierter Urbanisierung, gepaart mit einer starken Zunahme der Bevölkerungsdichte in den bewohnten Gebieten und eine Zersiedlung sowie ein Rückgang der Landwirtschaft und Kulturflächen, vermieden wird.
- Die Zerstörung der historischen Stadtgrundrisse (Altstadtkern) ist zu vermeiden [vgl. Kap. 7.2.2.1].
- Als Grundlage für die Siedlungsentwicklung sollten vorhandene gewachsene (traditionelle) Siedlungsstrukturen, die weniger geplant als vielmehr harmonisch gewachsen sind, berücksichtigt und weiter entwickelt werden.

- Wohnungsbautypen sollten entwickelt und eingeführt werden, die auf den sozio-ökonomischen Verhältnissen und den kulturellen Werten der Bewohner basieren.
- Eine effiziente Versorgung mit Infrastruktur- und grundlegenden Dienstleistungen ist zu gewährleisten.
- Wichtig ist, daß eingeführte Wohnungsbautypen möglichst keine negativen Auswirkungen auf die natürlichen Ressourcen haben werden, insbesondere etwa durch verschwenderischen Flächenverbrauch, wie etwa in Villenvierteln.
- Klimatische und topographische Gegebenheiten sind bei der Planung, insbesondere bei Standortauswahl, Orientierung der Bauten sowie bei der Erschließung besser zu berücksichtigen als bisher.
- Im Falle der endgültigen Räumung der jüdischen Siedlungen sollten Regelungen zur Übernahme der bestehenden Bauten und Einrichtungen getroffen werden, anders als dies im Sinai geschah, als die abziehenden Siedler ihre Siedlungen zerstörten.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum hinsichtlich des weiterhin hohen Bevölkerungswachstums - insbesondere in der Stadt Gaza - und entsprechende Steigerung des Wohnraumbedarfs bei begrenzter Ausdehnung der Stadt kann langfristig allein innerhalb des heutigen Stadtgebietes nicht aufgenommen werden. Die Ausdehnung der Baugebiete außerhalb der heutigen Stadt darf jedoch nicht unkontrolliert ablaufen. Langfristig sollten Stadterweiterungsmaßnahmen deshalb nur unter Berücksichtigung dieser begrenzten Ausdehnungsmöglichkeiten der Stadt und möglichst nach umfassender Bearbeitung von Alternativen durchgeführt werden.

7.4 Wohnungsbaufinanzierung

Die Beschaffung von verbesserten Wohnverhältnissen ist wichtig genug, um der finanziellen Unterstützung des Privatsektors durch die PNA zu bedürfen. Daher ist ein Programm zur Gewährung von Vergünstigungen an den privaten Sektor notwendig, damit er ermutigt wird, in den Wohnungsbau zu investieren.

Zu Erleichterung der Finanzierungsproblematik wird folgendes vorgeschlagen:

- **Steuervergünstigung:** Das Steuersystem sollte sich fördernd auf die Einrichtung von neuen Wohnungen auswirken, z.B. könnten Einwohner mit niedrigem Einkommen von Eigentums- und Haussteuer sowie von Gebühren des Baugenehmigungsverfahrens befreit werden.

- Günstige Kreditbedingungen sind zu schaffen: die Laufzeit der Baukredite soll möglichst langfristig sein (z.B. 15-20 Jahre) und der Zinssatz soll ebenfalls niedrig sein.
- Die Vergabe von Krediten nach islamischen Prinzipien könnte weitere Teile der Bevölkerung an den Wohnungsbauprogrammen teilnehmen lassen, da oftmals Familien aus religiösen Gründen mit den Bedingungen der Finanzierung nicht einverstanden sind. Dieses Problem könnte durch Banken, die nach dem islamischen Finanzsystem arbeiten (z.B. Islamic-Bank in Gaza), gelöst werden.
- Der Staat kann Bürgschaften und Garantien an Kreditwillige zur Errichtung von Wohnungen gewähren, insbesondere für Empfänger mit niedrigem sowie unregelmäßigem Einkommen.

Eine Neustrukturierung des Wohnungsversorgungskonzeptes erscheint notwendig, da das Problem der Wohnungsversorgung dieser Bevölkerungskreise nur unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit und unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse zu lösen ist. Außerdem sollten für die niedrigen Einkommensschichten folgende Maßnahmen aufgewiesen werden:

- Schaffung finanzieller Erleichterung für Bauland und Baukosten im Hinblick auf das niedrige Einkommensniveau.
- Förderung von Eigeninitiativ- und Selbsthilfemodellen mit staatlicher Förderung
- Auswahl einfacherer Bautypen, Baumaterialien und Konstruktionstechniken sollen den finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Bevölkerung besser entsprechen.

Zusätzlich kann man mit der Unterstützung von den arabischen Staaten sowie von internationalen Institutionen rechnen.

7.5 Maßnahmen zur Infrastruktur

Im Folgenden werden Empfehlungen für dringende Problembereiche der technischen und sozialen Infrastruktur zusammengefaßt:

7.5.1 Technische Infrastruktur

7.5.1.1 Wasserversorgung

Die potentiellen Grundwasserressourcen im Gazastreifen sind begrenzt. Oberstes Gebot für die Wasserversorgung ist deshalb ein sparsamer Umgang mit dieser wertvollen Ressource, sowohl durch Reduzierung des Wasserverbrauchs als auch

durch den Schutz vor Verschmutzung und Versalzung [vgl. Kap. 2.3 u. 5.5.1.1]. Dies wird eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben sein.

Da das Grundwasser allein unter den gegebenen Voraussetzungen nicht ausreicht, um den wachsenden Bedarf der Bevölkerung an Trinkwasser zu decken, sollten folgende wichtige Maßnahmen getroffen werden:

- Erneuerung und Ausbau der veralteten und sanierungsbedürftigen Wasserversorgungsnetze ist notwendig, um die hohen Wasserverluste zu unterbinden.
- Sparsamer Umgang mit Trinkwasser durch:
 - Moderne und sparsame Bewässerungssysteme (wie Tropfbewässerung, Beregnung) für Landwirtschafts- und Grünflächen.
 - Die Verwendung von trinkwassersparenden Sanitärinstallationen.
 - Die Förderung des Umweltbewußtseins der Bevölkerung beim Umgang mit Wasser.
- Von großer Bedeutung ist die Gewinnung von Regenwasser und der Schutz der Oberflächengewässer durch den Bau von Sammelbecken und Dämmen.
- Die Errichtung von Wasserschutzgebieten. In diesen Wasserschutzgebieten sollte der Schutz der knappen Grundwasservorräte Vorrang haben.
- Industrie- und Gewerbeanlagen sowie Freizeiteinrichtungen sollten von Gewässern ferngehalten werden.
- Der Gefahr der Wasserversalzung, die bei zu hoher Grundwasserentnahme durch Eindringen von Meerwasser in das Grundwasser entsteht, sollte durch Anreicherung des Grundwassers vermieden werden. Dies wird durch unterirdische Leitungen im Gefälle mit Bohrungen (Schachtversickerungsmethode) gebunden, die in tiefergelegenes Grundwasser gebohrt werden. Die Abflüsse dieser Becken sind mit natürlichen Filtern (Sand und Kies) zu versehen, um eine Verschmutzung des Grundwassers zu vermeiden.
- Die Errichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen wäre für die Palästinenser eine Alternative, um das Wasserproblem zu lösen, wenn die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden können. Alternativ ist das Destillationsverfahren durch Sonnenstrahlung. Es hat sich auch wegen der Herstellung großer Mengen Frischwasser aus Meereswasser unter Einsatz von fossilem Brennstoff, vorwiegend Erdöl (auch Erdgas, umweltfreundlich) durchgesetzt [Grombach u. Haberer, 2000, S. 608]. Dies kann auch auf regionaler Ebene zwischen den Nachbarländern geschehen.

- Eine Lösung der Zuständigkeiten für die Wasserressourcen sowie der Status der jüdischen Siedlungen und ihres Zugangs zu den Wasservorräten in den palästinensischen Gebieten muß neu geregelt werden.

7.5.1.2 Abwasserentsorgung

Die Abwasserentsorgung ist ein weiterer Engpaß, der wie bei der Wasserversorgung von Veralterung und Überbeanspruchung des Wassernetzes aufgrund des Bevölkerungswachstums herrührt. Die Entwicklung der Abwasser-systeme sowie der Anschluß aller Haushalte an das Abwassernetz ist eine wichtige Aufgabe der Wasserbehörden:

- Eine flächendeckende Überprüfung des physischen Zustandes des Wassers zur Herstellung eines Schadenskatasters mit Prioritäten für einzuleitende Maßnahmen ist im Interesse des Grundwasserschutzes dringend erforderlich.
- Die Erneuerung, Sanierung und Erweiterung der existierenden Abwassernetze (vorrangig in den Trinkwasserschutzgebieten) ist vorzusehen, um möglichst alle Haushalte an das Abwassernetz anzuschließen. Dadurch wird auch das Eindringen von Abwasser in den Boden vermieden.
- Die Verwendung von Trennsystemen bei der Abwasserbeseitigung, soweit finanzierbar.
- Die Wiederverwendung von geklärtem Wasser für die Landwirtschaft ist zu fördern, dazu sind geeignete Kläranlagen zur Abwasserreinigung erforderlich.
- Der Bau neuer Abwasserpumpwerke mit den zugehörigen Druckleitungen, um die Zuleitung zu den Abwasserbehandlungsanlagen zu optimieren.
- Eine reibungslose und fachgerechte Ausarbeitung von Planungskonzepten erfordert die Ausbildung von Fachkräften für Planungs-, Bau-, Bedienungs- und Wartungsarbeiten.

Durch Aufklärung und Informationsaustausch zwischen Behörden, Interessengruppen und Bevölkerung sollten die Hygiene- und Lebensbedingungen der Betroffenen verbessert werden.

7.5.1.3 Energieversorgung

Die Energieversorgung ist derzeit nur über das israelische Stromnetz gewährleistet. Daraus ergibt sich eine weitere Abhängigkeit, die sich insbesondere bei Begrenzungen der Bereitstellung von Strom für Haushalte und gewerbliche Zwecke bemerkbar macht. Das Stromnetz ist technisch unvollständig; Stromausfälle - manchmal über längere Zeit - wirken sich negativ auf die Lebens-

verhältnisse sowie auf die Produktion und somit auf die Wirtschaft aus. Die Abhängigkeit von der Israeli Electric Corporation (IEC) führt auch durch Verteilung der Kompetenzen zu Preissteigerungen [vgl. Kap. 5.5.1.2]. Die zur Verfügung stehende Kapazität wird den starken Anstieg des Bedarfs an Strom unter den gegebenen Voraussetzungen nicht erfüllen können.

Für die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft wird daher der Bau eines Kraftwerks als essentiell angesehen. Solarenergie wird beinahe an jedem Haus zur Warmwasserbereitung genutzt und entlastet daher das Stromnetz, dennoch bleibt der zu geringe Umfang der bereitgestellten Energie ein erhebliches Hindernis bei der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Entwicklung der Energieversorgung soll verbessert werden durch:

- Errichtung eines Stromkraftwerks, um die Deckung des steigenden Bedarfs an Strom zu gewährleisten.
- Erarbeitung von Konzepten zur Nutzung alternativ ökologischer Energiequellen wie Wasser, Sonne oder Wind.
- Die Ausbildung von Fachkräften und Personal, sowie Erfahrungsaustausch mit den Nachbarländern.
- Durch wirtschaftliche Abkommen (mit Stromkonzernen) und die Anbindung an das Stromnetz mit den Nachbarländern werden angemessene Preistarife (kW/h) vereinbart.
- Durch Verwendung von Solarenergie – im Verbund etwa mit Windenergie, zur Versorgung des häuslichen Energiebedarfs - kann in Zukunft Energie gespart und die Umwelt geschont werden.

7.5.1.4 Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrs

In der Gaza-Region werden im Folgenden einige Verbesserungsmaßnahmen vorgeschlagen:

- Verringerung bzw. Vermeidung des innerstädtischen Verkehrs durch den Bau von Umgehungs- und Durchgangsstraßen.
- Reduzierung des Individualverkehrs durch Ausbau eines öffentlichen Verkehrsnetzes.
- Die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel muß durch Verkehrsleitsysteme unterstützt werden.
- Nicht notwendiger Verkehr soll durch eine "Stadtstruktur der kurzen Wege" reduziert werden, der Anteil der umweltverträglichen Verkehrsmittel ist durch ausreichende öffentliche Verkehrsmittel und attraktive Wege für Fußgänger

und Radfahrer zu erhöhen. Lärm- und Schadstoffbelastungen sind durch Einführung von Katalysator-Regelung zu verringern. Das gilt in erster Linie für die Neubaugebiete.

- Steigerung der Verkehrsqualität durch Ausbau der Straßen und dauerhafte Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur.
- Langfristig wäre die Erneuerung der alten stillgelegten Schienenverbindung von Norden nach Süden in Betracht zu ziehen, die den Güterverkehr erheblich entlasten und auch eine Bedeutung für den Tourismus haben könnte.

7.5.2 Soziale Infrastruktur

Für die Versorgung mit sozialer Infrastruktur sind über eine Sicherung von Standorten hinaus finanzielle und rechtliche Instrumente notwendig, um eine parallele Entwicklung von Wohnungen und sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Hierfür sind weitere Maßnahmen zur sozialen Infrastruktur vorzuschlagen:

7.5.2.1 Bildungswesen

Infolge der spezifischen Altersstruktur und der anhaltenden Rückkehr vieler Palästinenser werden die Schülerzahlen zunächst noch weiter zunehmen [vgl. Kap. 4.0]. Zusätzliche Standorte werden entsprechend der Bevölkerungsentwicklung vor allem in den Bereichen des Stadtumbaus, der Verdichtung von Einzelhausgebieten und der Stadterweiterung erforderlich. Eine genaue Lokalisierung dieser Standorte ist zum Teil heute noch nicht möglich. Die Entwicklung des Bildungswesens in Gaza soll die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation entsprechend berücksichtigen. Die Vorschläge der Verbesserungsmaßnahmen basieren auf drei Faktoren:

- Die Beseitigung der Folgen des unterentwickelten Erziehungswesens während der Besatzungszeit.
- Die Entwicklung eines nationalen palästinensischen Bildungswesens vom Kindergarten an.
- Nutzung der Erfahrung moderner Bildungssysteme und Intensivierung der Schulbildung, sowie rechtzeitiges Errichten von Ausbildungsstätten für Lehrer

Die zukünftige Entwicklungsplanung soll die Entwicklung der Verwaltung, das Bildungssystem, die Qualifizierung der Lehrer die technischen Lehrmittel, moderne Lehrmethoden, sowie die Schulbauten erfassen.

Sowohl die Erweiterung bestehender, als auch die Errichtung neuer Schulen ist notwendig, um überbelegte Klassen zu entlasten und den erwarteten Bedarf an

Schuleinrichtungen zu decken. Zugleich ist eine gerechte Verteilung von Bildungseinrichtungen in den Siedlungen und Stadtquartieren vorzunehmen.

7.5.2.2 Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen wird von staatlichen, privaten und UNRWA-Einrichtungen getragen. Die Ausstattung der Krankenhäuser ist unterschiedlich. Es mangelt an technischer und medizinischer Ausrüstung. Für die Verbesserung sind die folgenden Maßnahmen vorzusehen:

- bessere Ausstattung der Krankenhäuser mit technischer und medizinischer Ausrüstung
- Förderung von Weiterbildungsangeboten für Ärzte und Pflegepersonal,
- bessere Zusammenarbeit und Koordination auf Makro-Ebene zwischen staatlichen, gemeinnützigen und privaten Gesundheitsträgern.
- bessere Verteilung von Gesundheitseinrichtung in den Muhafazat, Städten und Dörfern sowie Stadtquartieren.
- Ausbau von Informationssystemen zur Aufklärung der Bevölkerung, Verbreitung medizinischer und hygienischer Grundkenntnisse, Förderung von Ersthilfekursen in den Schulen und in der Bevölkerung.
- Hygiene und Gesundheit der Bevölkerung sollten durch Verbesserung der Infrastruktur gefördert werden, insbesondere in den Flüchtlingslagern und den dichtbesiedelten Stadtgebieten, in denen es an ausreichender Abwasser- und Müllentsorgung mangelt.

Die angesprochenen Punkte sollen Ansätze und Entwurfsprinzipien für die Planung und das Bauen in Gaza-Stadt bilden. Sie stellen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität dar.

8.0 ABSCHLUßWORT

Die vorgestellte Entwicklungsstrategie gilt für alle Siedlungsarten des Gazastreifens. In dieser Arbeit wurde als Untersuchungsgebiet jedoch die Gaza Region gewählt. Die Gründe für diese Wahl liegen in der dichten Besiedlung dieser Region und darin, daß dieser Raum stärker von Entwicklungen betroffen ist als andere Städte des Gazastreifens. Aber auch die Herkunft des Verfassers hat die Wahl des Untersuchungsgebietes beeinflusst.

Ziel dieser Arbeit ist es auf die tatsächlichen Ursachen der Probleme in dieser Region aufmerksam zu machen und deren Lösungen darzustellen, um so auch Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Entwicklungsstrategien können als sinnvoll erachtet werden, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, hier insbesondere die einkommensschwache, orientieren und die Entwicklung aller Wohn- und Lebensbereiche als einen Komplex betrachten.

Der Verfasser vertritt die Meinung, daß die vorgeschlagene Entwicklungsstrategie geeignet ist neben der rationelleren Einsetzung bereits vorhandener Mittel, Nutzung der Ressourcen auch die traditionellen Technologien aufzugreifen und weiterzuentwickeln und die internen regionalen Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen. Dadurch werden Lösungswege aufgezeigt, die es, insbesondere den einkommensschwächeren Bevölkerungsschichten ermöglichen sich in den Entwicklungsgebieten angemessene Wohn- und Lebensbedingungen zu schaffen.

Weiterhin werden die Mißstände in dem Untersuchungsgebiet, soweit möglich mit Zahlenmaterial belegt, dargestellt. Diese werden von der Entwicklungsstrategie aufgegriffen, damit diese wiederum Schritte zur Behebung dieser Mißstände aufzeigt. Es wurde hier versucht Erkenntnisse und Erfahrungen anderer Länder mit der Raumordnung und Wohnungsversorgung in die Entwicklungsstrategie für die Gaza Region einfließen zu lassen.

Der Verfasser hofft, daß nicht nur die Informationen dieser Arbeit selbst zu weiteren zukünftigen Forschungen in seinem Heimatgebiet anregen, sondern die gesamte Arbeitsweise und die vielen gegebenen Hinweise.

Literaturverzeichnis

[BIBLIOGRAPHIE DER BENUTZTEN UND ZITIERTEN LITERATUR]

Abu-Amr, Ziad, 1988:

The Gaza Economy 1948-84. The Palestinian Economy, Studies in Development under Prolonged Occupation. Hrsg. von Abed, Georg T., London, New York

Al-Refaei, Ibrahim, 1999:

Grundlegende Aspekte zur Strukturplanung technischer Ausbildung, in der Westbank und im Gazastreifen, Hrsg. Universität Gesamthochschule Kassel

Bähr, Jürgen, 1997:

Bevölkerungsgeographie; Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, Stuttgart: Ulmer.

Bauwelt, 1999:

Heft 9, 90. Jahrgang, Berlin.

Benvenisti, Meron, 1984:

The West Bank Data Project. A Survey of Israel's Policies, Washington-London.

Benvenisti, Meron. u. Khayat, Shlomo, 1988:

The West Bank and Gaza Atlas, Jerusalem.

Bdair, Kamal, 1994:

Al-Muthallath - Analyse und Perspektive eines regionalen Entwicklungsplanes, Diss. TU-Berlin.

Böer, Wolfgang, Dr., 1954:

Klimaforschung im Dienste des Städtebaues, Berlin.

Brunner, Birgit, 1972:

Leitfaden für Volontäre, Erfahrungsberichte, Hintergründe und nützliche Tips zu einem Auslandsaufenthalt in Israel/Palästina, Hrsg. Kaiserin Auguste Victoria-Stiftung in Kooperation mit der Erlöerkerche, Jerusalem.

Curdes, Gerhard, 1989:

Stadtstruktur; Stabilität und Wandel: Beiträge zur stadtmorphologischen Diskussion, Dt. Gemeindeverl., Köln.

El-Kahlout, Mohamed, 1998:

Das System der Raumplanung und aktuelle Probleme der Raumplanung im Gazastreifen, Diss. TU-Berlin.

Fiedler, Klaus, 1997:

Alles über gesundes Wohnen; Wohnmedizin im Alltag; mit Checkliste für die eigene Wohnung, München.

Frangi, Abdallah, 1982:

PLO und Palästina, Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt a.M.

Gabriele, Schwarz, 1989:

Allgemeine Siedlungsgeographie, 4. Auflage, Teil 2 Die Städte, Berlin.

Gemeinde Gaza,

homepage, www.mogaza.org, (arab u. engl.), aktualisiert 1998.

Ghalayini, Khaled, 1997:

Grundlagen für eine regionale Entwicklungsplanung im Mittelmeer-Küstenbereich des Gazastreifens, Diss. TU-Berlin.

Grombach, Haberer, Merkl, Trueb, 2000:

Handbuch der Wasserversorgungstechnik 3. Auflage, Münschen.

Gyrgis, Sabri u. Lobel, Eli, 1970:

Die Araber in Israel, München.

Hamad, Qays, 1995:

Palästinensische Industrialisierung unter unvollständiger Souveränität, Hrsg. Dieter Weiss, FU-Berlin.

Hassasneh, Tawfic, 1994:

Analyse der Bevölkerungs- und Siedlungsentwicklung sowie der Wasserversorgung im Gazastreifen, im Hinblick auf eine Vorgehensweise zur Planung, Diss. TU-Berlin, Berlin.

ICBS, 1994:

Statistical Abstract of Israel 1993, Nr. 44, Jerusalem.

Khamaisi, Omar, 2001:

Von Terra zu Territorium, Die Entwicklung des Bodenrechts und der Grundeigentumsverhältnisse in Palästina vom Osmanischen Reich bis zum Staate Israel, Hrsg. Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, Zürich.

Meyer, M.A., 1907:

History of the city of Gaza, New York.

Mittag, Martin, 2000:

Baukonstruktionslehre, 18. Auflage, Braunschweig/Wiesbaden.

MOPIC, Dez. 1998:

National Policies For Physical Development; The West Bank and Gaza Governoraten, (engl.), Jerusalem-Palästina.

MOPIC, Febr. 1995:

Statistics Quarterly Gaza Governorates, Volume 1, (arab u. engl.), Gazastreifen.

MOPIC, Mai 1995:

Statistics Quarterly "January-March 1995", Gaza Governorates, Volume 1, (arab. u. engl.), Gazastreifen.

MOPIC, Juni 1996:

Statistics Quarterly Gaza Governorates, Volume 1 (arab u. engl.), Gazastreifen.

MOPIC (PEC), 1995:

Electrical Energy Status in Gaza Strip; Analytical Study, Technical Department-Electrical Branch, (engl.), Gaza.

Müller, Wolfgang, 1999:

Städtebau/Müller/Korda. Hrsg. Von Martin Korda, Bearb. Von Wolfgang Bischof, 4. Neubearb. Aufl., Stuttgart [u.a.]: Teubner.

Munzinger-Archiv/IH, 1997:

Internationales Handbuch-Länder aktuell, Ravensburg.

Musa, Amr, 1989:

Wohnungsbauprobleme in Amman/Jordanien. Ein Beitrag zur Verbesserung der Wohnqualität, Diss. Uni. Stuttgart.

PCBS, Okt. 1999:

Meteorological Conditions in the Palestinian Territory Annual Report 1998, (arab u. engl.), Gaza.

PCBS, Sept. 1999:

Housing in the Palestinian Territory Annual Report 1998, Annual Report, (arab u. engl.), Ramallah-Palästina.

PCBS, Zensus 1997:

www.pna.org Internet, (arab u. engl.).

PIALES (The Palestinian Institute for Arid Land and Environmental Studies), 1996:

A Preliminary Investigation of Biodiversity in Palestine: Problems and Prospects, (engl.), Hebron-Palästina.

Roy, Sara, 1995:

Gaza Strip; The Political Economy of De-development, Hrsg. Institut for Palestine Studies, Vereinigte Staaten von Amerika.

Sadek, Mohamed-Moain, 1991:

Die mamlukische Architektur der Stadt Gaza, Diss. FU-Berlin.

Schmitt, Heinrich und Heene, Andrea, 2001:

Hochbaukonstruktion: die Bauteile und das Bauegefüge; Grundlagen des heutigen Bauen, 15., vollst. Aufl., Braunschweig.

Timm, Angelika u. Klaus, 1988:

Westbank und Gaza, Fakten, Zusammenhänge und Hintergründe israelischer Okkupations-politik, Berlin.

Tophoven, Rolf, 1999:

Der israelisch-arabische Konflikt, Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Auflage, Bonn.

UNRWA-Bericht 1990:

UNRWA, Die Hilfe der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge, Hrsg. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im nahen Osten.

UNRWA, Juni 1993:

Strategic Actions for Development of the Environmental Health Sector in the Gaza Strip, (a Study Conducted for the United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East), Camp Dresser & McKee International Inc.

Volland, Karlheinz, 1999:

Einblicke in die Baustoffkunde für Architekten, 1. Auflage Düsseldorf.

Waltz, Viktoria u. Zschiesche, Joachim, 1986:

Die Erde habt Ihr uns genommen, 100 Jahre zionistische Siedlungspolitik in Palästina, Essen, Diss. Dortmund, 1985.

Watzal, Ludwig, 1994:

Frieden ohne Gerechtigkeit?, Israel und die Menschenrechte der Palästinenser, Köln, Weimar, Wien.

Wittkau, Klaus, 1992:

Stadtstrukturplanung: Analysen und Synthesen zur Steuerung der Entwicklung baulicher Gefüge und sozialräumlicher Verbände/1. Aufl., Düsseldorf.

Woitschützke, Claus-Peter 1994:

Verkehrsgeographie, Köln.

Arabische Literaturen

Abdel Hadi, Mohamed, 1996:

Karten der geographischen Verteilung der palästinensischen
Flüchtlingslagern (arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi),
Nr. 105, Amman.

Abu Auen, Jaudat, 1994:

Die Entwicklung des Bausektors in der besetzten Gebieten (arab.), Hrsg.
Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 95, Amman.

Abu-Safiah, Yusuf, 1995:

Umweltherausforderung in Gaza (arab. Al-Tahadi al-Bieie fi Ghazza) eine
Studie für Palästina-Affaire, Gaza.

Abu-Tawila, Jihad, 1988:

Landnutzung im Gazastreifen, (arab. Istikhdam al-Ard in Kitaa Ghazza),
Magisterarbeit Kairo.

Ad-Dabagh, Mustafa, 1966:

Palästina unser Land, (arab. Biladuna Filastin), Beirut.

Agrarministerium-Bericht, 1986:

Amtsblätter, Gaza.

Al-Afifi, Jaber, 1992:

Wasser - Quellen, Verwendung und Probleme - im Gazastreifen, (arab. Al-
Miah fi Qitaa Ghazza), Jerusalem.

Al-Buhairi, Salah ad-Din, 1974:

Palästina u. Jordanien, (arab. Ard Falastin wa Al-Ordun), Hrsg.
Forschungsinstitut u. arabische Studien, Kairo.

Al-Horany, Abdallah, 1987:

Gazastreifen; 19 Jahre Besatzung, (arab. Kitaa Ghazza, 19 Aam min al-
Ihtilal), Amman.

Al-Maoed, Hamad, 1999:

Die Siedlung und ihre Straßennetz; die Apartheid in der besetzten Gebieten
(arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 115-116,
Amman.

Al-Murr, Debis, 1982:

Gesetzgebung über Grundstücke in den Osmanischen Reich abgelösten
arabischen Ländern (arab.), in: Ananie, Bader abdel-Razaq, Gesetzgebung
über Grundstücken, Halhul.

Al-Sahly, Nabil, 2000:

Demographische Entwicklung der palästinensischen Bevölkerung (arab.),
Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 120, Amman.

Al-Sobani, Salah, 1991:

Flüchtlingslagersituation im Gazastreifen und die Umsiedlungsprojekten
(arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 84, Amman.

Al-Yusuf, Amer, 1987:

Die Rechte des palästinensischen Volkes und der Konflikt zur nationalen
Unabhängigkeit (arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi),
Nr. 65, Amman.

Ataia, Amin, 1998:

Zionistische Siedlung im Gazastreifen (arab.), Hrsg. Samed Economist
(arab. Samed al-iktisadi), Nr. 112, Amman.

Azmy, Intisar, , 1991:

Flüchtlingslager im Gazastreifen: Geschichte des Leidens und Widerstand
gegen der Besatzung (arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-
iktisadi), Nr. 83, Amman.

Gemeinde Gaza, 1996:

Detailplan der Altstadt von Gaza 1996-2016– (arab. Mukhatat Tafsili lil
balda al-Qadima, Ghazzit Haschim), Gaza.

Halabi, Osama, Jurist, 1997:

Planungs- und Baugesetze in Palästina, (arab. Taschriat al-Tansiem wa al-
Binaa fi Falastin), Hrsg. Law Center, Birzeit University im Zusammenarbeit
mit MOPIC, Birzeit, Palästina.

Ibrahim, Ahmed Hassan, 1977:

Kuweit City, Stadtgeographie (arab.), Diss. Uni. Kairo, Kairo.

Meteorologische Meßstation Gaza:

Statistiken aus den Jahren 1970-1990, Gaza.

Mobeid, Saleem, 1987:

Gazastreifen, (arab. Ghazza wa Kitauha), Ägypten.

MOPIC, 1998:

Reservation of Land for future Regional Industrial Areas in the Gaza
Region, (arab.), Gaza.

PCBS, Dez. 1998:

Einwirkung der Schekel-Kurssenkung auf den Lebensstandard in Palästina 1996-1998, (arab. Inikasad Inkhifadh saer al-Schekel ala Mustawaiat al-Maiescha fi Falastin,), Ramallah-Palästina.

PCBS, Sept. 1999:

Housing in the Palestinian Territory; Annual Report 1998, Ramallah.

PHC, 1995:

Wohnungsbauprojekte im Gazastreifen und Westbank, (arab.), Ramallah,

PHC-Bericht, 1992:

Ziele, Politik und Programme, (arab.), Gaza.

PNA, 1994:

Bauvorschriften für mehrgeschossige Wohnhäuser in den Autonomiegebieten (arab.), Gaza.

PNA, Habitat, 1994:

National Report Habitat; für die 2. Kongreß der vereinigten Nationen für die Entwicklung der humanitären Siedlungen in Istanbul (arab.), Gaza.

PNA, MOPIC, 1995:

Structural plan For Gaza City (arab. und engl.), Physical Planning and Institutional Building Project, Gaza.

Saleh, Hassan, 1991:

Der Staat Palästina, Grenzen, Gegebenheiten u. Bevölkerung, (arab.), Kairo.

Salha, Raed, 1994:

Gaza Stadt, Studie in Stadtgeographie (arab. Madinat Ghazza), Diss. Kairo.

Samed Nr. 95, 1994:

Al-Taschiiid wa al-Binaa, die Errichtung und der Bau, Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Amman.

Sammlung Palästinensischer Gesetze, 1981:

(arab. Magmouat al-Qauanin al-Falastiniia) Hrsg. Sesalem, Mazen, Muhanna, Ishaq u. al-Dahduh, Suleiman, Gaza.

Schaat, Ali, Dr., 1995:

Palästinensischen Angelegenheiten; Türme u. Hochhäuser, wo werden Hochhäuser errichtet, (arab.), Gaza.

UN-Bericht, 1982:

Gesetzliche Grundlagen in Gazastreifen und Westbank, (arab.), Gaza.

Sourani, Ghazi, 1999:

Die Rechte des palästinensischen Volkes und der Konflikt zur nationalen Unabhängigkeit (arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 115-116, Amman.

Sulaiman, Mohamed, 1985:

Britische Gesetzgebung in Palästina und Erwerb von Grundstücken durch Zionisten 1920-1930, (arab.), in: Shoun Falastinia, Heft 148, Beirut.

The World Bank, 1997:

Entwicklung trotz Schwierigkeiten, (arab. Tanmiah Raghm al-Seaab), Ramallah.

Umwelteigenschaften von Gaza, (arab. Malameh Ghazza al-Bie'ia), 1994:

Teil 1, „allgemeine Bestandsaufnahme von der natürlichen Ressourcen“, Hrsg. Die Palästinensische Umweltbehörde, Gaza, Druck in Niederlande.

UNRWA-Bericht, 1991:

Statistisches Büro, unveröffentlichte Materialien, Gaza.

Wohnungsbauministerium, 1998:

Nationales Wohnungsprogramm, Bericht Teil 1 (1995-2015), (arab.), Gaza.

Wohnungsbauministerium-Bericht, 1998:

Bericht über die Projekte des Wohnungsbauministeriums - Öffentlichkeitsarbeit, (arab.), Gaza.

Yunis, Ahmed, 2000:

Lebensstandard in Westbank und Gazastreifen (arab.), Hrsg. Samed Economist (arab. Samed al-iktisadi), Nr. 120, Amman.

Weitere Literaturen:

Nippa, Annegret, 1981:

Wandlungen im Vorderen Orient, neue Heimat (Zeitschrift), Hamburg

Meyer, Konrad, Dr. phil., 1964:

Ordnung im ländlichen Raum, Grundlagen und Probleme der Raumplanung und Landentwicklung, Stuttgart

Bianca, Stefano, 1975:

Architektur und Lebensform im islamischen Stadtwesen: Baugestalt u. Lebensordnung in d. islam. Kultur, Zürich.

Bianca, Stefano, 1980:

Städtebau in islamischen Ländern: Analysen und Konzepte unter Berücksichtigung gegenwärtiger Entwicklungstendenzen u. künftiger Planungsaufgaben, Zürich: Institut für Orts-, Regional- u. Landesplanung, ETH Zürich.

Bianca, Stefano, 1991:

Hofhaus und Paradiesgarten: Architektur und Lebensformen in der islamischen Welt, München.

Trialog:

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt, Hrsg. Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planen und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig), Karlsruhe.

Wirth, Eugen, 2000:

Die orientalische Stadt im islamischen Vorderasien und Afrika: städtische Bausubstanz und räumliche Ordnung, Wirtschaftsleben und soziale Organisation, Mainz: von Zabern.

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 2.1:	Die Sonnenscheindauer in Gaza 1991 und 1998, in Stunden.....	18
Tab. 2.2:	Die mittleren Monatstemperaturen in Gaza und die durchschnittliche mittlere Jahrestemperatur in C°, 1998.....	21
Tab. 2.3:	Die Windgeschwindigkeiten in Gaza im Jahr 1998 in km/h.....	22
Tab. 2.4:	Prozentuale Verteilung der Windrichtungen in Gaza, Monate im Durchschnitt der Jahre 1970-1990	22
Tab. 2.5:	Die Jahresniederschlagsmenge im Gazastreifen im Jahre 1977-78 und 1982-83 nach Gebieten (in mm).....	25
Tab. 2.6:	Niederschlagsmengen und Regentage in Gazastreifen 1998	27
Tab. 2.7:	Relative Luftfeuchtigkeit in Gazastreifen in den Jahren 1970-1990 und 1998 (in %)	28
Tab. 2.8:	Die täglichen und monatlichen Verdunstungsmengen in Gaza im Jahr 1998, nach Monaten des Jahres (in mm/Monat bzw. mm/Tag)	29
Tab. 2.9:	Klimatische Anforderungen an Siedlungen (insb. Wohnbauten) in verschiedenen Klimazonen	30
Tab. 4.1:	Die Bevölkerungszahlen der Stadt Gaza in den Jahren von 1917-1947... ..	48
Tab. 4.2:	Die räumliche Verteilung der palästinensischen Gesamtbevölkerung in den Jahren 1949 und 1998.....	49
Tab. 4.3:	Bevölkerungsentwicklung im Gazastreifen von 1948-1993.....	51
Tab. 4.4:	Bevölkerungsentwicklung in Gaza-Stadt von 1948-1993	52
Tab. 4.5:	Die Bevölkerungsentwicklung in Gazastreifen und Gaza Stadt, 1994-1997	54
Tab. 4.6:	Bevölkerungsverteilung auf die Muhafazat und Ortschaften des Gazastreifens, 1994 und 1997	55
Tab. 4.7:	Verteilung der registrierten Flüchtlinge im Gazastreifen innerhalb und außerhalb der Lager, Vergleich der Jahre 1995 und 1998.....	56
Tab. 4.8:	Die Bevölkerungsverteilung in Gaza-Stadt, 1977, 1991 und 1994.....	58
Tab. 4.9:	Bevölkerungszahlen und -dichten im Gazastreifen nach Muhafazat, Juli 1995.....	60
Tab. 4.10:	Bevölkerungszahlen und -dichten in den Flüchtlingslagern des Gazastreifens, Juli 1998	60
Tab. 4.11:	Bevölkerungszahlen und -dichten in den Stadtgebieten von Gaza-Stadt, Januar 1995.....	61
Tab. 4.12:	Die Bevölkerungswachstumsrate in Gazastreifen von 1968-1995.....	63
Tab. 4.13:	Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in Gaza-Stadt von 1953-1991 ...	65
Tab. 4.14:	Bevölkerungsverteilung nach Geschlecht im Gazastreifen von 1967-1997	68
Tab. 4.15:	Bevölkerungsverteilung nach Geschlecht in der Stadt Gaza, in den Jahren 1967, 1985, 1991 und 1997.....	68
Tab. 4.16:	Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht im Gazastreifen, 1997 .	70
Tab. 4.17:	Bevölkerungsstruktur nach Alter und Geschlecht in Gaza-Stadt, 1997.....	71
Tab. 4.18:	Bevölkerungsprognose für den Gazastreifen und Gaza-Stadt bis 2015 ...	73
Tab. 4.19:	Eheschließungen und -scheidungen in Gazastreifen 1992–1996.....	74
Tab. 4.20:	Eheschließungen im Gazastreifen nach Alter und Geschlecht 1992-1996	74
Tab. 4.21:	Verteilung der Haushalte im Gazastreifen nach Siedlungsarten, 1995.....	75
Tab. 4.22:	Privathaushalte in Gazastreifen 1996 nach Haushaltsgröße	76
Tab. 4.23:	Die Erwerbspersonenstruktur in Gazastreifen von 1991-1996.....	78
Tab. 4.24:	Nicht zum Erwerbspotential gehörende Personengruppen im Gaza-streifen in den Jahren 1992-1996, in %.....	79

Tab. 4.25:	Anteil der männlichen Erwerbstätigen an den jeweiligen Altersgruppen im Gazastreifen von 1968-1992	79
Tab. 4.26:	Der Beschäftigten-Anteil im Gazastreifen nach Altersgruppen und Geschlecht, März 1996.....	80
Tab. 4.27:	Anzahl der Beschäftigten in Gazastreifen nach Wirtschaftszweigen.....	81
Tab. 4.28:	Anzahl der Beschäftigten von Gazastreifen nach Wirtschaftszweigen und Ort von 1970-1996.....	85
Tab. 4.29:	Anzahl der Beschäftigten in Gaza-Stadt nach Wirtschaftszweigen und Ort: 1972, 1979 und 1985, in Prozent	85
Tab. 4.30:	Entwicklungshilfe und Hilfgelder-Zusagen ab Juli 1995 (Mio. US-\$)	87
Tab. 5.1:	Siedlungsstruktur der Ortschaften in den Muhafazat des Gazastreifens, nach Siedlungsarten und Flächen, 1998.....	93
Tab. 5.2:	Die Entwicklung der Flüchtlingslagerflächen im Gazastreifen, 1996	98
Tab. 5.3:	Entwicklung der jüdischen Siedlungen im Gazastreifen von 1967-1992...	101
Tab. 5.4:	Die Entwicklung der administrativen Stadtgrenze von Gaza, 1998.....	108
Tab. 5.5:	Flächennutzung der Stadt Gaza im Jahre 1994	119
Tab. 5.6:	Zahl der Kliniken in Gazastreifen nach Betten, 1994	133
Tab. 6.1:	Die Verteilung der Wohnbauten in den Stadtgebieten von Gaza nach Gebäudehöhen 1992 in %	145
Tab. 6.2:	Die Wohnhäuser in Gaza-Stadt nach Baualter, bis 1995	146
Tab. 6.3:	Prozentuale Verteilung der Wohnungen nach Fläche in den Stadtvierteln von Gaza-Stadt, 1991	147
Tab. 6.4:	Verteilung des Wohnungsbestandes nach Fläche, Zimmerzahlen und Dichte in Gaza-Stadt, 1991.....	149
Tab. 6.5:	Wohnungen nach Zimmerzahlen in den Stadtvierteln von Gaza, 1991, in %	150
Tab. 6.6:	Bodeneigentumsverhältnisse im Gazastreifen, 1985	160
Tab. 6.7:	Prozentuale Verteilung der Wohneinheiten nach der Art des Besitzes in im Jahr 1991.....	162
Tab. 6.8:	Die Bauvorschriften für die Wohngebiete in Gaza Stadt, 1998	164
Tab. 6.9:	Bevölkerungszahl, Familienzahl, Wohneinheitenzahl und der daraus abgeleitete Wohneinheitenbedarf von 1995 bis 2015	169
Tab. 6.10:	Wohnungsbedarf nach Verringerung der Belegungsdichte (3 Pers./Zi.) 1991	170
Tab. 6.11:	Verteilung der Wohneinheiten der PHC in Gazastreifen 1992-1996	176
Tab. 6.12:	Wohnungsstandards im Gazastreifen nach Fläche und Ausstattung, 1998 (nach Festlegung des Wohnungsbauministeriums)	196

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 2.1:	Geographische Lage von Gazastreifen und Gaza-Stadt.....	9
Abb. 2.2:	Topographische Strukturen von Gazastreifen	10
Abb. 2.3:	Topographische Strukturen von Gaza-Stadt	11
Abb. 2.4:	Bodenarten im Gazastreifen	13
Abb. 2.5:	Querschnitt durch die Bodenschichten mit ihrem Grundwasserreservoir..	15
Abb. 2.6:	Wasserressourcen im Gazastreifen	16
Abb. 2.7:	Sonnenscheindauer in h/Tag in Gaza 1991 und 1998	19
Abb. 2.8:	Sonnenscheindauer in Stunden pro Monat in Gaza, 1991 und 1998.....	19
Abb. 2.9:	Jahresverlauf der Außenlufttemperatur in Gaza, 1998.....	21
Abb. 2.10:	Ausrichtung der Bauten zur Sonne.....	23
Abb. 2.11:	Ausrichtung der Bauten zum Wind	23
Abb. 2.12:	Optimale Ausrichtung der Bauten zur Sonne und zum Wind	24
Abb. 2.13:	Räumliche Verteilung der Niederschlagsmenge im Gazastreifen (in mm)	26
Abb. 2.14:	Niederschlagsmenge und Regentage im Gazastreifen im Jahr 1998	27
Abb. 2.15:	Angaben zur relativen Luftfeuchtigkeit	28
Abb. 3.1:	Palästina unter hebräischer Herrschaft, 1010-586 v.Chr.	35
Abb. 3.2:	Gaza und Verwaltungsgliederung des Osmanischen Reiches.....	40
Abb. 3.3:	Die historische Entwicklung von Palästina seit Ende des zweiten Welt- krieges, und die Verwaltungsgliederung von Gaza	43
Abb. 4.1:	Bevölkerungsdichte im Gazastreifen nach Muhafaza, 1995	59
Abb. 4.2:	Bevölkerungszahlen und -dichte in Gaza-Stadt nach Stadtgebieten, 1995	62
Abb. 4.3:	Alterspyramide der Bevölkerung im Gazastreifen, 1997	70
Abb. 4.4:	Alterspyramide der Bevölkerung in der Stadt Gaza, 1997	71
Abb. 4.5:	Struktur der Haushalte geordnet nach Haushaltsgrößen in %	76
Abb. 5.1:	Siedlungsart und Muhafazat im Gazastreifen.....	92
Abb. 5.2:	Die historische Stadtentwicklung der Stadt Gaza.....	105
Abb. 5.3:	Die Stadtstrukturen von der Stadt Gaza.....	109
Abb. 5.4:	Stadtplan von Gaza	111
Abb. 5.5:	Die historischen Altstadtkernstrukturen von Gaza.....	112
Abb. 5.6:	Räumliche Rahmenbedingungen infolge des Gaza-Jerich-Abkommens, 1994.....	116
Abb. 5.7:	Masterplanvorentwurf von Gaza Stadt, 1997	118
Abb. 5.8:	Die Landnutzung in der Stadt Gaza, in %, 1994	119
Abb. 5.9:	Zukünftige Industriezonen im Gazastreifen	122
Abb. 6.1:	Grundriß und Funktionsschema eines modernen arabischen Hauses.....	135
Abb. 6.2:	Landverbrauch in Relation zur Stockwerkeanzahl	139
Abb. 6.3:	Grundriß eines modernen Wohnhochhauses.....	139
Abb. 6.4:	Die prozentuale Verteilung der Wohnbauten nach Gebäudehöhe in den Stadtgebieten von Gaza, 1992	145
Abb. 6.5:	Wohnungsbestand nach Baualter (1996), in der Stadt Gaza	147
Abb. 6.6:	Grundeigentumsverhältnisse im Gazastreifen, 1985.....	161
Abb. 6.7:	Grundriß eines normalen Geschosses, die Funktionschemata und der Lageplan des Projekts al-Karama	179
Abb. 6.8:	PHC, "Ain Jalout"-Wohnsiedlung, Grundrisse und Lageplan	181
Abb. 6.9:	Al-Zahra Stadt Projekt, Grundriß	189

Verzeichnis der Bilder

Bild 5.1:	Hohe Wohndichte und niedrige Bauweise zeichnen Deir al-Balah (Flüchtlingslager) in Zentral-Muhafaza	96
Bild 5.2:	Dichte Bebauung des Deir al-Balah Flüchtlingslager auf wertvoller Fläche am Strand	97
Bild 5.3:	Dichte Bebauungsstruktur und enge Straßen im Schati-Flüchtlingslager ...	97
Bild 5.4:	Offene Abwasserkanalisation im Schati-Flüchtlingslager	97
Bild 5.5:	Jüdische Siedlung wurde im Norden von Gazastreifen auf Landwirtschaftliche Fläche gebaut	99
Bild 5.6:	Die Gemeinde von Gaza (Beladiya), westlich des Altstadt-kerns.....	112
Bild 5.7:	Ein Blick von Schati-Flüchtlingslager auf die neuen Wohnhochhäuser.....	114
Bild 6.1:	Straßenbild nach Entwicklungsprozeß der traditionellen Wohnhäuser in der Altstadt (Schijaia).....	135
Bild 6.2:	Wohnverhältnisse im Flüchtlingslager Schati	136
Bild 6.3:	Villa in Rimal, mit Naturstein verkleidet (im Bau).....	137
Bild 6.4:	Villa an Straßenkreuzung mit Grüninsel in Rimal-Stadtviertel.....	138
Bild 6.5:	Wohnhochhaus an der Promenade (Privatsektor)	140
Bild 6.6:	Neue Wohnhäuser im Stadtviertel Rimal (Nord)	140
Bild 6.7:	Stadt-bild von Gaza, von der Meereseite in östlicher Richtung aufgenommen	141
Bild 6.8:	Formgebung von Stahlbeton-Bauteilen durch Schalungsarbeiten	154
Bild 6.9:	Das Tragsystem der Bauten wird in Gaza als Skelettbau aus Stahlbeton und die Wände aus Zementsteinen ausgebildet	155
Bild 6.10:	Der Beton wird durch Mischmaschinen zur Baustelle gebracht. Für kleine Betonierarbeiten wird der Beton am Ort gemischt.....	155
Bild 6.11:	Die Balkonen als Ersatz für den Innenhof sowie das Dach.....	178
Bild 6.12:	Blick in die Innenstraßen von al-Karama Wohnsiedlung	178
Bild 6.13:	Palästina-Baufirma Projekt	186
Bild 6.14:	Das al-Nada-Wohnviertel Projekt	186
Bild 6.15:	Das al-Salam-Wohnviertel Projekt.....	187
Bild 6.16:	Jabaliala al-Nazla Projekt.....	187
Bild 6.17:	Das al-Auda Projekt.....	188

Lebenslauf

Name	Shikh Khalil
Vorname	Maher
Geburtsort	Gaza
Geburtsdatum	28.08.1965
Staatsangehörigkeit	Palästinenser
Familienstand	verheiratet
Schul Ausbildung:	
1971-1977	Grundschule (Hittien) in Gaza
1977-1980	Realschule (Haschen ben abed Manaf) in Gaza
1980-1983	Gymnasium (Jaffa) in Gaza
Hochschulstudium:	
1986-1987	Studienkolleg an der TH Aachen
WS 1987/88	Studienbeginn am FB-Architektur an der TU-Berlin
März 1991	Diplom-Vorprüfung am FB Architektur an der TU-Berlin
1992-1994	Freie Mitarbeit als Student (während des Studiums) in einem Architekturbüro
November 1994	Diplom-Hauptprüfung am FB Architektur an der TU-Berlin
WS 1994/95	Vorbereitung zur Promotion
Juli 1995	Anmeldung zur Promotion
Ab 1995	Tätigkeit in Architekturbüro und Wohnungsbau-gesellschaft
2002	Abgabe der Dissertation an der TU-Berlin: Fakultät VII Architektur Umwelt Gesellschaft
16. Mai 2003	Tag der wissenschaftlichen Aussprache
Berlin, Mai 2003	

